

Heidelberger Straßennamen auf dem Prüfstand



**Bericht der Kommission
für Straßenbenennungen
zu den nach Personen benannten
Straßen**

Mitglieder der Kommission für Straßenbenennungen

Prof. Dr. Bernd Braun (Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte)

Dr. Christoph Bühler (Historiker)

Abraham de Wolf (gemeinnütziger Verein "Bürger für Heidelberg")

Prof. Dr. Frank Engehausen (Historisches Seminar der Universität Heidelberg)

Jörn Fuchs (Heidelberger Stadtteilvereine)

Dr. Carola Hoécker (Historikerin, Jahrbuchredakteurin des Heidelberger Geschichtsvereins)

Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg (bis Juli 2017 / gemeinnütziger Verein „Bürger für Heidelberg“)

Hansjoachim Räther (Heidelberger Geschichtsverein, Autor des Buches „Die Heidelberger Straßennamen“)

Dr. Julia Scialpi (Historikerin)

Rüdiger Völkel (Kulturwissenschaftler)

Stadtarchiv: vertreten durch Diana Weber und Dr. Jonas Billy (ab Mai 2021)

Hochschule für Jüdische Studien: vertreten durch Susanne Mohn (bis Februar 2022)

Geschäftsführung durch das Vermessungsamt der Stadt Heidelberg:
Hans Peter Jelinek und Christof Müller

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	4
1. Straßennamen als Ausdruck des Wertekanons zum Benennungszeitpunkt	4
2. Straßennamen im Spannungsfeld zwischen Wertewandel und beständiger Erinnerungskultur	4
3. Umgang mit problematischen Straßennamen	5
II. Arbeitsweise der Kommission für Straßenbenennungen	6
1. Informationsquellen der Kommission und Gewinnung von Kriterien.....	6
2. Berücksichtigung der jeweiligen Zeitverhältnisse	7
3. Personen, die nach näherer Überprüfung besprochen und als unbedenklich eingestuft wurden.....	16
4. Einteilung in Prüfgruppen.....	17
III. Deutsche Schriftsteller und Publizisten Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts.....	17
IV. Deutsche Militärs und Politiker des 19. Jahrhunderts	19
V. Übrige Prüffälle ohne klare Epochenzuordnung	20
VI. Personen mit NS-Belastung	21
1. Belastungskriterien und Einteilung in Unterkategorien	21
2. Personen aus der Wissenschaft	23
3. Personen aus Wirtschaft und Technik	24
4. Personen aus Erziehung und Publizistik	24
5. Prominenz in Kultur und Sport	25
6. Sonstige regionale Biografien	25
VII. Bereits abgeschlossene Neubenennungen oder Überprüfungen von Straßennamen durch die Kommission für Straßenbenennungen.....	26
Verzeichnis der personenbezogenen Straßennamen in Heidelberg.....	31
Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen.....	36
Anlagen zum Abschlussbericht	

I. Einleitung

1. Straßennamen als Ausdruck des Wertekanons zum Benennungszeitpunkt

Über ihren Zweck der eindeutigen Lagebezeichnung und der Orientierung hinaus erfüllen Straßennamen kulturelle Aufgaben: Mit ihren Verweisen auf Orte, Ereignisse und vor allem Personen haben sie Repräsentations- und Erinnerungsfunktionen. Was repräsentiert und woran erinnert werden soll, ist Ausdruck des Wertekanons, der zur Zeit der jeweiligen Straßenbenennung Geltung beanspruchte. Straßennamen sind insofern historische Dokumente und spiegeln in vielen Fällen politische Legitimationsbemühungen wider. Dies zeigt sich deutlich darin, dass es nach politischen Systemwechseln häufig zu Straßenumbenennungen kam und kommt: So wurden im 20. Jahrhundert zum Beispiel in den Jahren der Weimarer Republik mancherorts dynastische Namen zurückgedrängt oder während der NS-Herrschaft die Straßenbenennungen für die ideologischen Ziele der Staatspartei instrumentalisiert. Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hingegen entnazifizierte man die Straßennamen, und nach dem Zusammenbruch der DDR wurden die im Osten Deutschlands präsenten kommunistischen und realsozialistischen Symbolfiguren aus dem Straßenbild weitgehend getilgt.

2. Straßennamen im Spannungsfeld zwischen Wertewandel und beständiger Erinnerungskultur

Die Repräsentations- und Erinnerungswürdigkeit von Straßennamen wurde und wird jedoch nicht nur in politischen Umbruchsituationen in Frage gestellt, sondern kann jederzeit geprüft werden, wenn die schrittweise Veränderung von Werten breiter und politisch einflussreicher staatsbürgerlicher Gruppen dies angezeigt sein lässt. Die Umbenennungsbestrebungen richten sich dann nicht insgesamt auf Namen, die als Symbole einer jüngst überwundenen und damit delegitimierten politischen Ordnung betrachtet werden, sondern nehmen Themen in den Blick, die über Jahrzehnte hinweg außerhalb des Problemhorizonts der Zeitgenossen gelegen hatten, inzwischen aber in Widerspruch zu aktuell verbreiteten Wertvorstellungen stehen. Zu denken wäre hierbei etwa an Personen, deren Denken und Wirken vor dem Hintergrund der Prinzipien der heutigen Gesellschaftsordnung problematisch erscheinen, da sie antiegalitäre Positionen (Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie oder Ähnliches) vertreten haben. Auch eine allgemeine erinnerungskulturelle Neubewertung bestimmter historischer Themen, wie sie unlängst etwa für die deutsche Kolonialpolitik der Bismarckzeit und des Wilhelminismus erfolgt ist, kann Anlässe für Diskussionen über die Fortexistenz von Straßennamen geben, die über Generationen hinweg kaum Anstoß erregt hatten.

Korrekturen bei der Benennung von Straßen sind also nicht zwangsläufig Begleiterscheinungen politischer Umbrüche und auch nicht Ausdruck bilderstürmerischen Eifers, sondern mittlerweile etablierte und auch durchaus akzeptierte Akte der Anpassung von Repräsentations- und Erinnerungszeichen an den Wandel gesellschaftlicher Grundwerte.

Diese Anpassungsakte sind allerdings Ausnahmefälle und werden es vermutlich auch bleiben – aus Rücksichtnahme auf praktische Unbequemlichkeiten und finanzielle Kosten, die durch Umbenennungen nicht zuletzt für die Bewohnerinnen und Bewohner der betroffenen Straßen entstehen, und auch wegen der mehrfachen erinnerungskulturellen Bedeutung von Straßennamen: Sie verweisen nicht nur auf als repräsentations- und erinnerungswürdig erachtete Orte, Ereignisse und Personen, sondern sind auch selbst einzeln oder in Gruppen prinzipiell erhaltenswerte Zeugnisse der Erinnerungskultur, indem sie erkennen lassen, wann bestimmte Stadtteile oder Straßenzüge ausgebaut wurden. So beziehen sich Straßennamen aus dem Kaiserreich zum Beispiel oft auf militärische oder politische Protagonisten der deutschen Einigung. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg orientieren sie sich an (Heimat-)Dichtern oder verweisen auf Flucht- und Vertreibungsorte. Nicht zuletzt knüpfen sich an die Straßennamen ganz unabhängig von den Orten, Ereignissen und Personen, auf die sie verweisen, umso mehr Erinnerungen, je länger sie existieren – individuelle Erinnerungen insbesondere der Bewohnerinnen und Bewohner, und auch kollektive Erinnerungen an Schauplätze stadthistorisch wichtiger Begebenheiten.

3. Umgang mit problematischen Straßennamen

Feste Verfahren für die Umbenennung von Straßen, die in die Entscheidungskompetenz der Kommunalparlamente fällt, gibt es nicht. Während in der jüngeren Vergangenheit überwiegend Einzelfälle diskutiert wurden, häufig in der Reaktion auf Umbenennungen in anderen Kommunen, so wurden in den letzten Jahren vielerorts Fachgremien eingesetzt, in denen Historikerinnen und Historiker aus den Stadtarchiven und Universitäten gemeinsam mit sachkundigen Vertreterinnen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen (Geschichtsvereine, Stadtteilvereine und andere) Informationen über die Straßennamen in einer Kommune insgesamt zusammentragen und werten, um die Entscheidungen der politischen Gremien vorzubereiten. Die Umbenennungsdiskussionen in Heidelberg entsprechen diesem Trend: Nach Einzelfallentscheidungen zur Umbenennung der Carl-Diem-Straße (2009) und der Treitschkestraße (2012) sowie weiteren Debatten zum Beispiel über die Haberstraße und den Gadamerplatz, an denen die politischen Gremien beteiligt waren, wurde 2017 auf Beschluss des Gemeinderats eine Kommission für Straßenbenennungen als beratendes Gremium für die Stadtverwaltung eingerichtet. Diese Kommission befasst sich mit dem Leben der Persönlichkeiten, nach denen öffentliche Straßen, Plätze und Brücken in Heidelberg benannt sind oder noch benannt werden sollen. Die Kommission hat den Auftrag zu prüfen, ob die Persönlichkeiten für Straßennamen geeignet sind, und fachlich fundierte Empfehlungen für die politischen Entscheidungsgremien zu formulieren. Dies umfasst sowohl die Benennung neuer Straßen, vor allem auf den Konversionsflächen, als auch die Überprüfung der bestehenden personenbezogenen Straßennamen. Zusammengesetzt wurde die Kommission mit Personen aus verschiedenen Institutionen in Heidelberg, die Kompetenzen auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft aufweisen,

darunter das Historische Seminar der Universität Heidelberg, die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, der Heidelberger Geschichtsverein, die Hochschule für Jüdische Studien und die Heidelberger Stadtteilvereine. Das Stadtarchiv und das Vermessungsamt unterstützen die Arbeit der Kommission.

II. Arbeitsweise der Kommission für Straßenbenennungen

1. Informationsquellen der Kommission und Gewinnung von Kriterien

Die Kommission für Straßenbenennungen, die in ehrenamtlicher Arbeit in einem ein- bis zweimonatigen Turnus getagt und bisher 57 Sitzungen abgehalten hat, hat sich anhand des Heidelberger Straßenverzeichnisses und des von Hansjoachim Räther zusammengestellten Buches „Die Heidelberger Straßennamen“ (2. Aufl. Heidelberg 2016) zunächst einen Überblick über sämtliche nach Personen benannten Straßen in Heidelberg verschafft. Parallel dazu wurde überlegt, nach welchen Kriterien diejenigen Personen bestimmt werden sollen, bei denen eine detailliertere kritische Untersuchung nötig ist. Der hierfür aufgestellte Kriterienkatalog deckte sich weitgehend mit den allgemeinen Hinweisen, die unlängst in einer Handreichung des Deutschen Städtetages zur Aufstellung eines Kriterienkataloges zur Straßenbenennung vom März 2021 „Straßennamen im Fokus einer veränderten Wertediskussion“ auf Seite 6 gegeben wurden: Eine Umbenennung von Straßen sei in Betracht zu ziehen, wenn „gravierende Verstöße von benannten Personen, Organisationen und Einrichtungen gegen das Grundgesetz, die Menschenrechte und die Menschenwürde“ nachzuweisen seien, insbesondere „bei Mitgliedschaft und leitender Funktion in diktatorischen oder kolonialistischen Strukturen, bei aktiver Verbreitung menschenfeindlichen Gedankenguts oder Teilnahme an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beziehungsweise Kriegsverbrechen“.

Die Kommission hat diesen Kriterienkatalog bei der Erstsichtung der Gesamtgruppe sehr breit ausgelegt und zum Beispiel bei den Schriftstellern und Publizisten all jene einer Detailuntersuchung unterzogen, bei denen der Verdacht bestand, dass sie diskriminierendes Gedankengut verbreitet haben. Insbesondere die Personen, die im Erwachsenenalter die NS-Diktatur erlebt haben, wurden allesamt näher geprüft – Ausnahmen bildeten in dieser Gruppe nur die bekannten Angehörigen des Widerstands sowie die NS-Verfolgungsoffer. Bei den Recherchen zu den Biografien, insbesondere den politischen Werdegängen, der so zur näheren Überprüfung ausgewählten Personen griffen die Kommissionsmitglieder einerseits auf eigenes Expertenwissen zurück. In 51 Fällen nahmen sie aber auch externe Unterstützung in Anspruch durch drei fortgeschrittene und in der Archivarbeit erfahrene Studierende des Historischen Seminars der Universität Heidelberg, die insbesondere Spruchkammerakten gesichtet und Quellendossiers angefertigt haben. Diese Dossiers bildeten die Grundlage für die Bewertung der Personen durch die Kommission. Das Augenmerk nicht nur auf Personen zu richten, über die schon andernorts in Zusammenhang mit

Straßenbenennungen kontrovers diskutiert worden ist, sondern systematisch breit zu recherchieren, hat sich in der Rückschau als plausibles Vorgehen erwiesen. Dadurch konnten in mehreren Fällen bis dahin unbekannte NS-Belastungen aufgedeckt werden.

Trotz aller Anstrengungen bei der Recherche über die Personen ist sich die Kommission bewusst, dass auch dieser Bericht nur eine Momentaufnahme sein kann, die auf den zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugänglichen oder bereits bekannten Informationen aufbaut. Es ist damit nicht ausgeschlossen, dass in Zukunft neue Erkenntnisse über Personen eine Neubewertung einzelner Straßennamen erforderlich machen werden.

2. Berücksichtigung der jeweiligen Zeitverhältnisse

Dabei trug die Kommission auch ihrer Überzeugung Rechnung, dass bei der Bewertung historischer Taten und Anschauungen nicht einfach ein heute gültiger Wertekanon rückprojiziert werden sollte, sondern dass auch die jeweiligen Zeitverhältnisse Berücksichtigung finden können. So hielt die Kommission es zum Beispiel für untunlich, Biografien von Männern, die Jahrzehnte vor dem Vollzug der politischen Emanzipation der Frauen gelebt haben, nach den Maßstäben aktueller Gender-Vorstellungen zu bewerten. Auch im Falle judenfeindlicher Äußerungen meinte die Kommission, dass es durchaus von Belang sein könne, ob sie vor oder nach dem Abschluss der rechtlichen Gleichstellung der Juden in Deutschland gefallen sind. Gleiches gilt für die Bewertung antiegalitärer politischer Positionen vor der allgemeinen Durchsetzung demokratischer Konzepte zu Beginn des 20. Jahrhunderts oder die Einschätzung von Angriffskriegen vor der Ausbildung des zeitgenössischen Völkerrechts in Reaktion auf den Ersten Weltkrieg. Die Kommission wollte hiermit keineswegs unter Verweis auf vermeintliche zeitgeistige Zwänge alle erdenklichen Verstöße gegen die im Kriterienkatalog aufgeführten Prinzipien pauschal entschuldigen, sondern vielmehr sicherstellen, dass sie keinen anachronistischen Schuldspühen Vorschub leistet.

Aus diesem Grund hat die Kommission es auch nicht als notwendig angesehen, folgende Personen eingehender zu prüfen, die gelebt haben, bevor sich im Laufe des 18. Jahrhunderts heutige Wertevorstellungen in der mitteleuropäischen Gesellschaft Bahn brachen. Wegmarken waren beispielsweise die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1776 oder die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die französische Nationalversammlung 1789.

Altertum

- Anna, der Legende nach Mutter der Maria (1. Jh. v. Chr.)
- Jakobus d. Ä. († 44 n. Chr.), christlicher Apostel
- Simon Petrus, Fischer und christlicher Apostel (1. Jh. n. Chr.)
- Stephanus, erster christlicher Märtyrer in Jerusalem (1. Jh. n. Chr.)
- Publius Attius Rufinus, römischer Ziegelfabrikant auf Heidelberger Gebiet (2. Jh. n. Chr.)

- Vitus / Veit († um 304), christlicher Märtyrer aus Sizilien unter dem römischen Kaiser Diokletian
- Nikolaus (270/286-326/365), Bischof von Myra in Kleinasien

Früh- und Hochmittelalter

- Wibilo, vermuteter Namensgeber von Wieblingen im 6. Jahrhundert
- Berolf, Unfreier, der 767 in Wieblingen dem Kloster Lorsch geschenkt wurde
- Rutlindis, beschenkte 767 das Kloster Lorsch mit Eigentum in Wieblingen
- Lando, beschenkte 776 das Kloster Lorsch mit Land in Wieblingen
- Erlebalt, um 782/796 Priester in Eppelheim, beschenkte in Wieblingen das Kloster Lorsch
- Gerbodo, 951-972 Abt des Klosters Lorsch
- Wolfgang von Regensburg (um 924-994), Bischof von Regensburg
- Anselm, 1088-1101 Abt des Klosters Lorsch
- Konrad von Kirchheim, Name von Adeligen in Kirchheim im 12. bis 14. Jh.
- Hedwig von Kirchheim (1224 erwähnt), Adelige in Kirchheim

Spätmittelalter

- Dante Alighieri (1265-1321), italienischer Dichter
- Marsilius von Inghen (†1396), erster Rektor der Universität Heidelberg
- Claus Haspel (1405 erwähnt), möglicher Bewohner und Namensgeber der Haspelgasse in Heidelberg
- Simon, möglicher Bewohner und Namensgeber der Semmelsgasse in Heidelberg (Ersterwähnung 1406)
- Punker von Rohrbach († um 1420), legendärer Schütze des Pfalzgrafen bei Rhein
- Johannes Gutenberg (um 1400-1468), Erfinder des Buchdrucks in Mainz
- Conrad Flor, vermutlich um 1459 Wirt in Heidelberg am Anfang der Floringasse

Zeit der Renaissance

- Hans Memling (1433/40-1494), deutscher Maler
- Leonardo da Vinci (1452-1519), italienischer Universalgelehrter
- Albrecht Dürer (1471-1528), deutscher Maler
- Lucas Cranach d. Ä. (1472-1553), deutscher Maler
- Nikolaus Kopernikus (1473-1543), deutscher Astronom und Mathematiker
- Matthias Grünewald (um 1480 - um 1530), deutscher Maler
- Martin Luther (1483-1546), deutscher Reformator, 1518 in Heidelberg
- Hans Holbein d. J. (1497-1543), deutscher Maler
- Heinrich Brechtel, Theologe, um 1520 Hochschullehrer in Heidelberg
- Martin Brechtel, Theologe, 1524 Rektor der Universität Heidelberg
- Olympia Fulvia Morata (1526-1555), italienische Dichterin und humanistische Gelehrte, gestorben in Heidelberg

- Alexander Colin (1526-1612), flämischer Bildhauer und Schöpfer von Figuren am Heidelberger Schloss
- Jetta, 1555 erstmals erwähnte angebliche Wahrsagerin in Heidelberg
- Galileo Galilei (1564-1642), italienischer Naturwissenschaftler
- Johannes Kepler (1571-1630), deutscher Astronom und Mathematiker

Barockzeitalter

- Matthäus Merian (1593-1650), Kupferstecher und Verleger aus Basel
- Karl I. Ludwig von Pfalz-Simmern (1617-1680), Pfalzgraf und Kurfürst
- Isaac Newton (1643-1727), englischer Physiker, Astronom und Mathematiker
- Liselotte von der Pfalz, eigentlich Elisabeth Charlotte von Pfalz-Simmern (1652-1722), Herzogin von Orléans, bekannt durch ihre zahlreichen Briefe
- Johann Jakob Rischer (1662-1755), Barockbaumeister in der Kurpfalz
- Peter Wenzel (†1743), Glasmacher, 1710 Gründer der Glashütte Peterstal
- Johann Sebastian Bach (1685-1750), deutscher Komponist

Darüber hinaus wurden folgende Personen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts oder danach gelebt haben, nach Sichtung ohne nähere Untersuchung als unbedenklich eingestuft, weil keine Anhaltspunkte dafür gegeben waren, durch aufwendigere Recherchen relevante Belastungen der Personen zu Tage zu fördern. Bereits bestehende Straßennamen auf den Konversionsflächen, die beibehalten und zusammen mit den neuen Straßennamen geprüft wurden, sind unter Kapitel VII aufgeführt.

Adel

- Friedrich Michael von Zweibrücken-Birkenfeld (1724-1767), Pfalzgraf, 1750 Erwerber von Land für ein Jagdschloss in Rohrbach
- Karl Theodor (1724-1799), Pfalzgraf, Kurfürst, ab 1777 auch Kurfürst von Bayern
- Karl Friedrich von Baden (1728-1811), erster Großherzog, Erneuerer der Heidelberger Universität
- Karl II. August Herzog von Zweibrücken (1746-1795), 1770 Erbauer des Rohrbacher Schlosses
- Amalie von Baden (1754-1832), Erbprinzessin mit Sommersitz im Rohrbacher Schloss
- Max Joseph Herzog von Zweibrücken (1756-1825), Kurfürst, Herzog von Pfalz-Bayern und König von Bayern, 1795-1799 zeitweilig Bewohner des Rohrbacher Schlosses
- Auguste Wilhelmine von Hessen-Darmstadt (1765-1796), erste Frau von Max Joseph (siehe oben), starb im Rohrbacher Schloss an Lungentuberkulose
- Ludwig Erbprinz von Zweibrücken (1786-1868), als Ludwig I. König von Bayern, 1795-1799 zeitweilig im Rohrbacher Schloss aufgewachsen
- Ferdinand von Sturfeder (1788-1850), Verkäufer seines Grundbesitzes in Wieblingen zum Bau von Häusern
- Wilhelm I. (1797-1888), König von Preußen und Deutscher Kaiser

- Sophie Wilhelmine von Holstein-Gottorf (1801-1865), Großherzogin von Baden
- Alexandru Ioan Cuza (1820-1873), Gründer und erster Fürst Rumäniens, starb in Heidelberg
- Elisabeth von Österreich (1837-1898), Kaiserin, beging um 1885 oft den Elisabethenweg in Heidelberg
- Luise von Preußen (1838-1923), Großherzogin von Baden, Gründerin des badischen Frauenvereins
- Viktoria von Baden, eigentlich Sophie Marie Viktoria (1862-1930), Königin von Schweden
- Hilda Charlotte Wilhelmine von Nassau (1864-1952), letzte Großherzogin von Baden
- Valerie von Österreich (1868-1924), Erzherzogin, wohnte mehrfach im Heidelberger Schloss-Hotel

Literatur

- Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781), deutscher Schriftsteller der Aufklärung
- Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832), deutscher Schriftsteller
- Johann Heinrich Voß (1751-1826), Schriftsteller in Heidelberg
- Friedrich Schiller (1759-1805), deutscher Schriftsteller
- Johann Peter Hebel (1760-1826), evangelischer Theologe, Prälat der badischen Landeskirche und Schriftsteller
- Friedrich Hölderlin (1770-1843), deutscher Schriftsteller
- Ludwig Tieck (1773-1853), deutscher Schriftsteller
- Joseph von Eichendorff (1788-1857), deutscher Schriftsteller der Romantik, studierte 1807/08 in Heidelberg
- Nikolaus Lenau (1802-1850), österreichischer Schriftsteller der Spätromantik, studierte 1831/32 in Heidelberg
- Karl Gottfried Nadler (1809-1849), Jurist und Mundartschriftsteller in Heidelberg
- Joseph Victor von Scheffel (1826-1886), Jurist und Schriftsteller in Heidelberg
- Alfred Mombert (1872-1942), Jurist und Schriftsteller in Heidelberg
- Carl Zuckmayer (1896-1977), deutscher Schriftsteller

Pädagogik

- Friedrich Fröbel (1782-1852), deutscher Pädagoge, Initiator der Kindergärten
- Franz Xaver Gabelsberger (1789-1849), Erfinder der deutschen Kurzschrift
- Georg Weber (1808-1888), Historiker, Lehrer und Rektor in Heidelberg
- Karl Christ (1841-1927), Heimatforscher in Ziegelhausen
- Wilhelm Grieser (1846-1926), Lehrer und Rektor in Kirchheim, Förderer des Vereinslebens
- Hermann Schück (1885-1973), Lehrer, Direktor der Lehrerbildungsanstalt Heidelberg, Lokalpolitiker (SPD)

Mäzenatentum und Sozialfürsorge

- Carl Graf von Graimberg (1774-1864), Künstler, Museumsgründer und Denkmalpfleger in Heidelberg
- Moritz Schreber (1808-1861), deutscher Orthopäde, Namensgeber der Schrebergärten
- John Benjamin Graham (1813-1876), Eigentümer des Handschuhsheimer Schlosses, Wohltäter Handschuhsheims
- Hermann Kleinschmidt (1816-1869), praktischer Arzt, vermachte sein Vermögen der Stadt Heidelberg
- Albert Mays (1818-1893), Jurist, Politiker und Heimatforscher in Heidelberg
- Florence Nightingale (1820-1910), englische Krankenschwester, Pionierin der modernen Krankenpflege
- Theodor Happel (1823-1909), Kaufmann und Privatier aus Heidelberg, Spender größerer Geldbeträge und seiner Gemäldesammlung für das spätere Kurpfälzische Museum
- Wilhelm Blum (1831-1904), Arzt, Politiker und Stifter des „Blumschen Freibads“ in Heidelberg
- Friedrich Eisenlohr (1831-1904), Mathematiker, Hochschullehrer, Lokalpolitiker und Wohltäter in Heidelberg
- Ernst Posselt (1838-1907), Textil-Unternehmer und Kunstsammler aus Heidelberg
- Max Klingel (1838-1921), Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender des „Gemeinnützigen Vereins“ in Heidelberg
- Johann Georg Schröder (1840-1902), Landwirt, Grundbesitzer und Stifter in Neuenheim
- Anna Blum (1843-1917), Wohltäterin und Stifterin in Heidelberg
- Leontine (1863-1942) und Victor (1853-1933) Goldschmidt, Gründer der „Josefine-und-Eduard-von-Portheim-Stiftung für Wissenschaft und Kunst“ in Heidelberg
- Jacob Gould Schurman (1854-1942), US-amerikanischer Botschafter unter anderem in Deutschland, Initiator und Förderer des Baus der Neuen Universität in Heidelberg
- Ludwig Guttmann (1899-1980), deutsch-englischer Neurologe und Neurochirurg, Begründer der Paralympischen Spiele
- Klaus Tschira (1940-2015), Mitbegründer der Firma SAP, Stiftungsgründer in Heidelberg

Ortsbezug

- Michael Haas, im 18. Jh. erster Ansiedler im Hasenweg in Ziegelhausen
- Gabriel Häffner, Müller und um 1750 Bewohner des Häfnergässchens in Ziegelhausen
- Förster Bronn, Familie von Förstern in Ziegelhausen im 18./19. Jh.
- Karl Theodor Trackert, 1808 Erbauer des Hegenichhofs in Kirchheim
- Ulrich Schelkly (1817-1874), Schlossherr des Rohrbacher Schlosses
- Carl Mathaeus Pirsch (1829-1899), Gerbermeister, seit 1884 Eigentümer des Haarlass
- Johann Remler (1847-1907), Maurermeister in Heidelberg, vormaliger Grundbesitzer an der Remlerstraße

- Elisabetha Lechner, 1918 Verkäuferin eines Grundstücks zum Bau der Elisabethstraße in Wieblingen

Kirche

- Peter Wundt (1745-1808), evangelischer Pfarrer in Wieblingen, Dekan und Hochschul-lehrer an der Universität Heidelberg
- Eduard Johann Joseph Mühling (1795-1859), katholischer Pfarrer in Handschuhsheim und Heimatforscher
- August Eberlin (1803-1884), evangelischer Pfarrer in Handschuhsheim und Dekan
- Johann Heinrich August Schmitthenner (1818-1893), evangelischer Pfarrer in Kirchheim und Dekan
- Hermann Maas (1877-1970), evangelischer Pfarrer an der Heiliggeistkirche Heidelberg, Prälat und Helfer von NS-Verfolgten

Kunst und Architektur

- Michael Rummer (1747-1821), Intarsienkünstler aus Handschuhsheim
- Johann Friedrich August Tischbein (1750-1812), deutscher Maler, starb in Heidelberg
- Friedrich Weinbrenner (1766-1826), badischer Baumeister des Klassizismus
- Philipp Otto Runge (1777-1810), deutscher Maler der Frühromantik
- Karl Philipp Fohr (1795-1818), Landschaftsmaler aus Heidelberg
- Carl Rottmann (1797-1850), Landschaftsmaler aus Handschuhsheim
- Moritz von Schwind (1804-1871), österreichischer Maler der Romantik
- Carl Spitzweg (1808-1885), deutscher Maler der Romantik und des Biedermeiers
- Adolph Menzel (1815-1905), deutscher Maler des Realismus
- Bernhard Fries (1820-1879), Landschaftsmaler aus Heidelberg
- Guido Schmitt (1834-1922), Maler der Spätromantik aus Heidelberg
- Carl Ludwig Fährbach (1835-1902), Landschaftsmaler aus Heidelberg
- Wilhelm Leibl (1844-1900), deutscher Maler des Realismus
- Max Liebermann (1847-1935), deutscher Maler des Impressionismus
- Wilhelm Trübner (1851-1917), Maler aus Heidelberg
- Heinrich Zille (1858-1929), deutscher Zeichner
- Max Slevogt (1868-1932), deutscher Maler des Impressionismus
- Franz Marc (1880-1916), deutscher Maler des Expressionismus

Militär

- Friedrich Wilhelm von Steuben (1730-1794), deutsch-US-amerikanischer General

Musik

- Joseph Haydn (1732-1809), österreichischer Komponist der Wiener Klassik
- Wolfgang Amadeus Mozart (1756-1791), Komponist der Wiener Klassik aus Salzburg
- Ludwig van Beethoven (1770-1828), deutscher Komponist der Wiener Klassik

- Franz Schubert (1797-1828), österreichischer Komponist der Romantik
- Johannes Brahms (1833-1897), deutscher Komponist der Romantik
- Philipp Wolfrum (1854-1919), Komponist der Romantik in Heidelberg
- Max Reger (1873-1916), deutscher Komponist der Romantik

Politik

- Johann Georg Koppert (1748-1824), Schultheiß von Kirchheim
- Jakob Wilhelm Speyerer (1789-1866), Zweiter und Erster Bürgermeister von Heidelberg
- Gustav Struve (1805-1870), Rechtsanwalt und badischer Revolutionsführer 1848
- Friedrich Hecker (1811-1881), Rechtsanwalt und badischer Revolutionsführer 1848
- Albert Ueberle (1828-1903), Bürgermeister von Neuenheim
- Valentin Winter (1838-1904), Bürgermeister von Rohrbach
- Hermann Treiber (1844-1906), Bürgermeister von Wieblingen
- Karl Wilckens (1851-1914), Oberbürgermeister von Heidelberg
- Johann Fischer (1852-1921), Bürgermeister von Handschuhsheim und Stadtrat
- Ernst Walz (1859-1941) Jurist, Hochschullehrer, Oberbürgermeister von Heidelberg
- Heinrich Kaltschmidt (1864-1930), Bürgermeister von Rohrbach
- Friedrich Ebert (1871-1925), Politiker aus Heidelberg (SPD), Reichspräsident
- Richard Drach (1873-1924), Zweiter Bürgermeister von Heidelberg
- Marie Baum (1874-1964), Chemikerin, Fürsorgerin, Sozialpolitikerin und Schriftstellerin in Heidelberg
- Hans Böckler (1875-1951), deutscher Politiker (SPD) und Gewerkschafter (DGB)
- Emil Maier (1876-1932), Politiker aus Heidelberg (SPD), badischer Innenminister
- Konrad Adenauer (1876-1967), deutscher Politiker (CDU), Bundeskanzler
- Theodor Heuss (1884-1963), deutscher Politiker (FDP), Bundespräsident
- Josef Amann (1897-1971), Lokalpolitiker (SPD) im Pfaffengrund, Bürgermeister in Heidelberg
- Adolf Rausch (1899-1967), Drucker und Lokalpolitiker (SPD), Bürgermeister in Heidelberg
- Willy Brandt (1913-1992), deutscher Politiker (SPD), Bundeskanzler
- Alois Link (1932-1977), Schmiedemeister und Lokalpolitiker (CDU) in Heidelberg

Widerstand

- Elisabeth von Thadden (1890-1944), Schulleiterin in Wieblingen und hingerichtete Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus
- Käthe (1894-1942) und Alfred (1903-1942) Seitz, hingerichtete Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus in Rohrbach
- Albert Fritz (1899-1943), Lokalpolitiker (KPD), hingerichteter Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus in Kirchheim

- Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), deutscher evangelischer Theologe, hingerichteter Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus
- Heinrich Fehrentz (1908-1943), hingerichteter Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus in Heidelberg

Wirtschaft und Technik

- Johann Andreas von Traittteur (1752-1825), Ingenieur, Baudirektor und Hochschullehrer in Heidelberg
- Johann Gottfried Tulla (1770-1828), badischer Ingenieur, Leiter der Rheinkorrektur
- Karl von Drais (1785-1851), badischer Forstbeamter und Erfinder, unter anderem des Zweirads, studierte in Heidelberg
- Werner von Siemens (1816-1892), deutscher Elektroingenieur, Erfinder und Industrieller
- Karl Metz (1818-1877), Unternehmer, Hersteller von Feuerlöschgeräten in Heidelberg
- Heinrich Fuchs (1820-1884), Kutschen- und Wagenfabrikant in Heidelberg
- Philipp Reis (1834-1874), deutscher Physiker und Erfinder unter anderem des Telefons
- Gottlieb Daimler (1834-1900), württembergischer Ingenieur und Automobil-Konstrukteur
- Heinrich Lanz (1838-1905), Gründer der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Lanz in Mannheim
- Ferdinand von Zeppelin (1838-1917), württembergischer General, Erfinder des Starrluftschiffs
- Carl Benz (1844-1929), Ingenieur und Automobil-Konstrukteur in Mannheim
- Friedrich Schott (1850-1931), Chemiker und Fabrikant in Heidelberg
- Ludwig Hatschek (1856-1914), österreichischer Industrieller und Erfinder des Eternits
- Rudolf Diesel (1858-1913), deutscher Ingenieur und Erfinder des Dieselmotors

Wissenschaft

- Maria Gaetana Agnesi (1718-1799), italienische Mathematikerin und Wohltäterin, weltweit erste ernannte Mathematikprofessorin
- Stephan Gugenmus (1739-1778), Landwirt und Pächter des SchLOSSchens in Handschuhsheim, Schriftsteller und Reformator der Landwirtschaft
- Wilhelm von Humboldt (1767-1835), preußischer Gelehrter und Staatsmann
- Anton Friedrich Justus Thibaut (1772-1840), Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer in Heidelberg
- Friedrich Christoph Schlosser (1776-1861), Historiker, Hochschullehrer in Heidelberg
- Karl Josef Anton Mittermaier (1787-1867), Jurist, Strafrechtler, Hochschullehrer in Heidelberg und liberaler Politiker
- Georg Gottfried Gervinus (1805-1871), Historiker und Hochschullehrer in Heidelberg, nationalliberaler Politiker

- Adolph von Vangerow (1808-1870), Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer in Heidelberg
- Ferdinand Redtenbacher (1809-1863), Hochschullehrer in Karlsruhe, Begründer des wissenschaftlichen Maschinenbaus
- Charles Darwin (1809-1882), englischer Naturforscher
- Robert Wilhelm Bunsen (1811-1899), Chemiker und Hochschullehrer in Heidelberg
- Ludwig Häusser (1818-1867), Historiker, Hochschullehrer und Politiker in Heidelberg
- Hermann von Helmholtz (1821-1894), Arzt, Physiker und Hochschullehrer in Heidelberg
- Gregor Mendel (1822-1884), österreichischer Augustinerprior und Entdecker der Vererbungsgesetze
- Adolf Kußmaul (1822-1902), Arzt, Hochschullehrer und Schriftsteller in Heidelberg
- Friedrich Wilhelm B. Hofmeister (1824-1877), Botaniker, Hochschullehrer in Heidelberg
- Gustav Robert Kirchhoff (1824-1887), Physiker und Hochschullehrer in Heidelberg
- Kuno Fischer (1824-1907), Philosoph und Hochschullehrer in Heidelberg
- Karl Gegenbaur (1826-1903), Arzt, Anatom, Zoologe, Hochschullehrer in Heidelberg
- Georg Quincke (1834-1924), Physiker und Hochschullehrer in Heidelberg
- Franz Knauff (1835-1920), Arzt, Hygieniker und Hochschullehrer in Heidelberg
- Vinzenz Czerny (1842-1916), Chirurg, Krebsforscher und Hochschullehrer in Heidelberg
- Karl Engler (1842-1925), Chemiker und Hochschullehrer in Karlsruhe, nationalliberaler Politiker
- Robert Koch (1843-1910), deutscher Arzt, Bakteriologe und Nobelpreisträger
- Erwin Rohde (1845-1898), Altphilologe und Hochschullehrer in Heidelberg
- Wilhelm Conrad Röntgen (1845-1923), deutscher Physiker und Hochschullehrer, Entdecker der nach ihm benannten Strahlen und Nobelpreisträger
- Hans Bunte (1848-1925), Chemiker und Hochschullehrer in Karlsruhe
- Georg Jellinek (1851-1911), Jurist, Staatsrechtler und Hochschullehrer in Heidelberg
- Eberhard Gothein (1853-1923), Wirtschafts- und Kulturhistoriker sowie Hochschullehrer in Heidelberg, liberaler Politiker
- Albrecht Kossel (1853-1927), Arzt, Biochemiker und Hochschullehrer in Heidelberg, Nobelpreisträger
- Heinrich Rudolf Hertz (1857-1894), deutscher Physiker
- Max Wolf (1863-1932), Astronom in Heidelberg und Begründer der Sternwarte auf dem Königstuhl
- Albert Fraenkel (1864-1938), Arzt und Leiter des Tuberkulose-Krankenhauses Rohrbach
- Marie Curie (1867-1934), polnisch-französische Chemikerin und Physikerin, zweimalige Nobelpreisträgerin
- Gustav Radbruch (1878-1949), Jurist, Hochschullehrer in Heidelberg und Politiker (SPD)
- Lise Meitner (1878-1968), österreichische Kernphysikerin
- Albert Einstein (1879-1955), deutscher Physiker, Nobelpreisträger

- Friedrich Gundolf (1880-1931), Literaturwissenschaftler, Hochschullehrer und Schriftsteller in Heidelberg
- Rahel Straus (1880-1963), Ärztin, Sozialarbeiterin, Frauenrechtlerin und Zionistin aus Karlsruhe, erste Medizinstudentin in Heidelberg
- Emmy Noether (1882-1935), deutsche Mathematikerin, Mitbegründerin der modernen Algebra
- Gerta von Ubisch (1882-1965), Botanikerin, Genetikerin und Hochschullehrerin in Heidelberg
- Karl Jaspers (1883-1969), Psychiater und Philosoph, Hochschullehrer in Heidelberg
- Otto Meyerhof (1884-1951), Biochemiker in Heidelberg und Nobelpreisträger
- Max Jarecki (1889-1975), in Heidelberg promovierter Arzt, nach dem die Max-Jarecki-Stiftung benannt ist

3. Personen, die nach näherer Überprüfung besprochen und als unbedenklich eingestuft wurden

Zu den folgenden Personen hat die Kommission genauere eigene Recherchen angestellt, weil entweder über ihr Leben in Deutschland wenig bekannt ist oder weil im Zusammenhang mit ihrer historischen Rolle Anhaltspunkte für eine Belastung gegeben sein könnten. Die Recherchen haben aber nichts ergeben, was diese Personen als historisch belastet erscheinen ließe:

- Andreas Hofer (1767-1810), Tiroler Freiheitskämpfer
- Muhammad Iqbal (1877-1938), pakistanischer Dichter und Philosoph, studierte unter anderem in Heidelberg
- José Rizal (1861-1896), philippinischer Arzt und Schriftsteller, arbeitete 1886 in Heidelberg

Bei den Personen, die im Erwachsenenalter in Deutschland die NS-Zeit erlebten und über deren Verhalten in dieser Zeit bisher wenig bis gar nichts bekannt war, ließ die Kommission Spruchkammerakten sichten und sofern erforderlich Quellendossiers anfertigen. Im Falle der nachfolgenden Personen sind dabei keine Belastungen zu Tage gefördert worden:

- Alfons Beil (1896-1997), katholischer Pfarrer in Bergheim und Dekan
- Robert Bollschweiler (1883-1933), Bürgermeister von Ziegelhausen (SPD)
- Herbert Derwein (1893-1961), Schriftsteller und Stadtarchivar in Heidelberg
- Adolf Engelhardt (1889-1967), Lokalpolitiker (SPD) und Gewerkschafter in Kirchheim
- Hans Feigenbutz (1890-1974), Kaufmann und Lokalpolitiker (SPD) in Rohrbach
- Maria Goeppert-Mayer (1906-1972), deutsch-US-amerikanische Physikerin und Chemikerin, Nobelpreisträgerin
- Franz Sales Griebbaum (1877-1959), katholischer Pfarrer in Kirchheim
- Otto Hahn (1879-1968), deutscher Chemiker und Physiker, Nobelpreisträger

- Hermann Hampe (1904-1970), Architekt und Lokalpolitiker (CDU) in Heidelberg
- Richard Hauser (1903-1980), katholischer Pfarrer und Dekan an der Jesuitenkirche Heidelberg
- Erich Hübner (1917-1985), evangelischer Kirchenmusiker in Handschuhsheim
- Hedwig Jochmus (1899-1993), Chemikerin, Bundes- und Landtagsabgeordnete (CDU) in Heidelberg
- Anton Klausmann (1899-1973), katholischer Pfarrer im Pfaffengrund
- Ilse Krall (1897-1982), Lokalpolitikerin (CDU) in Heidelberg
- Jakob Maaß (1858-1935), Bürgermeister von Wieblingen
- Georg Mechtersheimer (1880-1972), Eisenbahn-Ingenieur in Rohrbach
- Heinrich Menger (1913-1987), Lokalpolitiker (SPD) im Pfaffengrund
- Karl Menges (1881-1968), Schlosser und Lokalpolitiker (SPD) in Kirchheim
- Heinrich Neu (1864-1963), evangelischer Pfarrer in Wieblingen
- Stephanie Pellissier (1893-1982), Musikerin in Heidelberg
- Susanne Pfisterer (1893-1984), Lokalpolitikerin (SPD) in Kirchheim
- Maria Probst (1902-1967), deutsche Lehrerin und Bundespolitikerin (CSU)
- Will Sohl (1906-1969), Maler in Ziegelhausen
- Hugo Stotz (1869-1935), Unternehmer und Erfinder in Mannheim
- Friedrich Karl Wielandt (1871-1946), Bürgermeister in Heidelberg
- Maria Zimmermann (1899-1981), Lokalpolitikerin (SPD) in Heidelberg

4. Einteilung in Prüfgruppen

In einem zweiten großen Arbeitsschritt hat die Kommission diejenigen Personen, die nach den oben genannten allgemeinen Kriterien als problematisch gelten konnten, in vier verschiedene Prüfgruppen eingeteilt, um im vergleichenden Blick auf die Biografien Verdienste, Versäumnisse und mögliche Belastungen schärfer erkennen zu können. Bei diesen Prüfgruppen handelt es sich um

- „Deutsche Schriftsteller und Publizisten Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts“,
- „Deutsche Militärs und Politiker des 19. Jahrhunderts“,
- „Übrige Prüffälle ohne klare Epochenzuordnung“
- und quantitativ weit überwiegend um „Personen mit NS-Belastung“.

III. Deutsche Schriftsteller und Publizisten Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts

In dieser Gruppe wurden folgende Personen näher untersucht:

- Achim von Arnim (1781-1831), deutscher Schriftsteller der Heidelberger Romantik
- Clemens Brentano (1778-1842), deutscher Schriftsteller der Heidelberger Romantik
- Johann Gottlieb Fichte (1762-1814), deutscher Philosoph
- Joseph Görres (1776-1848), deutscher politischer Publizist, 1806-1808 Hochschullehrer in Heidelberg

- Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852), deutscher politischer Publizist und Pädagoge
- Theodor Körner (1791-1813), deutscher Schriftsteller

Das politische Denken des frühen 19. Jahrhunderts war von den Umwälzungen durch die Französische Revolution und die darauffolgende Herrschaft Napoleons geprägt. Einerseits brachte die Revolution 1789 die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ mit einigen elementaren Gleichheits- und Freiheitsversprechen. Die emanzipatorischen Errungenschaften der Französischen Revolution wurden zum Teil auch von Napoleon aufrechterhalten und in den mit Frankreich verbündeten deutschen Ländern und in besetzten Teilen Deutschlands zum geltenden Recht. Andererseits waren auch die direkten Auswirkungen der Militärherrschaft Napoleons politisch prägend. Die mit Frankreich verbündeten Rheinbundstaaten waren verpflichtet, große Truppenkontingente für Napoleons Feldzüge zu stellen, von denen der Russlandfeldzug von 1812 mit der nahezu völligen Vernichtung der Armee scheiterte. Dies hatte eine erhebliche Stärkung antifranzösischer Einstellungen zur Folge.

Die Auswirkungen der Französischen Revolution und der napoleonischen Herrschaft in Deutschland riefen unterschiedliche politische Reaktionen hervor. Die einen sahen die Versprechen der Revolution als Verheißung von Gleichheit und Freiheit. Andere wurden nach anfänglicher Begeisterung vom Terreur der Jakobinerherrschaft abgeschreckt. Wieder andere betrachteten die Eroberungen Frankreichs und die Besetzung großer Teile Deutschlands als größtes Übel ihrer Zeit und die Bündnisse einer großen Anzahl deutscher Fürsten mit Frankreich als nationale Schmach. Wieder andere wollten die alte feudale deutsche Stände-Ordnung wiederherstellen und sahen ihren eigenen Status und ihre bisherigen Privilegien durch die französische Liberalisierung der Wirtschaftsordnung bedroht.

Als Reaktion auf die Französische Revolution und die Siege Napoleons entstand, angetrieben durch einige Publizisten und Schriftsteller, ein gesteigertes deutsches Nationalgefühl, das mit Franzosenfeindlichkeit und auch mit einer besonders im Lichte der späteren deutschen Geschichte höchst problematisch erscheinenden Judenfeindschaft einherging. Die Konstruktion einer neuen deutschen Identität erfolgte in starker Abgrenzung zur französischen Sprache, Kultur, Politik und Militär-Herrschaft in Deutschland, hatte aber durchaus unterschiedliche Ausprägungen. So bildeten die am nationalen Diskurs beteiligten Schriftsteller und Publizisten keine gleichförmige Gruppe.

Zunächst ist festzustellen, dass nicht jede der überprüften Personen vor allem national dachte und alles ablehnte, was als „französisch“ oder „jüdisch“ galt. Für Clemens Brentano (1778-1842) und in noch stärkerem Maße Achim von Arnim (1781-1831) sind allerdings Texte mit eindeutig antijüdischen Aussagen nachzuweisen, insbesondere in satirischen

Tischreden, die sie in der Deutschen Tischgesellschaft in Berlin vortrugen. Diese war geprägt von antifranzösischem Patriotismus und verweigerte Frauen, Juden und selbst „getauften Juden“ die Mitgliedschaft. Dazu gehörte auch die Ansicht, dass Juden sogar nach einer christlichen Taufe weiterhin „jüdische Eigenschaften“ hätten und deshalb nicht gleichberechtigte Bürger sein könnten.

Auch wenn einige dieser Schriftsteller und Publizisten heute nicht mehr für einen Straßennamen ausgewählt werden würden, bleibt ihre historisch-kulturelle Bedeutung für jene prägende Zeit bestehen. Bleibend ist das Verdienst der Heidelberger Romantiker, alte Märchen, Mythen oder Volkslieder für die Nachwelt, wenn auch mit starken schriftstellerischen Eingriffen, in das kulturelle Gedächtnis eingebracht zu haben. Die Liedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“ von Clemens Brentano und Achim von Arnim (unter Mitarbeit von Bettina von Arnim) erschien in Heidelberg 1806 und 1808 in drei Bänden und zählt in Deutschland noch zum literarischen Kanon.

IV. Deutsche Militärs und Politiker des 19. Jahrhunderts

Diese Gruppe nimmt auf folgende preußische Militärführer und Politiker des 19. Jahrhunderts Bezug, die näher untersucht wurden:

- Wilhelm von Baden (1829-1897), preußisch-badischer General und Politiker
- Otto von Bismarck (1815-1898), preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler
- Gebhard Leberecht von Blücher (1742-1819), preußischer Generalfeldmarschall
- Leonhard von Blumenthal (1810-1900), preußischer Generalfeldmarschall
- August Neidhardt von Gneisenau (1760-1831), preußischer Generalfeldmarschall
- Helmuth von Moltke (1800-1891), preußischer Generalfeldmarschall und Generalstabschef
- Albrecht von Roon (1803-1879), preußischer Generalfeldmarschall und Kriegsminister
- August von Werder (1808-1887), preußischer General
- Ludwig von Yorck (1759-1830), preußischer Generalfeldmarschall

Drei Straßen (Blücher, Gneisenau und Yorck) erinnern – wie in vielen größeren deutschen Städten – an die „Befreiungskriege“ zu Beginn des Jahrhunderts, fünf Straßen und zwei Plätze (Wilhelm von Baden, Blumenthal, Moltke, Roon und Werder) an die „Einigungskriege“ von 1863 bis 1871. Weniger die geehrten Personen selbst als vielmehr die Zeitpunkte der Benennungen (zwischen 1887 und 1913) werfen die Frage auf, ob sich in dieser Gruppe ein historisch verhängnisvoller Militarismus widerspiegelt, bereitete doch die Ehre preußischer Militärführer im Wilhelminischen Deutschland nach außen einer imperialistischen Expansion den Weg und dämmte nach innen politische Emanzipationsansprüche ein.

Zwar sieht die Kommission durchaus Anhaltspunkte, diese Frage zu bejahen; sie empfiehlt dennoch die Beibehaltung der fraglichen Straßennamen als historische Zeugnisse der politischen Anschauungen der Mehrheit des Heidelberger Bürgertums vor dem Ersten Weltkrieg. Auch sieht es die Kommission nicht als ihre Hauptaufgabe an, seinerzeitige Benennungsmotive zu bewerten, sondern die Biografien der durch die Straßenbenennungen geehrten Personen. Bei Anlegung kritischer Maßstäbe stellt sich hierbei die Frage nach dem Charakter der Kriege, deren Verlauf die fraglichen Personen prägten. Allerdings ist selbst die grobe Unterscheidung zwischen Verteidigungs- (als solchen könnte man die „Befreiungskriege“ kategorisieren) und Angriffskriegen (dies gilt zumindest insgesamt für die „Einigungskriege“) schwierig.

Es ist außerdem zu berücksichtigen, dass sich weithin als verbindlich erachtete Vorstellungen über ein Völkerrecht als Instrument zur Eindämmung internationaler Konflikte und eines Kriegsvölkerrechts als Instrument zur Regulierung der Kriegsführung erst seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts, insbesondere in Reaktion auf den Ersten Weltkrieg, ausbildeten.

Nach den Maßstäben des 19. Jahrhunderts jedenfalls sind somit weder die „Befreiungskriege“ noch die „Einigungskriege“ als illegitime Kriege einzuschätzen, und auch die Kriegsführung erreichte – ungeachtet der Kritik an den massiven Zerstörungen von Kulturgütern und den dabei getöteten Zivilisten bei der Belagerung Straßburgs unter dem Oberbefehl Werders 1870 sowie an den Umständen der dreimonatigen Belagerung von Paris 1870/71 – noch nicht das Ausmaß eines technisierten Massenkrieges mit enormen Opferzahlen wie erstmals im Ersten Weltkrieg. Dies sollte bei der Bewertung der fraglichen Personen nicht ausgeblendet werden zugunsten anachronistischer Beurteilungsmaßstäbe eines erst später entstandenen Völkerrechts. Legte man diese zugrunde, so wäre überdies das Augenmerk von den Militärführern auf den politischen Hauptverantwortlichen der „Einigungskriege“ zu verlagern und die Frage zu stellen, ob Otto von Bismarck noch als Namensgeber einer Heidelberger Straße und eines Platzes tauglich ist. Auch in seinem Fall meint die Kommission, dass die Benennung als historisches Zeugnis erhalten bleiben kann, weil Grundsätze wie das Gebot zur friedlichen Klärung internationaler Konflikte oder die Prinzipien demokratisch fundierter Rechtsstaatlichkeit, die erst im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts allgemeine Anerkennung fanden, nicht auf frühere Epochen rückprojiziert werden sollten.

V. Übrige Prüffälle ohne klare Epochenzuordnung

Diese Gruppe enthält alle Personen, die näher zu untersuchen waren, aber nicht in eine der anderen Prüfgruppen eingeordnet werden können. Ansonsten stehen sie nicht untereinander in Bezug, außer dass sie im 19. Jahrhundert oder Anfang des 20. Jahrhunderts gelebt haben. Bei allen nachfolgend aufgeführten Personen dieser an sich inhomogenen

Gruppe ist aus jeweils unterschiedlichen Gründen eine gewisse Belastung zu Tage getreten. Jedoch ist diese bis auf eine Ausnahme in keinem Fall so groß, dass dies eine Empfehlung zu einer Umbenennung erfordern würde:

- Johann Kaspar Bluntschli (1808-1881), Rechtswissenschaftler und Hochschullehrer in Heidelberg sowie nationalliberaler Politiker
- Wilhelm Busch (1832-1908), deutscher Schriftsteller und Zeichner
- Fritz Haber (1868-1934), deutscher Chemiker und Nobelpreisträger
- Franz von Lenbach (1836-1904), deutscher Maler
- Hermann Löns (1866-1914), deutscher Schriftsteller
- Hans Thoma (1839-1924), deutscher Maler
- Richard Wagner (1813-1883), deutscher Komponist

Der Chemiker Fritz Haber stellt innerhalb dieser Gruppe einen Sonderfall als Initiator des Giftgaseinsatzes während des Ersten Weltkriegs dar. Er trägt als Wissenschaftler die Verantwortung für die erstmalige Verwendung von Massenvernichtungswaffen, der nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 100.000 Gastote und rund 1,5 Millionen Gasverletzte zum Opfer fielen, von denen etliche noch Jahre später an Folgeerkrankungen verstarben. Die Kommission empfiehlt deshalb, eine Straßenumbenennung in Betracht zu ziehen.

VI. Personen mit NS-Belastung

1. Belastungskriterien und Einteilung in Unterkategorien

Neben dem bereits im vorigen Kapitel genannten Fall von Fritz Haber umfasst diese mit Abstand größte Prüfgruppe acht weitere Personen, bei denen die Kommission dem Gemeinderat nahelegt, die Umbenennung der sie würdigenden Straßen in Betracht zu ziehen. Denn zur Zeit der NS-Machtübernahme in Deutschland war die Ausbildung des noch heute gültigen Wertekanons gegenüber dem Zeithorizont der vorher genannten Prüfgruppen (Ende des 18. bis Anfang des 20. Jahrhunderts) so weit vorangeschritten, dass deutlich strengere Maßstäbe an die Personen dieser Prüfgruppe anzulegen waren. Seit 1919 war die Demokratie im Deutschen Reich – wenn auch immer wieder angegriffen und gefährdet – in die Praxis umgesetzt. Aus diesen Gründen war der Zivilisationsbruch des NS-Regimes ab 1933 in der deutschen Geschichte einmalig, so dass ein direkter Vergleich der Personen mit NS-Belastung mit den Personen der übrigen Prüfgruppen nicht sachgerecht wäre.

Um aus der relativ großen Gruppe der durch ihr Verhalten in der NS-Diktatur auf die eine oder andere Weise kompromittierten Personen die stark belasteten, die besonders zur Diskussion zu stellen sind, herauszufiltern, musste die Kommission ein spezielles Analyseraster entwickeln. Die Überlegungen, die in anderen Städten zur Überprüfung der Straßennamen eingesetzte Kommissionen oder Fachbeiräte dazu angestellt haben, sind hierbei nur bedingt hilfreich gewesen. Insbesondere wollte sich die Kommission die andernorts aufgestellte Prämisse, dass die „aktive Förderung des Nationalsozialismus“ nur dann

ein Kriterium für Straßennamenunwürdigkeit sein solle, wenn sie „in führender Stellung“ (laut Kriterien des Darmstädter Fachbeirats Straßennamen) beziehungsweise „von führender Position aus“ (Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Freiburger Straßennamen, Seite 6) erfolgt sei, nicht zu eigen machen, da es ihr nicht plausibel erschien, bei „kleinen Aktivisten“ wie Volksschullehrern oder nur lokal bis regional prominenten Schriftstellern entschuldigend in Rechnung zu stellen, dass ihr Wirkungskreis – mutmaßlich entgegen den eigenen Wünschen – eng begrenzt blieb. Als problematisch erachtete die Kommission auch die andernorts bei der Bewertung von NS-Belastungen geübte Praxis, die zumeist nur durch Spekulationen zu erschließenden Motive der „aktiven Mitarbeit in der NSDAP und/oder deren Massenorganisationen“ den Ausschlag geben zu lassen – in Darmstadt zum Beispiel mit dem Hinweis, dass die „aktive Mitarbeit“ Straßennamenunwürdigkeit nahelege, wenn sie „ohne Not“ erfolgt sei.

Statt andernorts erprobte Kriterien für die eigenen Bedürfnisse zu modifizieren, hat sich die Kommission schließlich dafür entschieden, sich bei der Bewertung der Fälle an den Kategorien und Begriffen zu orientieren, mit denen das vom Länderrat des US-amerikanischen Besatzungsgebietes verabschiedete „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom 5. März 1946 die unterschiedlichen Grade von NS-Belastung zu fassen versuchte. Dabei ging es ihr nicht darum, die durch dieses „Befreiungsgesetz“ initiierten Spruchkammerverfahren mit einem zeitlichen Abstand von mehr als 75 Jahren erneut zu führen; vielmehr wollte sie sich zwei Begriffe und Definitionen nutzbar machen, die als Instrumente für eine Bewertung der in dieser Prüfgruppe zusammengestellten Heidelberger Fälle gut zu passen schienen: (1) der „Aktivismus“, mit dem das Gesetz jemanden kennzeichnete, der „durch Wort oder Tat, insbesondere öffentlich durch Reden oder Schriften,“ zum Aufbau und zur Erhaltung der NS-Herrschaft beigetragen hat oder der „durch nationalsozialistische Lehre oder Erziehung die Jugend an Geist oder Seele vergiftet hat“ (Artikel 7); (2) das „Nutzniebertum“ als Kategorie für jemanden, der „aus der Gewaltherrschaft der NSDAP, aus der Aufrüstung oder aus dem Kriege durch seine politische Stellung oder seine politischen Beziehungen für sich oder andere persönliche oder wirtschaftliche Vorteile in eigensüchtiger Weise herausgeschlagen hat“. Nutznießer war dem Gesetz zufolge insbesondere auch, „wer nur auf Grund seiner Zugehörigkeit zur NSDAP in ein Amt oder eine Stellung berufen oder bevorzugt befördert wurde“ (Artikel 9).

„Aktivismus“ und „Nutzniebertum“ sind nur ein Teil der Begriffe, mit denen das Befreiungsgesetz 1946 individuelle Verantwortlichkeit für Errichtung und Aufrechterhaltung der NS-Gewaltherrschaft zu fassen versuchte; beide reichen jedoch aus, um den Kern der NS-Belastungen zu beschreiben, die bei den Personen in dieser Prüfgruppe der Heidelberger Straßennamen festzustellen sind. „Hauptschuldige“ oder „Militaristen“ im Sinne des Befreiungsgesetzes finden sich in dieser Gruppe nicht, auch niemand, der sich Kriegs- oder anderer Verbrechen schuldig gemacht hat, die von der deutschen Nachkriegsjustiz hätten

geahndet werden können. Vielmehr beschränkt sich die NS-Belastung in den dokumentierten Fällen ganz überwiegend auf das – allerdings breite – Feld des politischen Opportunismus, der prinzipienlosen oder wenigstens Prinzipien früher oder später zurückstellenden Anpassung an die gegebenen politischen Verhältnisse der Diktatur. Je nach den Zielen, die damit verfolgt wurden, konnte dieser Opportunismus eine defensive oder aber eine offensive Ausrichtung haben: defensiver Opportunismus diente hauptsächlich dem Erhalt und der Sicherung der bereits erreichten Lebens- und Arbeitsbedingungen, offensiver Opportunismus dem beruflichen und gesellschaftlichen Aufstieg unter den Bedingungen der NS-Diktatur. Auch lässt sich zwischen einem Opportunismus des schweigenden Hinnehmens und des tätigen Mitmachens unterscheiden. Die einzelnen Prüffälle sind auf dem Feld des Opportunismus mit den Spannungspolen von Aktivismus und Nutznießertum ganz unterschiedlich zu verorten; auch soll ihre Bewertung im Vergleich mit Personen erfolgen, die gleichen oder ähnlichen Berufen angehörten, da der Konformitätsdruck in der NS-Diktatur sehr verschiedene Intensitäten haben konnte. Um dem Rechnung zu tragen, wurden für diese Prüfgruppe fünf Unterkategorien (Wissenschaft, Wirtschaft und Technik, Erziehung und Publizistik, Prominenz in Kultur und Sport, sonstige regionale Biografien) gebildet, innerhalb derer sich jeweils im Vergleich unterschiedliche Belastungsgrade aufzeigen lassen. Hierdurch lassen sich diejenigen Fälle identifizieren, in denen die Kommission dem Gemeinderat empfiehlt, Straßenumbenennungen in Betracht zu ziehen.

2. Personen aus der Wissenschaft

- Walther Bothe (1891-1957), Physiker in Heidelberg, Nobelpreisträger
- Friedrich Endemann (1857-1936), Jurist und Hochschullehrer in Heidelberg
- Johannes Hoops (1865-1949), Anglist, Mediävist und Hochschullehrer in Heidelberg
- Johannes Jensen (1907-1973), Physiker und Hochschullehrer in Heidelberg, Nobelpreisträger
- Martin Kirschner (1879-1942), Chirurg und Hochschullehrer in Heidelberg
- Ludolf Krehl (1861-1937), Mediziner und Hochschullehrer in Heidelberg
- Richard Kuhn (1900-1967), Chemiker und Hochschullehrer in Heidelberg, Nobelpreisträger
- Max Planck (1858-1947), deutscher Physiker, Nobelpreisträger
- Otto Schmeil (1860-1943), Biologe, Pädagoge und Fachbuchautor in Heidelberg

In dieser Unterkategorie hält die Kommission die Beibehaltung des bisherigen Straßennamens in zwei Fällen für problematisch. Die Gründe hierfür sind unterschiedlich: Im Fall des Juristen Friedrich Endemann sieht die Kommission ein besonderes Belastungsmoment in seiner öffentlichen Werbung für die NSDAP vor der NS-Machtübernahme. Dies war eine starke Form des Aktivismus, die durch irgendwelche opportunistischen Motive nicht zu erklären wäre. Dass Endemann der NSDAP selbst nicht beitrug, fällt nicht ins Gewicht. Als im Ruhestand befindlicher Professor stand er unter keinem Anpassungsdruck und

hätte durch einen Parteieintritt keine persönlichen Vorteile erzielen können. Auch der Chemiker Richard Kuhn war kein Mitglied der NSDAP; auch sind bei ihm weder Aktivismus noch Nutznießertum in einem über das Durchschnittsmaß hinausgehendem Umfang festzustellen. Die Kommission meint allerdings, dem Tatbestand, dass er in einem gravierenden Einzelfall durch persönliches Dazutun (Denunziation) eine scharfe Auslegung der antisemitischen Personalpolitik des Regimes im Öffentlichen Dienst bewirkte, besondere Bedeutung zumessen zu müssen.

3. Personen aus Wirtschaft und Technik

- Carl Bosch (1874-1940), Chemiker, Ingenieur und Großindustrieller in Heidelberg, Nobelpreisträger
- Franz Dischinger (1887-1963), Bauingenieur aus Heidelberg
- Hugo Eckener (1868-1954), deutscher Unternehmer, Luftschiffkonstrukteur und Journalist
- Marga Faulstich (1915-1998), technische Angestellte in Mainz
- Rudolf Hell (1901-2002), deutscher Funktechniker, Elektroingenieur und Unternehmer
- Franz Kruckenberg (1882-1965), Schiffbauingenieur und Eisenbahntechniker in Heidelberg
- Felix Wankel (1902-1988), Techniker, Erfinder und Konstrukteur in Heidelberg
- Konrad Zuse (1910-1995), deutscher Ingenieur, Erfinder und Unternehmer

Unter den Personen dieser Unterkategorie sieht die Kommission ebenfalls in zwei Fällen die Belastung als so gravierend an, dass sie dem Gemeinderat empfiehlt, die Umbenennung der betreffenden Straßen in Betracht zu ziehen. Dies betrifft zum einem den Techniker Felix Wankel, dessen frühes und langjähriges Engagement in der NSDAP (1922-1932, zwischenzeitlich mit der Ausübung einer leitenden Funktion in der Hitlerjugend im Gau Baden) als in der Vergleichsgruppe und auch in der Gesamtheit der NS-Prüffälle besonders starker Aktivismus hervorsteht. Ein hohes Maß an Aktivismus, der deutlich über den Durchschnitt politischer Anpassung in der Vergleichsgruppe hinausgeht, ist auch für die Technikerin Marga Faulstich festzustellen, die zwar erst vergleichsweise spät, 1937, in die NSDAP eintrat, aber als langjährige „Ringführerin“ beim Bund Deutscher Mädel Verantwortung für die Ausrichtung einer größeren Zahl Heranwachsender auf die politischen Ziele des Regimes trug.

4. Personen aus Erziehung und Publizistik

- Fritz Frey (1881-1962), Lehrer, Schulrektor und Heimatforscher in Handschuhsheim
- Gerhart Hauptmann (1862-1946), deutscher Schriftsteller
- Reinhard Hoppe (1898-1974), Lehrer, Schulrektor und Heimatforscher in Ziegelhausen
- Karl Kollnig (1910-2003), Soziologe, Pädagoge und Heimatforscher in Heidelberg
- Margarete Massias (1905-1984), Lehrerin, Schulrektorin und Lokalpolitikerin (FDP) in Heidelberg

- Albert Saur (1896-1971), Lehrer, Schulrektor und Lokalpolitiker (CDU) in Kirchheim
- Rudolph Stratz (1864-1936), Schriftsteller aus Heidelberg

In dieser Unterkategorie hat die Kommission drei Fälle identifiziert, bei denen sie es für geboten hält, dass der Gemeinderat eine Straßenumbenennung in Betracht zieht. Einen Sonderfall in der Vergleichsgruppe stellt schon wegen seines Alters (geboren 1864) der Schriftsteller Rudolph Stratz dar, der in den Jahren der Weimarer Republik mit völkisch-antidemokratischen Passagen in seinen Schriften hervortrat, 1933 ohne äußeren Druck der NSDAP beitrug und damit seine Zustimmung zur Errichtung der Diktatur zum Ausdruck brachte. Anders gelagert sind die beiden Fälle Reinhard Hoppe und Karl Kollnig, die auf die politischen Anpassungserwartungen, die bei Lehrern und wissenschaftlichem Nachwuchs hoch waren, zunächst mit Mitgliedschaften in NS-Massenorganisationen reagierte und schließlich 1937 der NSDAP beitrug. Ging schon dies über das Minimalmaß des politischen Opportunismus hinaus, so traten beide auch noch mit Publikationen hervor, in denen sie Versatzstücke der NS-Ideologie repetierten: Hoppe in seiner Ziegelhäuser Dorfgeschichte und Kollnig, indem er seine Forschungen auf das ideologisch aufgeladene Feld der Volkskunde und hier insbesondere auf die des Elsass richtete. Die Kommission will nicht verhehlen, dass ihr in der Unterkategorie Erziehung und Publizistik die Abstufung der Belastungen schwergefallen ist: Die Biografien in der NS-Zeit von Margarete Massias und Albert Saur ähneln denen von Hoppe und Kollnig und hätten ebenfalls als besondere Problemfälle herausgestellt werden können. Allerdings meinte die Kommission schließlich, hier jeweils spezifische biografische Faktoren berücksichtigen zu sollen: bei Massias die generelle Marginalisierung weiblicher Lehrkräfte im NS-Schulsystem, die möglicherweise einen subjektiv als besonders stark wahrgenommenen Anpassungsdruck verursacht hat, und bei Saur seine politische Vorgeschichte als Funktionär der Zentrums- partei, die ihn in seinem Bemühen, die eigene berufliche Stellung zu sichern, zu politischen Überanpassungen verleitet haben mag.

5. Prominenz in Kultur und Sport

- Wilhelm Furtwängler (1886-1954), deutscher Dirigent und Komponist, begraben in Heidelberg
- Rudolf Harbig (1913-1944), deutscher Sportler

In keinem der beiden Fälle dieser kleinen Unterkategorie sieht die Kommission die Notwendigkeit für eine Empfehlung an den Gemeinderat, die Umbenennung der betreffenden Straßen zu erwägen.

6. Sonstige regionale Biografien

- Christian Bitter (1878-1950), Bürgermeister von Rohrbach, städtischer Amtsleiter in Heidelberg
- Hans Eberle (1905-1991), evangelischer Pfarrer im Pfaffengrund
- Alfred Jost (1898-1974), Landwirt und Lokalpolitiker (CDU) in Kirchheim

– Ernst Rehm (1912-1983), Bankdirektor und Lokalpolitiker (FWV) in Kirchheim

In einem Fall dieser Unterkategorie hält die Kommission die Belastung für so gravierend, dass der Gemeinderat die Umbenennung der fraglichen Straße in Betracht ziehen sollte: Ernst Rehm trat 1931 der NSDAP bei und brachte damit seine Absicht zum Ausdruck, an der Zerstörung der demokratischen Ordnung mitzuwirken. Als „Jugendsünde“ eines 18-Jährigen wollte die Kommission dies nicht werten, zumal Rehm mit seinem Eintritt in die SS nach der Machtübernahme sein Engagement für den Nationalsozialismus bekräftigte. Auch sah sie einen weiteren Belastungsfaktor darin, dass sich Rehm den Weg zu einer Nachkriegsberufskarriere mit offenkundig unzutreffenden Angaben in seinem Spruchkammerverfahren ebnete. Hinter Rehms politischem Aktivismus stehen zwei weitere von der Kommission eingehend geprüfte, aber dem Gemeinderat schließlich nicht zur vorrangigen Beratung über Umbenennungen vorzuschlagende Belastungsfälle ein Stück weit zurück, da es sich jeweils um defensiven Opportunismus zur Sicherung der beruflichen Stellung handelte: Christian Bitter, der zum Erhalt seiner Position in der Heidelberger Stadtverwaltung zunächst verschiedenen NS-Organisationen und 1940 der NSDAP beitrug, und Alfred Jost, NSDAP-Mitglied seit 1937, der als Besitzer eines „Erbhofes“ zeitweilig in das prestige- und einflussreiche Amt des Kirchheimer Ortsbauernführers kam.

VII. Bereits abgeschlossene Neubenennungen oder Überprüfungen von Straßennamen durch die Kommission für Straßenbenennungen

Die in diesem Kapitel aufgeführten Personen wurden bereits im Zeitraum zwischen 2017 und 2022 von der Kommission auf Eignung für eine Straßen- oder Platzbenennung geprüft. Anlass der Prüfungen waren die jeweils konkret anstehenden Neu- und Umbenennungen von Straßen und Plätzen auf den Konversionsflächen, aber auch in der Bahnstadt und an einzelnen anderen Stellen im Stadtgebiet. Für die Neu- und Umbenennungen hat die Kommission umfassende Benennungskonzepte ausgearbeitet, in denen sie sowohl eigene Benennungsvorschläge als auch Namen aus der Vorschlagsliste des Vermessungsamts aufgriff. Zusätzlich waren die aus der Mitte des Gemeinderats beantragten Vorschläge und die bestehenbleibenden Straßennamen auf den Konversionsflächen zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen wurden seinerzeit dem Gemeinderat im Zuge des jeweiligen Benennungsverfahrens zur Kenntnis gegeben.

Bei der Prüfung von Persönlichkeiten, die für eine Neubenennung infrage kommen, sind deutlich strengere Maßstäbe anzulegen als bei bestehenden Straßennamen. Personen, von denen Positionen oder Taten bekannt waren, die im Widerspruch zu aktuell verbreiteten Wertvorstellungen stehen, kamen deshalb für eine Neubenennung nicht in Frage und sollten davon auch künftig ausgeschlossen sein.

Nachfolgend sind zunächst die geprüften Namen, die bei den Benennungen zum Zuge kamen, in zeitlicher Reihenfolge gruppiert nach den jeweiligen Gemeinderatsvorlagen aufgeführt. Bereits vorher vorhandene Straßennamen sind mit einem Stern in Klammer (*)

gekennzeichnet. Am Schluss folgen dann die geprüften Namen, die bislang noch keine Mehrheit im Gemeinderat für eine Straßen- oder Platzbenennung gefunden haben.

1. Benennung des Gadamerplatzes (Gemeinderatsbeschluss: 25.07.2017)

- Hans-Georg Gadamer (1900-2002), Philosoph und Hochschullehrer in Heidelberg (*)

2. Straßen- und Platzbenennung im Bereich Campbell Barracks und Mark-Twain-Village-Nord (Gemeinderatsbeschluss: 16.11.2017)

- Anselm Feuerbach (1829-1880), Maler aus Speyer (*)
- Christophorus Columbus (um 1451-1506), italienischer Seefahrer, Entdecker Amerikas (*)
- Carl Schurz (1829-1906), deutsch-US-amerikanischer General und Politiker (*)
- Veit Stoß (um 1447-1533), deutscher Bildhauer und -schnitzer (*)
- Berthold Mogel (1930-2015), katholischer Pfarrer in der Heidelberger Südstadt und Stadtdekan von Heidelberg
- Elsa Brändström (1888-1948), schwedische Philanthropin (*)
- Mark Twain, eigentlich Samuel Langhorne Clemens (1835-1910), US-amerikanischer Schriftsteller (*)
- John Zenger (1697-1746), deutsch-US-amerikanischer Publizist und Verleger (*)
- John August Roebling (1806-1869), deutsch-US-amerikanischer Ingenieur und Brückenbauer (*)
- Eleonore Sterling (1925-1968), Politologin aus Heidelberg
- Emil Gumbel (1891-1966), Mathematiker, politischer Publizist und Pazifist, Hochschullehrer in Heidelberg
- Frieda Fromm-Reichmann (1889-1957), Ärztin und Psychoanalytikerin aus Karlsruhe, betrieb 1924-1928 ein Sanatorium in Heidelberg
- Hannah Arendt (1906-1975), deutsche politische Philosophin, studierte in Heidelberg
- Nina Simone, eigentlich Eunice Kathleen Waymon (1933-2003), US-amerikanische Jazz- und Bluessängerin, Pianistin, Songschreiberin und Bürgerrechtsaktivistin
- Marlene Dietrich (1901-1992), deutsche Schauspielerin und Sängerin
- Billie Holiday (1915-1959), US-amerikanische Jazzsängerin
- Adelheid Steinmann (1866-1925), Frauenrechtlerin und Politikerin aus Heidelberg
- Clara Immerwahr (1870-1915), deutsche Chemikerin und eine der ersten deutschen Frauen mit einem Doktorgrad

3. Benennung des Bahnhofsplatzes Süd (Gemeinderatsbeschluss: 24.07.2018)

Nach der Überprüfung mehrerer vorgeschlagener Personennamen, die nachfolgend unter Punkt 13 enthalten sind, wurde der Name „Europaplatz“ beschlossen.

4. Benennung der Grünanlage an der Christian Bitter Straße (Gemeinderatsbeschluss: 09.05.2019)

- Kätchen Förster (1789-1837), Jugendliebe des Dichters Joseph von Eichendorff aus Rohrbach (*)

5. Straßen- und Platzbenennung im Bereich Heidelberger Innovationspark (HIP) (Gemeinderatsbeschluss: 17.10.2019)

- Carl Friedrich Gauß (1777-1855), deutscher Mathematiker, Astronom, Geodät und Physiker
- Caroline Herschel (1750-1848), deutsche Astronomin
- Nikola Tesla (1856-1943), serbisch-US-amerikanischer Erfinder vor allem auf dem Gebiet der Elektrotechnik
- Mary Somerville, (1780-1872), schottische Mathematikerin und Astronomin
- Margot Becke (1914-2009), Chemikerin und Rektorin der Universität Heidelberg
- Sophie von Kowalevsky (1850-1891), russische Mathematikerin, weltweit erste ordentliche Professorin für Mathematik seit Maria Gaetana Agnesi, 1869/70 Gasthörerin an der Universität Heidelberg
- George Boole (1815-1864), britischer Mathematiker
- Wilhelm Salomon-Calvi (1868-1941) Geologe und Hochschullehrer in Heidelberg, Entdecker einer Thermalquelle in Bergheim

6. Straßenbenennung Bahnstadt-Kopernikusquartier (Gemeinderatsbeschluss: 23.07.2020)

- Maria Mitchell (1818-1889), US-amerikanische Astronomin

7. Straßen- und Platzbenennung im Bereich Rohrbach-Hospital (Gemeinderatsbeschluss: 10.11.2020)

- Dimitri Iwanowitsch Mendelejew (1834-1907), russischer Chemiker und Begründer des Periodensystems der Elemente, studierte 1860/61 in Heidelberg
- Ossip Mandelstam (1891-1938), russischer Schriftsteller, 1909/10 Gasthörer an der Universität Heidelberg
- Hilde Domin (1909-2006), Schriftstellerin in Heidelberg
- Golo Mann (1909-1994), deutscher Historiker, studierte in Heidelberg
- Clara Schumann (1819-1896), deutsche Pianistin und Komponistin
- Fanny Hensel (1805-1847), deutsche Komponistin
- Marie Marcks (1922-2014), Karikaturistin in Heidelberg
- Hanna Nagel (1907-1975), Graphikerin und Zeichnerin in Heidelberg
- Marie Clauss (1882-1963), sozial engagierte Ärztin in Heidelberg
- Katharina von Künßberg (1883-1978), Zoologin, erste Präsidentin des Deutsch-Amerikanischen Frauenclubs in Heidelberg
- Therese Wiesert (1893-1990), Fürsorgeschwester der Stadt Heidelberg

8. Platzbenennung vor dem Seniorenzentrum im Stadtteil Emmertsgrund (Gemeinderatsbeschluss: 22.07.2021)

- Alexander Mitscherlich (1908-1982), Arzt, Psychoanalytiker und Sozialpsychologe, Hochschullehrer in Heidelberg

9. Umbenennung von Teilen einer Parkanlage in Ziegelhausen (Gemeinderatsbeschluss: 05.05.2022)

- Frieda (1902-1969) und Mathias (1895-1969) Müller, Helfer von NS-Verfolgten in Ziegelhausen

10. Straßenbenennung Nördlich der Eppelheimer Straße (Gemeinderatsbeschluss: 20.07.2022)

- Hanna von Hoerner (1942-2014), Astrophysikerin und Unternehmerin in Schwetzingen auf dem Gebiet der Weltraumforschung

11. Straßenbenennung Kleine Bahnrandstraße (Gemeinderatsbeschluss: 20.07.2022)

- Mileva Maric (1875-1948), serbische Mathematikerin und Physikerin, 1897/98 Gasthörerin an der Universität Heidelberg

12. Platzbenennung vor dem Justizzentrum (Gemeinderatsbeschluss: 20.07.2022)

- Fritz Bauer (1903-1968), deutscher Jurist, hessischer Generalstaatsanwalt und Initiator von Prozessen gegen NS-Straftäter, studierte in Heidelberg

13. Weitere von der Kommission geprüfte Namen für eine Straßen-/Platz- oder Parkbenennung, die nicht zum Zuge kamen

Folgende Namen wurden im Zuge der vorgenannten Benennungsverfahren ebenfalls von der Kommission geprüft, und es wurde bis auf eine nachfolgend bezeichnete Ausnahme nichts gefunden, was einer Straßenbenennung zum Zeitpunkt der Untersuchung entgegenstände:

- Louis Armstrong (1901-1971), US-amerikanischer Jazztrompeter und Sänger
- Konrad Fischer (gestorben 1932), als „der gelbe Dragoner“ bekanntes Rohrbacher Original
- Ella Fitzgerald (1917-1996), US-amerikanische Jazz-Sängerin
- Roman Herzog (1934-2017), deutscher Jurist und Politiker, Bundespräsident
- Janusz Korczak (1878/79-1942), polnischer Arzt, Pädagoge und Schriftsteller
- Rosa Luxemburg (1871-1919), deutsche Politikerin und Publizistin. Diesen Benennungsvorschlag lehnt die Kommission ab, weil Rosa Luxemburg nicht in der demokratischen Traditionslinie steht. Sie vertrat in der historischen Entscheidungssituation 1918/19 entschieden und überzeugt einen Gegenentwurf zur parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, zu einem Zeitpunkt, als diese Demokratie bereits in der Entstehung begriffen war.

- Gerhard Mercator (1512-1594), flämischer Geograph und Kartograph
- Jean Monnet (1888-1979), französischer Wegbereiter der europäischen Einigung
- Peterhans, legendärer Rohrbacher Steinhauer im 17. Jahrhundert
- Erich Maria Remarque (1898-1970), deutscher Schriftsteller
- Ernst Ruska (1906-1988), Elektroingenieur aus Heidelberg, Erfinder des Elektronenmikroskops und Nobelpreisträger
- Han David, eigentlich Johann David Schmidt (1765-1849), Feld-, Wald- und Jagdhüter in Rohrbach und Rohrbacher Original
- Friedrich Ludwig von Sckell (1750-1824), deutscher Gartenbauarchitekt
- Claude Shannon (1916-2001), US-amerikanischer Mathematiker und Elektrotechniker
- Richard von Weizsäcker (1920-2015), deutscher Politiker, Bundespräsident

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der personenbezogenen Straßennamen in Heidelberg

Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Name	Vorname	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Achim-von-Arnim-Straße	Rohrbach	Arnim	Achim von	17	3
Adelheid-Steinmann-Straße	Südstadt	Steinmann	Adelheid	27	
Adenauerplatz	Bergheim/Weststadt	Adenauer	Konrad	13	
Adolf-Engelhardt-Straße	Kirchheim	Engelhardt	Adolf	16	
Adolf-Rausch-Straße	Kirchheim	Rausch	Adolf	13	
Agnesstraße	Bahnstadt	Agnesi	Maria Gaetana	14	
Albert-Fraenkel-Straße	Rohrbach	Fraenkel	Albert	15	
Albert-Fritz-Straße	Kirchheim	Fritz	Albert	13	
Albert-Mays-Straße	Weststadt	Mays	Albert	11	
Albert-Saur-Straße	Kirchheim	Saur	Albert	25	102
Albert-Ueberle-Straße	Neuenheim	Ueberle	Albert	13	
Alexander-Colin-Straße	Handschuhsheim	Colin	Alexander	9	
Alexander-Mitscherlich-Platz	Emmertsgrund	Mitscherlich	Alexander	29	
Alfons-Beil-Platz	Bergheim	Beil	Alfons	16	
Alfred-Jost-Straße	Kirchheim	Jost	Alfred	25	114
Alois-Link-Platz	Weststadt	Link	Alois	13	
Amalienstraße	Rohrbach	Amalie von Baden		9	
Amselgasse	Handschuhsheim	Anselm, Abt von Lorsch		8	
Andreas-Hofer-Weg	Handschuhsheim	Hofer	Andreas	16	
Anna-Blum-Platz	Altstadt	Blum	Anna	11	
Anton-Klausmann-Platz	Pfaffengrund	Klausmann	Anton	17	
AugustasträÙe	Rohrbach	Auguste Wilhelmine von Hessen-Darmstadt		9	
Bachstraße	Handschuhsheim	Bach	Johann Sebastian	9	
Beethovenstraße	Handschuhsheim	Beethoven	Ludwig van	12	
Bernhard-Fries-Weg	Weststadt	Fries	Bernhard	12	
Berolfweg	Wieblingen	Berolf		8	
Berthold-Mogel-StraÙe	Südstadt	Mogel	Berthold	27	
Billie-Holiday-StraÙe	Südstadt	Holiday	Billie	27	
Bismarckplatz	Bergheim	Bismarck	Otto von	19	24
Bismarckstraße	Bergheim	Bismarck	Otto von	19	24
Blücherstraße	Bergheim	Blücher	Gebhard Leberecht von	19	27
Blumenthalstraße	Neuenheim/Handschuhsheim	Blumenthal	Leonhard von	19	29
Bluntschlistraße	Bergheim	Bluntschli	Johann Kaspar	21	41
Bonhoefferstraße	Wieblingen	Bonhoeffer	Dietrich	14	
Botheplatz	Emmertsgrund	Bothe	Walther	23	58
BothestraÙe	Emmertsgrund	Bothe	Walther	23	58
Brahmsstraße	Ziegelhausen	Brahms	Johannes	13	
Brechtelstraße	Rohrbach	Brechtel	Heinrich und Martin	8	
Brentanoweg	Südstadt	Brentano	Clemens	17	6
Bunsenstraße	Weststadt	Bunsen	Robert Wilhelm	15	
Carl-Benz-StraÙe	Weststadt	Benz	Carl	14	
Carl-Bosch-StraÙe	Weststadt/Südstadt	Bosch	Carl	24	76
Carl-Friedrich-Gauß-Ring	Kirchheim	Gauß	Carl Friedrich	28	
Carl-Schurz-StraÙe	Südstadt	Schurz	Carl	27	
Carl-Zuckmayer-StraÙe	Emmertsgrund	Zuckmayer	Carl	10	
Caroline-Herschel-StraÙe	Kirchheim	Herschel	Caroline	28	
Christian-Bitter-StraÙe	Rohrbach	Bitter	Christian	25	110
Clara-Immerwahr-StraÙe	Südstadt	Immerwahr	Clara	27	
Clara-Schumann-Weg	Rohrbach	Schumann	Clara	28	
Columbusstraße	Südstadt	Columbus	Christophorus	27	
CuriestraÙe	Rohrbach	Curie	Marie	15	
Cuzaring	Kirchheim	Cuza	Alexandru Ioan	10	
Czernybrücke	Bergheim/Bahnstadt	Czerny	Vinzenz	15	
Czernyring	Bergheim/Bahnstadt/Weststadt	Czerny	Vinzenz	15	
DantestraÙe	Weststadt	Dante Alighieri		8	
Darwinstraße	Bahnstadt	Darwin	Charles	15	
Da-Vinci-StraÙe	Bahnstadt	da Vinci	Leonardo	8	
Derweinstraße	Handschuhsheim	Derwein	Herbert	16	
Dischingerstraße	Pfaffengrund	Dischinger	Franz	24	78
Dürerstraße	Rohrbach	Dürer	Albrecht	8	
Eberlinweg	Handschuhsheim	Eberlin	August	12	
Eckenerstraße	Handschuhsheim	Eckener	Hugo	24	80
Eichendorffplatz	Rohrbach	Eichendorff	Joseph von	10	
Eichendorffstraße	Südstadt/Rohrbach	Eichendorff	Joseph von	10	
Einsteinstraße	Bahnstadt	Einstein	Albert	15	
Eisenlohrstraße	Weststadt	Eisenlohr	Friedrich	11	
Eleonore-Sterling-StraÙe	Südstadt	Sterling	Eleonore	27	
Elisabethweg	Schlierbach	Elisabeth von Österreich		10	
Elisabethstraße	Wieblingen	Lechner	Elisabetha	12	
Elisabeth-von-Thadden-Platz	Wieblingen	Thadden	Elisabeth von	13	
Elsa-Brändström-StraÙe	Südstadt	Brändström	Elsa	27	
Emil-Gumbel-StraÙe	Südstadt	Gumbel	Emil	27	
Emil-Maier-StraÙe	Bergheim	Maier	Emil	13	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der personenbezogenen Straßennamen in Heidelberg

Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Name	Vorname	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Endemannstraße	Weststadt	Endemann	Friedrich	23	60
Englerstraße	Rohrbach	Engler	Karl	15	
Erbprinzenstraße	Rohrbach	Erbprinz von Zweibrücken	Ludwig	9	
Erich-Hübner-Platz	Handschuhsheim	Hübner	Erich	17	
Erlebaltweg	Wieblingen	Erlebalt		8	
Ernst-Rehm-Straße	Kirchheim	Rehm	Ernst	26	116
Ernst-Walz-Brücke	Bergheim/Neuenheim	Walz	Ernst	13	
Erwin-Rohde-Straße	Neuenheim	Rohde	Erwin	15	
Fahrbachweg	Südstadt	Fahrbach	Carl Ludwig	12	
Fanny-Hensel-Weg	Rohrbach	Hensel	Fanny	28	
Fehrentzstraße	Bergheim	Fehrentz	Heinrich	14	
Felix-Wankel-Straße	Rohrbach	Wankel	Felix	24	88
Ferdinandstraße	Wieblingen	Ferdinand von Sturmfeder		9	
Feuerbachstraße	Südstadt	Feuerbach	Anselm	27	
Fichtestraße	Südstadt	Fichte	Johann Gottlieb	17	9
Floringasse	Altstadt	Flor	Conrad	8	
Förster-Bronn-Weg	Ziegelhausen	Bronn	Förster	11	
Franz-Knauff-Straße	Weststadt	Knauff		15	
Franz-Kruckenberg-Straße	Rohrbach	Kruckenberg	Franz	24	86
Franz-Marc-Straße	Südstadt	Marc	Franz	12	
Frieda-Fromm-Reichmann-Straße	Südstadt	Fromm-Reichmann	Frieda	27	
Friedrich-Ebert-Anlage	Altstadt	Ebert	Friedrich	13	
Friedrich-Ebert-Platz	Altstadt	Ebert	Friedrich	13	
Friedrich-Schott-Brücke	Pfaffengrund	Schott	Friedrich	14	
Friedrich-Schott-Straße	Pfaffengrund	Schott	Friedrich	14	
Friedrichspfad	Rohrbach	Friedrich Michael von Zweibrücken-Birkenfeld		9	
Friedrichstraße	Altstadt	Karl Friedrich von Baden		9	
Friedrich-Weinbrenner-Straße	Rohrbach	Weinbrenner	Friedrich	12	
Fritz-Bauer-Platz	Weststadt	Bauer	Fritz	29	
Fritz-Frey-Straße	Handschuhsheim	Frey	Fritz	24	92
Fröbelstraße	Wieblingen	Fröbel	Friedrich	10	
Furtwänglerstraße	Handschuhsheim	Furtwängler	Wilhelm	25	106
Gabelsbergerstraße	Neuenheim	Gabelsberger	Franz Xaver	10	
Gadamerplatz	Bahnstadt	Gadamer	Hans-Georg	27	
Galileistraße	Bahnstadt	Galilei	Galileo	9	
Gegenbaurstraße	Neuenheim	Gegenbaur	Karl	15	
George-Boole-Weg	Kirchheim	Boole	George	28	
Georg-Mechtersheimer-Straße	Rohrbach	Mechtersheimer	Georg	17	
Gerbodoweg	Wieblingen	Gerbodo		8	
Gerhart-Hauptmann-Platz	Neuenheim	Hauptmann	Gerhart	24	94
Gerhart-Hauptmann-Straße	Neuenheim	Hauptmann	Gerhart	24	94
Gertrude-von-Ubisch-Straße	Kirchheim	Ubisch	Gerta von	16	
Gervinusweg	Kirchheim	Gervinus	Georg Gottfried	14	
Gneisenaustraße	Bergheim	Gneisena	August Neidhardt von	19	31
Goepfert-Mayer-Straße	Bahnstadt	Goepfert-Mayer	Maria	16	
Goethestraße	Weststadt	Goethe	Johann Wolfgang von	10	
Goldschmidtstraße	Weststadt	Goldschmidt	Leontine und Victor	11	
Golo-Mann-Straße	Rohrbach	Mann	Golo	28	
Görresstraße	Südstadt	Görres	Joseph	17	12
Gotheinstraße	Neuenheim	Gothein	Eberhard	15	
Gottlieb-Daimler-Straße	Weststadt	Daimler	Gottlieb	14	
Grahamstraße	Handschuhsheim	Graham	John Benjamin	11	
Graimbergweg	Altstadt	Graimberg	Carl Graf von	11	
Gregor-Mendel-Straße	Rohrbach	Mendel	Gregor	15	
Grießbaumweg	Kirchheim	Grießbaum	Franz Sales	16	
Grünwaldstraße	Südstadt	Grünwald	Matthias	8	
Gugenmusweg	Handschuhsheim	Gugenmus	Stephan	14	
Guido-Schmitt-Weg	Südstadt	Schmitt	Guido	12	
Gundolfstraße	Neuenheim	Gundolf	Friedrich	16	
Gustav-Kirchhoff-Straße	Neuenheim	Kirchhoff	Gustav Robert	15	
Gustav-Radbruch-Platz	Handschuhsheim	Radbruch	Gustav	15	
Gutenbergstraße	Neuenheim	Gutenberg	Johannes	8	
Haberstraße	Rohrbach	Haber	Fritz	21	45
Häfnergäßchen	Schlierbach	Häffner	Gabriel	11	
Hannah-Arendt-Straße	Südstadt	Arendt	Hannah	27	
Hanna-Nagel-Straße	Rohrbach	Nagel	Hanna	28	
Hanna-von-Hoerner-Straße	Bahnstadt	Hoerner	Hanna von	29	
Hans-Böckler-Straße	Weststadt	Böckler	Hans	13	
Hans-Bunte-Straße	Pfaffengrund	Bunte	Hans	15	
Hans-Eberle-Anlage	Pfaffengrund	Eberle	Hans	25	112
Hans-Feigenbutz-Weg	Rohrbach	Feigenbutz	Hans	16	
Hans-Thoma-Platz	Handschuhsheim	Thoma	Hans	21	53
Hans-Thoma-Straße	Handschuhsheim	Thoma	Hans	21	53

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der personenbezogenen Straßennamen in Heidelberg

Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Name	Vorname	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Happelstraße	Neuenheim	Happel	Theodor	11	
Harbigweg	Kirchheim	Harbig	Rudolf	25	108
Hasenweg	Ziegelhausen	Haas	Michael	11	
Haspelgasse	Altstadt	Haspel	Claus	8	
Hatschekstraße	Rohrbach	Hatschek	Ludwig	14	
Häusserstraße	Weststadt	Häusser	Ludwig	15	
Haydnstraße	Handschuhsheim	Haydn	Joseph	12	
Hebelstraße	Weststadt	Hebel	Johann Peter	10	
Heckerstraße	Kirchheim	Hecker	Friedrich	13	
Hedwiggasse	Kirchheim	Hedwig von Kirchheim		8	
Hedwig-Jochmus-Straße	Kirchheim	Jochmus	Hedwig	17	
Heinrich-Fuchs-Straße	Rohrbach/Kirchheim	Fuchs	Heinrich	14	
Heinrich-Kaltschmidt-Straße	Rohrbach	Kaltschmidt	Heinrich	13	
Heinrich-Lanz-Straße	Weststadt	Lanz	Heinrich	14	
Heinrich-Menger-Weg	Pfaffengrund	Menger	Heinrich	17	
Heinrich-Neu-Straße	Wieblingen	Neu	Heinrich	17	
Heinrich-Zille-Straße	Handschuhsheim	Zille	Heinrich	12	
Helmholtzstraße	Neuenheim	Helmholtz	Hermann von	15	
Hermann-Hampe-Weg	Rohrbach	Hampe	Hermann	17	
Hermann-Löns-Weg	Schlierbach	Löns	Hermann	21	50
Hermann-Maas-Brücke	Weststadt	Maas	Hermann	12	
Hermann-Schück-Weg	Rohrbach	Schück	Hermann	10	
Hermann-Treiber-Straße	Wieblingen	Treiber	Hermann	13	
Hertzstraße	Rohrbach	Hertz	Heinrich Rudolf	15	
Hildastraße	Weststadt	Hilda von Nassau		10	
Hilde-Domin-Straße	Rohrbach	Domin	Hilde	28	
Hofmeisterweg	Neuenheim	Hofmeister	Friedrich Wilhelm B.	15	
Holbeinring	Rohrbach	Holbein d. J.	Hans	8	
Hölderlinweg	Neuenheim	Hölderlin	Friedrich	10	
Hugo-Stotz-Straße	Pfaffengrund	Stotz	Hugo	17	
Humboldtstraße	Neuenheim	Humboldt	Wilhelm von	14	
Ilse-Krall-Straße	Kirchheim	Krall	Ilse	17	
Iqbal-Ufer	Bergheim	Iqbal	Muhammad	16	
Jahnstraße	Neuenheim	Jahn	Friedrich Ludwig	18	15
Jakobsgasse	Altstadt	Jakobus d. Ä.		7	
Jaspersstraße	Emmertsgrund	Jaspers	Karl	16	
Jellinekplatz	Emmertsgrund	Jellinek	Georg	15	
Jellinekstraße	Emmertsgrund	Jellinek	Georg	15	
Jensenstraße	Bahnstadt	Jensen	Johannes	23	64
Jettaweg	Schlierbach	Jetta		9	
Johannes-Hoops-Weg	Altstadt	Hoops	Johannes	23	62
Johann-Fischer-Straße	Handschuhsheim	Fischer	Johann	13	
John-Zenger-Straße	Südstadt	Zenger	John	27	
Josef-Amann-Anlage	Pfaffengrund	Amann	Josef	13	
Kaiserstraße	Weststadt	Wilhelm I. König von Preußen und Deutscher Kaiser		9	
Karl-Christ-Straße	Ziegelhausen	Christ	Karl	10	
Karl-Kollnig-Platz	Handschuhsheim	Kollnig	Karl	24	98
Karl-Ludwig-Straße	Altstadt	Karl I. Ludwig von Pfalz-Simmern		9	
Karl-Menges-Straße	Kirchheim	Menges	Karl	17	
Karl-Metz-Straße	Bergheim	Metz	Karl	14	
Karl-Philipp-Fohr-Straße	Handschuhsheim	Fohr	Karl Philipp	12	
Karlsluststraße	Rohrbach	Karl II. August Herzog von Zweibrücken		9	
Karlsplatz	Altstadt	Karl Friedrich von Baden		9	
Karlstraße	Altstadt	Karl Friedrich von Baden		9	
Karl-Theodor-Brücke (Alte Brücke)	Altstadt/Neuenheim	Karl Theodor von der Pfalz		9	
Karl-von-Drais-Weg	Rohrbach	Drais	Karl von	14	
Kätchen-Förster-Weg	Rohrbach	Förster	Kätchen	28	
Katharina-von-Künßberg-Platz	Rohrbach	Künßberg	Katharina von	28	
Keplerstraße	Neuenheim	Kepler	Johannes	9	
Kirschnerstraße	Neuenheim	Kirschner	Martin	23	66
Klaus-Tschira-Platz	Neuenheim	Tschira	Klaus	11	
Kleinschmidtstraße	Weststadt	Kleinschmidt	Hermann	11	
Klingelhüttenweg	Schlierbach	Klingel	Max	11	
Konradgasse	Kirchheim	Konrad von Kirchheim		8	
Konrad-Zuse-Straße	Rohrbach	Zuse	Konrad	24	90
Kopernikusstraße	Bahnstadt	Kopernikus	Nikolaus	8	
Koppertweg	Kirchheim	Koppert	Johann Georg	13	
Kosselstraße	Bahnstadt	Kossel	Albrecht	15	
Kuno-Fischer-Straße	Neuenheim	Fischer	Kuno	15	
Kußmaulstraße	Neuenheim	Kußmaul	Adolf	15	
Landoweg	Wieblingen	Lando		8	
Leiblweg	Südstadt	Leibl	Wilhelm	12	
Lenastraße	Weststadt	Lenau	Nikolaus	10	

Verzeichnis der personenbezogenen Straßennamen in Heidelberg

Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Name	Vorname	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Lenbachweg	Südstadt	Lenbach	Franz von	21	49
Lessingstraße	Weststadt	Lessing	Gotthold Ephraim	10	
Liebermannstraße	Südstadt	Liebermann	Max	12	
Liselottestraße	Wieblingen	Liselotte von der Pfalz		9	
Lise-Meitner-Straße	Emmertsgrund	Meitner	Lise	15	
Lucas-Cranach-Straße	Rohrbach	Cranach d. Ä.	Lucas	8	
Ludolf-Krehl-Straße	Neuenheim	Krehl	Ludolf	23	68
Ludwig-Guttman-Straße	Wieblingen	Guttman	Ludwig	11	
Ludwig-Tieck-Straße	Rohrbach	Tieck	Ludwig	10	
Luisenstraße	Bergheim	Luise von Preußen		10	
Lutherstraße	Neuenheim	Luther	Martin	8	
Maaßstraße	Wieblingen	Maaß	Jakob	17	
Marga-Faulstich-Straße	Bahnstadt	Faulstich	Marga	24	82
Margarete-Massias-Straße	Kirchheim	Massias	Margarete	24	100
Margot-Becke-Ring	Kirchheim	Becke	Margot	28	
Maria-Mitchell-Straße	Bahnstadt	Mitchell	Maria	28	
Maria-Probst-Straße	Wieblingen	Probst	Maria	17	
Maria-Zimmermann-Straße	Schlierbach	Zimmermann	Maria	17	
Marie-Baum-Straße	Bahnstadt	Baum	Marie	13	
Marie-Clauss-Straße	Rohrbach	Clauss	Marie	28	
Marie-Marcks-Straße	Rohrbach	Marcks	Marie	28	
Mark-Twain-Straße	Südstadt	Twain	Mark	27	
Marlene-Dietrich-Platz	Südstadt	Dietrich	Marlene	27	
Marsiliusplatz	Altstadt	Marsilius von Inghen		8	
Mary-Somerville-Platz	Kirchheim	Somerville	Mary	28	
Max-Jarecki-Straße	Bahnstadt	Jarecki	Max	16	
Max-Joseph-Straße	Rohrbach	Max Joseph Herzog von Zweibrücken		9	
Max-Planck-Ring	Bahnstadt	Planck	Max	23	72
Max-Reger-Straße	Handschuhsheim	Reger	Max	13	
Max-Wolf-Straße	Neuenheim	Wolf	Max	15	
Memlingstraße	Rohrbach	Memling	Hans	8	
Mendelejewplatz	Rohrbach	Mendelejew	Dimitri Iwanowitsch	28	
Menzelweg	Rohrbach	Menzel	Adolph	12	
Merianstraße	Altstadt	Merian	Matthäus	9	
Meyerhofstraße	Rohrbach	Meyerhof	Otto	16	
Mileva-Maric-Straße	Weststadt/Bahnstadt	Maric	Mileva	29	
Mittermaierstraße	Bergheim	Mittermaier	Karl Josef Anton	14	
Moltkestraße	Neuenheim	Moltke	Helmuth von	19	33
Mombertplatz	Emmertsgrund	Mombert	Alfred	10	
Mombertstraße	Emmertsgrund	Mombert	Alfred	10	
Morataplatz	Bahnstadt	Morata	Olympia Fulvia	8	
Mozartstraße	Handschuhsheim	Mozart	Wolfgang Amadeus	12	
Mühlingstraße	Handschuhsheim	Mühling	Eduard Johann Joseph	12	
Nadlerstraße	Altstadt	Nadler	Karl Gottfried	10	
Newtonstraße	Bahnstadt	Newton	Isaac	9	
Nightingalestraße	Bahnstadt	Nightingale	Florence	11	
Nikola-Tesla-Straße	Kirchheim	Tesla	Nikola	28	
Nina-Simone-Straße	Südstadt	Simone	Nina	27	
Noetherstraße	Bahnstadt	Noether	Emmy	16	
Ossip-Mandelstam-Straße	Rohrbach	Mandelstam	Ossip	28	
Otto-Hahn-Platz	Emmertsgrund	Hahn	Otto	16	
Otto-Hahn-Straße	Emmertsgrund	Hahn	Otto	16	
Peter-Wenzel-Weg	Ziegelhausen	Wenzel	Peter	9	
Philipp-Otto-Runge-Straße	Südstadt	Runge	Philipp Otto	12	
Philipp-Reis-Straße	Weststadt	Reis	Philipp	14	
Philipp-Wolfrum-Weg	Handschuhsheim	Wolfrum	Philipp	13	
Pirschweg	Ziegelhausen	Pirsch	Carl Mathaeus	11	
Posseltstraße	Neuenheim	Posselt	Ernst	11	
Punkerstraße	Rohrbach	Punker von Rohrbach		8	
Quinckestraße	Neuenheim	Quincke	Georg	15	
Rachel-Straus-Weg	Kirchheim	Straus	Rahel	16	
Redtenbacherstraße	Rohrbach	Redtenbacher	Ferdinand	15	
Reinhard-Hoppe-Straße	Ziegelhausen	Hoppe	Reinhard	24	96
Remlerstraße	Neuenheim	Remler	Johann	11	
Richard-Drach-Straße	Pfaffengrund	Drach	Richard	13	
Richard-Hauser-Platz	Altstadt	Hauser	Richard	17	
Richard-Kuhn-Straße	Wieblingen	Kuhn	Richard	23	70
Richard-Wagner-Straße	Handschuhsheim	Wagner	Richard	21	55
Rischerstraße	Wieblingen	Rischer	Johann Jakob	9	
Rizal-Ufer	Wieblingen	Rizal	José	16	
Robert-Bollschweiler-Straße	Ziegelhausen	Bollschweiler	Robert	16	
Robert-Koch-Straße	Bahnstadt	Koch	Robert	15	
Roebingstraße	Südstadt	Roebing	John August	27	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der personenbezogenen Straßennamen in Heidelberg

Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Name	Vorname	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Röntgenstraße	Rohrbach	Röntgen	Wilhelm Conrad	15	
Roonstraße	Neuenheim	Roon	Albrecht von	19	35
Rottmannstraße	Handschuhsheim	Rottmann	Carl	12	
Rudolf-Diesel-Straße	Weststadt	Diesel	Rudolf	14	
Rudolf-Hell-Straße	Rohrbach	Hell	Rudolf	24	84
Rudolph-Stratz-Weg	Ziegelhausen	Stratz	Rudolph	25	104
Rufinusplatz	Neuenheim	Rufinus	Publius Attius	7	
Rummerweg	Handschuhsheim	Rummer	Michael	12	
Rutlindisweg	Wieblingen	Rutlindis		8	
Salomon-Calvi-Straße	Kirchheim	Salomon-Calvi	Wilhelm	28	
Sankt-Anna-Gasse	Altstadt	Anna		7	
Sankt-Peter-Straße	Rohrbach	Petrus	Simon	7	
Sankt-Stephans-Weg	Handschuhsheim	Stephanus		7	
Sankt-Vitus-Gasse	Handschuhsheim	Vitus / Veit		8	
Scheffelstraße	Neuenheim	Scheffel	Joseph Victor von	10	
Schelklystraße	Rohrbach	Schelkly	Ulrich	11	
Schillerstraße	Weststadt	Schiller	Friedrich	10	
Schlosserstraße	Weststadt	Schlosser	Friedrich Christoph	14	
Schmeilweg	Schlierbach	Schmeil	Otto	23	74
Schmitthenerstraße	Kirchheim	Schmitthener	Johann Heinrich August	12	
Schrebergartenweg	Kirchheim/Südstadt	Schreber	Moritz	11	
Schröderstraße	Neuenheim	Schröder	Johann Georg	11	
Schubertstraße	Handschuhsheim	Schubert	Franz	13	
Schurmanstraße	Bergheim	Schurman	Jacob Gould	11	
Schwindstraße	Südstadt	Schwind	Moritz von	12	
Seitzstraße	Neuenheim	Seitz	Käthe und Alfred	13	
Semmelsgasse	Altstadt	Simon		8	
Siemensstraße	Pfaffengrund	Siemens	Werner von	14	
Slevogtstraße	Südstadt	Slevogt	Max	12	
Sofienstraße	Altstadt/Bergheim	Sophie Wilhelmine von Holstein-Gottorf		10	
Sophie-von-Kowalevsky-Straße	Kirchheim	Kowalevsky	Sophie von	28	
Speyererhof	Altstadt	Speyerer	Jakob Wilhelm	13	
Speyererhofweg	Altstadt	Speyerer	Jakob Wilhelm	13	
Spitzwegstraße	Südstadt	Spitzweg	Carl	12	
Stephanie-Pellissier-Straße	Kirchheim	Pellissier	Stephanie	17	
Steubenstraße	Handschuhsheim	Steuben	Friedrich Wilhelm von	12	
Struvestraße	Kirchheim	Struve	Gustav	13	
Susanne-Pfisterer-Straße	Kirchheim	Pfisterer	Susanne	17	
Theodor-Heuss-Brücke	Altstadt/Bergheim/Neuenheim	Heuss	Theodor	13	
Theodor-Körner-Straße	Bergheim	Körner	Theodor	18	18
Therese-Wiesert-Straße	Rohrbach	Wiesert	Therese	28	
Thibautstraße	Bergheim	Thibaut	Anton Friedrich Justus	14	
Tischbeinstraße	Handschuhsheim	Tischbein	Johann Friedrich August	12	
Trackertweg	Kirchheim	Trackert	Karl Theodor	11	
Traitteurweg	Rohrbach	Traitteur	Johann Andreas von	14	
Trübnerstraße	Handschuhsheim	Trübner	Wilhelm	12	
Tullastraße	Rohrbach	Tulla	Johann Gottfried	14	
Unterer Sankt-Nikolausweg	Altstadt	Nikolaus		8	
Valentin-Winter-Straße	Rohrbach	Winter	Valentin	13	
Valerieweg	Schlierbach	Valerie von Österreich		10	
Vangerowstraße	Bergheim	Vangerow	Adolph von	15	
Veit-Stoß-Straße	Südstadt	Stoß	Veit	27	
Viktoriastraße	Rohrbach	Viktoria von Baden		10	
Voßstraße	Bergheim	Voß	Johann Heinrich	10	
Weberstraße	Neuenheim	Weber	Georg	10	
Werderplatz	Neuenheim	Werder	August von	19	37
Werderstraße	Neuenheim	Werder	August von	19	37
Wibiloweg	Wieblingen	Wibilo		8	
Wielandtstraße	Neuenheim	Wielandt	Friedrich Karl	17	
Wilckensstraße	Neuenheim	Wilckens	Karl	13	
Wilhelm-Blum-Straße	Neuenheim	Blum	Wilhelm	11	
Wilhelm-Busch-Straße	Handschuhsheim	Busch	Wilhelm	21	43
Wilhelm-Grieser-Straße	Kirchheim	Grieser	Wilhelm	10	
Wilhelmsplatz	Weststadt	Wilhelm von Baden		19	21
Wilhelmstraße	Weststadt	Wilhelm von Baden		19	21
Will-Sohl-Anlage	Ziegelhausen	Sohl	Will	17	
Willy-Brandt-Platz	Weststadt	Brandt	Willy	13	
Wolfgangstraße	Kirchheim	Wolfgang von Regensburg		8	
Wundtstraße	Wieblingen	Wundt	Peter	12	
Yorckstraße	Bergheim	Yorck	Ludwig von	19	39
Zeppelinstraße	Handschuhsheim	Zeppelin	Ferdinand von	14	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen

Name	Vorname	Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Adenauer	Konrad	Adenauerplatz	Bergheim/Weststadt	13	
Agnesi	Maria Gaetana	Agnesistraße	Bahnstadt	14	
Amalie von Baden		Amalienstraße	Rohrbach	9	
Amann	Josef	Josef-Amann-Anlage	Pfaffengrund	13	
Anna		Sankt-Anna-Gasse	Altstadt	7	
Anselm, Abt von Lorsch		Amselgasse	Handschuhsheim	8	
Arendt	Hannah	Hannah-Arendt-Straße	Südstadt	27	
Arnim	Achim von	Achim-von-Arnim-Straße	Rohrbach	17	3
Auguste Wilhelmine von Hessen-Darmstadt		Augustastrasse	Rohrbach	9	
Bach	Johann Sebastian	Bachstraße	Handschuhsheim	9	
Bauer	Fritz	Fritz-Bauer-Platz	Weststadt	29	
Baum	Marie	Marie-Baum-Straße	Bahnstadt	13	
Becke	Margot	Margot-Becke-Ring	Kirchheim	28	
Beethoven	Ludwig van	Beethovenstraße	Handschuhsheim	12	
Beil	Alfons	Alfons-Beil-Platz	Bergheim	16	
Benz	Carl	Carl-Benz-Straße	Weststadt	14	
Berolf		Berolfweg	Wieblingen	8	
Bismarck	Otto von	Bismarckplatz	Bergheim	19	24
Bismarck	Otto von	Bismarckstraße	Bergheim	19	24
Bitter	Christian	Christian-Bitter-Straße	Rohrbach	25	110
Blücher	Gebhard Leberecht von	Blücherstraße	Bergheim	19	27
Blum	Anna	Anna-Blum-Platz	Altstadt	11	
Blum	Wilhelm	Wilhelm-Blum-Straße	Neuenheim	11	
Blumenthal	Leonhard von	Blumenthalstraße	Neuenheim/Handschuhshe	19	29
Bluntschli	Johann Kaspar	Bluntschlistraße	Bergheim	21	41
Böckler	Hans	Hans-Böckler-Straße	Weststadt	13	
Bollschweiler	Robert	Robert-Bollschweiler-Straße	Ziegelhausen	16	
Bonhoeffer	Dietrich	Bonhoefferstraße	Wieblingen	14	
Boole	George	George-Boole-Weg	Kirchheim	28	
Bosch	Carl	Carl-Bosch-Straße	Weststadt/Südstadt	24	76
Bothe	Walther	Botheplatz	Emmertsgrund	23	58
Bothe	Walther	Bothestraße	Emmertsgrund	23	58
Brahms	Johannes	Brahmsstraße	Ziegelhausen	13	
Brändström	Elsa	Elsa-Brändström-Straße	Südstadt	27	
Brandt	Willy	Willy-Brandt-Platz	Weststadt	13	
Brechtel	Heinrich und Martin	Brechtelstraße	Rohrbach	8	
Brentano	Clemens	Brentanoweg	Südstadt	17	6
Bronn	Förster	Förster-Bronn-Weg	Ziegelhausen	11	
Bunsen	Robert Wilhelm	Bunsenstraße	Weststadt	15	
Bunte	Hans	Hans-Bunte-Straße	Pfaffengrund	15	
Busch	Wilhelm	Wilhelm-Busch-Straße	Handschuhsheim	21	43
Christ	Karl	Karl-Christ-Straße	Ziegelhausen	10	
Clauss	Marie	Marie-Clauss-Straße	Rohrbach	28	
Colin	Alexander	Alexander-Colin-Straße	Handschuhsheim	9	
Columbus	Christophorus	Columbusstraße	Südstadt	27	
Cranach d. Ä.	Lucas	Lucas-Cranach-Straße	Rohrbach	8	
Curie	Marie	Curiestraße	Rohrbach	15	
Cuza	Alexandru Ioan	Cuzaring	Kirchheim	10	
Czerny	Vinzenz	Czernybrücke	Bergheim/Bahnstadt	15	
Czerny	Vinzenz	Czernyring	Bergheim/Bahnstadt/Wests	15	
da Vinci	Leonardo	Da-Vinci-Straße	Bahnstadt	8	
Daimler	Gottlieb	Gottlieb-Daimler-Straße	Weststadt	14	
Dante Alighieri		Dantestraße	Weststadt	8	
Darwin	Charles	Darwinstraße	Bahnstadt	15	
Derwein	Herbert	Derweinstraße	Handschuhsheim	16	
Diesel	Rudolf	Rudolf-Diesel-Straße	Weststadt	14	
Dietrich	Marlene	Marlene-Dietrich-Platz	Südstadt	27	
Dischinger	Franz	Dischingerstraße	Pfaffengrund	24	78
Domin	Hilde	Hilde-Domin-Straße	Rohrbach	28	
Drach	Richard	Richard-Drach-Straße	Pfaffengrund	13	
Drais	Karl von	Karl-von-Drais-Weg	Rohrbach	14	
Dürer	Albrecht	Dürerstraße	Rohrbach	8	
Eberle	Hans	Hans-Eberle-Anlage	Pfaffengrund	25	112
Eberlin	August	Eberlinweg	Handschuhsheim	12	
Ebert	Friedrich	Friedrich-Ebert-Anlage	Altstadt	13	
Ebert	Friedrich	Friedrich-Ebert-Platz	Altstadt	13	
Eckener	Hugo	Eckenerstraße	Handschuhsheim	24	80
Eichendorff	Joseph von	Eichendorffplatz	Rohrbach	10	
Eichendorff	Joseph von	Eichendorffstraße	Südstadt/Rohrbach	10	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen

Name	Vorname	Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Einstein	Albert	Einsteinstraße	Bahnstadt	15	
Eisenlohr	Friedrich	Eisenlohrstraße	Weststadt	11	
Elisabeth von Österreich		Elisabethenweg	Schlierbach	10	
Endemann	Friedrich	Endemannstraße	Weststadt	23	60
Engelhardt	Adolf	Adolf-Engelhardt-Straße	Kirchheim	16	
Engler	Karl	Englerstraße	Rohrbach	15	
Erbprinz von Zweibrück	Ludwig	Erbprinzenstraße	Rohrbach	9	
Erlebalt		Erlebaltweg	Wieblingen	8	
Fahrbach	Carl Ludwig	Fahrbachweg	Südstadt	12	
Faulstich	Marga	Marga-Faulstich-Straße	Bahnstadt	24	82
Fehrentz	Heinrich	Fehrentzstraße	Bergheim	14	
Feigenbutz	Hans	Hans-Feigenbutz-Weg	Rohrbach	16	
Ferdinand von Sturmfeder		Ferdinandstraße	Wieblingen	9	
Feuerbach	Anselm	Feuerbachstraße	Südstadt	27	
Fichte	Johann Gottlieb	Fichtestraße	Südstadt	17	9
Fischer	Johann	Johann-Fischer-Straße	Handschuhsheim	13	
Fischer	Kuno	Kuno-Fischer-Straße	Neuenheim	15	
Flor	Conrad	Floringasse	Altstadt	8	
Fohr	Karl Philipp	Karl-Philipp-Fohr-Straße	Handschuhsheim	12	
Förster	Kätchen	Kätchen-Förster-Weg	Rohrbach	28	
Fraenkel	Albert	Albert-Fraenkel-Straße	Rohrbach	15	
Frey	Fritz	Fritz-Frey-Straße	Handschuhsheim	24	92
Friedrich Michael von Zweibrücken-Birkenfeld		Friedrichspfad	Rohrbach	9	
Fries	Bernhard	Bernhard-Fries-Weg	Weststadt	12	
Fritz	Albert	Albert-Fritz-Straße	Kirchheim	13	
Fröbel	Friedrich	Fröbelstraße	Wieblingen	10	
Fromm-Reichmann	Frieda	Frieda-Fromm-Reichmann-Straße	Südstadt	27	
Fuchs	Heinrich	Heinrich-Fuchs-Straße	Rohrbach/Kirchheim	14	
Furtwängler	Wilhelm	Furtwänglerstraße	Handschuhsheim	25	106
Gabelsberger	Franz Xaver	Gabelsbergerstraße	Neuenheim	10	
Gadamer	Hans-Georg	Gadamerplatz	Bahnstadt	27	
Galilei	Galileo	Galileistraße	Bahnstadt	9	
Gauß	Carl Friedrich	Carl-Friedrich-Gauß-Ring	Kirchheim	28	
Gegenbaur	Karl	Gegenbaurstraße	Neuenheim	15	
Gerbodo		Gerbodoweg	Wieblingen	8	
Gervinus	Georg Gottfried	Gervinusweg	Kirchheim	14	
Gneisenau	August Neidhardt von	Gneisenaustraße	Bergheim	19	31
Goepfert-Mayer	Maria	Goepfert-Mayer-Straße	Bahnstadt	16	
Goethe	Johann Wolfgang von	Goethestraße	Weststadt	10	
Goldschmidt	Leontine und Victor	Goldschmidtstraße	Weststadt	11	
Görres	Joseph	Görresstraße	Südstadt	17	12
Gothein	Eberhard	Gotheinstraße	Neuenheim	15	
Graham	John Benjamin	Grahamstraße	Handschuhsheim	11	
Graimberg	Carl Graf von	Graimbergweg	Altstadt	11	
Grieser	Wilhelm	Wilhelm-Grieser-Straße	Kirchheim	10	
Grießbaum	Franz Sales	Grießbaumweg	Kirchheim	16	
Grünwald	Matthias	Grünwaldstraße	Südstadt	8	
Gugenmus	Stephan	Gugenmusweg	Handschuhsheim	14	
Gumbel	Emil	Emil-Gumbel-Straße	Südstadt	27	
Gundolf	Friedrich	Gundolfstraße	Neuenheim	16	
Gutenberg	Johannes	Gutenbergstraße	Neuenheim	8	
Guttman	Ludwig	Ludwig-Guttman-Straße	Wieblingen	11	
Haas	Michael	Hasenweg	Ziegelhausen	11	
Haber	Fritz	Haberstraße	Rohrbach	21	45
Häffner	Gabriel	Häffnergäßchen	Schlierbach	11	
Hahn	Otto	Otto-Hahn-Platz	Emmertsgrund	16	
Hahn	Otto	Otto-Hahn-Straße	Emmertsgrund	16	
Hampe	Hermann	Hermann-Hampe-Weg	Rohrbach	17	
Happel	Theodor	Happelstraße	Neuenheim	11	
Harbig	Rudolf	Harbigweg	Kirchheim	25	108
Haspel	Claus	Haspelgasse	Altstadt	8	
Hatschek	Ludwig	Hatschekstraße	Rohrbach	14	
Hauptmann	Gerhart	Gerhart-Hauptmann-Platz	Neuenheim	24	94
Hauptmann	Gerhart	Gerhart-Hauptmann-Straße	Neuenheim	24	94
Hauser	Richard	Richard-Hauser-Platz	Altstadt	17	
Häusser	Ludwig	Häusserstraße	Weststadt	15	
Haydn	Joseph	Haydnstraße	Handschuhsheim	12	
Hebel	Johann Peter	Hebelstraße	Weststadt	10	
Hecker	Friedrich	Heckerstraße	Kirchheim	13	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV
Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen

Name	Vorname	Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Hedwig von Kirchheim		Hedwiggasse	Kirchheim	8	
Hell	Rudolf	Rudolf-Hell-Straße	Rohrbach	24	84
Helmholtz	Hermann von	Helmholtzstraße	Neuenheim	15	
Hensel	Fanny	Fanny-Hensel-Weg	Rohrbach	28	
Herschel	Caroline	Caroline-Herschel-Straße	Kirchheim	28	
Hertz	Heinrich Rudolf	Hertzstraße	Rohrbach	15	
Heuss	Theodor	Theodor-Heuss-Brücke	Altstadt/Bergheim/Neuenh	13	
Hilda von Nassau		Hildastraße	Weststadt	10	
Hoerner	Hanna von	Hanna-von-Hoerner-Straße	Bahnstadt	29	
Hofer	Andreas	Andreas-Hofer-Weg	Handschuhsheim	16	
Hofmeister	Friedrich Wilhelm B.	Hofmeisterweg	Neuenheim	15	
Holbein d. J.	Hans	Holbeinring	Rohrbach	8	
Hölderlin	Friedrich	Hölderlinweg	Neuenheim	10	
Holiday	Billie	Billie-Holiday-Straße	Südstadt	27	
Hoops	Johannes	Johannes-Hoops-Weg	Altstadt	23	62
Hoppe	Reinhard	Reinhard-Hoppe-Straße	Ziegelhausen	24	96
Hübner	Erich	Erich-Hübner-Platz	Handschuhsheim	17	
Humboldt	Wilhelm von	Humboldtstraße	Neuenheim	14	
Immerwahr	Clara	Clara-Immerwahr-Straße	Südstadt	27	
Iqbal	Muhammad	Iqbal-Ufer	Bergheim	16	
Jahn	Friedrich Ludwig	Jahnstraße	Neuenheim	18	15
Jakobus d. Ä.		Jakobsgasse	Altstadt	7	
Jarecki	Max	Max-Jarecki-Straße	Bahnstadt	16	
Jaspers	Karl	Jaspersstraße	Emmertsgrund	16	
Jellinek	Georg	Jellinekplatz	Emmertsgrund	15	
Jellinek	Georg	Jellinekstraße	Emmertsgrund	15	
Jensen	Johannes	Jensenstraße	Bahnstadt	23	64
Jetta		Jettaweg	Schlierbach	9	
Jochmus	Hedwig	Hedwig-Jochmus-Straße	Kirchheim	17	
Jost	Alfred	Alfred-Jost-Straße	Kirchheim	25	114
Kaltschmidt	Heinrich	Heinrich-Kaltschmidt-Straße	Rohrbach	13	
Karl Friedrich von Baden		Friedrichstraße	Altstadt	9	
Karl Friedrich von Baden		Karlsplatz	Altstadt	9	
Karl Friedrich von Baden		Karlstraße	Altstadt	9	
Karl I. Ludwig von Pfalz-Simmern		Karl-Ludwig-Straße	Altstadt	9	
Karl II. August Herzog von Zweibrücken		Karlstuststraße	Rohrbach	9	
Karl Theodor von der Pfalz		Karl-Theodor-Brücke (Alte Brücke)	Altstadt/Neuenheim	9	
Kepler	Johannes	Keplerstraße	Neuenheim	9	
Kirchhoff	Gustav Robert	Gustav-Kirchhoff-Straße	Neuenheim	15	
Kirschner	Martin	Kirschnerstraße	Neuenheim	23	66
Klausmann	Anton	Anton-Klausmann-Platz	Pfaffengrund	17	
Kleinschmidt	Hermann	Kleinschmidtstraße	Weststadt	11	
Klingel	Max	Klingelhüttenweg	Schlierbach	11	
Knauff	Franz	Franz-Knauff-Straße	Weststadt	15	
Koch	Robert	Robert-Koch-Straße	Bahnstadt	15	
Kollnig	Karl	Karl-Kollnig-Platz	Handschuhsheim	24	98
Konrad von Kirchheim		Konradgasse	Kirchheim	8	
Kopernikus	Nikolaus	Kopernikusstraße	Bahnstadt	8	
Koppert	Johann Georg	Koppertweg	Kirchheim	13	
Körner	Theodor	Theodor-Körner-Straße	Bergheim	18	18
Kossel	Albrecht	Kosselstraße	Bahnstadt	15	
Kowalevsky	Sophie von	Sophie-von-Kowalevsky-Straße	Kirchheim	28	
Krall	Ilse	Ilse-Krall-Straße	Kirchheim	17	
Krehl	Ludolf	Ludolf-Krehl-Straße	Neuenheim	23	68
Kruckenberg	Franz	Franz-Kruckenberg-Straße	Rohrbach	24	86
Kuhn	Richard	Richard-Kuhn-Straße	Wieblingen	23	70
Künßberg	Katharina von	Katharina-von-Künßberg-Platz	Rohrbach	28	
Kußmaul	Adolf	Kußmaulstraße	Neuenheim	15	
Lando		Landoweg	Wieblingen	8	
Lanz	Heinrich	Heinrich-Lanz-Straße	Weststadt	14	
Lechner	Elisabetha	Elisabethstraße	Wieblingen	12	
Leibl	Wilhelm	Leiblweg	Südstadt	12	
Lenau	Nikolaus	Lenastraße	Weststadt	10	
Lenbach	Franz von	Lenbachweg	Südstadt	21	49
Lessing	Gotthold Ephraim	Lessingstraße	Weststadt	10	
Liebermann	Max	Liebermannstraße	Südstadt	12	
Link	Alois	Alois-Link-Platz	Weststadt	13	
Liselotte von der Pfalz		Liselottestraße	Wieblingen	9	
Löns	Hermann	Hermann-Löns-Weg	Schlierbach	21	50

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen

Name	Vorname	Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Luise von Preußen		Luisenstraße	Bergheim	10	
Luther	Martin	Lutherstraße	Neuenheim	8	
Maas	Hermann	Hermann-Maas-Brücke	Weststadt	12	
Maaß	Jakob	Maaßstraße	Wieblingen	17	
Maier	Emil	Emil-Maier-Straße	Bergheim	13	
Mandelstam	Ossip	Ossip-Mandelstam-Straße	Rohrbach	28	
Mann	Golo	Golo-Mann-Straße	Rohrbach	28	
Marc	Franz	Franz-Marc-Straße	Südstadt	12	
Marcks	Marie	Marie-Marcks-Straße	Rohrbach	28	
Maric	Mileva	Mileva-Maric-Straße	Weststadt/Bahnstadt	29	
Marsilius von Inghen		Marsiliusplatz	Altstadt	8	
Massias	Margarete	Margarete-Massias-Straße	Kirchheim	24	100
Max Joseph Herzog von Zweibrücken		Max-Joseph-Straße	Rohrbach	9	
Mays	Albert	Albert-Mays-Straße	Weststadt	11	
Mechtersheimer	Georg	Georg-Mechtersheimer-Straße	Rohrbach	17	
Meitner	Lise	Lise-Meitner-Straße	Emmertsgrund	15	
Memling	Hans	Memlingstraße	Rohrbach	8	
Mendel	Gregor	Gregor-Mendel-Straße	Rohrbach	15	
Mendelejew	Dimitri Iwanowitsch	Mendelejewplatz	Rohrbach	28	
Menger	Heinrich	Heinrich-Menger-Weg	Pfaffengrund	17	
Menges	Karl	Karl-Menges-Straße	Kirchheim	17	
Menzel	Adolph	Menzelweg	Rohrbach	12	
Merian	Matthäus	Merianstraße	Altstadt	9	
Metz	Karl	Karl-Metz-Straße	Bergheim	14	
Meyerhof	Otto	Meyerhofstraße	Rohrbach	16	
Mitchell	Maria	Maria-Mitchell-Straße	Bahnstadt	28	
Mitscherlich	Alexander	Alexander-Mitscherlich-Platz	Emmertsgrund	29	
Mittermaier	Karl Josef Anton	Mittermaierstraße	Bergheim	14	
Mogel	Berthold	Berthold-Mogel-Straße	Südstadt	27	
Moltke	Helmuth von	Moltkestraße	Neuenheim	19	33
Mombert	Alfred	Mombertplatz	Emmertsgrund	10	
Mombert	Alfred	Mombertstraße	Emmertsgrund	10	
Morata	Olympia Fulvia	Morataplatz	Bahnstadt	8	
Mozart	Wolfgang Amadeus	Mozartstraße	Handschuhsheim	12	
Mühling	Eduard Johann Joseph	Mühlingstraße	Handschuhsheim	12	
Nadler	Karl Gottfried	Nadlerstraße	Altstadt	10	
Nagel	Hanna	Hanna-Nagel-Straße	Rohrbach	28	
Neu	Heinrich	Heinrich-Neu-Straße	Wieblingen	17	
Newton	Isaac	Newtonstraße	Bahnstadt	9	
Nightingale	Florence	Nightingalestraße	Bahnstadt	11	
Nikolaus		Unterer Sankt-Nikolausweg	Altstadt	8	
Noether	Emmy	Noetherstraße	Bahnstadt	16	
Pellissier	Stephanie	Stephanie-Pellissier-Straße	Kirchheim	17	
Petrus	Simon	Sankt-Peter-Straße	Rohrbach	7	
Pfisterer	Susanne	Susanne-Pfisterer-Straße	Kirchheim	17	
Pirsch	Carl Mathaeus	Pirschweg	Ziegelhausen	11	
Planck	Max	Max-Planck-Ring	Bahnstadt	23	72
Posselt	Ernst	Posseltstraße	Neuenheim	11	
Probst	Maria	Maria-Probst-Straße	Wieblingen	17	
Punker von Rohrbach		Punkerstraße	Rohrbach	8	
Quincke	Georg	Quinckestraße	Neuenheim	15	
Radbruch	Gustav	Gustav-Radbruch-Platz	Handschuhsheim	15	
Rausch	Adolf	Adolf-Rausch-Straße	Kirchheim	13	
Redtenbacher	Ferdinand	Redtenbacherstraße	Rohrbach	15	
Reger	Max	Max-Reger-Straße	Handschuhsheim	13	
Rehm	Ernst	Ernst-Rehm-Straße	Kirchheim	26	116
Reis	Philipp	Philipp-Reis-Straße	Weststadt	14	
Remler	Johann	Remlerstraße	Neuenheim	11	
Rischer	Johann Jakob	Rischerstraße	Wieblingen	9	
Rizal	José	Rizal-Ufer	Wieblingen	16	
Roebing	John August	Roebingstraße	Südstadt	27	
Rohde	Erwin	Erwin-Rohde-Straße	Neuenheim	15	
Röntgen	Wilhelm Conrad	Röntgenstraße	Rohrbach	15	
Roon	Albrecht von	Roonstraße	Neuenheim	19	35
Rottmann	Carl	Rottmannstraße	Handschuhsheim	12	
Rufinus	Publius Attius	Rufinusplatz	Neuenheim	7	
Rummer	Michael	Rummerweg	Handschuhsheim	12	
Runge	Philipp Otto	Philipp-Otto-Runge-Straße	Südstadt	12	
Rutlindis		Rutlindisweg	Wieblingen	8	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen

Name	Vorname	Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Salomon-Calvi	Wilhelm	Salomon-Calvi-Straße	Kirchheim	28	
Saur	Albert	Albert-Saur-Straße	Kirchheim	25	102
Scheffel	Joseph Victor von	Scheffelstraße	Neuenheim	10	
Schelkly	Ulrich	Schelklystraße	Rohrbach	11	
Schiller	Friedrich	Schillerstraße	Weststadt	10	
Schlösser	Friedrich Christoph	Schlösserstraße	Weststadt	14	
Schmeil	Otto	Schmeilweg	Schlierbach	23	74
Schmitt	Guido	Guido-Schmitt-Weg	Südstadt	12	
Schmitthenner	Johann Heinrich August	Schmitthennerstraße	Kirchheim	12	
Schott	Friedrich	Friedrich-Schott-Brücke	Pfaffengrund	14	
Schott	Friedrich	Friedrich-Schott-Straße	Pfaffengrund	14	
Schreber	Moritz	Schrebergartenweg	Kirchheim/Südstadt	11	
Schröder	Johann Georg	Schröderstraße	Neuenheim	11	
Schubert	Franz	Schubertstraße	Handschuhsheim	13	
Schück	Hermann	Hermann-Schück-Weg	Rohrbach	10	
Schumann	Clara	Clara-Schumann-Weg	Rohrbach	28	
Schurman	Jacob Gould	Schurmanstraße	Bergheim	11	
Schurz	Carl	Carl-Schurz-Straße	Südstadt	27	
Schwind	Moritz von	Schwindstraße	Südstadt	12	
Seitz	Käthe und Alfred	Seitzstraße	Neuenheim	13	
Siemens	Werner von	Siemensstraße	Pfaffengrund	14	
Simon		Semmelsgasse	Altstadt	8	
Simone	Nina	Nina-Simone-Straße	Südstadt	27	
Slevogt	Max	Slevogtstraße	Südstadt	12	
Sohl	Will	Will-Sohl-Anlage	Ziegelhausen	17	
Somerville	Mary	Mary-Somerville-Platz	Kirchheim	28	
Sophie Wilhelmine von	Holstein-Gottorf	Sofienstraße	Altstadt/Bergheim	10	
Speyerer	Jakob Wilhelm	Speyererhof	Altstadt	13	
Speyerer	Jakob Wilhelm	Speyererhofweg	Altstadt	13	
Spitzweg	Carl	Spitzwegstraße	Südstadt	12	
Steinmann	Adelheid	Adelheid-Steinmann-Straße	Südstadt	27	
Stephanus		Sankt-Stephans-Weg	Handschuhsheim	7	
Sterling	Eleonore	Eleonore-Sterling-Straße	Südstadt	27	
Steuben	Friedrich Wilhelm von	Steubenstraße	Handschuhsheim	12	
Stoß	Veit	Veit-Stoß-Straße	Südstadt	27	
Stotz	Hugo	Hugo-Stotz-Straße	Pfaffengrund	17	
Stratz	Rudolph	Rudolph-Stratz-Weg	Ziegelhausen	25	104
Straus	Rahel	Rachel-Straus-Weg	Kirchheim	16	
Struve	Gustav	Struvestraße	Kirchheim	13	
Tesla	Nikola	Nikola-Tesla-Straße	Kirchheim	28	
Thadden	Elisabeth von	Elisabeth-von-Thadden-Platz	Wieblingen	13	
Thibaut	Anton Friedrich Justus	Thibautstraße	Bergheim	14	
Thoma	Hans	Hans-Thoma-Platz	Handschuhsheim	21	53
Thoma	Hans	Hans-Thoma-Straße	Handschuhsheim	21	53
Tieck	Ludwig	Ludwig-Tieck-Straße	Rohrbach	10	
Tischbein	Johann Friedrich August	Tischbeinstraße	Handschuhsheim	12	
Trackert	Karl Theodor	Trackertweg	Kirchheim	11	
Traitteur	Johann Andreas von	Traitteurweg	Rohrbach	14	
Treiber	Hermann	Hermann-Treiber-Straße	Wieblingen	13	
Trübner	Wilhelm	Trübnerstraße	Handschuhsheim	12	
Tschira	Klaus	Klaus-Tschira-Platz	Neuenheim	11	
Tulla	Johann Gottfried	Tullastraße	Rohrbach	14	
Twain	Mark	Mark-Twain-Straße	Südstadt	27	
Ubisch	Gerta von	Gertrude-von-Ubisch-Straße	Kirchheim	16	
Ueberle	Albert	Albert-Ueberle-Straße	Neuenheim	13	
Valerie von Österreich		Valerieweg	Schlierbach	10	
Vangerow	Adolph von	Vangerowstraße	Bergheim	15	
Viktoria von Baden		Viktoriastraße	Rohrbach	10	
Vitus / Veit		Sankt-Vitus-Gasse	Handschuhsheim	8	
Voß	Johann Heinrich	Voßstraße	Bergheim	10	
Wagner	Richard	Richard-Wagner-Straße	Handschuhsheim	21	55
Walz	Ernst	Ernst-Walz-Brücke	Bergheim/Neuenheim	13	
Wankel	Felix	Felix-Wankel-Straße	Rohrbach	24	88
Weber	Georg	Weberstraße	Neuenheim	10	
Weinbrenner	Friedrich	Friedrich-Weinbrenner-Straße	Rohrbach	12	
Wenzel	Peter	Peter-Wenzel-Weg	Ziegelhausen	9	
Werder	August von	Werderplatz	Neuenheim	19	37
Werder	August von	Werderstraße	Neuenheim	19	37
Wibilo		Wibiloweg	Wieblingen	8	

Anlage 01 zur Drucksache 0079/2023/IV

Verzeichnis der Personen in Heidelberger Straßennamen

Name	Vorname	Name der Straße / der Brücke / des Platzes	Stadtteil	Seite im Bericht	Seite in der Anlage
Wielandt	Friedrich Karl	Wielandtstraße	Neuenheim	17	
Wiesert	Therese	Therese-Wiesert-Straße	Rohrbach	28	
Wilckens	Karl	Wilckensstraße	Neuenheim	13	
Wilhelm I. König von Preußen und Deutscher Kaiser		Kaiserstraße	Weststadt	9	
Wilhelm von Baden		Wilhelmsplatz	Weststadt	19	21
Wilhelm von Baden		Wilhelmstraße	Weststadt	19	21
Winter	Valentin	Valentin-Winter-Straße	Rohrbach	13	
Wolf	Max	Max-Wolf-Straße	Neuenheim	15	
Wolfgang von Regensburg		Wolfgangstraße	Kirchheim	8	
Wolfrum	Philipp	Philipp-Wolfrum-Weg	Handschuhsheim	13	
Wundt	Peter	Wundtstraße	Wieblingen	12	
Yorck	Ludwig von	Yorckstraße	Bergheim	19	39
Zenger	John	John-Zenger-Straße	Südstadt	27	
Zeppelin	Ferdinand von	Zeppelinstraße	Handschuhsheim	14	
Zille	Heinrich	Heinrich-Zille-Straße	Handschuhsheim	12	
Zimmermann	Maria	Maria-Zimmermann-Straße	Schlierbach	17	
Zuckmayer	Carl	Carl-Zuckmayer-Straße	Emmertsgrund	10	
Zuse	Konrad	Konrad-Zuse-Straße	Rohrbach	24	90

Anlagen zum Bericht der Kommission **für Straßenbenennungen**

Inhaltsverzeichnis

zu III. Deutsche Schriftsteller und Publizisten Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts.....	3
Achim von Arnim (1781-1831)	3
Clemens Brentano (1778-1842).....	6
Johann Gottlieb Fichte (1762-1814)	9
Joseph Görres (1776-1848).....	12
Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852).....	15
Theodor Körner (1791-1813).....	18
zu IV. Deutsche Militärs und Politiker des 19. Jahrhunderts	21
Wilhelm von Baden (1829-1897)	21
Otto von Bismarck (1815-1898)	24
Gebhard Leberecht von Blücher (1742-1819)	27
Leonhard von Blumenthal (1810-1900).....	29
August Neidhardt von Gneisenau (1760-1831).....	31
Helmuth von Moltke (1800-1891).....	33
Albrecht von Roon (1803-1879).....	35
August von Werder (1808-1887)	37
Ludwig von Yorck (1759-1830).....	39
zu V. Übrige Prüffälle ohne klare Epochenzuordnung	41
Johann Caspar Bluntschli (1808-1881)	41
Wilhelm Busch (1832-1908).....	43
Fritz Haber (1868-1934)	45
Franz von Lenbach (1836-1904).....	49
Hermann Löns (1866-1914).....	50
Hans Thoma (1839-1924).....	53
Richard Wagner (1813-1883)	55
zu VI. Personen mit NS-Belastung	58
Walther Bothe.....	58

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Friedrich Endemann.....	60
Johannes Hoops	62
Johannes „Hans“ Daniel Jensen.....	64
Martin Kirschner.....	66
Ludolf Krehl	68
Richard Kuhn.....	70
Max Planck.....	72
Otto Schmeil.....	74
Carl Bosch.....	76
Franz Dischinger	78
Hugo Eckener.....	80
Marga Faulstich.....	82
Rudolf Hell	84
Franz Kruckenberg	86
Felix Wankel.....	88
Konrad Zuse	90
Fritz (Friedrich) Frey	92
Gerhart Hauptmann	94
Reinhard Hoppe.....	96
Karl Kollnig.....	98
Margarete Günther-Massias.....	100
Albert Saur	102
Rudolph Stratz.....	104
Wilhelm Furtwängler	106
Rudolf Harbig.....	108
Christian Bitter	110
Hans Eberle.....	112
Alfred Jost	114
Ernst Rehm.....	116

zu III. Deutsche Schriftsteller und Publizisten Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts

Achim von Arnim (1781-1831)

Achim von Arnim gehörte zu den Protagonisten der Heidelberger Romantik. Gemeinsam mit Clemens Brentano (1778-1842) gab er die Sammlung „Des Knaben Wunderhorn“, erschienen in drei Bänden (1806/1808), heraus, die bis heute als bedeutende Sammlung von „alten deutschen Liedern“ vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert gilt und – zumindest in Deutschland – zum literarischen und literaturwissenschaftlichen Kanon zählt. Die Rezeption von „Des Knaben Wunderhorn“ ist eng mit Heidelberg verknüpft und prägte nicht zuletzt den Ruf Heidelbergs als „Stadt der Romantik“.

Achim von Arnim entstammte einem alten, weit verzweigten Adelsgeschlecht und wurde am 26. Januar 1781 in Berlin geboren. Sein Vater war Gesandter des preußischen Königs in Kopenhagen und Dresden und später Intendant der Berliner Königlichen Oper. Arnims Mutter starb kurz nach seiner Geburt. Arnim wuchs gemeinsam mit seinem Bruder Carl Otto bei seiner Großmutter in Zernikow und Berlin auf. Von 1798 bis 1801 studierte er in Halle und Göttingen Rechts- und Naturwissenschaften sowie Mathematik. In Göttingen kam es zu einer ersten Begegnung mit Clemens Brentano und Johann Wolfgang von Goethe, die ihn in der Absicht bestärkten, sich literarisch zu betätigen.

Von 1801 bis 1804 unternahm Arnim zusammen mit seinem Bruder eine Bildungsreise durch mehrere europäische Länder, bei der er unter anderen Madame de Staël und dem Ehepaar Friedrich und Dorothea Schlegel begegnete. Auf seiner Reise traf er sich 1802 in Frankfurt auch erneut mit Clemens Brentano und lernte dessen Schwester Bettina kennen, die er 1811 heiratete und die selbst zu einer bedeutenden Schriftstellerin avancierte.

Ab 1804 begann er mit Clemens Brentano, der inzwischen in Heidelberg lebte, die Liedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“ (1806-1808) zusammenzustellen. Arnim beließ es nicht beim Sammeln, sondern veränderte die Texte, passte sie an oder dichtete sie um. Gemeinsam arbeiteten die „Liederbrüder“ im Frühjahr 1805 in Heidelberg an der Veröffentlichung. 1805 wurde der erste Band im Heidelberger Verlag Mohr und Zimmer publiziert.

Nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt 1806 folgte Arnim über Berlin dem geflohenen preußischen König Friedrich Wilhelm III. nach Königsberg. Im Oktober 1807, nach dem Friedensschluss von Tilsit, zog er nach Kassel. Dort arbeitete er mit Clemens Brentano am zweiten und dritten Teil des „Wunderhorns“. 1808 führten sie die Arbeiten in Heidelberg weiter, die beiden Bände erschienen ebenfalls bei Mohr und Zimmer im September 1808. Goethe nahm das Werk mit Begeisterung auf, das auch sonst ein großer Wurf wurde und auf die Lieddichtung der Romantik nachhaltig wirkte. Die Anregungen, die davon ausgingen, schlugen sich in Balladen von Eduard Mörike, Heinrich Heine, Ludwig Uhland oder Theodor Storm nieder.

In Heidelberg trafen Achim von Arnim und Clemens Brentano auf die Dichter Joseph Karl Benedikt Freiherr von Eichendorff, Johann Joseph von Görres, Justinus Kerner, Ludwig Tieck und Philipp Otto Runge, mit denen sie zusammen den Kern der Heidelberger Romantiker bildeten. Als ihr Sprachrohr diente die „Zeitung für Einsiedler“ (1808), die von Arnim herausgegeben wurde und zu der unter anderem auch die Brüder Grimm, Ludwig Tieck, Friedrich Schlegel, Jean Paul und Ludwig Uhland Beiträge leisteten.

Ab 1809 lebte Achim von Arnim in Berlin, wo er in engem Kontakt zu preußischen Patrioten wie Friedrich de la Motte Fouqué und Heinrich von Kleist stand. Hier arbeitet er unter anderem an Kleists „Berliner Abendblättern“ mit. Zusammen mit Brentano, Kleist, Adam Müller, Chamisso, Friedrich de la Motte-Fouqué und anderen gründete er im Januar 1811 die „Christlich-Deutsche Tischgesellschaft“, ein Kreis von Schriftstellern, der sich für die Befreiung Preußens einsetzte. Die Männer-Vereinigung war geprägt von antifranzösischem Patriotismus und verweigerte Juden und „getauften Juden“ die Mitgliedschaft, obwohl von Arnim sich für die Aufnahme der letzteren ausgesprochen hatte.

Im Kampf gegen die napoleonische Besatzung führte Achim von Arnim 1813 als Hauptmann ein Berliner Landessturmbataillon an. Nach der Auflösung des Landsturms arbeitete er als Redakteur des „Preußischen Korrespondenten“. Im wieder erstarkten Preußen bewarb er sich um eine Beamtenstelle, wurde aber nicht angenommen. 1814 zog sich Arnim ins Privatleben zurück und lebte auf Gut Wiepersdorf bei Berlin. Dort führte er bis zu seinem Tod am 21. Januar 1831 das Leben eines Gutsherrn und Schriftstellers.

Achim von Arnim hinterließ ein umfangreiches literarisches Werk aus Dramen, Romanen, Novellen und Gedichten. Heute ist Achim von Arnims romantische Poetik Gegenstand zahlreicher literaturwissenschaftlicher Publikationen. Kontrovers diskutiert wird, in welchem Maß judenfeindliche Stereotype als Ausdruck einer Opposition gegen die „Judenemanzipation“ Eingang in Achim von Arnims Werk fanden, so unter anderem in seinem Roman „Gräfin Dolores“ (1810), in seinem Theaterstück „Halle und Jerusalem“ (1811) oder in seiner Erzählung „Die Majoratsherren“ (1819).

Im Zentrum der Diskussion über Achim von Arnims Judenfeindlichkeit steht die Rede „Ueber die Kennzeichen des Judenthums“, die Arnim 1811 vor der Christlich-Deutschen Tischgesellschaft vorgetragen hat und deren Manuskript erst 160 Jahre später, im Jahr 1971, veröffentlicht wurde. Darin kommt – satirisch-polemisch verbrämt – Achim von Arnims Judenfeindlichkeit mit obszönen Vergleichen offen zum Ausdruck. Er bedient in herabwürdigender Weise religiös motivierte Vorurteile und nimmt mit grausamen und makabren Sprachbildern rassistische Motive vorweg. Heinz Härtl, ein Kenner des Werks von Achim von Arnim, beurteilt die Rede in seiner Arbeit „Romantischer Antisemitismus. Arnim und die ‚Tischgesellschaft‘“ (Weimarer Beiträge 33 (1987), Seite 1162) unmissverständlich: „Diese Rede ist der schlimmste antisemitische Text der deutschen Romantik, gerade auf Grund der heiter-ausgelassenen Unbefangenheit, mit der er unter Berufung

zurück zum Inhaltsverzeichnis

auf Aristophanes und Eulenspiegel vorgetragen und wohl aufgenommen wurde.“ Andere Wissenschaftler wollen in Arnims satirischer Judendarstellung keine Ausnahmeerscheinung erkennen und führen neben der Textform der Polemik die Mobilmachung gegen die unmittelbar bevorstehenden „Judenemanzipation“ und Arnims Verschuldung bei jüdischen Geldverleihern zur Entlastung ins Feld.

Achim von Arnim habe „die tradierten antijüdischen Vorurteile modernisiert und sie für das nationale Argumentationsmuster [...] dienstbar gemacht“, so Marco Puschner in seiner Doktorarbeit (Antisemitismus im Kontext der Politischen Romantik. Konstruktionen des „Deutschen“ und des „Jüdischen“ bei Arnim, Brentano und Saul Ascher, Tübingen 2008 (=Conditio Judaica 72), Seite 483), der zugleich relativiert, dass die Werke Arnims nicht die „normale Bevölkerung“ erreicht und somit keine signifikante Wirkung erzielt hätten.

Überliefert ist zudem eine als Provokation wahrgenommene Handlung Achim von Arnims gegenüber der jüdischen Salondame Sara Levy. Achim von Arnim besuchte im Mai 1811 ohne Einladung eine ihrer Zusammenkünfte und wurde wegen seines Straßenanzugs und ungebührlichen Benehmens kritisiert. Der Neffe Sara Levys, Moritz Itzig, verlangte eine Entschuldigung, andernfalls er Arnim zum Duell herausfordern wolle. Arnim verweigerte die Entschuldigung und das Duell, da er Moritz Itzig für nicht „satisfaktionsfähig“ erklärte. Im letzten Brief, den Achim von Arnim mit Moritz Itzig austauschte, schrieb er, dass er sich zuweilen über Juden spöttisch geäußert habe, weil er jüdischen Betrügern in die Hände gefallen sei: „Ich habe weder mit Ihnen, noch mit Mad. Lewi dergleichen Geschäfte gemacht, vielmehr danke ich der letzteren manche gesellige Freundschaft.“

Weniger die judenfeindliche Haltung als vielmehr das deutschnationale Gedankengut Achim von Arnims wurde um die Jahrhundertwende von der völkischen Bewegung aufgegriffen und mit der nationalistisch-rassistischen Ideologie verflochten. Romantische Topoi wie „Deutschtum“ und „Volkstumserleben“ fanden auch in der nationalsozialistischen Literaturwissenschaft zur ideologischen Untermauerung ihren Widerhall, wie beispielsweise Ralf Klausnitzer in seinem Beitrag „Zentrum oder Peripherie. Faszination und Wirkungsgeschichte der Heidelberger Romantik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ in Friedrich Strack (Hg.), 200 Jahre Heidelberger Romantik, Berlin, Heidelberg 2008 (=Heidelberger Jahrbücher 51, 2007), Seite 551 – 582 zeigt.

In Erinnerung an Leben und Werk von Achim von Arnim lässt sich die Ambivalenz zwischen dem kulturellen Schaffen und der ästhetisierten Geisteshaltung der Heidelberger Romantiker auf der einen Seite und deren patriotischem politischen Sendungsbewusstsein sowie ihrer teilweise expliziten Judenfeindlichkeit auf der anderen Seite im öffentlichen Diskurs differenziert ausleuchten. Eine Straßenumbenennung im Sinne einer Tilgung aus dem Heidelberger Erinnerungskanon würde diese Reflexion erschweren.

Clemens Brentano (1778-1842)

Die Biographie von Clemens Brentano, der am 9. September 1778 in Ehrenbreitstein (heute zu Koblenz gehörend) als Sohn eines Kaufmanns aus der italienisch-stämmigen Familie Brentano di Tremezzo (am Comer See gelegen) geboren wurde, ist eng mit Heidelberg verknüpft. Hier verbrachte er einen wenn auch kurzen Abschnitt seiner Schulzeit (im Jahr 1787, während er später zwei Jahre in einem Pensionat in Mannheim lernte), hier lebte er (mit Unterbrechungen) zwischen 1804 und 1808, hier gab er auf seine Anregung hin zusammen mit seinem Lebensfreund Achim von Arnim die Volksliedsammlung „Des Knaben Wunderhorn“ heraus. In Heidelberg starben 1806 aber auch seine Frau Sophie und zwei seiner Kinder.

Die Volksliedsammlung „Des Knaben Wunderhorn“ erschien in drei Bänden von 1805 bis 1808. Die Sammlung umfasst 723 deutsche Lieder, deren Ursprünge vom Mittelalter bis ins 18. Jahrhundert datieren (darunter sind bis heute bekannte Lieder wie „Ännchen von Tharau“ oder „Die Gedanken sind frei“). Des „Knaben Wunderhorn“ ist das Hauptwerk der „Heidelberger Romantik“, die durch eine Rückbesinnung auf die deutsche Kultur und die deutsche Sprache das deutsche Nationalgefühl gegen die französische Fremdherrschaft stärken wollte. Zahlreiche Texte aus dieser Sammlung sind später von namhaften Komponisten vertont worden, etwa die „Zwölf Lieder aus des Knaben Wunderhorn“ von Gustav Mahler. Die unbestritten herausragende Bedeutung dieser Textsammlung und ihrer beiden Herausgeber hat in Heidelberg zahlreiche Spuren hinterlassen, von der Gedenktafel am Haus Hauptstraße 151, wo Clemens Brentano und Achim von Arnim 1808 einige Monate gemeinsam gewohnt hatten, über den 1978 gegründeten Verlag „Das Wunderhorn“ bis zu dem 1993 gestifteten und seitdem jährlich verliehenen Clemens-Brentano-Literaturpreis der Stadt Heidelberg.

An Clemens Brentano, einem der bedeutendsten Lyriker des 19. Jahrhunderts, hat sich vereinzelt Kritik entzündet, dass er ein Antisemit gewesen sei. Die Kritik stützt sich in erster Linie auf die sogenannte „Philister-Rede“, die Brentano als Mitglied der von Achim von Arnim und anderen im Januar 1811 gegründeten und in ihren Aktivitäten weitgehend auf dieses Jahr beschränkten christlich-deutschen „Tischgesellschaft“ in Berlin gehalten hatte. Die „Tischgesellschaft“ ließ Franzosen, Frauen, Juden (auch getaufte Juden) und Philister nicht als Mitglieder zu.

Clemens Brentano hielt dort in der März Sitzung der Tischgesellschaft 1811 eine Rede mit dem Titel „Der Philister vor, in und nach der Geschichte. Scherzhafte Abhandlung“. Die Satire wurde als Privatdruck in 200 Exemplaren veröffentlicht, nachdem sie 71 Subskribenten vorbestellt hatten. Der Verkaufserlös ging einem verarmten Schriftsteller zu. Die heute noch in Bibliotheken vorhandenen Exemplare sind Mikrofiche-Ausgaben, die weit nach 1945 entstanden sind. Die Anzahl der vorhandenen Originale dürfte im einstelligen Bereich liegen. In eine geplante, aber zu seinen Lebzeiten nicht realisierte

Ausgabe seiner gesammelten Werke wollte Brentano die „Philister-Rede“ nicht aufgenommen wissen.

In dieser Satire, die vor allem ein Zeugnis über den Wandel des Humors in den vergangenen zwei Jahrhunderten ablegt, wird der Begriff „Jude“ auf acht der insgesamt 30 Seiten erwähnt, wobei zumeist nur eine Stelle als diskriminierend herausgegriffen wird:

„Die Juden, als von welchen noch viele Exemplare in persona vorrätig, die von jeder ihren zwölf Stämmen für die Kreuzigung des Herren anhängenden Schmach Zeugnis geben können, will ich gar nicht berühren, da jeder, der sich ein Kabinett zu sammeln begierig, nicht weit nach ihnen zu botanisieren braucht; er kann diese von den ägyptischen Plagen übriggebliebenen Fliegen in seiner Kammer mit alten Kleidern, an seinen Teetische mit Theaterzetteln und ästhetischem Geschwätz, auf der Börse mit Pfandbriefen und überall mit Ekel und Humanität und Aufklärung, Hasenpelzen und Weißfischen genügend ein[ge]fangen.“ Brentano wendet sich dann den Philistern zu, die „nützlicher und ergötzlicher“ seien. (Seite 4)

In seiner Vorrede der Publikation hat Brentano ausdrücklich vermerkt, wie die Stellen über die Juden zu interpretieren seien: „Was hier als jüdisch aufgeführt wird, ist nur, was jeder Jude um alles in der Welt gern los würde, außer ums Geld, und was ein edler Jude selbst an unedlen Christen verachtet.“ Dieses Zitat belegt, dass Brentano kein Vorläufer eines rassistischen Antisemitismus war, wie er sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts etablierte, sondern dass er die *spezifischen* Eigenschaften *einzelner* Juden ablehnte.

In ihrer Dissertation „Antisemitismus und Judentum bei Clemens Brentano“ (Frankfurt am Main 1999) kommt die Germanistin Martina Vordermayer zu dem Schluss, dass Brentano zwar auch in einigen anderen Texten jüdische komische Figuren auftreten lässt, dass es sich bei seiner Grundhaltung (inklusive des freundschaftlichen Umgangs mit mehreren Juden) nicht um einen „rassistischen“ Antisemitismus gehandelt habe, sondern allenfalls um einen tradierten christlichen.

Von den Nationalsozialisten wurde Clemens Brentano allein schon deshalb nicht vereinnahmt, weil Zeitgenossen (Goethe, Rahel Varnhagen etc.) die Familie für jüdischen Ursprungs hielten. Einer der wichtigsten rassistischen Theoretiker, Houston Stewart Chamberlain (1855-1927, Hauptwerk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“, 1899), definierte die Familie Brentano als „unselige, italienisch-kleinasiatische Mischlingsfamilie“ und als „Vorboten der jüdischen Aufklärung“. In seiner Abhandlung über Goethe aus dem Jahr 1912 beschreibt er Bettine von Arnim, die Schwester Clemens Brentanos, als „aus syro-semitischer Bastardfamilie stammend“. Gegen Neuauflagen des Chamberlain-Buches mit diesen Passagen versuchte die Familie Brentano in den 1920er Jahren vergeblich, ein gerichtliches Verbot zu erwirken. Vor

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

allem der Kathedersozialist Lujo Brentano (1844-1931), ein Neffe Clemens Brentanos, wurde immer wieder als Jude diffamiert. Abgesehen von der von den Nationalsozialisten nicht vorrangig geförderten literarischen Strömung der Romantik wurde einer ihrer wichtigsten Vertreter, Clemens Brentano, als zumindest „nicht zweifelsfreier Deutscher“ betrachtet. Er wurde in seiner Lyrik als Vorläufer von Heinrich Heine eingeordnet. Eine Wirkmächtigkeit als NS-Galionsfigur konnte Clemens Brentano nie entfalten.

Johann Gottlieb Fichte (1762-1814)

Johann Gottlieb Fichte wurde am 19. Mai 1762 in Rammenau in der Oberlausitz geboren. Er war ein deutscher Philosoph, der sich als Kantianer verstand, für wenige Jahre Hochschullehrer und für kurze Zeit Rektor der Berliner Universität.

Fichte wuchs in ärmlichen Verhältnissen in einer Familie mit acht Kindern auf. Sein Vater arbeitete als Bandwirker in einer Weberei, in einem Beruf, der keiner Zunft angehörte. Als Knabe ging Fichte kaum zur Schule, da er in der Weberei aushelfen musste oder im Dorf die Gänse zu hüten hatte. Als er 9 Jahre alt war, entdeckte ein Gutsherr durch einen Zufall seine sprachliche Begabung und sein außergewöhnliches Gedächtnis und sorgte für eine gute Schulbildung. Fichte wurde auf Veranlassung des Gutsherrn in die Obhut eines kinderlosen Pfarrerehepaars gegeben und auf die Stadtschule in Meißen geschickt, danach auf die Fürstenschule in Naumburg. Nachdem sein Förderer gestorben war, reduzierte dessen Familie die Finanzierung immer weiter und beendete sie, als Fichte die Schule abschloss.

Trotz großer wirtschaftlicher Not studierte er in Jena, Wittenberg und Leipzig Theologie. Allerdings musste er während des Studiums regelmäßig als Hauslehrer arbeiten und es schließlich fast mittellos ohne Abschluss abbrechen. Er nahm die Stellung eines Hauslehrers in Zürich an, wo er seine zukünftige Ehefrau Marie Johanna Rahm kennenlernte.

Schon 1790 verließ er Zürich für eine Stelle als Hauslehrer in Leipzig. Als er den Auftrag erhielt, einem Studenten die Lehre von Immanuel Kant beizubringen, las er zum ersten Mal dessen Werk „Kritik der reinen Vernunft“. Er war von Kant so beeindruckt, dass er zu ihm reisen wollte, um sein Schüler zu werden. Er schrieb deshalb, um Kant zu beeindrucken, in kurzer Zeit den Text „Versuch der Kritik aller Offenbarung“ in dem er den Kern der Philosophie von Kant darlegte und religionsphilosophisch weiterentwickelte. Kant erhielt den Text, und er gefiel ihm so gut, dass er ihn seinem Verleger zur Veröffentlichung empfahl. Dieser brachte ihn 1792 ohne Vorwort und anonym heraus. Die Publikation traf auf große Zustimmung, und Kant wurde von der Leserschaft für den Verfasser gehalten, woraufhin er Fichte öffentlich als Autor benannte.

Diese Schrift zielte auf den damaligen Protestantismus, so dass er auf heftige Ablehnung aus dessen Reihen stieß und sich einem Atheismus-Vorwurf ausgesetzt sah. Dieser Vorwurf sollte ihn einige Jahre verfolgen, weshalb er auch eine kurz zuvor erhaltene Professur in Jena wieder verlor. Im Kern behauptete Fichte, dass der Mensch auf der Grundlage der Vernunft existiert und darauf aufbauend die Offenbarung Gottes zu verstehen sei.

Auf einen Schlag war Fichte durch Kant berühmt gemacht worden. In den folgenden

Jahren hielt Fichte immer wieder Vorträge in Jena und Berlin über Kant. Fichte wird als der entscheidende Philosoph in der Vermittlung der Philosophie Kants zum Ende der Spätaufklärung im Übergang zur Romantik gesehen. Dies ist sein wichtigster Beitrag zur deutschen Philosophie.

Jetzt konnte er es sich finanziell leisten in die Schweiz zurückzukehren und Marie Johanna Rahn zu heiraten. Sie blieben in Zürich, wo er 1793 einen seiner Schlüsseltexte schrieb, „Beiträge zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution“. Darin verteidigte er die Französische Revolution zu einem Zeitpunkt, als die Begeisterung dafür insbesondere in gebildeten Kreisen der älteren Generation in Deutschland sich in eine starke Ablehnung wandelte, angesichts der Septembermassaker in Paris im Jahr 1792.

Fichtes Schrift ist aber aus einem anderen Grund bis heute berüchtigt. Er begründete darin eine politische Judenfeindschaft, die sich vom althergebrachten Antijudaismus unterschied. So schrieb er: „Fast durch alle Länder von Europa verbreitet sich ein mächtiger, feindselig gesinnter Staat, der mit allen übrigen im beständigen Kriege steht, und der in manchen fürchterlich schwer auf die Bürger drückt; es ist das Judentum.“ Und weiter behauptete er, dass das Judentum „auf den Haß des ganzen menschlichen Geschlechts aufgebaut ist.“ Die entsprechenden Stellen wurden und werden von den völkischen Nationalisten in der NS-Zeit und bis heute vom Umfeld des Rechtsterrorismus zitiert.

Er setzt fort in seiner Ablehnung der Emanzipation der Juden, also der rechtlichen Gleichstellung, wie von der Aufklärung gefordert: „Menschenrechte müssen sie haben, obgleich sie uns dieselben nicht zugestehen; denn sie sind Menschen, und ihre Ungerechtigkeit berechtigt uns nicht, ihnen gleich zu werden....Aber ihnen Bürgerrechte zu geben, dazu sehe ich wenigstens kein Mittel, als das, in einer Nacht ihnen alle die Köpfe abzuschneiden und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sey. Um uns von ihnen zu schützen, dazu sehe ich wieder kein anderes Mittel, als ihnen ihr gelobtes Land zu erobern, und sie alle dahin zu schicken.“ Er betonte weiterhin, „daß mich nie ein Jude betrog, weil ich mich nie mit einem einließ..“

Diese politische Judenfeindschaft vertiefte Fichte 1806 in seiner religionsphilosophischen Schrift mit einer Ablehnung des paulinischen Christentums. Stattdessen propagierte er ein „reines“ Christentum als Form der individuellen Freiheit und Gleichheit vor Gott, die der Staat gegen die Kirche durchzusetzen habe. Auch seine Vorträge gegen die napoleonische Besatzung in den Jahren 1807/08, die er als „Reden an die deutsche Nation“ veröffentlichte, hatten seine politische Judenfeindschaft zur Grundlage. In dieser Schrift wird klar, dass Juden nicht Deutsche werden könnten, denn er entwarf ein ideales Deutschland auf der Grundlage sprachlicher und kultureller Traditionen sowie eines überkonfessionellen Christentums.

Diese Schrift wurde die mit Abstand meist gedruckte Schrift von Johann Gottlieb Fichte.

Es ist hervorzuheben, dass Johann Gottlieb Fichte Jahre später als Rektor der Universität in Berlin sich vehement gegen die Diskriminierung eines jüdischen Medizinstudenten wandte, der als Opfer zweier tätlicher Angriffe christlicher Kommilitonen neben den Tätern ebenfalls zu Karzer-Strafen verurteilt worden war. Fichte empfand es als eine nicht hinzunehmende Ungerechtigkeit, auch das Opfer zu verurteilen und reichte seinen Rücktritt ein. Das Ministerium reduzierte die Strafe des Angegriffenen auf drei Tage Karzer, aber Fichte blieb bei seiner Haltung.

Professor blieb er aber und unterstützte den Aufstand gegen die Franzosen in seinen Vorlesungen von 1812 bis 1814, indem er seine Studenten aufforderte in den Kampf zu ziehen. Er erschien mitunter bewaffnet zur Vorlesung, um seine Forderung zu unterstreichen. Fichte starb am 29. Januar 1814 in Berlin.

Joseph Görres (1776-1848)

Die Jugend von Johann Joseph Görres, der am 25. Januar 1776 in Koblenz zur Welt kam, fällt in die Zeit des Ausbruchs der französischen Revolution. Wie viele andere war er von ihren Ideen begeistert. Mit 22 Jahren (1798) gab er in seiner Heimatstadt Koblenz die jakobinischen Zeitschriften „Das rote Blatt“ und „Rübezahl“ heraus, in denen er die Errichtung einer linksrheinischen Republik forderte und zugleich die von den Besatzungsbehörden zu verantwortenden Misstände anprangerte.

Görres' erste selbständige Publikation "Der allgemeine Friede, ein Ideal", Koblenz 1798, propagierte Weltfrieden und Menschenglück durch Nachahmung des französischen Vorbilds. Im Auftrag des Koblenzer jakobinischen „Patriotischen Clubs“ reiste Görres 1799 nach Paris. Er bat dort um die Beendigung der drückenden Okkupation und eine Vereinigung und Gleichstellung des linken Rheinufers mit Frankreich. In Paris wurde er mit dem Scheitern der Republik an Napoleon konfrontiert. Dessen Machtergreifung am 9. November 1799 war für ihn der Höhepunkt einer Fehlentwicklung, durch die sich Frankreich von den Idealen der Revolution entfernt habe. Tief enttäuscht verließ er Paris und verarbeitete seine Erlebnisse in der Schrift „Resultate meiner Sendung nach Paris im Brumaire VIII“, die 1800 erschien. Hier legte er dar, dass Frankreich nicht in der Lage sei, die von ihm erhofften Ziele zu verwirklichen. Er erklärte seine Abkehr von einer republikanischen Verfassung, denn „der Zweck der Revolution (ist) gänzlich verfehlt.“ In dieser Schrift warnt er seine Mitbürger vor den Ideen der Französischen Revolution und entdeckt seine „rheinisch-deutsche Verwurzelung.“ (Rudolf Morsey)

In den darauf folgenden Jahren zog sich Görres von der Politik zurück. Als Autodidakt, ohne wissenschaftliche Ausbildung, unterrichtete er von 1800 bis 1806 Naturwissenschaften an der École Secondaire in Koblenz, seinem früheren Gymnasium.

Görres hatte nie eine Universität besucht, gleichwohl wurde er zunächst in Heidelberg und später in München ein einflussreicher Hochschullehrer. Im September 1806 richtete Görres ein Gesuch an die Universität Heidelberg, über Philosophie und Physiologie lesen zu dürfen, was von Senat und Kuratorium befürwortet wurde, da "derselbe schon durch seine herausgegebenen Schriften als ein sehr geistvoller Mann bekannt sey." In Heidelberg lehrte der akademische Außenseiter von September 1806 bis Sommer 1808 als unbesoldeter Privatdozent Philosophie, Physiologie, Ästhetik, Altdeutsche Literatur, Kosmologie und Hygiene.

Görres' Vorlesungen gelten als Keimzelle der Heidelberger Romantik. In engem Kontakt zu Achim von Arnim, Georg Friedrich Creuzer, Clemens Brentano und dem Verleger Johann Georg Zimmer arbeitete er an Arnims und Brentanos „Zeitung für Einsiedler“ mit, wie auch an den bei Mohr & Zimmer erscheinenden „Heidelbergischen Jahrbüchern der Literatur“. Der Inhalt der „Zeitung für Einsiedler“ bildete die Bemühungen der Zeit zur Erlangung eines Volksgedankens und einer deutschen

Identität ab, welches vor allem durch die Wiederentdeckung der älteren deutschen Literatur geschehen sollte.

Nachdem sich Görres` Hoffnungen auf eine Professur in Heidelberg zerschlagen hatten und Brentano im Juni 1808 Heidelberg endgültig verlassen hatte, kehrte Görres im Oktober 1808 nach Koblenz zurück, um wieder als Lehrer an der École Secondaire zu arbeiten. Von 1814 bis 1816 war er außerdem Direktor des öffentlichen Unterrichts in den preußischen Provinzen des linken Rheinufer.

Während der Befreiungskriege veröffentlichte Görres wieder politische Schriften, nun bestimmt von der Romantik und der deutschen Nationalbewegung. Nach der Befreiung von Koblenz gründete er dort am 23. Januar 1814 den „Rheinischen Merkur“. Zu seinen Mitarbeitern zählen von Arnim, Brentano, Max von Schenkendorf, Ernst Moritz Arndt, Jacob und Wilhelm Grimm, Karl Immermann, Graf Neidhardt von Gneisenau und Freiherr vom Stein. Das Blatt, Kampforgang gegen das napoleonische Frankreich und Sprachrohr der deutschen Verfassungsbewegung, erreichte schnell eine Auflage von 3.000 Exemplaren und gewann enorme geistige und politische Bedeutung. Es war das bedeutendste politische Blatt seiner Zeit in Deutschland. Görres gilt als Schöpfer der modernen politischen Zeitung, die sowohl die Gründung eines deutschen Reichs propagierte als auch die revolutionären Bewegungen unterstützte. Die preußische Regierung finanzierte die Zeitung als Mittel der „Regermanisierung“ der linksrheinischen Gebiete und garantierte Zensurfreiheit. Schon im Sommer 1814 wurde die Zeitung in Baden, Württemberg und Bayern verboten.

Mit der Unterzeichnung der Schlussakte des Wiener Kongress am 9. Juni 1815 kam das Rheinland zu Preußen und Görres wurde preußischer Untertan. Nach dem Einsetzen der Restauration propagierte der „Rheinische Merkur“ liberale Forderungen und die „Großdeutsche Lösung“ und kritisierte die preußische Reaktion. Daraufhin verbot König Friedrich Wilhelm III. von Preußen am 3. Januar 1816 das weitere Erscheinen der Zeitung. Schließlich wurde Görres auch der Posten des Leiters des Unterrichtswesens im Generalgouvernement Mittelrhein entzogen.

In der Schrift „Teutschland und die Revolution“ (1819), einer Kampfschrift gegen den Polizeistaat, die ungeheures Aufsehen erregte, griff Görres die Politik der Restauration heftig an. Erneut sagte er sich von seiner jakobinischen und radikaldemokratischen Vergangenheit los und plädierte für die bewahrenden Kräfte von Monarchie und Kirche. Er hob die wichtige Rolle der Religion für die Sicherung geistiger und politischer Freiheit hervor. Das bescherte ihm endgültig Ärger mit der preußischen Regierung, die Haftbefehl gegen ihn erließ. Görres floh 1819 ins Exil nach Straßburg. Wegen der Verfolgung demokratischer Bestrebungen in Frankreich 1820 wich er mit seiner Familie vorübergehend nach Aarau in die Schweiz aus, um im Herbst 1821 wieder nach Straßburg zurückzukehren, wo er bis 1827 blieb. Unter wirtschaftlich

schwierigen Bedingungen vollzog sich dort seine Wandlung vom liberalen zum religiösen Autor.

Die Hinwendung zur Kirche öffnete Görres 1827 den Weg zu einer Berufung durch König Ludwig von Bayern an die Universität München. Hier scharte er einen Anhängerkreis um sich, der zu einem geistigen Zentrum des politischen Katholizismus, zum Mittelpunkt der katholischen Spätromantik wurde. Nach Preußen kehrte er nie wieder zurück.

In seinem Spätwerk wandte sich Görres der christlichen Mystik zu. 1839 wurde er von König Ludwig I. geadelt. 1841/42 war Görres neben Sulpiz Boisserée und August Reichensperger einer der Initiatoren bei der Gründung des "Zentral-Dombau-Vereins zu Köln" zum Ausbau des Kölner Doms. 1842 wurde er zum ordentlichen Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften ernannt. Am 29. Januar 1848 starb Görres in München, wo er begraben wurde.

Görres war einer der einflussreichsten politischen Publizisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In seinem Gesamtwerk zeigte er sich jedoch tolerant und aufgeschlossen gegenüber andersartigen Kulturen, die er systematisch und mit großem Eifer erforschte („Mythengeschichte der asiatischen Welt“ (1810); "Das Heldenbuch vom Iran", Übersetzung aus dem persischen Nationalepos "Schāhnāme" des Firdausi, 1820). Der Katholik vertrat dabei die These, dass sich kulturelle Besonderheiten und Mentalitäten in den politischen Systemen widerspiegeln sollten.

Seine Motivation, eine christlich inspirierte Demokratie in einem vereinten Deutschland zu schaffen, veranlasste ihn in einer späten Publikation, eine anti-judaistische Position einzunehmen. In dem von ihm 1845 gemeinsam mit Georg Phillips (in: Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland, Bd. 16, 1845, Seite 503f.) herausgegebenen Pamphlet „Der ewige Jude in Sachsen und das Concil in Schwaben“ sind entsprechende Tendenzen zu erkennen, die jedoch im Verhältnis zu seinem Gesamtwerk sich einer eindeutigen Zuordnung entziehen.

Nach seinem Tode wurde Görres vielfach geehrt. In den Rheinanlagen von Koblenz steht seit 1928 sein Denkmal. Die 1876 gegründete, noch heute bestehende "Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft" wurde nach ihm benannt. Das 1880 gegründete „Historische Jahrbuch“ der Görres-Gesellschaft steht in einer langen Tradition.

Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852)

Der als Sohn eines evangelischen Pfarrers am 11. August 1778 in der brandenburgischen Ortschaft Lanz geborene Jahn wurde zunächst von seinem Vater unterrichtet und besuchte ab 1791 eine höhere Schule in Salzwedel und ab 1794 das Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin, ohne dort einen Abschluss zu erreichen. Von 1796 bis 1803 studierte Jahn, teilweise ohne Immatrikulation und trotz eines Studierverbots, an verschiedenen preußischen Universitäten. Anschließend arbeitete er als Hauslehrer, setzte zwischenzeitlich seine Studien in Göttingen fort und ließ sich 1810 in Berlin nieder, wo er als Hilfslehrer tätig war.

In Berlin gründete Jahn mit einigen Mitstreitern einen Geheimbund, dessen Ziele die Befreiung Deutschlands von der französischen Herrschaft und seine anschließende Einigung waren. Aus diesem „Deutschen Bund“ entwickelte sich die Turnbewegung, als deren Geburtsstunde die Anlage eines Turnplatzes in der Hasenheide im Juni 1811 gilt. Die im gleichen Jahr erfolgte Gründung des Berliner Turnvereins, der bald mehrere Hundert Mitglieder hatte, diente als Vorbild für Vereinsgründungen andernorts – bis 1818 wuchs ihre Zahl auf 150 mit mehr als 10.000 Mitgliedern. Seinen Ruf als „Turnvater“ schuf sich Jahn vor allem mit seinem 1816 erschienenen Buch „Die Deutsche Turnkunst“, in dem nicht nur zahlreiche Übungen beschrieben und Muster für die Anlage von Turnplätzen präsentiert wurden, sondern auch eine Ideologie des Turnens entwickelt wurde mit einem Fokus zum Beispiel auf den „Kriegsübungen“, die den „männlichen Anstand“ bilden, den „Ordnungssinn“ erwecken und beleben, zur „Folgsamkeit und zum Aufmerken“ gewöhnen sowie den Einzelnen lehren sollten, „sich als Glied in ein großes Ganzes“ zu fügen. „Eine wohlgeübte Kriegerschaar ist ein Schauspiel von der höchsten Einheit der Kraft und des Willens. Jeder Turner soll zum Wehrmann reifen, ohne verdrillt zu werden“.

Jahn beließ es nicht bei verbalem Militarismus, sondern beteiligte sich persönlich am Kampf gegen Napoleon: 1813 wirkte er am Aufbau des Lützowschen Freikorps mit und fungierte zeitweilig als Anführer eines Bataillons. Während er 1813 in gutem Kontakt zu den preußischen Regierungsspitzen um Karl August von Hardenberg gestanden hatte, gewann er nach dem Ende des Krieges und im Zuge der Restaurationspolitik auf dem Wiener Kongress bald den Nimbus eines Staatsfeindes. Er gehörte zu den geistigen Vätern der 1815 gegründeten Urburschenschaft und teilte mit den radikalen Studenten die Enttäuschung über die bei der politischen Neuordnung ausgebliebene deutsche Einheit und die Nichtberücksichtigung staatsbürgerlicher Rechte. Seinem politischen Unmut machte Jahn 1817 in einer Reihe von Vorträgen Luft, die zu einem Zerwürfnis mit Hardenberg führten, der seinerseits die Turnbewegung durch staatliche Aufsicht disziplinieren wollte. Am Wartburgfest der Burschenschaften im Oktober 1817 nahm

Jahn zwar nicht persönlich teil; über einen seiner Schüler war er aber für die dort inszenierte Bücherverbrennung mitverantwortlich – Jahn hatte eine Liste der Bücher zusammengestellt, die dort den Flammen übergeben wurden.

Im Zuge der offenen Repressionspolitik, die nach der Ermordung August von Kotzebue durch einen Burschenschafter einsetzte, wurde Jahn im Juli 1819 verhaftet. Zwar endete ein Hochverratsprozess gegen ihn 1820 mit einem Freispruch, Jahn wurde dennoch für weitere fünf Jahre in politischer Gefangenschaft gehalten, zuletzt in Kolberg. Im März 1825 kam er auf freien Fuß unter der Auflage, seinen Wohnsitz an einem Ort zu nehmen, wo es weder ein Gymnasium noch eine Universität gab. Jahn ließ sich in Freyburg an der Unstrut nieder, wurde aber von 1828 bis 1835 nach Kölleda ausgewiesen. Als Pensionär unter Polizeiaufsicht betrieb Jahn historische und politische Studien und publizierte weiterhin, wobei er von seinen früheren nationaldeutsch-völkischen und teilweise demokratisch grundierten Positionen nicht abrückte. Mit dem Thronwechsel in Preußen 1840 wurde Jahn amnestiert und rehabilitiert; 1842 hob König Friedrich Wilhelm IV. auch die Turnsperrung auf. 1848 wurde der mittlerweile 70-Jährige in die Deutsche Nationalversammlung gewählt, hatte in der Paulskirche aber über seinen Status als Symbolfigur der deutschen Einigungsbewegung hinaus keinen Einfluss. Inzwischen hatte Jahn auch eine konservative Wende vollzogen und setzte sich für das preußische Erbkaisertum ein. Hierdurch entfremdete er sich politisch von der Turnbewegung, die sich in der Revolution 1848/49 demokratisch orientierte. Jahn starb am 15. Oktober 1852 in Freyburg.

Beträchtlichen Einfluss entwickelte Jahn durch seine Schriften, die thematisch weit über das Turnerische hinausgriffen. Besondere Bedeutung für die Ausbildung der Nationalbewegung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und hier vor allem für die akademische Jugend hatte seine 1810 erschienene Schrift „Deutsches Volkstum“, in der er den Deutschen ihren Volkscharakter vor Augen führen und ihnen allerlei Mittel zu dessen Pflege an die Hand geben wollte. Jahn räsonierte dort über das Volkstum als den „wahren Völkermesser der Größe“, über die fehlende Fortpflanzungskraft von „Blendlingsvölkern“, „Staatskrankheiten und Volksseuchen“ und mancherlei Dinge mehr, die wie ein Vorgriff auf die späteren sozialdarwinistischen Lehren von Kampf der Völker anmuten. Um die Deutschen für diesen Kampf zu rüsten, entwarf ihnen Jahn in seiner Schrift ein völkisches Idealbild, das er bis in die Einzelheiten ausmalte: Versicherungen gegen Feuersbrünste, Versorgung von Staatsdienerwitwen, Deutschheit und Urchristentum, Ersterlernen der Muttersprache, schickliche Volksfeste, noch in deutscher Sprache zu schreibende Bücher oder die Huldigung des weiblichen Geschlechts; auch eine dem Deutschen vermeintlich wesensgemäße Tracht entwarf Jahn.

Seine Schrift „Deutsches Volkstum“ durchzieht ein xenophober Begleittext, in dem die Abgrenzung von Frankreich hervorsteht. Besonders augenfällig wird die „Verbannung

der Ausländerei“ in Jahns mitunter bizarr anmutenden Bemühungen um einen deutschen Sprachpurismus. In der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland wird Jahn zumeist nur eine Nebenrolle zugewiesen. Systematische judenfeindliche Abhandlungen finden sich in seinen Werken nicht, sehr wohl aber wiederkehrende despektierliche Aussagen in öffentlichen und privaten Kontexten, zum Beispiel über die unheilige „Dreieinigkeit von Junkern, Pfaffen und Juden“. Zu den Schriftstellern, deren Werke auf Empfehlung Jahns auf dem Wartburgfest verbrannt wurden, zählte auch Saul Ascher, der Jahn 1815 in seinem Pamphlet „Die Germanomanie“ mehrfach angegriffen hatte.

Jahn blieb über seinen Tod hinaus vor allem in der Turnbewegung populär, die zahlreiche Ehrungen veranlasste. In neun Städten gibt es Jahn-Denkmal, das älteste wurde 1872 in der Hasenheide eingeweiht. Ein gutes Dutzend Sportvereine trägt seinen Namen, ebenso zehn Schulen und mindestens zwei Dutzend Stadien und Sportanlagen. Im Jahr 2002 wurde ein Asteroid nach Jahn benannt, und 2013 wurde er in die Hall of Fame des deutschen Sports aufgenommen. Straßenbenennungen nach Jahn gab es schon vor und auch nach der NS-Zeit sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Zwischen 1933 und 1945 indes erlebte Jahns Nachruhm einen besonderen Boom. So wurden 1936 seine Gebeine in den „Ehrenhof“ seines Wohnhauses in Freyburg umgebettet, als dort anlässlich der Olympischen Spiele in Berlin das Friedrich-Ludwig-Jahn-Museum eingerichtet wurde. Seit geraumer Zeit wurden und werden an verschiedenen Orten Diskussionen über die Umbenennung von Plätzen, Straßen und Einrichtungen geführt, besonders vehement um den Jahnsportpark in Prenzlauer Berg, wo 2015 bereits die Turnvater-Jahn-Schule ihren Namen verloren hat.

Theodor Körner (1791-1813)

Karl Theodor Körner war Dramatiker und Lyriker, bekannt vor allem als Verfasser von patriotischen Kriegsliedern und kriegerischer Dichtung während der Befreiungskriege gegen Napoleon. Er war kurzzeitig am Wiener Burgtheater als Dichter angestellt, arbeitete an einem Libretto für Beethoven und war anschließend ein halbes Jahr bis zu seinem Tod Soldat.

Er wurde am 23. September 1791 in Dresden geboren. Gestorben ist er am 26. August 1813 bei einem Scharmützel um einige Versorgungswagen der Franzosen, getroffen von der Pistolenkugel eines Wachmanns.

Körners Vater war Richter am höchsten Gericht im Königreich Sachsen und mit Johann Wolfgang Goethe und Friedrich Schiller befreundet. Er war der erste Herausgeber der gesammelten Werke von Schiller und damit dessen Mäzen. Schiller wohnte zeitweilig im Hause Körner und war für Theodor Körner das stilistisch prägende Vorbild. Seine Mutter war die Tochter eines Kupferstechers, bei dem Goethe das Zeichnen und Radieren gelernt hatte. Theodor Körner war zeichnerisch und musikalisch begabt und spielte mehrere Instrumente. Standesgemäß wurde er von Privatlehrern unterrichtet und war nur kurz auf dem Gymnasium.

Ab 1808 studierte er zuerst Bergbau in Freiberg und schrieb in dieser Zeit Naturgedichte. Nach zwei Jahren brach er das Studium ab, nachdem er eine Gedichtsammlung beim damaligen Verleger von Schiller und Goethe veröffentlicht hatte. Diese Veröffentlichung wurde, wohl auf Bitten des Vaters, von Schiller belobigt. 1810 zog er nach Leipzig, um Geschichte und Philosophie zu studieren, widmete sich aber eher den geselligen Aspekten des damaligen Studentenlebens. Er schrieb in dieser Zeit in schneller Folge einige Lustspiele und Dramen.

Gleichzeitig profilierte er sich als ein exponierter Anführer von Studenten, die gezielt junge Adlige beleidigten und sich mit ihnen prügeln. Nachdem er zweimal zu einem verbotenen Duell aufgefordert hatte, eskalierte die Situation, und er musste 1811 aus Leipzig fliehen, um einer Haft zu entgehen. Er schrieb sich in Berlin an der Universität ein, hörte bei Johann Gottlieb Fichte und schloss sich „Turnvater“ Friedrich Ludwig Jahn an.

Die Vorkommnisse in Leipzig, vor allem wohl sein Ausweichen vor der Bestrafung, führten dazu, dass er schon nach kurzer Zeit von der Berliner Universität relegiert (verwiesen) wurde. Sein Vater sorgte dafür, dass er in Wien das Studium wieder aufnahm. Allerdings brach er das Studium bald ab und schrieb stattdessen für das Burgtheater einige Lustspiele und sein wichtigstes Drama, den Zriny über den aufopfernden Patriotismus. Er wurde in den musikalischen und literarischen Salons der Stadt gefeiert. Am Theater lernte er eine beliebte junge Schauspielerin kennen, in die er sich verliebte. Sie

verlobten sich bald. Im Januar 1813 wurde er am Burgtheater mit dem Titel „k.k. Hofdichter“ und einem ansehnlichen Gehalt auf drei Jahre angestellt und fing an, ein Libretto für Beethoven zu entwerfen („Ulysses' Wiederkehr“).

Als wenige Wochen danach im März 1813 Preußen gegen die Franzosen zu den Waffen rief, verließ Körner Wien und seine Verlobte und gab seine Anstellung auf, um als Soldat zu kämpfen. Auf dieser Reise und in den folgenden Monaten als Soldat schrieb er die Gedichte und Soldatenlieder, die ihn nach seinem Tod als Dichter der pathetischen Nationalgefühle und des glorreichen Sterbens berühmt machten.

Er trat dem Lützowschen Freikorps bei, dem sich schon Friedrich Ludwig Jahn und einige seiner Berliner Freunde angeschlossen hatten. Dieses Freikorps, nach seinem Gründer benannt, hatte eine auffallende schwarze Uniform mit goldenen Knöpfen und roten Aufschlägen. In seinem Gedicht „Lützows wilde Jagd“ machte Körner diese Uniform populär: „Und der Funke der Freiheit ist glühend erwacht/Und lodert in blutigen Flammen. - Und wenn ihr die schwarzen Reiter fragt/Das ist Lützows wilde, verwegene Jagd.“

Körner war wenig an Kämpfen beteiligt. Doch schon beim ersten Zusammenstoß am 17. Juni 1813 mit Truppen aus Württemberg, die mit den Franzosen verbündet waren, wurde Körner durch einen Säbelhieb am Kopf schwer verwundet. Er konnte nach Leipzig zum Arzt gebracht werden und schrieb im Glauben, er würde sterben, sein Sonett „Abschied vom Leben“. Er überlebte jedoch und erholte sich in Karlsbad. Eine von Körners Vater später bewusst in die Welt gesetzte Legende behauptete, er sei schon bei dieser kleinen Schlacht am 17. Juni 1813 ums Leben gekommen.

Danach fand sich Körner wieder beim Freikorps ein, das jetzt in Norddeutschland eingesetzt war, wo es aber keine größeren Kriegshandlungen gab. Als willkommene Abwechslung zur Langeweile griff ein Stoßtrupp unter Beteiligung von Körner einige Versorgungswagen für die Franzosen an, und Körner wurde von einer Kugel tödlich getroffen. Die Mannschaft des Konvois bestand vor allem aus Deutschen. Der tödliche Schuss wurde von einem Wachmann aus dem Hunsrück abgegeben.

Körner wurde in Wöbbelin, im heutigen Mecklenburg-Vorpommern, nicht weit vom Ort seines Todes, von Freunden symbolträchtig unter einer alten Eiche bestattet. Auf dem Grabdenkmal, das ein Jahr nach seinem Tod errichtet wurde, steht sein echtes Todesdatum: 26. August 1813. Körners Tagebuch, das seinem Vater vorlag, endet am 22. August.

Theodor Körners angeblicher Heldentod wurde als Krönung seines dichterischen Werkes von seinem Vater in einer Veröffentlichung seiner wichtigsten Gedichte mit dem

Titel „Leier und Schwert“ schon kurz nach seinem Tod verbreitet. In bewusster Fälschung der Ereignisse ließ sein Vater folgenden Abschnitt in diese Sammlung schreiben (mit kleinen Kürzungen wiedergegeben):

„Er wurde am 17. Juni ...von württembergischen Jägern, nachdem er 9 derselben schwer verwundet hatte, vom Pferde gehauen, darauf vom Feinde ...verbunden. Als er wieder zu sich kam, riß er den Verband mit den Worten los: „Von solchen Buben mag ich das Leben nicht!“ und starb wenige Augenblicke darauf.“ Damit wurde Körner zur Legende. Der Künstler und das glorreiche Sterben wurden in den folgenden Jahrzehnten immer weiter in Biographien und ab 1900 mit dem Handel von Körner-Devotionalien überhöht.

Die Helden-Legende von seinem Tod infolge einer schweren Verwundung in einer Schlacht war auch entscheidend für Körners Bedeutung als patriotisches Symbol in nationalistischen und völkischen Kreisen im Kaiserreich, im Ersten Weltkrieg und in der NS-Zeit. In der Bundesrepublik wurde er weitgehend vergessen. In der DDR spielte er noch eine Rolle als sogenannter Russlandfreund und Volkskämpfer, als die DDR anfing, sich als Erbe der Preußen darzustellen.

Körners berühmteste Zeile stammt aus dem Gedicht „Männer und Buben“, das erst 1813 nach seinem Tod veröffentlicht wurde:

„Das Volk steht auf, der Sturm bricht los –

Wer legt noch die Hände feig in den Schoß?“

Die Zeile ist deshalb so bekannt, weil Goebbels sie für die NS-Propaganda massiv einsetzte. Andererseits ist auch ein Zitat aus Körners Gedicht „Aufruf“ im sechsten und letzten Flugblatt der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ enthalten:

„Frisch auf mein Volk, die Flammenzeichen rauchen!“

zu IV. Deutsche Militärs und Politiker des 19. Jahrhunderts

Wilhelm von Baden (1829-1897)

Ludwig Wilhelm August, Prinz von Baden, königlich preußischer General der Infanterie, wurde am 18. Dezember 1829 als dritter Sohn des späteren Großherzogs Leopold (1790-1852) und der Prinzessin Sophie von Schweden (1801-1865), geboren. Sein älterer Bruder war Großherzog Friedrich I. von Baden (1826-1907, reg. 1856-1907). Wilhelm wurde zum Militärdienst bestimmt und bereits 1847 als Secondelieutenant dem badischen Leib-Infanterie-Regiment zugeteilt. 1849 trat er dem 1. preußischen Garderegiment zu Fuß in Potsdam bei. Die kommenden Jahre (der Revolution, der Reaktion und des "Kirchenkampfes") brachte er meist außerhalb Badens zu und verblieb bis zum Ende seiner Dienstzeit im preußischen Heer, zuletzt als Generalmajor und Kommandeur der Gardeartillerie-Brigade in Berlin. 1859 wurde Prinz Wilhelm von seinem Bruder Friedrich, dem Großherzog von Baden, nach Karlsruhe zurückbeordert, um ihn zum Chef des 4. Badischen Infanterie-Regiments zu machen. 1861 übernahm er wieder seinen Posten bei der Garde-Artillerie in Berlin.

1863 vermählte sich Prinz Wilhelm in Sankt Petersburg mit der russischen Prinzessin Maria von Leuchtenberg (Mariya Maksimilyanovna, genannt Marusja, Fürstin Romanovskaja, 1841-1914), Tochter des Herzogs von Leuchtenberg und Enkelin von Zar Nikolaus I. Maria wollte weder Deutsch lernen noch Badnerin werden. Mit ihrer neuen Familie und am Hofe sprach sie Französisch, sonst Russisch. "Das, was man heute Integration nennt, war ihr fremd, ja womöglich zuwider (...) ...im vorliegenden Fall scheinen die Voraussetzungen für eine glückliche Beziehung besonders ungünstig gewesen zu sein" (Machtan 2013). Das Paar nahm seinen Wohnsitz im Prinz-Wilhelm-Palais in der Nähe des Residenzschlosses in Karlsruhe. 1865 wurde die Tochter Sophie Marie Luise Amelie Josephine ("Mary") geboren, 1867 der Sohn Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm („Prinz Max von Baden“), der 1918 letzter Reichskanzler des Kaiserreichs war. Das Familienleben soll nicht harmonisch gewesen sein.

1865 ernannte der Großherzog seinen Bruder Wilhelm zum Generalleutnant und übertrug ihm den Oberbefehl über die badische Armee. Im "Deutschen Krieg" zwischen Preußen und dem Deutschen Bund ab Mai 1866 erhielt Wilhelm den Oberbefehl über die badische Division im 8. Bundeskorps. Nach dem Sieg Preußens über Österreich, mit dem Baden verbündet war, in der Schlacht bei Königgrätz (Böhmen) lieferten sich die Preußen mehrere kleine Gefechte im badischen Odenwald mit bayerischen und badischen Truppen, welche aber am Ausgang des Krieges nichts mehr änderten.

Durch den Verlauf des Deutschen Krieges verlor das Haus Baden, vor allem aber Prinz Wilhelm, an Ansehen. Gegner warfen ihm vor, durch seine zaudernde Führung die Schuld am Misserfolg des Feldzugs zu tragen. Man sprach sogar von "Verrat". Auf eine

in Wien 1866 erschienene Schrift eines Ernst Emmerling („Actenmäßige und interessante Enthüllungen über den badischen Verrath an den deutschen Bundestruppen“) antwortete der Prinz durch eine unter seinem Namen verfasste („Zur Beurtheilung des Verhaltens der Badischen Felddivision im Feldzuge des Jahres 1866“, Darmstadt und Leipzig 1866), worauf Emmerling abermals replizierte („Nochmals Der badische Verrath. Weitere Enthüllungen sowie Zurückweisung der wider die bekannte Broschüre erschienenen officiellen und officiösen Angriffe“). 1867 schloss Baden eine Militärkonvention mit Preußen, welche besagte, dass im Kriegsfall die badischen Truppen unter preußischen Oberbefehl gestellt werden sollten. 1869 enthob der Großherzog seinen Bruder Prinz Wilhelm "unter Anerkennung treuer und guter Dienste" des Kommandos über die badischen Truppen.

Bei Ausbruch des Krieges Preußens gegen Frankreich hatte Prinz Wilhelm kein Kommando. Als im Oktober 1870 das Kommando der 1. Badischen Infanteriebrigade vakant wurde, bat Wilhelm, am Kampf teilnehmen zu können. Er übernahm den Befehl über die Infanteriebrigade, was eine Zurückstufung im Rang bedeutete, und beteiligte sich an den Kämpfen in Burgund unter dem preußischen General der Infanterie August von Werder. Im Gefecht von Nuits-Saint-Georges (bei Dijon) am 18. Dezember 1870 (seinem Geburtstag) erlitt Prinz Wilhelm eine schwere Verwundung im Gesicht, die seiner Tätigkeit im Felde ein Ende machte. 25 Jahre danach verlieh ihm Kaiser Wilhelm II. den Orden Pour le mérite, die höchste preußische Tapferkeitsauszeichnung. Mit dem Beitritt Badens zum Deutschen Reich wurden die badischen Truppen preußischer Führung unterstellt.

Sein Wagemut in diesem Krieg und seine lebensgefährliche Verwundung machten Prinz Wilhelm volkstümlich, so dass die Karlsruher Nationalliberalen ihm die Kandidatur für den ersten Deutschen Reichstag antrugen. Zwischen 1871 und 1877 war er für die Reichspartei (politisch zwischen den Nationalliberalen und den Freikonservativen stehend) im Wahlbezirk Karlsruhe-Bruchsal gewählter Abgeordneter des Deutschen Reichstags und auch Vorsitzender seiner Fraktion, doch trat er kaum politisch hervor. In diesen Jahren verschärften sich die Differenzen zwischen Wilhelm und seinem Bruder. Wilhelm machte offen Opposition gegen den "Kulturkampf" im Reich und in Baden. 1878 kandidierte er erfolglos für die Deutschkonservativen im Wahlkreis Konstanz, was zum Bruch zwischen ihm und seinem Bruder führte, da die badische Regierung nationalliberal orientiert war.

1873 wurde Prinz Wilhelm von Kaiser Wilhelm I. zum General der Infanterie ernannt. Durch Geburt Mitglied der Ersten Kammer der badischen Landstände, hatte er 1859-1860, 1863-1866 und 1893 bis zu seinem Tode den Vorsitz dieser Kammer.

Prinz Wilhelm starb 67jährig am 27. April 1897 in Karlsruhe in Folge einer Halskrankheit. Seine Witwe lebte bis zu ihrem Tod 1914 in St. Petersburg. Prinz Wilhelm wird als

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

"eigenwilliger und relativ unabhängiger Charakter" beschrieben, "der sich Bruder und Schwägerin nicht ohne weiteres fügen wollte" (Machtan 2013). Er war Mitglied beziehungsweise Ehrenmitglied mehrerer Freimaurerlogen.

1901 wurde in Karlsruhe am westlichen Schlossgarten-Zaun das Prinz-Wilhelm-Denkmal enthüllt. In Karlsruhe wurden 1866 die Wilhelmstraße, 1887 in Heidelberg Wilhelmstraße und Wilhelmsplatz benannt. Die Prinz-Wilhelm-Straße in Mannheim wurde 1946 in Stresemannstraße umbenannt. 1921 wurden bei einer Demonstration in der Heidelberger Weststadt sämtliche Straßenschilder an der Kaiserstraße, Kronprinzenstraße, Wilhelmstraße und am Wilhelmsplatz zertrümmert und entfernt.

Otto von Bismarck (1815-1898)

Otto von Bismarck war (mit einer kurzen Unterbrechung) von 1862 bis 1890 preußischer Ministerpräsident und von 1871 bis 1890 erster Reichskanzler des von ihm maßgeblich aus der Taufe gehobenen Deutschen Kaiserreiches. Er war einer der bedeutendsten europäischen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts; kein deutscher Kanzler nach ihm hat seine Amtszeit erreicht, niemand hat dauerhaft einen solch herausragenden Platz in der deutschen Memorialkultur eingenommen.

Bismarck wurde am 1. April 1815 als zweiter Sohn eines Rittmeisters und Gutsbesitzers aus der Linie eines uradeligen Geschlechts in Schönhausen bei Tangermünde in der Altmark (heute Bundesland Sachsen-Anhalt) geboren, lebte aber bereits ab 1816 auf einem weiteren Familiengut in Hinterpommern. Ab 1821 besuchte er Internate und Gymnasien in Berlin, wo er 1832 das Abitur ablegte. 1832 bis 1835 studierte er Jura in Göttingen und Berlin. Sein anschließendes Referendariat im Verwaltungsdienst verlor er, weil er einen 14-tägigen Urlaub massiv überschritten hatte. 1838/39 leistete er seinen Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger ab. Ab 1839 teilte sich Otto mit seinem älteren Bruder Bernhard die Verwaltung der Familiengüter.

Ab Mitte der 1840er Jahre engagierte sich Bismarck auch politisch, zunächst auf der Ebene der Provinziallandtage, wo er entschieden konservative Positionen vertrat. Die Revolution von 1848 lehnte er strikt ab. 1851 übernahm Bismarck sein erstes öffentliches Amt als preußischer Gesandter beim Deutschen Bund in Frankfurt am Main; in den Folgejahren war er bestrebt, Österreich die Führung im Deutschen Bund streitig zu machen. 1859 bis 1862 amtierte Bismarck als preußischer Gesandter in Russland und Frankreich, gleichsam in Wartestellung, bis er am 22. September 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten ernannt wurde. Er galt als letzte Hoffnung der konservativen Kräfte und des bereits die Abdankung einkalkulierenden Königs Wilhelm I., die von der liberalen Mehrheit der preußischen Abgeordnetenversammlung abgelehnte Heeresreform doch noch durchzubringen. Mit diesem Anliegen scheiterte Bismarck zunächst; es entwickelte sich eine über mehrere Jahre schwelende Verfassungskrise.

Der Deutsch-Dänische Krieg von 1864 um die nationale Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig stärkte Bismarcks Prestige und leitete letztlich die Spaltung des liberalen Lagers ein; die Nationalliberalen gaben der Erringung der Deutschen Einheit den Vorrang gegenüber liberalen innenpolitischen Reformen. Im Deutschen Krieg 1866 setzte Preußen die Vormachtstellung gegenüber Österreich durch und bildete mit den nördlich des Mains gelegenen deutschen Ländern den Norddeutschen Bund. Die Wahlen zum nunmehrigen Norddeutschen Reichstag bestätigten Bismarcks Positionen und beendeten den Verfassungskonflikt. Hindernis auf dem Weg zu einem deutschen Nationalstaat in der kleindeutschen Variante war Frankreich, das Bismarck 1870 den Gefallen tat, Preußen den Krieg zu erklären. Die Niederlage Frankreichs in diesem von Bismarck

provozierten Verteidigungskrieg machte den Weg frei zum 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles proklamierten Deutschen Kaiserreich unter der Dynastie der Hohenzollern. Bismarck blieb bis zu seinem 1890 erzwungenen Abschied als Reichskanzler die Zentralfigur des nach ihm benannten Bismarck-Reiches.

Außenpolitisch schuf Bismarck ein Bündnissystem, das Frankreich isolieren sollte. Ein künftiger Krieg, vor allem ein Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland, sollte unbedingt vermieden werden. Dieses Bündnissystem, vor allem den Rückversicherungsvertrag mit Russland (Neutralität Russlands im Falle eines Angriffs von Frankreich auf Deutschland), haben Bismarcks Nachfolger aufgekündigt. Bismarck erklärte, dass Deutschland „saturiert“ sei, also keine weiteren Gebietsansprüche hege. Auf dem Gebiet der Kolonialpolitik agierte Deutschland als „Späteinsteiger“ im Vergleich zu Großbritannien oder Frankreich. Auf dem Berliner Kongress von 1878, auf dem die unterschiedlichen Interessen der europäischen Großmächte auf dem Balkan verhandelt wurden, konnte Deutschland die Rolle eines Vermittlers übernehmen.

Innenpolitisch agierte Bismarck nicht dogmatisch-konservativ, sondern flexibel-pragmatisch. Das Reichstagswahlrecht des Deutschen Reiches war als Zugeständnis an die Nationalbewegung fortschrittlich, die Einführung der Zivilehe beschränkte den Einfluss der Kirchen zugunsten des Staates, die Einführung der Sozialversicherung war ein sozialpolitischer Meilenstein, auch wenn die Motivation für diesen Schritt in erster Linie die Zurückdrängung der Sozialdemokratie gewesen war. Mit seinen politischen Gegnern ging Bismarck nicht eben zimperlich um, die Katholiken verdächtigte er ultramontaner Abhängigkeit und verfolgte sie während des sogenannten „Kulturkampfes“, die Sozialdemokratie während des „Sozialistengesetzes“. In der Folge der Reichsgründung entwickelte sich die deutsche Wirtschaft ab 1871 zur stärksten Kontinentaleuropas, „Made in Germany“ wurde weltweit zu einem Synonym für Qualität. Parallel dazu schnellte die deutsche Bevölkerungszahl empor und lief zum Beispiel derjenigen Frankreichs weit davon.

Bereits zu Lebzeiten, aber noch verstärkt durch seinem Sturz 1890 beziehungsweise seinen Tod am 30. Juli 1898 setzte ein wahrer Kult um die Person Bismarcks ein. Das 1871 begründete Deutsche Reich trägt auch den Beinamen „Bismarck-Reich“, zahlreiche Straßen, Plätze und Brücken trugen und tragen seinen Namen, zahlreiche geographische Gebiete (Berge, Meeresabschnitte und so weiter) und Städte, etwa die Hauptstadt des US-Bundesstaates North Dakota, ein klarer Schnaps („Fürst Bismarck“), ein auf bestimmte Art eingelegter Hering („Bismarck-Hering“), ein Farbstoff, eine Palmenart und so weiter. Zahlreiche Benennungen im öffentlichen Raum, die den Namen „Reichskanzler“ trugen und die nach 1945 mit der Abschaffung dieses Titels aus dem Straßenbild verschwanden, hauptsächlich Straßen und Plätze, aber auch Hotels, Gast-

stätten und Cafés, waren auf Otto von Bismarck gemünzt. Unzählige Denkmäler wurden ihm zu Ehren errichtet. Otto von Bismarck war bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg der populärste deutsche Politiker. Noch im Jahr 2003 zeigte eine Fernseh-Umfrage, dass Bismarck in der Bevölkerung immer noch Anerkennung genießt. Zuvor hatte der Deutsche Bundestag im Jahr 1996 die bundesunmittelbare Otto-von-Bismarck-Stiftung als eine von fünf (heute sieben) Politikergedenkstiftungen des Bundes eingerichtet.

Das Bismarck-Bild in der Historiographie schwankt je nach dem Blickwinkel des vorherrschenden Zeitgeistes. Erst seit 1945 kann man überhaupt von einer differenzierten historischen Auseinandersetzung mit Bismarck sprechen. Die bis dahin massiv überhöhte und völlig unkritische Bismarck-Einschätzung wurde in Teilen relativiert; es wurde nach seiner Rolle am letzten Untergang des nach ihm benannten Reiches gefragt. Demokratisierungsdefizite des Kaiserreiches, aber vor allem Preußens wurden dabei herausgestrichen. Das für die damalige Zeit sehr fortschrittliche Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, hat Bismarck ebenso verweigert wie Druck auf besonders demokratieresistente Länder des Deutschen Reiches auszuüben. Preußen entwickelte sich dadurch zu einem erzkonservativen Staatswesen, dem das Image anhaftete, den Zug in die politische Moderne verpasst zu haben. Keiner der bedeutenden Bismarck-Biographen (Otto Pflanze, Lothar Gall, Eberhard Kolb) streitet dem ersten Reichskanzler jedoch seine herausragende Bedeutung für die Geschichte und seine staatsmännischen Qualitäten ab, überraschenderweise zählte die zweibändige Biographie des führenden DDR-Historikers Ernst Engelberg zu denjenigen mit der positivsten Bewertung Bismarcks.

Neuerdings wird im Rahmen der Rassismus-Debatte von einigen Kritikern Bismarcks Befürwortung der deutschen Kolonialpolitik nach seiner anfänglichen Skepsis als Negativpunkt hervorgehoben. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass alle Großmächte und sogar mittlere Mächte Kolonien erwarben und im Zeitalter des Imperialismus vor allem ihr Kolonialreich in Afrika erweiterten. Deutschland bildete hier keine Ausnahme, sondern folgte dem europäischen beziehungsweise nordamerikanischen Trend. Die Massaker in den deutschen Kolonien in Afrika geschahen einige Jahre nach Bismarcks Tod.

Sicherlich würde heute niemand mehr eine Straße oder einen Platz neu nach Bismarck benennen, denn als „Erzroyalist“ (Lothar Gall), der heutigen demokratischen Maßstäben nicht genügen würde, käme er dafür nicht in Frage. Ebenso wenig kommt für die überwiegende Mehrheit der Kommission allerdings eine Umbenennung des Bismarck-Platzes in Betracht aufgrund der herausragenden Bedeutung seines Namensgebers für die deutsche Geschichte. Bismarck ist eine Zentralfigur der deutschen Geschichte und er wird dies auch in Zukunft bleiben.

Gebhard Leberecht von Blücher (1742-1819)

Blücher, der einem alten, aber inzwischen kaum noch begüterten Adelsgeschlecht entstammte, wurde am 16. Dezember 1742 in Rostock geboren und wuchs bei einer Tante auf der damals schwedischen Insel Rügen auf. Als 15-jähriger trat er gemeinsam mit seinem älteren Bruder in ein schwedisches Husarenregiment ein. 1760 geriet Blücher in preußische Kriegsgefangenschaft, wechselte die Seiten und setzte seine militärische Karriere im Siebenjährigen Krieg in preußischen Diensten fort. Sie endete vorerst 1773, als Blücher seinen Abschied aus der Armee nahm, weil er sich bei Beförderungen – er war zu diesem Zeitpunkt Rittmeister – übergangen fühlte. Blücher heiratete im gleichen Jahr und erwarb Güter in Schlesien und Pommern.

Nach dem Thronwechsel von 1786 kehrte Blücher in preußische Militärdienste zurück. König Friedrich Wilhelm II. ernannte ihn 1787 zum Major, und Blücher avancierte in den nächsten Jahren rasch zum Oberstleutnant, Oberst und Generalmajor. Nach dem Ausscheiden Preußens aus der antifranzösischen Koalition mit dem Frieden von Basel (1795) übernahm Blücher das Kommando über die in Westfalen verbliebenen preußischen Truppen und bezog Quartier in Münster. Nach dem Frieden von Luneville (1801) wurde Blücher Gouverneur der neu geschaffenen Provinz Westfalen. Bei der Wiederaufnahme der preußischen Kriegshandlungen gegen Frankreich war Blücher in kommandierender Funktion an der Doppelschlacht von Auerstedt und Jena beteiligt. Trotz der Niederlage erwarb sich Blücher nachhaltigen militärischen Ruhm durch die Sicherung von Artilleriegeschützen und den Truppenrückzug nach Lübeck, wo er schließlich eine ehrenvolle Kapitulation bewerkstelligte.

Blücher stieg in der Folgezeit zum Generalgouverneur in Pommern und zum General der Kavallerie auf, isolierte sich aber politisch vom nun mit Frankreich verbündeten preußischen Hof, da er bewaffneten Widerstand gegen die Franzosen forderte. Nachdem er 1812 aus dem aktiven Dienst geschieden war, übernahm er bei der Wiederaufnahme des Krieges 1813 unmittelbar wichtige militärische Funktionen: Als Oberbefehlshaber der Schlesischen Armee hat er Anteil am Sieg in der Völkerschlacht von Leipzig über die Franzosen, die er als frisch ernannter Generalfeldmarschall über den Rhein verfolgte. Auch bei den nach der Rückkehr Napoleons von Elba wieder aufflammenden Kämpfen spielte Blücher eine maßgebliche Rolle, nicht zuletzt in der Schlacht bei Waterloo.

Mit Ehrungen und Schenkungen wie der Ernennung zum Fürsten von Wahlstatt überhäuft, zog sich Blücher auf sein Schloss Krieblowitz in Niederschlesien zurück, wo er am 12. September 1819 starb. An den restaurativen politischen Weichenstellungen, die auf dem Wiener Kongress und im Deutschen Bund erfolgten, nahm Blücher keinen Anteil. Blüchers Metier waren die Truppenführung und die Schlachten; in den militärpoliti-

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

schen Diskussionen seiner Zeit über die Heeresreform als Voraussetzung des Wiederaufstiegs Preußens setzte er keine Akzente. Die öffentlichen Ehrungen Blüchers begannen früh: Er wurde Ehrenbürger von Berlin, Hamburg und Rostock, und noch zu seinen Lebzeiten wurden ihm Denkmäler in Rostock und Berlin errichtet. Benennungen von Straßen und Plätzen folgten im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts den Jubiläumskonjunkturen der Befreiungskriege; darüber hinaus fand Blücher Aufnahme in die Walhalla und in die Denkmalgruppe in der Berliner Siegesallee. Eine Besonderheit der Ehrung ist die Benennung von Kriegsschiffen nach Blücher: Sie begann 1877 mit einem Torpedoschiff und endete 1937 mit einem Schweren Kreuzer.

Leonhard von Blumenthal (1810-1900)

Der am 30. Juli 1810 in Schwedt an der Oder (heute Bundesland Brandenburg) geborene Leonhard von Blumenthal entstammte einer preußischen Soldatenfamilie; sein Vater war Rittmeister, der 1813 während der Befreiungskriege ums Leben kam, sein jüngerer Bruder Karl brachte es bis zum Generalmajor. Nach der Kadettenausbildung in Kulm und Berlin verlief die Laufbahn von Blumenthal zunächst äußerst schleppend, erst 1844 wurde er zum Premierleutnant, erst 1849 im Alter von fast 40 Jahren zum Hauptmann befördert, als er zum Generalstab der Armee versetzt wurde, wo man seine Talente erkannte. Ab diesem Zeitpunkt nahm seine Karriere an Fahrt auf. „Die großen Erfolge Blumenthals beruhten auf der ungewöhnlichen Schärfe und Sicherheit, mit der er die militärische Situation im Krieg erkannte, wie auf der beispielhaften Treffsicherheit und Kühnheit in der Wahl der angewandten Mittel. Ihn zeichneten große Konsequenz und unbeirrbar entschlossene Entschlossenheit in der Verfolgung seiner einmal gesteckten Ziele aus.“ (Zitat aus dem Eintrag in der Neuen Deutschen Biographie (NDB) aus dem Jahr 1955)

1858 wurde er im Rang eines Oberstleutnants persönlicher Adjutant beim preußischen Prinzen und Generalfeldmarschall Friedrich Karl, 1863 Chef des Generalstabs der kombinierten mobilen Armeekorps gegen Dänemark. Er hatte während des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 entscheidenden Anteil an den beiden zentralen Siegen gegen die Dänen (Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach Alsen) und wurde dafür mit dem Orden „Pour le mérite“ ausgezeichnet. Im Deutschen Krieg gegen Österreich 1866 war er Chef des Generalstabs der 2. Armee unter Kronprinz Friedrich von Preußen, der sich zu einem Förderer und Freund Blumenthals entwickelte. Für seine Leistungen bei der Schlacht von Königgrätz erhielt er das Eichenlaub zum „Pour le mérite“ und wurde zum Generalmajor befördert.

Im Deutsch-Französischen Krieg war Blumenthal führend an der Einschließung von Paris und an der Schlacht von Sedan beteiligt. „Die vielfach und wochenlang [...] an ihn herangetragene Wünsche, Paris durch Beschießung zu erobern, wies er mit Zustimmung Moltkes wegen der Unzulänglichkeit der vorhandenen Kriegsmittel, zu geringer Zahl und Reichweite der deutschen Geschütze, zur Schonung von Menschenleben und unter Ablehnung politischer Rücksichten verantwortungsbewusst und leidenschaftlich zurück“, heißt es in der NDB. Er erhielt eine Dotation von 150.000 Talern und wurde 1883 von Kaiser Wilhelm I. in den Grafenstand erhoben. 1888 beförderte ihn der nunmehrige Kaiser Friedrich III. zum Generalfeldmarschall, dem höchsten Dienstgrad des deutschen Heeres. Erst 1898 schied Blumenthal im Alter von 88 Jahren aus dem Heeresdienst aus. Zwei Jahre später starb der hochdekorierte, mit in- und ausländischen Orden und mit der Ehrenbürgerwürde von Düsseldorf ausgezeichnete Blumenthal auf seinem Familiengut. Nach seinem Tod wurden zahlreiche Straßen in ganz Deutschland

nach ihm benannt, allein acht in den Städten und Gemeinden, die heute die Stadt Berlin bilden.

Bei Leonhard von Blumenthal handelt es sich um einen unter militärischen Gesichtspunkten äußerst erfolgreichen preußischen Heerführer, der im Deutsch-Französischen Krieg eine Haltung zeigte, die auch jemand, der Militär grundsätzlich ablehnt, Respekt abnötigen kann. Seine Förderung durch den Kronprinzen Friedrich lässt zumindest auf eine liberale Grundhaltung Blumenthals schließen. Sein späterer Abschied aus der Armee verlieh ihm offensichtlich radetzkyhafte Züge und trug zu seiner seinerzeitigen Popularität bei, die sich in zahlreichen Straßenbenennungen niederschlug.

August Neidhardt von Gneisenau (1760-1831)

Neidhardt – den Doppelnamen führte er erst seit 1779 – wurde am 27. Oktober 1760 im sächsischen Schildau als Sohn eines Artillerieleutnants geboren, der im Siebenjährigen Krieg in der Reichsarmee gegen Preußen diente und ab 1763 in verschiedenen Städten als Baubeamter tätig war. Nach dem frühen Tod seiner Mutter wuchs Neidhardt bei wechselnden Verwandten auf, bis ihn der inzwischen wiederverheiratete Vater in Erfurt wiederaufnahm. Dort besuchte er das Gymnasium und die Universität, ohne sein Studium abzuschließen. Er trat stattdessen in ein österreichisches Husarenregiment ein, sammelte erste Kriegserfahrungen im Bayerischen Erbfolgekrieg und verdingte sich anschließend im Jägerbataillon des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach. Als dieser seine Truppen zur Niederschlagung der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung an Großbritannien vermietete, gelangte Gneisenau nach Nordamerika, wo er die meiste Zeit abseits der Kriegshandlungen in der Garnison Quebec verbrachte.

Bald nach seiner Rückkehr in die Alte Welt wechselte Gneisenau in den preußischen Militärdienst, in dem er nach verschiedenen Tätigkeiten in einem Infanterieregiment, unter anderem in Polen, 1795 zum Hauptmann befördert wurde. Gneisenau gelangte durch Heirat zu Vermögen und erwarb mit seiner Frau ein Gut in Schlesien, wo er seit 1803 nicht nur systematisch landwirtschaftliche Studien betrieb, sondern sich auch wissenschaftlich mit Militärfragen beschäftigte. 1806 nahm Gneisenau an mehreren Kampfhandlungen im Krieg gegen Frankreich teil, profilierte sich aber vor allem durch seine Analysen der Niederlagen in den Schlachten von Jena und Auerstedt, die er in mehreren Denkschriften vornahm. Der Lohn waren Beförderungen zum Major und zum Generalleutnant sowie seine Ernennung zum Kommandanten der Festung Kolberg. Nach dem Friedensschluss von 1807 arbeitete Gneisenau ein neues Exerzierreglement für die Infanterie aus, wandte sich in der Auseinandersetzung mit der preußischen Niederlage aber von militärtaktischen zunehmend militärpolitischen Fragen zu; unter anderem forderte er 1808 in einer Denkschrift die Volksbewaffnung. Seine Werbung um Wiederaufnahme des Krieges gegen Frankreich brachte ihn Kontakt zu den preußischen Reformern; gemeinsam mit diesen wurde er aber von den konservativen Kräften am Hofe 1809 zunächst verdrängt.

1811 trug Gneisenau dem preußischen König erneut seine Pläne einer Volksbewaffnung mit dem Ziel einer allgemeinen Erhebung gegen Frankreich vor, drang damit aber wieder nicht durch und reichte seine Entlassung aus dem Staatsdienst ein. Als Privatier reiste er nach London, Wien und nach Vilnius zum russischen Zaren, um für seine Pläne zu werben, und mit der preußischen Kriegserklärung gegen Frankreich nach dem Scheitern des Russlandfeldzugs Napoleons im Frühjahr 1813 trat er wieder ins preußische Heer ein. Während der Befreiungskriege spielte Gneisenau eine zentrale Rolle: vor allem als Stabschef in Blüchers Schlesischer Armee. Trotz seiner Verdienste während

der Völkerschlacht und im nachfolgenden Feldzug nach Frankreich blieb Gneisenau ein eigenes Kommando verwehrt, da ihm in höfischen Kreisen das Image eines „Jakobiners“ anhaftete. Auch an den Kämpfen des Jahres 1815 gegen den rückkehrenden Napoleon war Gneisenau maßgeblich beteiligt. In den ersten Nachkriegsjahren schwand sein Einfluss stückchenweise: dem Generalkommando am Rhein folgten der rein repräsentative Posten des Gouverneurs von Berlin und weitere Titularämter. Als bereits 70-jähriger kehrte Gneisenau in den aktiven militärischen Dienst zurück, als er während des polnischen Aufstandes von 1830/31 zum Oberkommandierenden der Truppen in den preußischen Ostprovinzen ernannt wurde. Er starb am 23. August 1831 in Posen an der Cholera.

Den langwierigen Vorbehalten des Hofes zum Trotz wurde als Stiftung des Königs und des preußischen Offizierskorps in Sommerschenburg ein von Karl Friedrich Schinkel geplantes Grabdenkmal für Gneisenau errichtet; ein weiteres Denkmal entstand 1855 an der Neuen Wache in Berlin. Die Benennung von Straßen und Plätzen nach Gneisenau folgte im 19. Jahrhundert den Jubiläumskonjunkturen der Befreiungskriege. Die Erinnerung an seine Person in militärischen Kontexten zieht sich vom Kaiserreich über die NS-Zeit (jeweils mit der Benennung von Schlachtschiffen) bis in die Nachkriegszeit. Auch in der DDR war Gneisenau populär und zum Beispiel Namensgeber eines Regiments der Grenztruppen.

Helmuth von Moltke (1800-1891)

Moltke entstammte dem mecklenburgischen Adel und wurde am 26. Oktober 1800 in Parchim geboren. Als Zehnjähriger wurde er in die Kadettenakademie in Kopenhagen aufgenommen, nachdem sein Vater einige Jahre zuvor in den dänischen Militärdienst getreten war. Moltke stieg 1818 zum Sekondeleutnant auf und war zunächst in Rendsburg stationiert. 1822 wechselte er vom dänischen in den preußischen Militärdienst. Moltke besuchte die Allgemeine Kriegsschule in Berlin und wurde von Carl von Clausewitz gefördert. Seine Berufung in den Großen Generalstab erfolgte 1833.

Die Anfänge von Moltkes militärischer Laufbahn fielen mit dem Beginn der längsten Friedensepoche Mitteleuropas im 19. Jahrhundert zusammen. Gleichwohl sammelte er praktische Kriegserfahrungen, als er seit Mitte der 1830er Jahre Krisenregionen in Südosteuropa und Vorderasien bereiste. Als Berater der osmanischen Truppen war er an dem Bau von Festungen an der Donau und einem Feldzug gegen ägyptische Truppen in Südostanatolien beteiligt. Die dort gemachten Erfahrungen publizierte er im Reisebericht „Briefe über die Zustände und Begebenheiten in der Türkei aus den Jahren 1835 bis 1839“.

Nach seiner Rückkehr stieg Moltke Schritt für Schritt in der preußischen Armee auf: Adjutant des Prinzen Karl Heinrich, Chef des Generalstabs des IV. Armeekorps, Adjutant des Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Im September 1858 schließlich wurde Moltke zum Generalstabschef der preußischen Armee ernannt. In dieser Funktion trug er maßgebliche Verantwortung für Planung und Durchführung der sogenannten Einigungskriege: gegen Dänemark 1864, gegen Österreich und die an seiner Seite kämpfenden Truppen des Deutschen Bundes 1866 sowie gegen Frankreich 1870/71. In der 1866 kriegsentscheidenden Schlacht von Königgrätz führte Moltke die preußischen Truppen persönlich, und generell lagen seine Verdienste an den Siegen auf den Ebenen von Logistik (Verbesserung der Transport- und der Nachrichtensysteme) sowie Strategie und Taktik (Auftragstaktik, „getrennt marschieren – vereint schlagen“).

So wie Bismarck als politischer Architekt der nationalen Einigung galt, wurde Moltke als der militärische Kopf angesehen, ohne dessen strategische Qualitäten die Reichsgründung nicht geglückt wäre. Entsprechend wurde Moltke mit Ehrungen überhäuft: mit dem erblichen Grafentitel, hohen Dotationen und der Ernennung zum Generalfeldmarschall. Die Dienststellung des Chefs der Großen Generalstabs hatte er bis 1888 inne, als er als 87-jähriger seinen Abschied nahm. Seit 1871 besaß Moltke das Privileg des direkten Zugangs zu Kaiser Wilhelm I.; allerdings erkannte er den Primat der Politik an und machte von der Möglichkeit, militärische Entscheidungen an Reichskanzler und Reichstag vorbei zu treffen, keinen Gebrauch. Moltke war selbst seit 1867 für die Konservativen Mitglied des Reichstags. Seit 1881 fungierte er als dessen Alterspräsident.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Moltke wurden zu Lebzeiten und auch posthum zahlreiche Ehrungen zuteil: Zu seinem 80. Geburtstag wurden in vielen Orten Eichen zu seinen Ehren gepflanzt, in mindestens 17 Städten wurde Moltke zwischen 1867 und 1890 Ehrenbürger, zwischen 1875 und 1913 wurden an 75 Orten Kaiser- Krieger- und sonstige Denkmäler mit Moltke-Reliefs verziert, und zwischen 1876 und 1910 reichsweit 70 Moltke-Standbilder, -Büsten und -Gedenksteine errichtet. Ferner gibt es drei Moltke-Türme, und ein Mondkrater trägt seinen Namen. Heute sind Straßen in rund 250 deutschen Städten und Gemeinden sowie 12 Plätze nach Moltke benannt.

Albrecht von Roon (1803-1879)

Er war der Sohn Heinrich Friedrichs von Roon, preußischer Secondelieutenant außer Dienst, und dessen Ehefrau Johanna Constantia Ulrike Albertine, geborene von Borke, und wurde am 30. April 1803 in Pleushagen in Pommern geboren.

Nach dem Besuch der Kadettenanstalten in Kulm und Berlin wurde Roon 1821 Secondelieutenant im 14. Infanterie-Regiment und besuchte von 1824 bis 1827 die allgemeine Kriegsschule in Berlin. 1833 arbeitete er als Geograf für das topographische Büro des Großen Generalstabs, in den er 1836 im Rang eines Hauptmanns eintrat. Im selben Jahr heiratete er Anna Rogge. Seine als Schüler des Geografen Carl Ritter veröffentlichten militärgeografischen Arbeiten hatten den Ruf von Standardwerken.

Als Chef des Generalstabs der 15. Division nahm Roon 1849 an der Niederschlagung der Revolution in der Pfalz und in Baden teil. Dabei lernte er den Oberkommandierenden, den späteren König Wilhelm I. von Preußen kennen, zu dessen Kreis er von nun an gehörte. 1858 wurde Roon als Generalmajor Kommandeur der 14. Division.

Im selben Jahr verfasste Roon eine Denkschrift zur Modernisierung des preußischen Kriegswesens („Bemerkungen und Entwürfe zur vaterländischen Heeresverfassung“). 1859 wurde er Kriegsminister und nach der Thronbesteigung Wilhelms I. 1861 zusätzlich Marineminister. Als fraktionsloser Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus verteidigte Roon die Heeresreform gegen die liberale Mehrheit kompromisslos. Der umstrittene Kern der Heeresreform betraf die Abschaffung der Landwehr sowie die Dienstzeitfrage, bei der Wilhelm im Gegensatz zu den liberalen Kritikern auf dem dreijährigen Kriegsdienst beharrte.

Als der Heereskonflikt sich zum Budget- und Verfassungskonflikt ausweitete und König Wilhelm I. im September 1862 seine Abdankung erwog, rief Roon mit einem Telegramm („Periculum in mora. Dépêchez-vous!“) Bismarck, damals preußischer Gesandter in Paris, nach Berlin zu Hilfe, um die Krise im monarchischen Sinne zu lösen. An Bismarcks Seite führte Roon gegen eine starke liberale Opposition die Modernisierung des Heeres durch, darunter die Verlegung der Ostsee-Marinstation 1865 von Danzig nach Kiel und die Planung eines Nord-Ostsee-Kanals. Nicht zuletzt deswegen plädierte er frühzeitig für die preußische Annexion der Herzogtümer Schleswig und Holstein.

In der deutschen Öffentlichkeit stieg Roons Ansehen wie das Bismarcks und Moltkes durch die erfolgreichen Kriege gegen Dänemark und Österreich. Nach dem Sieg gegen Österreich in der Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 erhielt Roon den Schwarzen Adlerorden. Trotzdem blieben seine ministeriellen Kompetenzen als Kriegsminister gegenüber dem Generalstab unter Helmuth von Moltke vergleichsweise begrenzt.

Roon sah in den Kriegen gegen Dänemark (1864) und Österreich (1866) eine Möglichkeit, mittels offensiver Außen- und Militärpolitik sowohl Forderungen der deutschen

Nationalstaatsbewegung zu erfüllen als auch den preußischen Verfassungskonflikt zu lösen. Die Kriege gegen Österreich und Frankreich hielt er zur Machterweiterung Preußens für unumgänglich. Bei den Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen neigte er zwar jeweils den Argumenten und Kompensationsforderungen der Militärs und Wilhelms I. zu, unterstützte letztlich aber die primär am Mächtegleichgewicht orientierte Politik Bismarcks.

1871 wurde Roon in den Grafenstand erhoben und 1872 als lebenslanges Mitglied ins Herrenhaus berufen. Am 1. Januar 1873 wurde er (zur Entlastung Bismarcks) preußischer Ministerpräsident und Generalfeldmarschall. Wegen Überforderung als preußischer Ministerpräsident während des Kulturkampfes erhielt er am 9. November 1873 den Abschied. In Niederschlesien auf Schloss Krobnitz bei Görlitz verbrachte Roon seine letzten Lebensjahre und fand nach seinem Tod am 23. Februar 1879 in der Familiengruft seine letzte Ruhe.

August von Werder (1808-1887)

Karl Friedrich Wilhelm Leopold August von Werder wurde am 12. September 1808 in Schloßberg in Ostpreußen geboren und starb am 12. September 1887 auf Gut Grüssow in Pommern. Er entstammt einem märkischen Adelsgeschlecht. Sein Vater war der preußische Generalleutnant Hans von Werder.

Seine Militärkarriere begann er 1825 bei der 6. Kompanie im Regiment der „Gardes du Corps“ der preußischen Armee. 1839 wurde er Lehrer im Kadettenkorps und später zum Topographischen Büro kommandiert. Als Premierleutnant nahm er 1842/43 am russischen Feldzug im Kaukasus teil. Nach seiner Rückkehr 1846 wurde er als Hauptmann zum Generalstab versetzt, später als Major zum 33. Infanterie-Regiment. 1853 wurde er Kommandeur des Landwehr-Bataillons im 40. Infanterie-Regiment, 1856 des 4. Jäger-Bataillons, dann Oberstleutnant im 2. Garde-Regiment zu Fuß und zugleich mit der Führung der Geschäfte der Inspektion der Jäger und Schützen sowie des Kommandos des Reitenden Feldjägerkorps beauftragt. 1859 wurde er zum Oberst und Inspekteur der Jäger und Schützen und des Reitenden Feldjägerkorps ernannt, 1863 zum Generalmajor und 1866 zum Generalleutnant. Während des Krieges gegen Österreich kommandierte Werder 1866 die 3. Division bei Gitschin und Königgrätz.

Im Krieg gegen Frankreich erhielt er 1870 den Oberbefehl über das Belagerungskorps vor Straßburg. Am 23. August eröffnete er ein heftiges Bombardement auf die Stadt. Der Beschuss zog sowohl die Zivilbevölkerung als auch Kulturgüter, darunter das Straßburger Münster, in Mitleidenschaft und vernichtete die Stadtbibliothek. Als dies nicht zur Kapitulation führte, entschied sich Werder für die Belagerung und konzentrierte seine Angriffe auf die Festungswerke. Straßburg ergab sich schließlich am 28. September 1870. Zwei Tage darauf zog General von Werder mit seinen Truppen in die Stadt ein.

Nach der Kapitulation Straßburgs erhielt er, zum General der Infanterie ernannt, das Kommando des neu gebildeten XIV. Armee-Korps, das die badischen Truppenteile zusammenfasste. Er hielt dem Angriff der überlegenen französischen Ostarmee in der dreitägigen Schlacht an der Lisaine stand. Die anschließende Verfolgung der Ostarmee zwang diese zum Übergang in die Schweiz, wo die Armee die Waffen niederlegte und interniert wurde.

Die Schlacht an der Lisaine brachte von Werder vor allem in Süddeutschland große Popularität als „Befreier“ und „Beschützer“. Nach dem Friedensschluss bekam Werder das Großkreuz des Eisernen Kreuzes. Ebenfalls 1871 wurde er zum Chef des 4. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 30 ernannt. 1875 feierte er sein 50-jähriges Dienstjubiläum und erhielt zum 1. April 1879 unter Erhebung in den Grafenstand den erbetenen Abschied.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

In Freiburg im Breisgau wurde ihm zu Ehren das Siegesdenkmal errichtet, und er erhielt die Ehrendoktorwürde der Universität. In Baden und darüber hinaus wurden zahlreiche Straßen nach dem General benannt.

Ludwig von Yorck (1759-1830)

Johann David Ludwig von Yorck wurde am 26. September 1759 in Potsdam als uneheliches Kind eines preußischen Offiziers geboren, der aus einer kleinadeligen Familie stammte, die in Pommern begütert war. Er trat als 13-jähriger in ein preußisches Infanterieregiment ein, in dem er 1777 zum Sekondeleutnant aufstieg. 1780 wurde Yorck wegen Insubordination zu einer einjährigen Festungshaftstrafe verurteilt. Da Friedrich d. Gr. sich weigerte, ihn nach der Haftentlassung wieder in die preußische Armee aufzunehmen, verdingte sich Yorck als Söldner in einem Schweizer-Regiment, das in niederländischen Diensten stand. Nach mehreren Einsätzen, unter anderem in Übersee, bemühte sich Yorck um Wiederaufnahme in die preußische Armee, die ihm indes erst 1787 nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II. gelang.

In den 1790er Jahren bewährte sich Yorck zunächst auf dem polnischen Kriegsschauplatz und avancierte zum Bataillonskommandeur und 1799 zum Kommandeur des Feldjägerregiments. Im preußisch-französischen Krieg 1806 trat Yorck vor allem beim Rückzug der Truppen Blüchers hervor und geriet in Lübeck in französische Gefangenschaft, aus der er im Juni 1807 im Austausch gegen einen hohen französischen Offizier entlassen wurde. Bei der Neuorganisation des preußischen Heeres nach dem Frieden von Tilsit übte Yorck verschiedene Funktionen aus, darunter die Generalinspektion der leichten Truppen. 1811 wurde er zum Generalgouverneur zunächst in West- und später auch in Ostpreußen ernannt.

Yorcks historische Stunde schlug am Jahresende 1812, als er als Kommandeur des preußischen Hilfskorps, das an Napoleons Russlandfeldzug teilnahm, eigenmächtig einen Waffenstillstand mit den Russen (die Konvention von Tauroggen) abschloss. Der vom preußischen König zunächst scharf missbilligte Schritt – er wollte Yorck vor ein Kriegsgericht stellen – forcierte die preußische Wendung gegen Napoleon, die schließlich in die Befreiungskriege mündete. In deren Schlachten festigte Yorck seinen Ruf als hochbefähigter Kommandant. Nach der Schlacht um Paris im März 1814 erhielt Yorck das Großkreuz des Eisernen Kreuzes und wurde vom König mit dem Namenszusatz von Wartenburg in den Grafenstand erhoben.

Offenkundig trug Friedrich Wilhelm III. Yorck seine Eigenmächtigkeit von Tauroggen dennoch nach: Dass er nach der Rückkehr Napoleons von Elba nur ein Kommando über ein Reservekorps erhielt, empfand Yorck jedenfalls als Zurücksetzung. Er bat um seinen Abschied, der ihm allerdings erst nach dem Friedensschluss gewährt wurde. Yorck zog sich auf sein Gut Klein Öls in der Nähe Breslaus zurück, wo er, der noch 1821 mit dem Titel Generalfeldmarschall geschmückt wurde, am 4. Oktober 1830 starb. Wohl nicht zuletzt wegen seines spannungsreichen Verhältnisses zu Friedrich Wilhelm III. setzten die öffentlichen Ehrungen Yorcks mit Verzögerung ein: Ein Denkmal wurde in Berlin 1855 errichtet, ein weiteres 1913 in Königsberg. In mehreren Städten erinnern

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Straßen an Yorck, und die militärischen Traditionen ziehen sich von der Benennung eines Panzerkreuzers der kaiserlichen Marine bis zu den Namen von Kasernen der Bundeswehr.

zu V. Übrige Prüffälle ohne klare Epochenzuordnung

Johann Caspar Bluntschli (1808-1881)

Geboren am 7.3.1808 in Zürich als Sohn eines Kerzen- und Seifenfabrikanten nahm Johann Caspar Bluntschli nach Abschluss der Schulbildung das Jurastudium am Politischen Institut in Zürich auf, setzte seine Studien in Berlin und Bonn fort und wurde dort 1829 mit einer Dissertation über das römische Noterbrecht promoviert. Ab 1830 arbeitete er in Zürich als kantonaler Regierungssekretär. Nach der Verkündung der radikal-liberalen Verfassung stieg er zum Bezirksgerichtsschreiber, Stadtnotar und schließlich zum Sekretär der Regierungskommission des Inneren auf. 1832 verfasste er für die Liberal-Konservative Bewegung ein Programm. Ab 1833 lehrte er an der Hochschule Zürich zunächst als außerordentlicher Professor, ab 1836 dann als ordentlicher Professor Römisches und Deutsches Recht sowie Rechtsgeschichte. In dieser Eigenschaft war er darüber hinaus Rechtskonsulent der Stadt, 1837 bis 1848 hatte er als Mitglied der Liberal-Konservativen einen Sitz im Großen Rat.

Am Züriputsch der konservativen Kräfte von 1839 hatte er keinen aktiven Anteil und wurde noch im selben Jahr zum Regierungsrat und Tagsatzungsgesandten ernannt. Er arbeitete das kantonale Vormundschaftsgesetz von 1841 aus und beendete das 1835 von Friedrich Ludwig Keller begonnene kantonale „Privatrechtliche Gesetzbuch“. 1844 kandidierte Bluntschli in Zürich für die Bürgermeisterwahl, konnte sich jedoch nicht durchsetzen und trat deshalb 1845 von seinen Regierungssämtern zurück. Seine Professur an der Universität Zürich behielt er zunächst bei und war 1844/45 deren Rektor.

1848 wechselte er an die Universität München, wo er sich ein breiteres politisches Wirkungsfeld erhoffte, und folgte 1861 einem Ruf an die Universität Heidelberg. 1873 zählte er zu den Gründern des Institut de Droit international in Gent und arbeitete federführend an den Regeln für die Kriegsführung mit, die dann auch unter den Grundlagen für die Haager Landkriegsordnung waren.

Bluntschli gehörte zwischen 1861 und 1880 mehrmals der Ersten Kammer der Badischen Ständeversammlung an. Er befürwortete bei der Einigung Deutschlands eine kleindeutsche Lösung, lehnte den Ultramontanismus ab, war führender Freimaurer und Mitgründer des Deutschen Protestantenvereins. Mehrmals war er auch Präsident der badischen evangelischen Generalsynode.

1868 wurde er als Abgeordneter für den badischen Wahlkreis Bretten–Sinsheim ins deutsche Zollparlament gewählt. Von 1873 bis 1876 saß er als Mitglied der Nationalliberalen Partei für den Wahlbezirk Villingen in der Zweiten Kammer der Badischen Ständeversammlung. Johann Caspar Bluntschli starb am 21.10.1881 in Karlsruhe.

Bluntschlis politische Grundhaltung war liberal-konservativ, weswegen er nach dem Zürifputsch 1839 sowohl seine wissenschaftliche als auch seine politische Arbeit ungebroschen fortsetzen konnte. Er sah sich selbst zu 3/7 als Wissenschaftler, zu 4/7 als Politiker. Sowohl Zürich als auch München verließ er wegen der unzureichenden Möglichkeiten, politisch tätig zu werden. Sein Weltbild ist das des Staatsrechtlers, der die konstitutionelle Monarchie als das Ideal der politischen Ordnung ansieht. Im Völkerrecht leistete Bluntschli Herausragendes. Einer durchweg aufgeklärten Einstellung entspricht seine Haltung gegenüber der jüdischen Bevölkerung, für die er die volle staats- und privatrechtliche Gleichstellung forderte (Bluntschli, Rumänien). Damit bezog er gegen den sich ausbreitenden Antisemitismus Position.

Unter dem Einfluss der Schriften des französischen Rassenideologen Joseph Arthur Gobineau und des zeitgenössischen „Ariermithos“ vertrat Bluntschli aber auch offen rassistische Theorien. Auf der Basis des „europäischen Idealbilds einer zivilisierten Gesellschaft“ ging er von einer hierarchischen Rassenordnung aus. Er sah die „schwarze Rasse“ als „geschichtslos“ und von niedriger Gesinnung, als ungeeignet „für eine ordentliche Rechtsprechung und damit für eine moderne Staatsbildung“ an. Diesen Rassenbegriff fasste er jedoch nicht in einer geschlossenen Rassentheorie zusammen, sondern „sein Rassenkonstrukt basiert größtenteils auf der Rezeption zeitgenössischer Strömungen und enthält zahlreiche Ungereimtheiten“, wie Brigitte Geiger schreibt (Die Rassentheorie von Johann Caspar Bluntschli, in: Zürcher Taschenbuch 114, 1994).

Die Untersuchung seiner Einstellung zur Rassenfrage von 1994 fasst zusammen, dass „seine abwertende Charakterisierung der schwarzen Rasse [...] keine Ausnahmeerscheinung in seiner Zeit [darstellt], sondern [...] die gängige Meinung [veranschaulicht]“ (Geiger, 1994).

Wilhelm Busch (1832-1908)

Heinrich Christian Wilhelm Busch wurde am 14. April 1832 in Wiedensahl, einem Dorf zwischen Hannover und Minden, geboren und starb am 9. Januar 1908 in Mechtshausen am Harz im Pfarrhaus, wo er seine letzten Jahre verbracht hatte.

Er war das älteste von sieben Kindern einer kleinbürgerlichen protestantischen Familie. Sein Vater war Krämer, und von seiner Mutter schrieb Busch später, sie sei streng religiös gewesen. Die Eltern brachten es zu bescheidenem Wohlstand, weshalb sie später zwei Söhne studieren lassen konnten. Mit neun Jahren wurde Busch zu seinem Onkel, einem Pastor in einem rund 150 km entfernten Ort, zur besseren Erziehung gegeben. Der Familie ging es vor allem darum, dem ältesten Sohn eine gute Bildung zu ermöglichen. Dieser Onkel wurde zu einem Ersatzvater, zu dem Wilhelm Busch immer wieder in seinem Leben zurückkehrte.

Als er mit zwölf Jahren erstmals wieder nach Hause zu Besuch kam, wurde er von seiner Mutter nicht wiedererkannt. Aus seinen privaten Schriften über dieses Erlebnis und sein tiefes Unverständnis, warum er von der Familie weggeschickt worden war, wird in der Literatur über Wilhelm Busch ein tiefsitzendes Bedürfnis nach Eltern-Liebe und Strafe gesehen, dass sich immer wieder in seiner Dichtung und in seiner satirischen Sicht auf Religion und Familie und Liebe künstlerisch andeutet. Sein Humor und seine Satire zeigen eine deutliche Nähe zur Schwarzen Pädagogik.

Busch war und ist zu Lebzeiten und bis in die heutige Zeit einer der einflussreichsten humoristischen Dichter und Zeichner Deutschlands, auch wenn die Prügelstrafe ihn heute als altmodisch erscheinen lässt. Die Bildgeschichte „Max und Moritz“ findet sich weiterhin in Kinderabteilungen von Buchläden und Bibliotheken, und der Verlag Reclam veröffentlicht eine aktuelle Ausgabe ausgewählter Werke von mehr als 500 Seiten. Busch ist also immer noch ein beliebter Autor von Bildgeschichten und Gedichten.

Er selbst hat sich als gescheiterten Maler gesehen und hat die meisten seiner Bilder selbst vernichtet, ohne sie anderen gezeigt zu haben. Seine humoristischen Zeichnungen und Bildgeschichten, für die er berühmt wurde, hat er immer nur als eine Sache des Broterwerbs heruntergespielt und nicht als Kunst betrachtet.

Nach einem abgebrochenen Maschinenbaustudium in Hannover studierte Wilhelm Busch an der Kunstakademie Düsseldorf und anschließend an den Akademien in Antwerpen und München. Er brach aber überall sein Studium ab und zweifelte stark an seinen malerischen Fähigkeiten. In München versuchte er sich erfolglos auch als Schreiber von Operettentexten. Dort gelang es ihm jedoch, seine Schulden durch den finanziellen Erfolg seiner mehr als 100 Zeichnungen in Zeitschriften abzubauen. 1865 veröffentlichte er „Max und Moritz“. Allerdings dauerte es ein paar Jahre, bis die Verkaufszahlen stark anstiegen. Bis zum Tod von Wilhelm Busch waren mehr als 430.000

Exemplare verkauft, und Wilhelm Busch war in Deutschland schon längst berühmt. Im Kaiserreich wurde das Werk mitunter als „jugendgefährdend“ kritisiert.

Es gibt eine Diskussion über Antisemitismus im Werke von Busch. Im Fokus stehen vor allem die Bildgeschichten „Die fromme Helene“ und „Plisch und Plum“ mit vorurteilsbeladenen Beschreibungen von Juden, die jedoch erzählerisch keine Rolle spielen. Der jeweilige boshafte Vers sollte daher für das Lesepublikum Signalwirkung haben, ohne für die Geschichte wichtig zu sein. Ihre Entfernung würde nicht auffallen.

Golo Mann bezeichnete Wilhelm Busch als „ein bisschen“ antisemitisch, der Historiker Peter Gay als „einen oberflächlichen Antisemiten“. Die hohen Auflagen seiner Werke haben aber mit diesen Versen zu einer Verbreitung und Verfestigung dieser antijüdischen Klischees beigetragen. Die Geschichte der „Frommen Helene“ wird auch heute vom Reclam Verlag mit diesem Vers veröffentlicht.

Fritz Haber (1868-1934)

Fritz Haber kam am 9. Dezember 1868 in Breslau als Sohn eines jüdischen Händlers für Farben, Lacke und Stoffe zur Welt. Seine Mutter starb kurz nach seiner Geburt. Schon während seiner Schulzeit führte er zuhause chemische Experimente durch und entschloss sich zum Chemiestudium, musste aber nach dem Abitur 1886 auf Druck des Vaters eine kaufmännische Ausbildung in Hamburg beginnen. Nach wenigen Wochen konnte der Vater mit Hilfe von Verwandten umgestimmt werden. Fritz Haber ging nach Berlin zum Chemiestudium und setzte es nach einem Semester in Heidelberg bei Robert Wilhelm Bunsen fort. Für den Militärdienst unterbrach er 1888/1889 das Studium. Seine Beförderung zum Leutnant der Reserve scheiterte an der fehlenden Zustimmung des Offizierskorps, weil Haber den geforderten Übertritt zum Christentum abgelehnt hatte. Nach seinem Militärdienst konvertierte er 1892 doch zum Protestantismus. 1891 wurde er an der Technischen Hochschule in Charlottenburg mit einer Dissertation mit dem Thema „Ueber einige Derivate des Piperonals“ promoviert. Anschließend arbeitete er auf Drängen des Vaters kurzzeitig in verschiedenen Betrieben, um kaufmännische Erfahrung für die Übernahme des väterlichen Betriebs zu sammeln. Aber schon 1892 wechselte er wieder in die Wissenschaft, zunächst an die Universität Jena, 1894 als Assistent an die Technische Hochschule in Karlsruhe, wo er sich zwei Jahre später habilitierte und 1898 zum außerordentlichen Professor für Technische Chemie ernannt wurde. In Karlsruhe machte er bereits die Fachwelt mit einer Arbeit über die elektrolytische Reduktion von Nitrobenzol auf sich aufmerksam. 1906 wurde er in Karlsruhe als Professor für physikalische und Elektrochemie berufen.

1901 heiratete er Clara Immerwahr, die aus seiner Heimat Schlesien stammte und ebenfalls promovierte Chemikerin sowie eine der ersten deutschen Frauen mit einem Doktorgrad war. Nach der Heirat gab sie ihre wissenschaftliche Karriere auf. 1902 wurde der Sohn Hermann Haber geboren.

Ab 1904 experimentierte Haber an der Ammoniaksynthese mit dem Ziel, Stickstoff aus der Luft für Nutzpflanzen aufnahmefähig machen zu können. Denn es war damals absehbar, dass die Ernährung der schnell wachsenden Weltbevölkerung nicht allein aus Stickstoff-Düngemitteln mit natürlich vorkommenden Grundstoffen gesichert werden konnte. Dies führte zur Patentierung des „Haber-Bosch-Verfahrens“ im Jahre 1910. Dadurch konnte Ammoniak synthetisch als Grundstoff für Salpeter hergestellt werden, das wiederum sowohl für Düngemittel als auch für Sprengstoff benötigt wird. 1913 ging die erste Anlage der BASF nach diesem Verfahren in Betrieb. Im Jahre 1911 wurde Fritz Haber Direktor des neugegründeten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin-Dahlem und zugleich ordentlicher Honorarprofessor für Physikalische Chemie an der Universität Berlin. Habers Institut erarbeitete sich schnell einen hervorragenden internationalen Ruf auf vielen Forschungsgebieten.

Nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges unterschrieb Haber wie 92 andere deutsche Wissenschaftler, Künstler und Publizisten auch den „Aufruf an die Kulturwelt“ vom Oktober 1914. Darin wurde das deutsche militärische Vorgehen kurz nach Kriegsbeginn gerechtfertigt und eine deutsche Verantwortung für Kriegsverbrechen nach dem Einmarsch in Belgien abgestritten. Es gipfelte in dem Satz: „Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.“ Haber meldete sich freiwillig für den Kriegseinsatz und arbeitete für das preußische Kriegsministerium in leitender Position zunächst an der Entwicklung neuer Sprengstoffe. Durch die Blockade des Imports von Salpeter aus Chile durch die Alliierten bekam die Herstellung von Salpetersäure und Ammoniak kriegswichtige Bedeutung.

Ab 1915 war Haber dann leitend für das „Gaskampfwesen“ verantwortlich und empfahl den Einsatz von Chlorgas an der Front. Persönlich überwachte er an der Front bei Ypern im Frühjahr 1915 die Vorbereitungen für den ersten Giftgaseinsatz des Ersten Weltkriegs. Er bestimmte die Stellen, wo die Gasflaschen vergraben werden sollten, und überwachte das Öffnen der Flaschen bei günstiger Windrichtung. Über die Zahl der durch das Gas getöteten französischen Soldaten gibt es unterschiedliche Angaben; sie schwanken von wenigen bis zu mehreren tausend Opfern. Haber wurde zum Hauptmann befördert und übersprang damit mehrere Dienstgrade. Im Folgenden wurde er mit dem weiteren Ausbau der Gaswaffe beauftragt.

Nach dem Einsatz bei Ypern kehrte Fritz Haber am 1. Mai 1915 nach Berlin zurück. Nach einer Feier in seiner Villa erschoss Habers Frau Clara sich mit der Dienstwaffe ihres Mannes. Was die genaue Ursache für diesen Selbstmord war, Eheprobleme und/oder Entsetzen über den Gasangriff, muss offen bleiben. Die Aktivitäten ihres Ehemannes für den Gaskrieg soll sie in aller Öffentlichkeit als „Perversion der Wissenschaft“ bezeichnet haben. 1917 heiratete Haber seine zweite Frau Charlotte Nathan. Sie bekamen die Tochter Eva Charlotte und den Sohn Ludwig Fritz Haber. 1927 wurde die Ehe geschieden.

In der Folge des Gaseinsatzes bei Ypern verwendeten auch die Alliierten Giftgas als Kampfmittel. Auf beiden Seiten wurden immer neue, noch stärker wirkende Gaskampfstoffe entwickelt, so etwa Phosgen, das von den Franzosen erstmals 1916 vor Verdun eingesetzt wurde. 1917 kam Senfgas als Kampfmittel hinzu, das auch in die Haut eindringt und zu großen Blasen und schweren Verstümmelungen führen kann. Nach vorsichtigen Schätzungen forderte der Erste Weltkrieg mindestens 100.000 Gastote und rund 1,5 Millionen Vergiftete.

Für die Entwicklung der Ammoniaksynthese erhielt Fritz Haber im Jahr 1919 den Chemie-Nobelpreis für 1918. Dies führte in Großbritannien und Frankreich zu empörten

Reaktionen, dass gerade der Leiter des Giftgaswesens auf deutscher Seite diese hohe Auszeichnung erhielt. So wurde Haber zeitweilig auch als Kriegsverbrecher gesucht, aber nach einer Anhörung entlastet. Ein Argument, das Haber vorbrachte, war, dass die Franzosen zuerst Kampfstoffe in ihrer Munition eingesetzt hätten.

Noch während des Ersten Weltkriegs trieb Haber auch wieder die Forschung für zivile Zwecke voran: So widmete er sich ab 1917 auch der Schädlingsbekämpfung und übernahm den Vorsitz eines dafür gegründeten Technischen Ausschusses, aus dem nach dem Krieg die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) entstand. Eingesetzt wurde anfangs Blausäure gegen Wanzen und Läuse in Unterkünften sowie gegen Mehlmotten in Getreidesilos. Ein weiteres Forschungsprojekt von Fritz Haber zwischen 1919 und 1925 war der Versuch, aus dem Meer Gold zu gewinnen, damit Deutschland die Reparationsforderungen der alliierten Siegermächte bezahlen könne. Auch wenn das nicht gelang, so konnte doch die Nachweisgrenze von Gold auf 1 Nanogramm pro Kilogramm Meerwasser gesteigert werden.

In den 1920er Jahren zog Habers Forschungsseminar Wissenschaftler aus ganz Europa an. Ausländische Studenten waren bei ihm willkommen, so dass 1929 die Hälfte der Wissenschaftler seines Instituts aus dem Ausland stammte und viele berühmte Chemiker bei ihm ihre Karriere begonnen hatten. Nach einer Japan-Reise war Haber 1926 maßgebend an der Gründung des Japan-Instituts beteiligt, das die wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan aufbauen und pflegen sollte.

Als 1933 die Nationalsozialisten begannen, alle Mitarbeiter am Kaiser-Wilhelm-Institut mit jüdischer Abstammung zu entlassen, ohne dass Haber dies verhindern konnte, ließ er sich in den Ruhestand versetzen und verließ Berlin im August 1933 für eine Reise über Madrid und Paris zur Universität Cambridge, die ihn eingeladen hatte. Auf dieser Reise traf er den Chemiker, Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation und späteren israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann, der ihm anbot, nach Palästina zu kommen und dort das geplante Weizmann-Institut in Rehovot mit aufzubauen. Haber sagte zu, doch verschlechterte sich in dieser Zeit schon sein Gesundheitszustand. Auf dem Weg zur Erholung in ein Sanatorium in der Schweiz erlitt er in einem Basler Hotel einen Herzanfall und starb dort am 29. Januar 1934. Beigesetzt wurde seine Urne auf dem Hörnlifriedhof in Basel.

In der Person von Fritz Haber treffen große Gegensätze aufeinander. Einerseits profitierte die Menschheit von einigen seiner Erfindungen. Die Ammoniaksynthese nach dem Haber-Bosch-Verfahren leistete einen entscheidenden Beitrag zur Ernährungssicherung der Weltbevölkerung, weshalb Haber und Carl Bosch den Nobelpreis erhielten. Andererseits steht der Name von Fritz Haber auf deutscher Seite an zentraler Stelle

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

für die Schrecken des Gaskrieges im Ersten Weltkrieg. Er schlug den Einsatz von chemischen Kampfstoffen vor und trieb an führender Stelle deren Entwicklung voran. Nach dem Krieg förderte er den internationalen Austausch in der Wissenschaft und Kultur auch mit ehemaligen Kriegsgegnern.

Franz von Lenbach (1836-1904)

Der bedeutendste deutsche Porträtmaler des 19. Jahrhunderts, Franz von Lenbach, auch „Münchner Malerfürst“ genannt, wurde am 13. Dezember 1836 in Schrobenhau- sen in Bayern in eine Familie von insgesamt 17 Kindern hineingeboren. Der Vater war dort Stadtmaurermeister und hatte es zu Wohlstand gebracht. Franz Lenbach zeigte sehr gute schulische Leistungen und wurde zunächst als Maurer ausgebildet, um im väterlichen Betrieb mitzuarbeiten. Nach dem Tod des Vaters 1852 konzentrierte er seine Ausbildung auf das Zeichnen und die Malerei, erst auf der Königlich Bayerischen Polytechnischen Schule in Augsburg, ab 1854 an der Akademie der Bildenden Künste in München. Bald konnte er mit seinen Bildern erste Einkünfte erzielen und unter- stützte damit auch seine Geschwister. 1860 wurde er bereits Professor an der Großher- zoglichen Kunstschule in Weimar. Zwei Jahre später verließ er Weimar wieder, um sich selbst fortzubilden. Zunächst in München fertigte er für den Kunstsammler Adolf Fried- rich von Schack eine größere Anzahl von Kopien alter Meister an. Diese Tätigkeit setzte er in Italien, später auch in Spanien fort und wurde von Schack dafür bezahlt.

Nach seiner Rückkehr nach München 1868 konzentrierte er sich auf die Porträtmalerei im Stil der alten Meister wie Rubens und Tizian, und sein wirtschaftlicher und gesell- schaftlicher Aufstieg begann. Auf der internationalen Kunstausstellung in München 1869 erhielt er eine Goldmedaille. Mit seiner Malweise fand er fortan großen Anklang im Großbürgertum und schließlich bis in höchste (Adels-)Kreise in Deutschland und Österreich. Er wurde zum bevorzugten Porträtist der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Elite Deutschlands und Österreichs. So hielt er sich auch länger in Wien und Berlin auf und porträtierte die Kaiser Franz Joseph und Wilhelm I. Zahlreiche Künstler und Intellektuelle zählten zu seinen Freunden, darunter auch das Ehepaar Richard und Cosima Wagner oder Wilhelm Busch. 1882 erhielt Lenbach das Ritterkreuz des Verdienstordens der Bayerischen Krone und wurde in den persönlichen Adelsstand erhoben. 1885 porträtierte er Papst Leo XIII, womit er großen öffentlichen Anklang fand. Mehrfach porträtierte er den mit ihm befreundeten Otto von Bismarck, den er hoch verehrte und nach dessen Sturz nach München einlud. Fast schon zwangsläufig lehnte er Kaiser Wilhelm II. ab.

Lenbach gehörte 1891 zu den 75 Mitbegründern des rechtskonservativen Alldeutschen Verbandes, der 1903, ein Jahr vor Lenbachs Tod, begann, sich unter Führung des spä- teren Vorsitzenden Heinrich Claß zu radikalisieren.

Am 6. Mai 1904 starb Lenbach, nachdem er bereits 1902 einen Schlaganfall erlitten hatte. Nur ein Beispiel für die zahlreichen, auch internationalen Ehrungen: 1902 war Lenbach mit dem Kommandeurskreuz der französischen Ehrenlegion ausgezeichnet worden. Die Villa Franz von Lenbachs in München, das „Lenbach-Haus“, ist bis heute eines der bedeutendsten Kunstmuseen Münchens.

Hermann Löns (1866-1914)

Hermann Löns wurde am 29. August 1866 im westpreußischen Culm als erstes von 14 Kindern eines Gymnasiallehrers geboren. Im Zuge einer Versetzung seines Vaters kam er 1884 nach Münster und legte drei Jahre später dort das Abitur ab. Nach einem abgebrochenen Medizinstudium wechselte Löns zu den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften. Im Konflikt über seine Studienmotivation und wohl auch in Zusammenhang mit exzessivem Alkoholkonsum kam es 1890 zum Bruch mit seinen Eltern und zum Abbruch des Studiums. Auch aus seiner daraufhin bezogenen journalistischen Stellung bei der „Pfälzischen Presse“ wurde er nach einem Jahr wegen Disziplinlosigkeiten entlassen.

Als Journalist machte sich Löns seit 1892 in Hannover einen Namen. Beim „Hannoverschen Anzeiger“ arbeitete er sich vom freien Mitarbeiter zum Chefredakteur hoch, ohne dass ihn sein Beruf ausfüllte. Löns sah sich eher als Buchautor und Künstler und gewann als Naturliebhaber und Heidedichter bald nach der Jahrhundertwende überregionale Bekanntheit. Das Verfassen von Romanen, Kurzgeschichten und Gedichten bereitete ihm große Genugtuung, und um dieser Berufung stärker nachgehen zu können, wechselte er 1906 als Chefredakteur der provinziellen „Schaumburg-Lippischen Landes-Zeitung“ nach Bückeburg. Die Redaktionsarbeit dort war aber fordernder als vorhergesehen, so dass Löns 1909 nach Hannover zurückkehrte. Dort schloss er sich oft mehrere Tage lang ein und schrieb einige seiner bedeutendsten Werke. Die Kombination aus Schlafmangel und Alkoholkonsum verursachte allerdings einen Nervenzusammenbruch, der einen dreimonatigen Sanatoriumsaufenthalt im Frühjahr 1910 nötig machte. Bald darauf scheiterte auch seine zweite Ehe, die er 1902 mit der Zeitungssekretärin Lisa Hausmann eingegangen war. Wie bereits beim Ende seiner ersten Ehe spielten auch dieses Mal Löns' Alkoholexzesse – er hatte in der gemeinsamen Wohnung mit einer Schusswaffe hantiert – eine Rolle. Im Zorn darüber, von seiner Ehefrau verlassen worden zu sein, vagabundierte Löns ein Jahr lang quer durch Europa und verweigerte die Zahlung von Alimenten. Bei Kriegsbeginn 1914 meldete sich Löns, trotz fehlender militärischer Ausbildung und bereits 48 Jahre alt, freiwillig für den Kriegsdienst und lehnte eine ihm angebotene Stelle als Kriegsberichterstatter ab. Am 26. September 1914 starb er bei einem Sturmangriff bei Loivre.

Löns' zeitgenössischer literarischer Ruhm und seine Bedeutung für den Tourismus in der Heideregion und als Heideschriftsteller begründeten zahlreiche Benennungen öffentlicher Plätze, Einrichtungen und Straßen. Insgesamt sind ungefähr 600 Straßen und mehr als 100 Schulen nach Löns benannt. Sein bekanntestes Werk „Wehrwolf“ war einer der erfolgreichsten deutschen Romane sowohl im Ersten Weltkrieg als auch in der Weimarer Republik sowie in der nationalsozialistischen Diktatur. Letztere gab maßgeb-

liche Impulse für den Nachruhm des Heidedichters, als 1934 seine Gebeine aus Frankreich nach Deutschland überführt wurden und Adolf Hitler ein Staatsbegräbnis für ihn anordnete, das allerdings nicht zustande kam, da sich lokale, regionale und überregionale Parteistellen nicht auf einen Bestattungsort einigen konnten, der erst im August 1935 von der Reichswehr in der Nähe von Walsrode gefunden wurde. Zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur wurde Löns als „Künder des Reiches Adolf Hitlers“ verehrt. Sein Roman „Wehrwolf“ wurde zur Pflichtlektüre von HJ und Volkssturm, die sich nach dem Vorbild aus dem Roman hinter feindliche Linien zurückfallen lassen sollten, um Sabotage- und Terrorakte zu verüben.

Heute steht Löns als Namensgeber aufgrund mehrerer Vorwürfe in der Kritik: Unter anderem wird ihm eine frauenfeindliche Einstellung vorgeworfen. Die Aussage „[e]in Mann wie ich braucht jede sieben Wochen eine andere Geliebte“ für sich genommen ist noch kein Beweis für eine Frauenfeindlichkeit, doch in Hinblick auf weitere Aussagen erscheint sie in einem unfreundlichen Licht: „Weiber sind keine Vollmenschen“, oder: „NB [Nebenbei] haben Weiber keine Seele, sondern nur einen Uterus“.

Darüber hinaus lassen sich auch xenophobe, völkisch-rassistische und antisemitische Aussagen in Briefen von Löns nachweisen: Er hielt Polen „nur als Masse beachtenswert. Wo Personen darin hervortreten, sind es Germanen- oder Mongolenmischlinge“. Dass Löns schon früh eine xenophobe, völkisch-rassistische Einstellung hatte, bezeugt ein Brief von 1890: „Alles, was undeutsch ist, hinaus; ich bin kein Chauvinist, aber die Haut ist mir teurer wie das Hemd. Ich erwarte in der Hinsicht viel von unserem Kaiser. Möchte er auch nur das thun, was vor allem notwendig: Russland vernichten, damit es uns nicht vernichtet. Denn wenn diese Bande ans Erdenruder kommt, wird es ein ewiges Wechseln zwischen Orgien und Askese geben, denn Mass und Schönheit ist kein Tartarenfreund. Russland vernichten, Frankreich beruhigen oder auch vernichten, damit das unsinnige Soldatenwesen aufhört und einen grossen, deutsch-englisch-nordisch-amerikanischen Völker- und Friedensbund herstellen“.

In einem Brief von 1913 äußerte er sich wie folgt: „Ich finde, wir Deutschen bedürfen sogar eines guten Schusses von Chauvinismus bei unserer Auslandssüchtelei“. Am deutlichsten formulierte Löns 1910 in einem Brief, während seiner Arbeit an seinem Roman „Wehrwolf“: „Sie wissen, ich bin Teutone hoch vier. Sehen Sie mal: jedes Volk wird jetzt stramm national, und wir sollens nicht? Wir haben gerade genug mit Humanistik, Nationalaltruismus und Internationalismus uns kaputt gemacht, so sehr, daß ich eine gehörige Portion von Chauvinismus sogar für unbedingt nötig halte. Natürlich paßt das den zielbewussten Chauvinisten, den Juden, nicht, und dann zetern sie über Teutonismus. Das aber ist der Weg, die Wahrheit und das Leben. Sie werdens sehen“. Fünf Tage nach der deutschen Kriegserklärung an Russland, am 6. August 1914, äußerte sich Löns freudig: „Mensch, das Leben ist so schön jetzt, daß es sich lohnt, zu

sterben. Was bin ich froh, daß ich mich 1911 nicht totschoß! Und wie gedeppt gehen jetzt die Juden rum! Fein, nicht?“

In der Löns-Rezeption lassen sich verschiedene Phasen ausmachen, die jeweils andere Facetten von Löns' Persönlichkeit in den Vordergrund stellten: Der nach seinem Tod rasch entstandene Mythos um den Heidedichter entwickelte sich in den 1920er-Jahren zu einem Löns-Kult, der seinen Namen zum Sinnbild für alles Natürliche, Idyllische, Sentimentale machte. In der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur trat dann die Deutung Löns' als Kämpfer für das Vaterland in den Vordergrund, wobei er auch als Vorkämpfer für einen völkischen Natur- und Heimatschutz gepriesen wurde. Nach Kriegsende war Löns in der Sowjetischen Besatzungszone indiziert, während man sich in den 1980er-Jahren in der Bundesrepublik auf die Darstellung Löns' als Pionier der Ökologie- und Umweltschutzbewegung fokussierte, dabei aber seine Blut-und-Boden-Romantik marginalisierte und ausblendete, dass für Löns Natur- auch mit „Rasseschutz“ verknüpft war. Bei einer Gesamtbewertung seiner Eignung beziehungsweise seiner Tragbarkeit für eine Straßenbenennung bleibt zu berücksichtigen, dass Löns selbst für seine Rezeption nur bedingt verantwortlich gemacht werden kann, und auch, dass die Mehrzahl der von seinen Kritikern gegen ihn angeführten Äußerungen in privaten Kontexten entstanden sind und von Löns nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren.

Hans Thoma (1839-1924)

Thoma wurde am 2. Oktober 1839 in Bernau im Schwarzwald geboren und wuchs dort in einfachen Verhältnissen als Sohn eines verarmten Müllers auf. Er fiel durch sein früh entwickeltes Zeichentalent auf und wurde von Otto Sachs, Oberamtmann in St. Blasien, protegiert. Dieser vermittelte ihm verschiedene Lehrstellen, die Thoma jedoch jeweils vorzeitig aufgab, und unterstützte seine Bewerbung um Aufnahme in die Großherzogliche Kunstschule in Karlsruhe. Dort studierte Thoma von 1859 bis 1866. Die zweite Hälfte der 1860er und die 1870er waren Thomas „Wanderjahre“, in denen er seinen Wohnsitz zunächst in Düsseldorf und dann in München hatte, von wo aus er künstlerische Bildungsreisen nach Frankreich und Italien unternahm. 1878 ließ sich Thoma für 20 Jahre in Frankfurt nieder, wo die künstlerische Anerkennung seines Werkes langsam wuchs und er auch einen Kreis von Förderern fand. Den Durchbruch zu einem national weithin beachteten Künstler erreichte Thoma mit einer Ausstellung des Münchner Kunstvereins im Jahr 1890. Seine Werke, überwiegend Landschaftsbilder und Porträts, aber auch allegorische Darstellungen, fanden nun sehr guten Absatz, und mit Motiven für Postkarten, Kalenderblätter und Zigarrenschachteln wirkte Thoma auch in die zeitgenössische Populär- und Gebrauchskunst hinein. Meyers Großes Konversations-Lexikon führte ihn in der Ausgabe von 1909 als einen der „Lieblingmaler des deutschen Volkes“.

1899 kehrte Thoma nach Baden zurück als Professor an der Karlsruher Kunstschule und Direktor der Kunsthalle. Er genoss große Wertschätzung und Förderung durch die Großherzöge Friedrich I. und Friedrich II., prägte das Profil der Kunsthalle auch durch die Ausstattung der dortigen „Thoma-Kapelle“ und avancierte zu einer Art badischem Nationalkünstler. Seiner Ämter übte Thoma bis 1920 aus; vier Jahre später starb er in Karlsruhe, auch in der jungen Republik hoch angesehen. Thoma wurde durch seine Position im öffentlichen Leben und auch durch seine Freundeskreise mehrfach in kulturpolitische Debatten hineingezogen. Zu letzteren gehörte der Kunsthistoriker und Schwiegersohn Cosima Wagners Heinrich Thode, der 1905 eine chauvinistisch aufgeladene Feuilleton-Debatte über deutsche Kunst lostrat, in der sich auch Thoma mit einem Artikel exponierte. Er sprang Thode bei, als dieser von Max Liebermann angegriffen wurde, bagatellierte die antisemitischen Aussagen seines Freundes und bekräftigte dessen These unheilvoller Einflüsse des Auslands, vor allem des französischen Impressionismus, auf den deutschen Kunstmarkt. Thoma revidierte seine Position zur zeitgenössischen französischen Kunst schon bald darauf, behielt aber den Ruf, Vertreter einer explizit deutschen Kunst und politisch dem strikt deutschnationalen Lager zugehörig zu sein. Hierzu trugen seine Kontakte zum Beispiel zur Familie Wagner und deren völkisch-antisemitischen Umfeld bei, aber auch vereinzelte öffentliche Stellungnahmen Thomas wie seine Unterschrift unter dem im Oktober 1914 veröffentlichten und als

„Manifest der 93“ bekannt gewordenen, extrem nationalistischen Aufruf „An die Kulturwelt“.

Die posthume Wertschätzung Thomas blieb über die großen politischen Zäsuren hinweg intakt. Nach 1933 kam es – vor allem in seiner badischen Heimat – zu einer markanten Thoma-Blüte: Ins kulturpolitische Lager der Nationalsozialisten übergelaufene Thoma-Schüler und -Verehrerinnen deuteten ihn in verschiedenen Publikationen zu einem Protagonisten völkischer Kunst um, und 1939 betrieben die badischen Nationalsozialisten zu seinem 100. Geburtstag einen beträchtlichen Erinnerungs- und Aneignungsaufwand mit Thoma-Ausstellungen in Karlsruhe und Bernau sowie der Stiftung einer Hans Thoma-Plakette. Seiner positiven Rezeption in der Nachkriegszeit taten diese Vereinnahmungen durch die Nationalsozialisten keinen Abbruch. Seit 1949 veranstaltet die Gemeinde Bernau „Hans-Thoma-Tage“ und im gleichen Jahr wurde ein Hans Thoma-Preis gestiftet, der zunächst vom Land (Süd-)Baden vergeben und vom Land Baden-Württemberg fortgeführt wurde und wird als (seit 1971 alle zwei Jahre vergebener) Staatspreis für bildende Künstlerinnen und Künstler. Nach Hans Thoma sind zahlreiche Straßen und Plätze benannt – nicht nur in Baden (dort auch einige Schulen), sondern zum Beispiel auch in Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Potsdam und Wiesbaden.

Richard Wagner (1813-1883)

Richard Wagner, der am 22. Mai 1813 in Leipzig geboren wurde, zählt zu den einflussreichsten Modernisierern der europäischen Musik im 19. Jahrhundert und den wichtigsten Opernkomponisten der Musikgeschichte. Auch heute fasziniert seine Musik noch das Publikum, nicht nur bei den jährlichen Festspielen im zur Aufführung der Werke Wagners errichteten Bayreuther Festspielhaus, sondern auch in populärkulturellen Aneignungen. Die Besonderheiten der Wagner-Rezeption im Nationalsozialismus – insbesondere die hohe Wertschätzung seiner Person und Musik durch Adolf Hitler und die Nähe der Wagner-Familie zur NSDAP – haben zwar seine Nachwirkung mitgeprägt, seinen musikalischen Ruhm aber nicht grundsätzlich beeinträchtigt. Historische Verdienste und Bedeutung Wagners spiegeln sich unter anderem darin wider, dass in Deutschland mehr als 700 Straßen und Plätze nach ihm benannt sind. Als unbestrittene kulturelle Leitfigur gilt Wagner indes schon seit geraumer Zeit nicht mehr; insbesondere werfen seine jüdenfeindlichen Äußerungen einen beträchtlichen Schatten auf seinen Nachruhm.

1850 veröffentlichte Wagner unter einem Pseudonym den Aufsatz „Das Judentum in der Musik“, den er 1869 in erweiterter Fassung – nun unter eigenem Namen – nochmals publizierte. Über das Ausgangsanliegen des Textes, nämlich die Erörterung der Frage, ob es so etwas wie „jüdische Musik“ überhaupt gebe, griff Wagner dabei weit hinaus und bediente sich vielfältiger antijüdischer und protoantisemitischer Klischees und Ressentiments, um seine These einer „Verjüdung der modernen Kunst“ zu stützen. Hierzu gehörte die Annahme eines typischen jüdischen Wesens: „Der Jude“ falle „im gemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf, die, gleichviel welcher europäischen Nationalität wir angehören, etwas dieser Nationalität unangenehm Fremdartiges hat: wir wünschen unwillkürlich mit einem so aussehenden Menschen Nichts gemein zu haben“, so wie auch im Folgenden zitiert nach Jens Malte Fischer, Richard Wagners „Das Judentum in der Musik“. Eine kritische Dokumentation als Beitrag zur Geschichte des Antisemitismus, Würzburg 2015. Da „die Juden“ nicht in der Lage seien, die Sprache der Nation, in der sie leben, korrekt zu lernen, seien sie außerstande, die „europäische Zivilisation und Kunst“ zu verstehen, und könnten deshalb nur „nachsprechen, nachkünsteln, nicht wirklich redend dichten oder Kunstwerke schaffen“.

Neben den Topoi von „jüdischem Wesen“ und „jüdischer Nation“ bediente sich Wagner auch des Stereotyps des „Geldjuden“, das er zur Erklärung heranzog, warum die Juden trotz vermeintlich fehlender Eignung zur Kunst Einfluss im kulturellen Leben erlangen konnten: Sie seien durch Wucher „vom Gläubiger der Könige zum König der Gläubiger“ aufgestiegen und hätten sich so in der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft in eine Vorrangstellung gebracht: „Der Jude ist nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge dieser Welt wirklich bereits mehr als emanzipiert: er herrscht, und wird so lange

herrschen, als das Geld die Macht bleibt, vor welcher all unser Tun und Treiben seine Kraft verliert. [...] Daß aber die Unmöglichkeit, auf Grundlage derjenigen Stufe, auf welche jetzt die Entwicklung der Künste gelangt ist, ohne gänzliche Veränderung dieser Grundlage Natürliches, Notwendiges und wahrhaft Schönes weiter zu bilden, den Juden auch den öffentlichen Kunstgeschmack unsrer Zeit zwischen die geschäftigen Finger getrieben hat, davon haben wir die Gründe hier etwas näher zu betrachten. Was den Herren der römischen und mittelalterlichen Welt der leibeigene Mensch in Plack und Jammer gezinst hat, das setzt heut' zu Tage der Jude in Geld um".

Im Anschluss an die breit ausgeführte These vom kulturellen Hervordrängen der mit den Kollektivattributen Reichtum und Machthunger versehenen Juden kommt Wagner gegen Ende seiner Schrift auf die Frage zu sprechen, ob die Juden trotz ihrer Wesenseigenheiten zu nützlichen Teilen der Gesellschaft werden könnten. Im Gegensatz zu manchen zeitgenössischen und dem Gros der späteren Antisemiten bejahte Wagner diese Frage – allerdings mit diffusen und auf dem Feld der allgemeinen Kultur- und Gegenwartskritik irrlichternden Gedanken: „Der Jude“ könne nicht durch Assimilation – etwa durch Konversion zum Christentum – aufhören, Jude zu sein, sondern nur durch Teilnahme am revolutionären Selbstvernichtungs- und Erlösungsprozess des gegenwärtigen, der wahren Menschheit entfremdeten Menschen. Die Erlösung „der Juden“ bedinge ihren Untergang (als Juden): „Aber bedenkt, daß nur Eines eure Erlösung von dem auf euch lastenden Fluche sein kann: die Erlösung Ahasvers, – der Untergang“ (140), den Wagner, so jedenfalls die Mehrzahl seiner Interpreten, symbolisch und nicht physisch verstand.

Über Wagners Motive, sich mit einer judenfeindlichen Schrift zu exponieren, ist in der Forschung vielfach diskutiert worden, ohne dass man dabei über mehr oder minder plausible Spekulationen (Kompensation eines ausgeprägten Minderwertigkeitsgefühls, Vollzug eines Rituals zum Anschluss an eine rassistische kulturelle Elite, Selbsthass wegen persönlicher Identifikation mit den Juden als Außenseitern, geschäftlicher Neid und so weiter) hinausgekommen wäre. Auffällig ist, dass einerseits antijüdische Vorurteile eine Konstante in Wagners Denken seit den späten 1840er Jahren waren – berüchtigt etwa ist seine Aussage in einem Brief an den bayerischen König Ludwig II. vom Jahresende 1881, dass er „die jüdische Rasse für den geborenen Feind der Menschheit und alles Edlen in ihr“ halte, dass „namentlich wir Deutschen an ihnen zugrunde gehen werden“ und dass er selbst vielleicht der einzige Deutsche sei, „der sich gegen den bereits alles beherrschenden Judaismus als künstlerischer Mensch aufrechtzuerhalten wußte“ –, dass Wagner andererseits nach der Zweitveröffentlichung von „Das Judentum in der Musik“ im Jahr 1869, in dem übrigens der rechtliche Abschluss der Judenemanzipation im Norddeutschen Bund (im Deutschen Reich zwei Jahre später) erfolgte, mit judenfeindlichen Äußerungen kaum noch an die Öffentlichkeit getreten ist.

Die markante Ausbreitung der antisemitischen Bewegung in Deutschland seit dem Ende der 1870er Jahre dürfte in manchen Punkten durchaus Wagners Zustimmung gefunden haben, und es ist auch dokumentiert, dass er die einschlägigen Schriften zur Kenntnis genommen hat. Allerdings zeigte Wagner keine Bereitschaft, sich zugunsten dieser Bewegung zu exponieren, und leistete zum Beispiel die von ihm im Jahr 1880 erbetene Unterschrift unter die reichsweit viel beachtete „Antisemitenpetition“, die von Reichskanzler Bismarck die Aufhebung der Judenemanzipation forderte, nicht. Über die Motive seiner diesbezüglichen Zurückhaltung in seinen letzten Lebensjahren kann wiederum nur spekuliert werden (seit der Ankunft im musikalischen Olymp nachlassende Konfrontationsbedürfnisse, Furcht vor einer Identifikation mit politischer Opposition, Altersmilde und so weiter); für ein Gesamtbild von Wagners Judenfeindschaft ist der Befund, auch wenn er sich einer klaren Deutung entzieht, doch relevant: Richard Wagner war in wichtigen Lebensphasen von einer obsessiven Judenfeindschaft geprägt, trug diese in einer Zeit, in der sich der moderne Antisemitismus als eine totale Ausgrenzungsideologie entfaltete, in die Öffentlichkeit, ließ sich von ihr aber nicht so weit leiten, dass sie auch seinen persönlichen Umgang mit Juden, insbesondere mit jüdischen Künstlern, bestimmt hätte, und er akzeptierte offenkundig auch die mit der Reichsgründung vollzogene Judenemanzipation als politische Realität.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Person Richard Wagners aufgrund ihrer tief verwurzelten judenfeindlichen Ansichten und Äußerungen heutigen Kriterien für eine Straßenbenennung nicht genügen würde. Die dennoch von der Kommission empfohlene Beibehaltung des Straßennamens nach Richard Wagner ermöglicht, analog zur Vorgehensweise bei der Gruppe der deutschen Schriftsteller und Publizisten des 18. und 19. Jahrhunderts, die kritische Auseinandersetzung mit dieser Epoche, ohne die angemessene Würdigung des weltweit anerkannten musikalischen Gesamtwerks von Richard Wagner aus den Augen zu verlieren.

zu VI. Personen mit NS-Belastung

Bothestraße/Botheplatz (Emmertsgrund), 1971 benannt nach

Walther Bothe, * 8. Januar 1891 in Oranienburg, † 8. Februar 1957 in Heidelberg; Physiker

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Geboren als Sohn eines Uhrmachermeisters und einer Schneiderin, legte Bothe 1908 in Berlin das Abitur ab. Er studierte von 1908 bis 1913 Physik, Mathematik, Chemie und Musikwissenschaften in Berlin und wurde 1914 bei Max Planck promoviert. Während der Arbeit an seiner Dissertation wurde Bothe Ende 1913 Hilfsassistent von Hans Geiger am neugegründeten Laboratorium für Radioaktivität der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR), das er von 1925 bis 1930 leitete. 1925 habilitierte er sich bei Max Planck und wurde außerordentlicher Professor an der Berliner Universität. Die 1925 gemeinsam von Bothe und Geiger entwickelte Koinzidenzmethode wurde zu einem wichtigen Untersuchungsprinzip bei der Erforschung kosmischer Strahlen, von Elementarteilchenprozessen und des Compton-Effekts. Für die Entwicklung der Koinzidenzmethode und die damit gemachten Entdeckungen erhielt er 1954 den Nobelpreis für Physik.

1932 wurde er Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Heidelberg und von 1934 bis 1957 Direktor des Instituts für Physik im Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung (später Max-Planck-Institut). Bothe konnte sich bei seinen kernphysikalischen Forschungsarbeiten nicht dem Einfluss militärischer Behörden entziehen. Für das Heereswaffenamt führte er von Juni 1940 bis Januar 1941 Messungen am Neutronenquerschnitt des Kohlenstoffs durch, die aber einen völlig falschen Wert für die Diffusionslänge von Neutronen in Graphit ergaben, da er versehentlich verunreinigtes Graphit verwendete. Seine Schlussfolgerung, dass Graphit nicht als Moderator bei Kernspaltungsprozessen geeignet sei, führte zu jahrelangen Verzögerungen in der deutschen Kernforschung.

Gemeinsam mit Wolfgang Gentner konstruierte Bothe den ersten deutschen Zyklotron, einen Teilchenbeschleuniger (1944), zu dessen Bau auch russische Kriegsgefangene herangezogen wurden. 1945 wurde Bothe vom amerikanischen Sonderbeauftragten der „Alsos-Mission“ verhört. Er vertrat die Meinung, dass man noch Jahrzehnte von der Realisierung der „Uranmaschine“ und ihrer Nutzung als Energiequelle entfernt sei und dass Uran als Explosivstoff in der Praxis nicht anwendbar sei. Sein Verhalten im „Dritten Reich“ wurde als „basically good“ eingeschätzt. Bothes Labor wurde von der US-Armee besetzt. Seine Forschungen waren ein wichtiger Baustein zur Begründung der modernen Kernphysik. Bothe erhielt neben dem Nobelpreis für Physik noch weitere Auszeichnungen:

„Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste“ (1952), Max-Planck-Medaille (1953).

Politisches Verhalten:

Walther Bothe war kein Mitglied der NSDAP. Er trat aber mehreren angegliederten Organisationen bei: NS-Volkswohlfahrt (1934-44), Reichsluftschutzbund (ab 1936), NS-Studentenkampfhilfe, Vereinigung nationalsozialistischer Akademiker zur Unterstützung der Studentenschaft (seit 1938 NS-Altherrenbund), Mitglied im Volksbund für das Deutschtum im Ausland (ab 1942), ab 1942 im Deutschen Roten Kreuz „angemeldet, aber kein Mitglied“. Die Mitgliedschaft im NS-Lehrerbund (1935) verschwieg er in seinem Meldebogen. Er verschleierte den früheren Eintritt in die NS-Studentenkampfhilfe und erweckte den Eindruck, der Eintritt sei ohne eigenes Zutun erfolgt. Die Mitgliedschaft in den allesamt „niedrigschwelligen“ NS-Organisationen führte dazu, dass Bothe von der Spruchkammer Heidelberg im Sept. 1946 in Kategorie V (entlastet) eingestuft wurde. Bothe gehört außerdem zu den Unterzeichnern der Mainauer Deklaration von 1955 gegen die Nutzung von Nuklearwaffen.

Einschätzung:

Da über die genannten Mitgliedschaften hinaus keine weiteren belastenden Momente gegen Bothe vorliegen, ist bei ihm von einem defensiven Opportunismus auszugehen, der das Ziel hatte, die eigene Position nicht zu gefährden, aber nicht von Aktivismus oder Nutznießertum.

Endemannstraße (Weststadt), ursprünglich „Westliche Diagonalstraße“, 1924 benannt nach

Friedrich Endemann * 24. Mai 1857 in Fulda, † 31. Oktober 1936 in Heidelberg; Jurist, Professor für Rechtswissenschaften

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Geboren als Sohn eines Obergerichtsassessors, studierte Friedrich Endemann ab 1877 Rechtswissenschaften mit Promotion 1882. Seine Dissertation wurde mit „rite“ (ausreichend) bewertet. Nach zwei vergeblichen Anläufen mit teils vernichtendem Urteil der Professorenkommission gelang ihm auch die Habilitation. 1888 wurde er außerordentlicher Professor, 1892 Ordinarius an der Universität Königsberg, bevor er 1895 an die Universität Halle, 1904 schließlich nach Heidelberg wechselte. In seinem Fachgebiet war Endemann vor allem durch sein dreibändiges „Lehrbuch des bürgerlichen Rechts“ erfolgreich. Obwohl er als Jurist und Wissenschaftler durchaus im Schatten anderer Kollegen stand, galt er offenbar insbesondere bei der Studentenschaft als beliebt. An der Errichtung der Stiftung „Heidelberger Akademie der Wissenschaften“ war Endemann beteiligt. In seine Zeit als Heidelberger Prorektor 1917/18 fällt auch die Errichtung einer orthopädischen Anstalt für Kriegs- und Unfallbeschädigte. Seine Emeritierung 1924 versuchte er vergeblich zu verhindern, durfte dann aber noch bis 1934 Seminare durchführen, die gut besucht waren.

Politisches Verhalten:

Politisch hatte sich Endemann bis zu seinem 70. Geburtstag in der Öffentlichkeit überwiegend zurückgehalten. Doch seit Beginn der 1930er-Jahre warb er öffentlich für den Nationalsozialismus. So setzte er sich 1931 nachdrücklich für die Gründung der rechtsgerichteten Deutschen Studentenschaft Heidelberg ein. Im Juli 1932 unterzeichnete er eine „Erklärung deutscher Universitäts- und Hochschullehrer“ im Völkischen Beobachter, dem NSDAP-Parteiblatt. Hier hieß es unter anderem: „Wir erwarten zuversichtlich von nationalsozialistischer Führung im Staate die Gesundung unseres ganzen öffentlichen Lebens und die Rettung deutschen Volkstums und sind entschlossen, jeder an seinem Teil dafür zu wirken.“ Wenige Monate später erneuerte er dieses Bekenntnis in einem Aufruf mit dem Titel „Deutsche Hochschullehrer für Adolf Hitler“. Entsprechend stand auch sein Name unter dem „Wahlauf Ruf der deutschen Hochschullehrer“ vom 3. März 1933 zugunsten Hitlers. Auch pflegte er Kontakte zu NS-Prominenten wie Franz Ritter von Epp, dem späteren Reichsstatthalter Bayerns. Bei einem Fackelzug der Deutschen Studentenschaft in Verbindung mit der Großdeutschen Studentenschaft zu Ehren seines 75. Geburtstags 1932 wurde Endemann als „Bekannter zur großdeutschen

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

und vaterländischen Idee“ gepriesen. Bei seiner Ansprache an die Studenten sagte Endemann unter Rückgriff auf antisemitische Motive unter anderem: „Niemals aber wird das höhere Ziel zu erreichen sein, wenn die einzelnen Nationalitäten und mit ihnen wir selbst in einem allgemeinen Völkerbrei versinken. [...] So lautet das Gebot der heutigen Zeit und dieser Stunde. Es richtet sich gegen die uns drohende unendliche Gefahr, die von deutschfremden Mächten im Innern wie von außen auf uns eindringt.“ Trotz zuweilen anderslautender Aussagen in der Forschung scheint Endemann kein NSDAP-Mitglied gewesen zu sein. So beantwortete er ein entsprechendes Rundschreiben unter den Universitätsangehörigen 1935 negativ.

Einschätzung:

Dass Endemanns öffentliches Werben für eine NS-Führung „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ darstellt, ist unzweifelhaft. Zu der Zeit war seine gesellschaftliche Stellung unangefochten, seine Karriere aus Altersgründen beendet, und die Nationalsozialisten waren noch nicht an der Macht. Somit hing seine persönliche Zukunft nicht von seiner Einstellung zum Nationalsozialismus ab, weswegen er nicht als Opportunist gelten kann. Aus denselben Gründen sind aber auch keine persönlichen Vorteile für Endemann aus der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus erkennbar, zumal er bereits 1936 starb. Durch seine Beliebtheit erzielte er aber eine große Wirkung unter der Studentenschaft und muss daher als ein Förderer des Nationalsozialismus in der Weimarer Republik gesehen werden.

Johannes-Hoops-Weg (Altstadt), 1952 von „Speyererhofweg“ umbenannt nach

Johannes Hoops, * 20. Juli 1865 in Rablinghausen bei Bremen, † 14. April 1949 in Heidelberg; Anglist, Mediävist

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Johannes Ludwig Hoops wurde 1865 in Rablinghausen als Sohn des dortigen Schulvorstehers geboren. Auch ihn selbst zog es in den Bildungssektor. Er studierte Mathematik, Naturwissenschaften, Neuere Philologie und Geschichte an den Universitäten Jena und Freiburg i. Br., wo er 1889 mit einer Arbeit über altenglische Pflanzennamen promoviert wurde. Nach wenigen Jahren im Lehramt kehrte Hoops 1893 an die Universität zurück, nachdem ihm in Tübingen ein Lektorat für Anglistik angeboten worden war. 1894 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt, und 1895 habilitierte er sich. Als außerordentlicher Professor für englische Philologie ging Hoops 1896 an die Universität Heidelberg. 1902 wurde er zum ordentlichen Professor und 1910 zum Geheimen Hofrat ernannt. Er erhielt einen zusätzlichen Lehrauftrag für Germanistische Altertumskunde. Von Hoops' Forschung blieben vor allem seine Abhandlung über „Waldbäume und Kulturpflanzen im germanischen Altertum“, seine Herausgabe des „Reallexikons der germanischen Altertumskunde“ sowie seine Studien über den „Beowulf“-Stoff als wissenschaftliche Leistungen in Erinnerung. Nach dem Ersten Weltkrieg ging Hoops' Wissenschaftskarriere ungebrochen weiter. 1920/21 amtierte er als Rektor der Ruperto Carola. Auch war er führend daran beteiligt, dass die Spende des Wissenschaftsmäzens und ehemaligen amerikanischen Botschafters Schurman zustande kam. Hoops sorgte dafür, dass die Universität eine Mensa bekam und stand der „Gesellschaft der Freunde der Universität“ vor. Er nahm zahlreiche Gastprofessuren unter anderem in den USA wahr und trug zu einer Wiederannäherung der ehemals kriegführenden Gesellschaften und zur Rehabilitation des deutschen Rufes im Ausland bei.

Politisches Verhalten:

Hoops war bis zu deren Verbot 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP). Er trat weder der NSDAP noch deren Untergliederungen bei. Jedoch war Hoops ab 1934 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) und von 1934 bis 1943 Mitglied des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDA). In der NSV war er nicht sehr aktiv.

Als Hoops 1934 die Altersgrenze (69) erreichte und emeritiert werden sollte, beauftragten ihn die Behörden des NS-Staates mit der Weiterführung seiner Professur bis 1936. Als 1941 Hoops Nachfolger zum Kriegsdienst einberufen wurde, baten sie ihn, die volle Lehrtätigkeit wieder auf- und die alte Professur wieder anzunehmen. Während der 1930er Jahre setzte sich der Leiter des NS-Dozentenbundes dafür ein, Hoops einen Lehrauftrag zu entziehen, den Hoops kurz nach dem Ersten Weltkrieg erhalten hatte, um ihm

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

damals die Ablehnung eines Rufes an eine renommierte Universität zu erleichtern. Andererseits stand der Rektor Ernst Kriek, ein führender Kopf der nationalsozialistischen Bildungspolitik, Hoops bei, wenn auch erfolglos. Deshalb handelte es sich bei diesem Konflikt wohl nicht um eine politische Causa. Auch unter Paul Schmitthenner, dem Nachfolger von Kriek als Rektor, hatte Hoops keine negativen Konsequenzen zu fürchten. Im Gegenteil: Schmitthenner ernannte ihn 1940 zum Ehrensensator der Universität. Im selben Jahr wurde Hoops die „Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft“ verliehen. Kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner 1945 übertrug der fliehende Rektor Schmitthenner „wegen der Kriegslage“ seine Amtsgeschäfte an Hoops.

Die Spruchkammer stellte im Herbst 1946 fest, dass Hoops nicht unter das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5.3.1946“ falle und verzichtete auf die Einleitung eines Verfahrens. So wurde Hoops als nicht belastet eingestuft.

Einschätzung:

Obwohl Hoops weder Mitglied der NSDAP noch ihrer Untergliederungen war, wurde er als früheres DVP-Mitglied von den neuen Eliten im „Dritten Reich“ keineswegs als politisch unzuverlässiger oder gar gefährlicher Altliberaler, sondern im besten Fall als unpolitischer, jedenfalls aber angepasster Wissenschaftler behandelt. Ohne eine minimale Form von Opportunismus hätte Hoops wohl kaum diese Rolle einnehmen können. Von Aktivismus oder Nutznießertum kann man bei ihm aber nicht sprechen.

Jensenstraße (Bahnstadt), 2010 benannt nach

Johannes „Hans“ Daniel Jensen * 25. Juni 1907 in Hamburg, † 11. Februar 1973 in Heidelberg, Physiker

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Jensen studierte von 1926 bis 1932 in seiner Heimatstadt sowie an der Universität Freiburg Physik, Mathematik und Physikalische Chemie. 1932 wurde er an der Universität Hamburg zum Dr. rer. nat. promoviert. 1937 habilitierte er sich dort für theoretische Physik und erhielt auch eine Dozentur. 1941 wurde er zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule Hannover und 1946 zum ordentlichen Professor ernannt. Von 1949 bis zu seiner Emeritierung 1969 wirkte Jensen als ordentlicher Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Während dieser Zeit hatte er auch zahlreiche Gastprofessuren in den USA. 1963 erhielt Jensen gemeinsam mit Maria Goeppert-Mayer und Eugene Paul Wigner für die Entdeckung der nuklearen Schalenstruktur des Atomkerns den Nobelpreis für Physik. Außerdem erhielt er unter anderem die Ehrendoktorwürde in Hamburg und Hannover (1964) sowie das Große Bundesverdienstkreuz (1965). Posthum wurde 2007 – schon vor der Benennung der Heidelberger Jensenstraße – das Gebäude des Instituts für theoretische Physik der Universität Heidelberg nach ihm benannt und 2008 eine Jensen-Gastprofessur eingerichtet.

Politisches Verhalten:

Ab 1933 wurde Jensen sukzessive Mitglied in einigen Gliederungen der NSDAP und ihr angeschlossenen Verbänden: im Reichsluftschutzbund (RLB, seit 1933), im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB, 1933-34), in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV, 1934-42) und im NS-Dozentenbund (NSDB, seit 1935). 1937 trat er der NSDAP bei. Im Jahr davor hieß es in einem Schreiben des Gaudozentenbundführers des NS-Dozentenbundes an den Rektor der Universität Hamburg, Jensen sei „sicher kein politischer Aktivist, aber ich bin davon überzeugt, daß er politisch zuverlässig ist und den heutigen Staat in jeder Hinsicht bejaht.“ Außerdem hielt der NS-Dozentenführer Jensen zugute, dass er sich nur aufgrund eines Sportunfalls nicht an der SA beteiligen konnte.

Ab 1946 musste sich Jensen vor den britischen Militärbehörden in Egestorf rechtfertigen. In einem Fragebogen aus dem Juli 1946 scheint Jensen seine Mitgliedschaft in der NSDAP zunächst verschwiegen zu haben. Außerdem seien die Mitgliedschaft in Reichsdozentenschaft und NS-Lehrerbund für alle Universitätsangehörigen verbindlich gewesen, und beim NSV habe er zwar regelmäßig Beiträge bezahlt, aber nie eine Mitgliedskarte besessen. Für die Zeit zwischen 1938 und 1943 gab Jensen an, in Skandinavien oft

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

namhafte, mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus verbundene Wissenschaftler wie Niels Bohr besucht zu haben. Bei den letzten zwei Reichstagswahlen im November 1932 und März 1933 habe er seine Stimme der SPD gegeben. Dennoch wurde im April 1947 als Resultat des Entnazifizierungsverfahrens Jensens NSDAP-Mitgliedschaft zwischen 1937 und 1945 gemeinsam mit seinen übrigen Mitgliedschaften festgehalten und Jensen in die mittlere Gruppe der „nach Ermessensentscheidung zu Entlassenden“ eingereiht. Im November 1947 wurde Jensen in die Kategorie V der Entlasteten eingestuft. Im Juli 1948 wurde Jensen in Anbetracht seines bevorstehenden Wechsels an die Universität Heidelberg von den amerikanischen Behörden noch einmal entnazifiziert. Über seine NSDAP-Mitgliedschaft machte Jensen nun wahrheitsgemäße Angaben und wies auch darauf hin, in Hamburg bereits entnazifiziert und in Gruppe V eingeordnet worden zu sein. Der Öffentliche Kläger schloss sich dem an, und der Weg für die Berufung an die Ruperto-Carola war damit endgültig frei.

Einschätzung:

Jensens Eintritte in zahlreiche NS-Organisationen bis hin zur NSDAP fallen in die Zeit seines beruflichen Aufstiegs. Zu dieser Zeit wird er von einer NS-Stelle ausdrücklich nicht als politischer Aktivist bezeichnet. Außer den Mitgliedschaften sind keine weiteren Belastungen zu finden. Somit ist bei ihm von offensivem Opportunismus auszugehen, um den beruflichen Aufstieg zu ermöglichen, aber nicht von Aktivismus zugunsten des Nationalsozialismus.

Kirschnerstraße (Neuenheim), ursprünglich „Martin-Kirschner-Straße“, 1957 benannt nach

Martin Kirschner * 28. Oktober 1879 in Breslau, † 30. August 1942 in Heidelberg; Chirurg und Hochschullehrer

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Er war einer der angesehensten Chirurgen seiner Zeit und von 1933 bis zu seinem Tod 1942 Leiter der Heidelberger Chirurgie, deren Neubau im Neuenheimer Feld auf seine Initiative zurückging und unter seiner Leitung entstand. Bereits 1916 war er Direktor der Universitätsklinik Königsberg geworden und 1927 nach Tübingen gewechselt. International bekannt wurde er durch seine „Allgemeine und Spezielle Chirurgische Operationslehre“. Weiterhin gab er das mehrbändige „Handbuch der Chirurgie“ heraus. In der praktischen chirurgischen Arbeit gelangen ihm einige entscheidende Neuerungen, darunter die operative Entfernung eines Embolus aus der Lungenschlagader (Lungenembolie) oder die Bildung einer Ersatzspeiseröhre durch Umgestaltung des Magens. Der bei Knochenbrüchen heute noch verwendete „Kirschner-Draht“ geht auf ihn zurück. Auch entwickelte er das Notfall-Rettungswesen weiter und argumentierte, dass der Patient in akuten Fällen nicht schnellstmöglich zum Arzt kommen müsse, sondern umgekehrt.

Politisches Verhalten:

Kirschner war ab 1918 Mitglied in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und später auch im Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten, der sich schon zur Zeit der Weimarer Republik auf einem antidemokratischen, antisemitischen und völkischen Kurs bewegte, aber trotzdem nach der NS-Machtergreifung durch Unterstellung unter die SA 1935 faktisch aufgelöst wurde. Kirschner trat nicht in die SA über und wurde auch kein Mitglied der NSDAP. In zwei NS-Massenorganisationen war er Mitglied, dem Reichsluftschutzbund (RLB) und der NS-Volkswohlfahrt (NSV). Ab 1934 war Kirschner außerdem Fördermitglied der SS (Schutzstaffel) und ab 1937 Mitglied der NS-Studentenkampfhilfe, der Vereinigung nationalsozialistischer Akademiker zur Unterstützung der Studentenschaft. Bei der 58. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie 1934 bekannte sich Kirschner zum unbeschränkten Führerprinzip, das sich in der Chirurgie bewährt habe, und äußerte sich wie bereits 1927 ablehnend gegen das demokratisch-parlamentarische System. 1935 hingegen notierte Kirschner im Goldenen Buch der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie vorsichtig seine Sorge über die Veränderungen Deutschlands seit der NS-Machtergreifung. 1936 stufte der NS-Dozentenbund ihn „in politischen Fragen als etwas abseits“ stehend ein, so dass von ihm kein politisch aktiver Einsatz als Vertreter NS-Deutschlands erwartet werden könne, und 1937 urteilte die

Polizeidirektion Heidelberg, dass Kirschner „noch der deutschnationalen Richtung mit reaktionärem Einschlag“ angehöre und sich „reserviert“ gegen die NSDAP verhalte.

Einschätzung:

Die Fördermitgliedschaft Kirschners in der SS ist mit einer regulären Mitgliedschaft nicht gleichzusetzen. Fördermitgliedschaft kann oberflächliche Anbiederung gleichermaßen wie überzeugte Unterstützung bedeuten. So wurden auch bei den Nürnberger Nachkriegsprozessen fördernde Mitglieder der SS gemeinsam mit Ehrenführern von einem Kollektivurteil ausgenommen. Aus der gesamten Betrachtung des bekannten politischen Verhaltens von Kirschner lässt sich auf eine deutschnationale und strikt antidemokratische Einstellung sowohl vor als auch nach 1933 schließen. Wenn es daher auch Überschneidungen zwischen seiner Befürwortung des Führerprinzips und dem Nationalsozialismus gab, so weisen doch eigene Äußerungen und die politischen Einschätzungen von NS-Dienststellen über ihn ab 1935 auf eine passive Distanz zum Nationalsozialismus hin. „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort oder Tat“ ist bei Kirschner nicht erkennbar. Persönliche Vorteile aus der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus, also Nutznießertum, ist insofern nicht feststellbar, als Kirschners Leistungen als Chirurg bereits vor der NS-Machtergreifung anerkannt waren. Seine Mitgliedschaften in den genannten NS-Organisationen deuten auf ein niedriges Maß an defensivem Opportunismus, um seine herausgehobene berufliche Stellung auch unter der NS-Herrschaft zu sichern.

Ludolf-Krehl-Straße (Neuenheim), 1928 benannt nach

Ludolf Krehl, * 26. Dezember 1861 in Leipzig, † 26. Mai 1937 in Heidelberg; Mediziner (Internist, Kardiologe, Pathologe), Hochschullehrer

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

August Albrecht Ludolf Krehl war Sohn des Leipziger Orientalistikprofessors Ludolf Krehl und entstammte einer Familie, die über Generationen hinweg evangelische Theologen hervorgebracht hatte. In Leipzig, Jena, Heidelberg und Berlin studierte er von 1881 bis 1886 Medizin. 1889 folgte die Promotion in Leipzig. Von 1886 bis 1892 war er Assistent von Ernst Leberecht Wagner und Heinrich Curschmann an der Leipziger Medizinischen Klinik. Dort habilitierte sich Krehl 1888 für Innere Medizin. Nach Berufungen an die Medizinischen Polikliniken in Jena, Marburg und Greifswald sowie die Medizinischen Kliniken in Tübingen und Straßburg leitete er ab 1907 die Medizinische Klinik in Heidelberg. 1904 wurde er wegen seiner wissenschaftlichen Leistungen geehrt.

In Heidelberg war er an der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Medizinische Forschung beteiligt, 1931 leitete er nach seiner Emeritierung die Abteilung für Pathologie. Aus gesundheitlichen Gründen gab Krehl die Geschäftsführung des Gesamtinstituts an Richard Kuhn ab, jedoch blieb er Abteilungsleiter bis zu seinem Tod 1937. Medizingeschichtlich gilt Krehl als Wegbereiter einer ganzheitlichen Betrachtung und Behandlung des Patienten, die über die naturwissenschaftliche Seite hinweg auch die seelische Verfassung des Kranken miteinbezog, insbesondere bei Herz- und Darmerkrankungen. Beeinflusst von den Arbeiten Sigmund Freuds und Josef Breuers strebte dieser „Krehlsche Personalismus“ danach, die Rollen des Mediziners als Gelehrter und als Arzt miteinander in Einklang zu bringen. Krehl wird an der Medizinischen Fakultät in Heidelberg noch heute vielfach als Begründer der „Heidelberger Schule“ der anthropologischen Medizin gewürdigt.

Politisches Verhalten:

Krehl war kein Mitglied der NSDAP. Als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei zeigte er jedoch in der Weimarer Republik revisionistische und nationalistische Tendenzen. Im Ersten Weltkrieg war Krehl Leiter eines Seuchenlazarets gewesen, er lehnte das Massenmorden ab, wie aus Feldpostbriefen hervorgeht. Gleichwohl verband sich seine Kritik am Ersten Weltkrieg mit einer patriotischen Haltung.

Dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten stand er zwar mit Ambivalenz gegenüber, er passte sich jedoch an die neuen Machtverhältnisse an. Als emeritierter Hochschullehrer trat er im Dezember 1933 dem Nationalsozialistischen Lehrerbund bei. In einer im selben Monat in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ erschienenen

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Laudatio auf einen Kollegen lobte Krehl dessen 1928 gehaltene Rede „Über die natürliche Ungleichheit des Menschen“ und die darin geäußerte Erkenntnis, dass die „Schäden unserer Kultur [...] letztlich nur ausgeglichen werden können durch Eugenik, also durch richtige Auslese der Volksgenossen für die Gewinnung der Nachkommenschaft und Verhinderung der Zuwanderung minderwertiger Elemente“. Für Krehl war diese Rede „eine der besten, ja bedeutendsten“, die er „überhaupt kenne“. Mit Blick auf das jüngst beschlossene NS-Gesetz zur

„Verhütung erbkranken Nachwuchses“ stellte Krehl fest, es bestehe jetzt „große Aussicht auf Erfolg“, das (pseudo)wissenschaftliche Programm politisch umzusetzen.

1934 wurde die Medizinische Universitätsklinik Heidelberg in Ludolf-Krehl-Klinik umbenannt. 1936 erhielt Krehl vom badischen Reichstatthalter Wagner im Auftrag Hitlers mit dem „Adlerschild“ den höchsten Wissenschaftspreis des Deutschen Reiches. Krehl stimmte in der Gesundheitspolitik (Zwangssterilisationen) und partiell in der Rassenpolitik mit dem NS-Regime überein.

Einschätzung:

Krehl war zwar kein Parteimitglied der NSDAP, aber ab 1933 Mitglied einer NS-Organisation, was auf ein Mindestmaß an Opportunismus hindeutet, der nicht nötig gewesen wäre, da Krehl 1933 bereits emeritiert war. Seine frühe Befürwortung der Eugenik und seine Zustimmung zum NS-Gesetz zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ leisteten einen Beitrag zu deren Akzeptanz.

Richard-Kuhn-Straße (Wieblingen), 1978 angelegt und benannt nach

Richard Kuhn, * 3. Dezember 1900 in Wien, † 31. Juli 1967 in Heidelberg; Chemiker

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

1919 zog Kuhn von seiner Geburtsstadt zum Chemiestudium nach München und schloss dort 1922 mit der Promotion ab. Schon 1925 folgte die Habilitation. Nur ein Jahr später wurde er ordentlicher Professor an der ETH Zürich und blieb dort bis 1929, um dann wissenschaftlicher Mitarbeiter am neuen Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für medizinische Forschung in Heidelberg zu werden. 1930 wurde er Leiter des Teilinstituts Chemie und erhielt die Lehrbefugnis an der Universität. Nachfolgend übernahm er zunehmend die Führung des gesamten Instituts vom erkrankten Ludolf Krehl, nach dessen Tod 1937 dann auch offiziell. 1938 wurde er zudem Präsident der Deutschen Chemischen Gesellschaft (DChG). Mittlerweile „Chemiker von Weltruf“, erhielt er 1939 den Nobelpreis für 1938, den er wie alle deutschen Staatsbürger auf Hitlers Befehl ablehnen musste. Während des Krieges und danach ging seine Karriere an seiner bisherigen Stelle ungebrochen weiter. 1958 erhielt er den Orden Pour le Mérite für Wissenschaften und Künste, ein Jahr später das Große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland, in der Folge mehrere Ehrendoktorwürden und wurde Mitglied zahlreicher Akademien der Wissenschaften weltweit. 1968 stiftete die BASF die Richard-Kuhn-Medaille.

Politisches Verhalten:

Einer Partei gehörte Richard Kuhn nie an, auch keiner direkten Gliederung der NSDAP, lediglich mehreren NS-Massenorganisationen. 1919 hatte er sich als Freiwilliger auf Seiten der teils brutalen „weißen Garden“ an der Niederschlagung der Münchener Räterepublik beteiligt. Obwohl Kuhn mit seinem jüdisch-stämmigen Kollegen Otto Meyerhof, Abteilungsleiter am KWI, bis 1933 gut befreundet war, hat er schon 1933 nichts gegen die Entlassung seiner eigenen jüdischen Mitarbeiter unternommen. Nachweislich hat Kuhn 1936 als Direktor des KWI für medizinische Forschung eine Denunziation gegen Otto Meyerhof, dass dieser „wieder drei Personen nicht-arischer Abstammung“ beschäftige, an die Zentralverwaltung der KWI weitergeleitet. Bei seiner Ablehnung des Nobelpreises beschwerte sich Kuhn schriftlich über den „Versuch, den Preisträger zum Verstoß gegen einen Erlaß des Führers aufzufordern“ und fügte handschriftlich hinzu: „Des Führers Wille ist unser Glaube“. Beim 75-jährigen Bestehen der DChG 1942 pries Kuhn als deren Präsident in einer Rede die Diktatoren der Achsenmächte und ihren gemeinsamen Kampf „um den Fortbestand dieses Blutes“. Im Zweiten Weltkrieg war Kuhn führend an der Erforschung chemischer Waffen beteiligt, was schon vor dem Krieg mit Senfgas begonnen hatte. 1941 wurde eine Kampfstoffabteilung unter Kuhns

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Leitung am KWI eingerichtet, wo zu den Nervengasen Tabun und Sarin geforscht wurde. 1944 optimierte Kuhn das noch tödlichere Giftgas Soman. Es gibt auch Hinweise, dass Kuhn von Menschenversuchen an KZ-Häftlingen wusste. Das Entnazifizierungsverfahren gegen Kuhn wurde im September 1946 eingestellt, unter anderem weil er „politisch in Heidelberg nicht in Erscheinung getreten“ war und „auch sonst keinerlei Verdacht besteht, dass Prof. Kuhn als Aktivist, Militarist oder Nutzniesser anzusehen ist“. Seit der Jahrtausendwende wird Kuhns Verhalten im „Dritten Reich“ genauer erforscht und zunehmend kritischer gesehen. Ab 2005 wurde deshalb die Richard-Kuhn-Medaille nicht mehr verliehen, und Städte wie Wien und Darmstadt haben beschlossen, nach Kuhn benannte Straßen umzubenennen.

Einschätzung:

Die Mitgliedschaften Kuhns ergäben für sich nur eine geringe Formalbelastung. Schwere wiegt jedoch die Kumulation seiner strikt regimekonformen Äußerungen und Taten. Offenbar wollte er nicht die kleinsten Nachteile oder einen schlechten Ruf seines Instituts bei den NS-Machthabern in Kauf nehmen, auch auf Kosten jüdischer Kollegen. So ging seine Karriere unter dem NS-Regime weiter aufwärts. Dies ist als offensiver Opportunismus zu werten. Nimmt man seine zwar seltenen, aber teils begeisterten politischen Äußerungen während der NS-Zeit hinzu, kann man auch von Aktivismus zugunsten des Nationalsozialismus sprechen. Bei Kuhn fällt besonders ins Gewicht, dass er in einem gravierenden Einzelfall durch persönliches Dazutun (Denunziation) eine scharfe Auslegung der antisemitischen Personalpolitik des Regimes im Öffentlichen Dienst bewirkte.

Max-Planck-Ring (Bahnstadt), 2014 benannt nach

Max Planck, * 23. April 1858 in Kiel, † 4. Oktober 1947 in Göttingen; Physiker

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Max Karl Ernst Ludwig Planck entstammte einer Akademikerfamilie. Sein Vater, Johann Julius Wilhelm von Planck, war Universitätsprofessor. Nach dem Abitur im Jahre 1874 studierte Planck von 1875 bis 1879 Physik und Mathematik in München und Berlin. 1879 wurde er in München mit einer Arbeit "Über den 2. Hauptsatz der mechanischen Wärmetheorie" promoviert. Nach seiner Habilitation „Über Gleichgewichtszustände isotroper Körper in verschiedenen Temperaturen“ (1880) wurde er Privatdozent in München. 1885 übernahm Planck eine außerordentliche Professur für mathematische Physik in Kiel. 1889 folgte er einem Ruf an die Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin. 1892 erhielt Planck den Lehrstuhl für theoretische Physik in Berlin, den er fast 35 Jahre innehatte. Seit 1894 war er Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Sein Forschungsschwerpunkt war die Thermodynamik. Er war auch Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (seit 1911), Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien (seit 1915) und Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. Im Mai 1899 entdeckte Planck eine neue Naturkonstante (Plancksche Wirkungsquantum). 1900 entwickelte er durch eine Interpolation das exakte Gesetz der schwarzen Wärmestrahlung, das „Plancksche Strahlungsgesetz“. Von 1905 bis 1909 war Max Planck Vorsitzender der Deutschen Physikalischen Gesellschaft. Als Wissenschaftsorganisator war er von 1912 bis 1938 ständiger Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften in der Physikalisch-Mathematischen Klasse. Er war 1913/1914 Rektor der Berliner Universität. 1915/1916 hatte er abermals der Vorsitz der Deutschen Physikalischen Gesellschaft inne. Von 1916 bis 1937 war Planck Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG), deren Präsident er von 1930 bis 1937 und erneut 1945/1946 war. Inzwischen wurde Planck 1926 emeritiert. Für seine Arbeiten wurden ihm zahlreiche Preise und Orden verliehen: „Orden Pour le Mérite“ (1915), „Nobelpreis für Physik für die Begründung der Quantentheorie“ (1918), „Max-Planck-Medaille für theoretische Physik“ (1929), etc.

Politisches Verhalten:

Plancks politische Ansichten entsprachen denen der bürgerlichen Eliten des Kaiserreiches. Der Revolution von 1918/19 stand er verständnislos gegenüber. Bis 1933 war Max Planck Mitglied der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Er wurde kein Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Unterorganisationen. 1933 kam es zu einem Gespräch mit Hitler, in dem Planck sich vergeblich darum bemühte, die Entlassung einzelner jüdischer Wissenschaftler hinauszuzögern. 1935 organisierte Planck trotz offizieller Verbote eine

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gedenkfeier für seinen im Exil verstorbenen jüdischen Kollegen Fritz Haber. 1943 verweigerte Joseph Goebbels seine Zustimmung, als Max Planck der Goethe-Preis der Stadt Frankfurt am Main verliehen werden sollte. Ein Preisträger, der sich für jüdische Wissenschaftler einsetze, sei für ihn undenkbar. Trotz eines Gnadengesuchs von Max Planck wurde sein Sohn Erwin, der zum Kreis von Carl Friedrich Goerdeler gehörte, im Zusammenhang mit dem Attentatsversuch auf Hitler vom 20. Juli 1944 hingerichtet.

Einschätzung:

Max Plancks Bestreben war es, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft über die Zeit des Nationalsozialismus hinwegzuretten. Als ihr Präsident von 1930 bis 1937 versuchte er, eine Nachfolge durch die überzeugten Nationalsozialisten Johannes Stark oder Philipp Lenard zu verhindern. Nachfolger wurde Carl Bosch. Vorwerfen kann man ihm, dass die verschiedenen Kaiser-Wilhelm-Institute (rund 40 an der Zahl) ab 1933 nach und nach die NS-Rüstungs- und Rassenpolitik unterstützten. Was Max Planck im Einzelnen davon wusste, ist ungeklärt. Seine ablehnende Haltung zum Regime und die Tatsache, dass sein Sohn Erwin als Widerstandskämpfer Anfang 1945 hingerichtet wurde, erkannten die Alliierten nach Kriegsende 1945 an, indem Max Planck in der britischen Besatzungszone wieder als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Institute eingesetzt wurde und diese noch zu seinen Lebzeiten nach ihm benannt wurden. Dies führte am 26. Februar 1948 in der britischen und US-amerikanischen Zone zur Neugründung der bis heute bestehenden Max-Planck-Gesellschaft.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Schmeilweg (Schlierbach), hieß bis 1955 Westlicher Klingelhüttenweg und wurde dann benannt nach

Otto Schmeil, * 3. Februar 1860 in Großkugel (Halle/Saale), † 3. Februar 1943 in Heidelberg; Biologe, Pädagoge und Fachbuchautor

Berufsgruppe: Wissenschaft

Werdegang:

Franz Otto Schmeil wurde als Sohn eines Dorfschullehrers geboren. Nach dem frühen Tod seines Vaters kam er 1870 in die Waisenanstalt der Franckeschen Stiftungen in Halle. Ab 1874 besuchte er die Königliche Präparanden-Anstalt in Quedlinburg, 1877 wechselte er an das Lehrerseminar in Eisleben, wo er 1880 seine Abschlussprüfung ablegte. Es folgten Anstellungen in Zöbzig und Halle als Volksschullehrer. 1887 absolvierte er die Mittelschullehrerprüfung und 1888 die Rektorenprüfung. Sein Interesse galt schon seit Zöbziger Zeiten besonders der Biologie. Neben seiner Berufstätigkeit studierte Schmeil Biologie an der Universität Leipzig. 1891 wurde er dort mit einer Arbeit über Ruderfußkrebse (Copepoda) promoviert. 1894 wurde Schmeil Rektor der Wilhelmstädter Volksschule in Magdeburg, wo er sich für die Reform des naturgeschichtlichen Unterrichts einsetzte. Er erkannte, dass das vorherrschende Unterrichtsmaterial für Schule und Universität nicht geeignet war und entwarf ein Schulbuch, das erstmals neben Tafeln und Strichzeichnungen auch die damals moderne Fotografie einbezog. Die Anschaulichkeit seiner Bücher und Schriften verhalf ihnen zu außerordentlich hohen Auflagen. Im Unterricht setzte Schmeil auf lebendige Wissensvermittlung: Waldausflüge, Vorstellung einzelner Tierarten anhand ausgestopfter Präparate oder die Anlage eines Schulgartens sollten die Begeisterung der Kinder wecken. 1903 publizierte Schmeil gemeinsam mit Jost Fitschen das Standardwerk „Flora von Deutschland“ zur Bestimmung heimischer Pflanzenarten. Das Buch hat mittlerweile unter wechselnden Bearbeitern 95 Auflagen im Verlag Quelle & Meyer erlebt und ist nach wie vor ein Standardwerk für Botaniker. Schmeil verließ den Schuldienst 1904. Im selben Jahr veröffentlichte er ein weiteres Standardwerk für den Biologie-Unterricht mit dem Titel „Der Mensch“, das in „Grundzüge der Menschenkunde und Gesundheitslehre“ einführte und viele Auflagen erlebte. Über Marburg und Wiesbaden siedelte Schmeil 1908 schließlich nach Heidelberg über.

Politisches Verhalten:

Otto Schmeil war in keiner NS-Organisation Mitglied. Auch lassen sich keine Affinitäten zum rechtsnationalen Spektrum in der Zeit der Weimarer Republik feststellen. Schmeil war seit 1889 aktiver Freimaurer und gehörte damit einer Organisation an, die später von den Nationalsozialisten verboten wurde. Schmeils Buch „Der Mensch“ wurde nach

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

ersten Überarbeitungen 1930 und 1934 ab der 85. Auflage (1936) mit Schmeils Einverständnis im Sinne der nationalsozialistischen Rassenhygiene von Paul Eichler überarbeitet, mit dem Untertitel Menschenkunde, Gesundheitslehre, Vererbungslehre, Rassenhygiene, Familienkunde, Rassenkunde, Bevölkerungspolitik. Dies folgte auch den Lehrplänen, die ab 1933 vorgaben, rassebiologische Teile in Lehrbücher aufzunehmen. Die inhaltliche Verantwortung trug zwar Eichler, doch Schmeil blieb Herausgeber und erhielt dafür ein deutlich höheres Honorar als Eichler. Für die „Mittelstufe höherer Lehranstalten“ gedacht, sollte dieses Werk als ein „handliches Rüstzeug für die politische Erziehung des deutschen Menschen“ dienen, „und darüber hinaus jedem Volksgenossen zum Ansporn, sich weiter in die wichtige Frage der Vererbung und Volksaufartung zu vertiefen, sich selbst zu erkennen, um Baumeister für die Neuwerdung des deutschen Volkes sein zu können“, wie der rassepolitische Aktivist und NSDAP-Politiker Albert Friehe 1934 schrieb. In Schmeils Namen wurden somit Bücher veröffentlicht, die das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das Zwangssterilisationen ermöglichte, und die Nürnberger Rassegesetze guthießen.

Einschätzung:

Schmeil scheint persönlich zwar keine Sympathien für eine nationalsozialistische Biologie gehegt zu haben, die wesentlich auf dem Rassegedanken und dem Sozialdarwinismus beruhte. Jedoch hat er mit der Verbreitung von NS-Biologie Geld verdient und war damit Nutznießer des Systems.

Carl-Bosch-Straße (Weststadt), hieß bis 1951 Robert-Bosch-Straße, dann umbenannt nach

Carl Bosch, * 27. August 1874 in Köln, † 26. April 1940 in Heidelberg; Chemiker, Ingenieur, Großindustrieller

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Carl Bosch wurde als ältestes von sechs Kindern in ein wohlhabendes Elternhaus hineingeboren. Sein Onkel war der Industrielle Robert Bosch. Nach dem Abitur 1893 und einer Schlosserlehre studierte Carl Bosch ab 1894 zunächst Maschinenbau und Hüttenwesen an der TH Charlottenburg, ab 1896 Chemie an der Universität Leipzig mit Promotion 1899. Im selben Jahr begann er als Chemiker bei der BASF in Ludwigshafen zu arbeiten, wo er ab 1909 mit der großtechnischen Umsetzung der von Fritz Haber entwickelten katalytischen Hochdrucksynthese von Ammoniak aus Stickstoff und Wasserstoff betraut war. Das „Haber-Bosch-Verfahren“ gilt als eine der großen Pionierleistungen der Chemie. Einerseits diente es der Sicherstellung der Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung durch wirksame Düngemittel, andererseits aber auch der Herstellung von Sprengstoffen, so dass nur durch die von Bosch aufgebauten Produktionsanlagen die deutsche Sprengstoffversorgung im Ersten Weltkrieg aufrechterhalten werden konnte. 1919 wurde Bosch Vorstandsvorsitzender der BASF. Weitere technische Expansion verlangte nach hohen Investitionen, weshalb Bosch die Fusionierung der führenden deutschen Chemieunternehmen anregte, die sich im Dezember 1925 zu einer Interessensgemeinschaft – der I.G. Farbenindustrie A.G. – zusammenschlossen, mit Bosch als Vorstandsvorsitzendem. 1931 erhielt Bosch den Chemie-Nobelpreis, daneben auch zahlreiche weitere Ehrungen und Auszeichnungen. Ab 1935 bis zu seinem Tod 1940 war Bosch Aufsichtsratsvorsitzender der I.G. Farbenindustrie. Zeitgleich verstärkten sich seine gesundheitlichen Probleme, und sein Einfluss innerhalb der I.G. Farbenindustrie ging stark zurück.

Politisches Verhalten:

Im Ersten Weltkrieg setzte sich Bosch aus Patriotismus für die Versorgung mit kriegswichtigen Stoffen ein; andererseits soll er in eine tiefe Krise gestürzt sein, als er bemerkte, dadurch den Krieg zu verlängern. In der Weimarer Republik trat Bosch immer wieder für eine liberale Wirtschaftsordnung und gegen Planwirtschaft sowie auch gegen Protektionismus und für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ein. Er war Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Seine Haltung zur NSDAP war widersprüchlich. So erklärte er im April 1933 vor dem Aufsichtsrat der I.G., dass es nun Pflicht eines jeden verantwortungsbewussten Unternehmers sei, an der

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

neuen Entwicklung mitzuarbeiten, und er legte in einer dreiseitigen öffentlichen Erklärung im November 1933 ein Bekenntnis zum NS-Regime ab. Jedoch verurteilte er die Judenpolitik und die Autarkiebestrebungen der Regierung. Mehrfach protestierte und intervenierte Bosch gegen die Vertreibung jüdischer Mitarbeiter. Zur Gedächtnisfeier für Fritz Haber im Jahr 1935, der als Jude in die Emigration getrieben worden war, erschien Bosch mit sämtlichen verfügbaren Direktoren der I.G. Farbenindustrie. Dennoch entstand zwischen den Machthabern und der I.G. Farbenindustrie eine enge und profitable Partnerschaft: Bereits 1933 spendete die I.G. Farbenindustrie 4,5 Millionen Reichsmark an die NSDAP und ihre Unterorganisationen. Der sogenannte „Benzinvertrag“ vom Dezember 1933 mit der Regierung verpflichtete die I.G., ihre Anlage zur Kohlehydrierung auszubauen. Das Reich garantierte seinerseits einen kostendeckenden Preis einschließlich Gewinnmarge. Kurz vor seinem Tod soll Bosch geäußert haben, dass „Hitlers Wahn“ zur Zerschlagung der I.G. Farbenindustrie führen würde. Mitgliedschaften in NS-Organisationen sind keine bekannt.

Einschätzung:

Einerseits profitierte die I.G. Farbenindustrie, deren Vorstandsvorsitzender Carl Bosch bis 1935 war und deren Aufsichtsrat er bis zu seinem Tod 1940 leitete, insgesamt von dem NS-Ausbeutungssystem. Andererseits kann man Bosch persönlich Nutznießertum nicht zuschreiben, denn er hatte zur NS-Zeit seine größten Erfolge bereits hinter sich und sein Einfluss schwand. Aus seinem Verhalten lässt sich eine kritische Haltung zum Umgang mit Juden ablesen. Durch seine Bekenntnisse zum NS-Regime war er auch nicht frei von einem defensiven Opportunismus.

Dischingerstraße (Pfaffengrund), 1956 benannt nach

Franz Dischinger, * 8. Oktober 1887 in Heidelberg, † 9. Januar 1953 in Berlin; Bauingenieur

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Franz Dischinger wuchs in Karlsruhe auf. Sein Ingenieurstudium an der TH Karlsruhe schloss er 1911 „mit Auszeichnung“ ab. Ab 1913 arbeitete Dischinger für die Firma Dyckerhoff & Widmann in Wiesbaden, wo er bis 1933 tätig war und zum Direktor aufstieg. Primär mit Aufgaben des Tiefbaus betraut, entwickelte er sich in kurzer Zeit zu einem angesehenen Fachmann im Bereich komplizierter Druckluftgründungen. Unterbrochen wurde die berufliche Laufbahn nur durch den Ersten Weltkrieg, in dem er durchgehend an der Westfront eingesetzt war. 1928 wurde er mit seiner Dissertation über die „Theorie der Vieleckkuppeln und die Zusammenhänge mit den einbeschriebenen Rotationsschalen“ zum Dr.-Ingenieur promoviert, abermals mit Auszeichnung. 1932 wurde er auf den Lehrstuhl für Stahlbeton und Massivbau der TH Berlin berufen, den er im August 1933 planmäßig antrat. Die Emeritierung erfolgte 1951. Auf seinem Fachgebiet gilt Dischinger als einer der bedeutendsten deutschen Bauingenieure des 20. Jahrhunderts. Die Entwicklung des Bauens mit Beton hat er maßgeblich beeinflusst, besonders im Bereich des Schalenbaus und des Spannbetons.

Politisches Verhalten:

Dischinger trat politisch während der Weimarer Jahre nicht in Erscheinung und gehörte keiner Partei an. Sein Elternhaus sei, so seine späteren Angaben, durch den 1915 verstorbenen Vater „demokratisch“ geprägt gewesen. Über Dischingers Haltung zum Nationalsozialismus ist nichts bekannt. Eine NSDAP-Mitgliedschaft ist nicht zu belegen. Sein Amt als Professor konnte er jedenfalls im August 1933 planmäßig antreten, während zahlreiche unliebsame Hochschullehrer die TH Berlin verlassen mussten. Dem nationalsozialistischen Anpassungsdruck konnte Dischinger anscheinend mit einer – nach eigenen Angaben „zwangsweisen“ – Mitgliedschaft im „Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund“ begegnen. Vielleicht half ihm auch die NSDAP-Mitgliedschaft seiner Ehefrau von 1933 bis 1945. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges betätigte sich Dischinger auch in der Betreuung kriegswichtiger Bauprojekte, „deren Baustellen sich zu besonders grausamen Schauplätzen des menschenverachtenden Systems der ‚Vernichtung durch Arbeit‘ entwickeln sollten“, wie es in der Literatur über den Einsatz von Zwangsarbeitern für die Rüstungsbauten heißt. Dischinger will aber die Baustellen nie persönlich besichtigt haben und lediglich vor Baubeginn für Standortbegehungen vor Ort gewesen sein.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Ob gegen Dischinger ein Entnazifizierungsverfahren eingeleitet wurde, konnte nicht festgestellt werden, da keine Spruchkammerunterlagen nachgewiesen werden konnten. Vermutlich wegen seiner Militärbauten wurde Dischinger nach Kriegsende von der US-Armee und den Sowjets befragt und kurzzeitig interniert. Dabei standen vermutlich vorrangig Dischingers Fachkenntnisse im Fokus. Bereits im Juli 1945 wurde er mit der Wahrnehmung seines bisherigen Lehrstuhls beauftragt, um beim „Neuaufbau der Fakultät“ zu helfen. Das spricht dafür, dass er politisch als unbedenklich eingeschätzt wurde.

Einschätzung:

Dischingers Mitgliedschaft im NS-Dozentenbund ist als Minimalzugeständnis an die politischen Machtverhältnisse zu werten, um auf seinem Fachgebiet weiterarbeiten und an herausgehobener Stelle im Staatsdienst seine Karriere fortsetzen zu können. Zustimmung Äußerungen Dischingers zum Nationalsozialismus oder eine NSDAP-Mitgliedschaft sind nicht bekannt. Problematisch erscheint allerdings seine verantwortliche Mitarbeit als Fachmann für Betonbauten beim Bau bombensicherer Flugzeugproduktionsstätten, in denen Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Eine solche geschäftliche Tätigkeit unter den Kriegsbedingungen unterstützte zwar das kriegführende NS-Deutschland, scheint in seinem Fall eine klare Einstufung als Aktivist oder Nutznießer aber nicht zu rechtfertigen.

Eckenerstraße (Handschuhsheim), 1929 benannt nach

Hugo Eckener, * 10. August 1868 in Flensburg, † 14. August 1954 in Friedrichshafen, Unternehmer, Luftschiffskonstrukteur, Journalist

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Geboren in Flensburg als Sohn eines Zigarrenfabrikanten, besuchte Hugo Eckener dort das Gymnasium, bevor er Psychologie, Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft studierte und 1892 in Leipzig mit der Arbeit „Untersuchungen über die Schwankungen der Auffassung minimaler Sinnenreize“ promoviert wurde. Zunächst freier Publizist und Korrespondent, wurde er ab 1906 Mitarbeiter des Grafen von Zeppelin und stieg in der Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft (DELAG) bis 1912 zum Direktor auf. Dabei führte er bis 1914 mehr als 1000 Fahrten mit Luftschiffen durch und leitete den Bau von 88 Marine-Luftschiffen. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte Eckener 1924 mit dem Luftschiff LZ 126 den Atlantik überqueren, gefolgt von zahlreichen Fahrten mit dem Luftschiff "Graf Zeppelin", unter anderem in die Arktis. Bis 1937 gab es einen regelmäßigen Transatlantik-Linienverkehr. Nach der Explosion von Zeppelin LZ 129 im Mai 1937 in Lakehurst mit 35 Toten endeten die Passagierfahrten. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs produzierte die Luftschiffbau Zeppelin vor allem Getriebe für die Wehrmacht. 1945 war Eckener Mitbegründer der Zeitung „Südkurier“. 1952 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Politisches Verhalten:

Eckener war in der Weimarer Republik äußerst populär. In einer Radioansprache wandte er sich 1932 gegen „alle nationalistischen Bestrebungen“ und bekannte sich zur Demokratie. Im selben Jahr war er auch als Kandidat der demokratischen Mittelparteien für das Amt des Reichspräsidenten im Gespräch. 1933 verweigerte Eckener eine öffentliche Erklärung für Hitler. Im August 1934 sprach er sich nach Aufforderung von Goebbels für die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers aus. Fortan ließ er sich nicht mehr von der NS-Propaganda instrumentalisieren. Daraufhin wurde sein Name nicht mehr öffentlich genannt, nur noch im Zusammenhang mit der Geschichte der Luftschiffahrt. 1939 wurde der Boykott der Nennung seines Namens gelockert, unter Empfehlung einer „politischen Zurückhaltung“.

In den rüstungswichtigen Betrieben der Zeppelin-Stiftung, in der Eckener Vorstand war, wurden in großer Zahl Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge eingesetzt, die direkt neben dem Werksgelände in Friedrichshafen hinter elektrisch geladenem Stacheldraht untergebracht waren. Ende 1943 waren laut Geschäftsbericht dort 1202 KZ-Häftlinge, die nicht die Luftschutzkeller aufsuchen durften, so dass geschätzt 176 Gefangene durch Luftangriffe starben.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Hugo Eckener gehörte – außer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und dem gleichgeschalteten „Verein Deutscher Ingenieure“ (VDI) – keiner NS-Organisation an. Ab 1939 trug er den Titel „Wehrwirtschaftsführer“, der aber wenig über die politische Nähe zum NS-Regime aussagt. Sein Entnazifizierungsverfahren hatte als Sonderverfahren für Wirtschaftsführer zunächst außergewöhnlich harte Sühneleistungen zu Folge. So wurde Eckener 1947 zunächst in die Kategorie II (Belasteter) eingestuft, zu einer Geldstrafe von 100.000 Reichsmark verurteilt und mit der Aberkennung der bürgerlichen Rechte für 5 Jahre bestraft. Dieses Urteil wurde 1949 aufgehoben und Eckener selbst entlastet.

Einschätzung:

Obwohl Eckener eine persönliche Distanz zum Nationalsozialismus so weit in seiner Position möglich zu wahren versuchte – er trat der NSDAP trotz seiner herausragenden Stellung nie bei –, und ihm persönlich deshalb auch kein „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ zur Last gelegt werden kann, so war doch der Zeppelin-Konzern unter Eckeners Hauptverantwortung Teil des NS-Ausbeutungs- und Sklavensystems. Nutznießer des NS-Systems war somit der Zeppelin-Konzern; Eckener persönlich kann man hingegen Nutznießertum nicht vorwerfen, denn seine gesellschaftliche Position hatte er schon lange vor der NS-Zeit. Allenfalls einen defensiven Opportunismus legte Eckener an den Tag, um diese Position nicht zu gefährden.

Marga-Faulstich-Straße (Bahnstadt), 2014 benannt nach

Marga Faulstich, * 16. Juni 1915 in Weimar, † 1. Februar 1998 in Mainz; Chemikerin

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Margarete (genannt: Marga) Faulstich war Tochter eines Verwaltungsdirektors in Weimar. Im Alter von sieben Jahren zog sie mit ihrer Familie nach Jena, wo sie 1934 die Reifeprüfung am Reformrealgymnasium ablegte. Ein Jahr später wurde sie als Hilfskraft des Glasmachers Walter Geffcken im Jenaer Glaswerk Schott & Gen. eingestellt, für das sie 44 Jahre arbeiten und forschen sollte. 1939 gehörte sie einer Forschergruppe an, die ein Patent für Dünne Schichten (ein Fachbegriff) einreichte, bis heute eine wichtige Grundlagenforschung für die Entwicklung von Sonnenbrillen und entspiegelten Brillengläsern. 1944 trug sie für ein halbes Dutzend Mitarbeiterinnen die Verantwortung. Nach dem Tod ihres Verlobten 1942 begann sie im April 1944 zudem ein Chemie- und Physikstudium in Jena, das sie allerdings bald wieder aufgab. Die optischen und technischen Spezialgläser des Glaswerkes in Jena wurden im Krieg vor allem von der Wehrmacht genutzt. Das Unternehmen beschäftigte rund 3.500 Zwangsarbeiter. Von der amerikanischen Besatzungsmacht wurde Marga Faulstich am 25. Juni 1945 zusammen mit anderen Spezialisten und Führungskräften des Schott-Werkes von Jena nach Heidenheim umgesiedelt, um deren Wissen nutzen zu können, bevor Jena in den sowjetischen Machtbereich fiel. Faulstich selbst wurde von Juli 1945 bis Mai 1946 in Arrest gehalten. Nach der Neueröffnung des westlichen Schott-Werkes in Mainz siedelte sie 1953 dorthin über und baute hier ein neues Labor auf. Als Leiterin der Entwicklungsabteilung für optisches Glas entwickelte sie optische Spezial- und Brillengläser und war so an über 300 Glastypen und 40 Patenten beteiligt, für die sie zum Teil hohe Auszeichnungen erhielt.

Politisches Verhalten:

Marga Faulstich war von 1933 bis 1940 Mitglied im Bund Deutscher Mädel (BDM), davon ab 1938 als Jungmädel-Ringführerin. Ein Jungmädelering bestand aus ca. 600 Mädchen im Alter von 10 bis 14 Jahren. Ab Juli 1937 war Marga Faulstich Mitglied der NSDAP und ab Mai 1941 der NS-Frauenschaft. Außerdem gehörte sie ab 1935 der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und ab 1937 der NS-Volkswohlfahrt (NSV) an. In Heidenheim begann 1946 ihr Spruchkammerverfahren. Auf Veranlassung des Öffentlichen Klägers schrieb der Betriebsrat der evakuierten Schott-Mitarbeiter eine Beurteilung über Faulstich. Danach sei sie „als ganz junger und begeisterungsfähiger, aber noch nicht urteilskräftiger Mensch an die nationalsozialistische Bewegung“ herangekommen. Man bescheinigte ihr, im Umgang mit anderen keinen Wert auf „Rasse oder Volkszu-

gehörigkeit, Religion oder politische[.] Einstellung“ gelegt zu haben. Auch andere Kollegen sprachen sich für Faulstich aus und verwiesen auf ihre vermeintliche politische Naivität. Die Spruchkammer Heidenheim ordnete Faulstich am 7. November 1946 als „Minderbelastete“ in die sogenannte Bewährungsgruppe mit zwei Jahren Bewährungszeit ein und legte ihr ein einmaliges Sühnegeld von 500 Reichsmark auf, ebenso die Verfahrenskosten von 2.860 Reichsmark. Außerdem musste sie „Sonderarbeiten für die Allgemeinheit auf die Dauer von 60 Tagen“ bei der Firma Osram G.m.b.H. in Herbrechtingen als Hilfsarbeiterin ableisten. In der Begründung der Spruchkammer hieß es, dass sie sich trotz einiger „für sie sprechender Umstände“ „als überzeugte Anhängerin der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erwiesen“ habe. Am 5. April 1948 – noch vor Ende ihrer Bewährungszeit – wurde sie begnadigt und die Bewährungsfrist damit für abgelaufen erklärt sowie drei Tage später von der Spruchkammer Heidenheim amnestiert. Damit entfielen auch noch nicht gezahlte Sühneleistungen.

Einschätzung:

Marga Faulstichs Einstufung durch die Spruchkammer als „minderbelastet“ war relativ hart; vor allem das hohe Amt der „Ringführerin“ wurde ihr angelastet. Damit trug sie dazu bei, schon die 10- bis 14-jährigen an die Ziele des Nationalsozialismus heranzuführen und sie dafür zu begeistern, was als „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus in Wort und Tat“ aufzufassen ist. Auf ihr berufliches Fortkommen scheint dies sich indes kaum ausgewirkt haben, weshalb sie nicht als Nutznießerin der NS-Herrschaft gelten muss.

Rudolf-Hell-Straße (Rohrbach), 2003 im Zuge der Neubebauung des Geländes der ehemaligen Waggonfabrik Fuchs benannt nach

Rudolf Hell, * 19. Dezember 1901 in Eggmühl (Bayern), † 11. März 2002 in Kiel; Funktechniker, Elektroingenieur, Unternehmer

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Der Sohn eines Amtmanns studierte 1919 bis 1923 Elektrotechnik an der Technischen Hochschule in München. Als Assistent gelang ihm 1925 eine erste bahnbrechende Erfindung, die „lichtelektrische Bildzerlegerröhre“ für das Fernsehen. Promoviert wurde Hell 1928 mit einer Arbeit über ein „direktanzeigendes Funkpeilgerät“ für die Luftfahrt. 1929 gründete Hell seine eigene Firma in Neubabelsberg bei Berlin. Noch im ersten Jahr konstruierte er den „Hell-Schreiber“, eine seiner bekanntesten Erfindungen mit einem Absatz von über 50.000 Stück, ein Vorläufer des Faxgeräts. Zahlreiche weitere Erfindungen folgten. Gefertigt wurden unter anderem auch Peilsender, akustische Seeminenzünder und lichtelektrisch zündende Flussminen. Bis zum Krieg wuchs die Firma auf über 1000 Mitarbeiter. Hell floh am Kriegsende von Berlin nach Kiel, wo er 1947 eine neue Firma, die „Dr.-Ing. Rudolf Hell KG“ gründete. Auch dieser Betrieb wuchs schnell. Eine weitere bedeutende Errungenschaft waren die 1953 vorgestellten „Hell-Klischographen“, elektronisch gesteuerte Graviermaschinen für Druckvorlagen. 1981 wurde die Hell GmbH 100-prozentige Tochter der Siemens AG. 131 Patente und zahlreiche Publikationen gehen auf Hell zurück; er erhielt zahlreiche Auszeichnungen: beispielsweise das Große Bundesverdienstkreuz, die Ehrendoktorwürde der Universität München oder das Ehrenbürgerrecht der Stadt Kiel.

Politisches Verhalten:

Hell nennt im Spruchkammerverfahren seine politische Einstellung 1933 „deutschnational“. Ab 1936 war er Mitglied der Deutschen Arbeitsfront (DAF), und 1937 wurde er NSDAP-Mitglied, allerdings sei er nur „nominelles Mitglied, nicht vereidigt, Anwärter“ gewesen. Er erklärte den Beitritt mit der Aufforderung durch die DAF, der er „kurz nach der völkerverbindenden Manifestation der Olympiade“ zugestimmt habe, da er geglaubt habe, dass das „Naziregime nunmehr in eine Aera der Beruhigung und friedlichen Weiterentwicklung eingetreten wäre“. Die Mitgliedschaft in der DAF sei in seiner Eigenschaft als Betriebsführer erzwungenermaßen zu Stande gekommen. Weiterhin gehörte er unter anderem dem Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK, ab 1937), dem Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK, 1939-1942) und dem Reichsluftschutzbund (ab 1939) an. 1940 beziehungsweise 1942 erhielt er „für wissenschaftliche Forschung und Entwicklungsarbeiten“ das Kriegsverdienstkreuz ohne Schwerter II. Klasse beziehungsweise I. Klasse, 1941 den Titel „Wehrwirtschaftsführer“. Die Gestapo

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

habe Hell 1944 nach unbewiesenen eigenen Angaben „der Sabotage, mangelhafter Geheimhaltung, unzulässiger Beschäftigung zweier Halbjuden“ angeklagt und den Titel „Wehrwirtschaftsführer“ aberkannt. „Persilscheine“ stützen diese Aussagen. Das Entnazifizierungsverfahren fand in Kiel statt. Am 24.11.1948 erging der Bescheid, dass die erste Einstufung als „Mitläufer“ nach periodischer Überprüfung in die Einreihung als „Entlasteter“ umgewandelt werde. Es sei unklar, in welchem Zusammenhang Hell zu der Bezeichnung „Wehrwirtschaftsführer“ gekommen sei, und er versichere glaubhaft, dass ihm im Sommer 1944 von der Gestapo der Titel aberkannt wurde.

Einschätzung:

Hells Eintritte in NS-Organisationen und seine teils fragwürdigen Selbstrechtfertigungen dafür folgen verbreiteten Mustern; gleichwohl hat er sich kaum zustimmend zum Nationalsozialismus geäußert oder aktiv dafür engagiert. Hell zeigte Opportunismus zur Sicherung der erreichten Position und des weiteren wirtschaftlichen Aufstiegs, aber keinen Aktivismus zugunsten der NS-Ideologie. Als Produzent von Rüstungsgütern war Hell ein Nutznießer der NS-Herrschaft, auch wenn sein Unternehmen zu klein und zu spezialisiert war, als dass es eine größere Anzahl von Zwangsarbeitern hätte beschäftigen können. Auf dem zivilen Sektor war es so innovativ, dass es auch ohne das NS-Regime vermutlich expandiert wäre.

Franz-Kruckenberg-Straße (Rohrbach), 2003 im Zuge der Neubebauung des Geländes der ehemaligen Waggonfabrik Fuchs benannt nach

Franz Kruckenberg, * 21. August 1882 in Uetersen, † 19. Juni 1965 in Heidelberg; Schiffbauingenieur und Eisenbahntechniker

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Franz Kruckenberg wuchs nach dem frühen Tod des Vaters bei seinem Großvater in Hamburg auf, wo er 1902 das Abitur ablegte. Nach einer Lehre und dem Dienst als Einjährig-Freiwilliger bei der Marine studierte er von 1904 bis 1909 Schiffbau in Charlottenburg und Danzig. Dort war er Schüler des Schiffbauingenieurs und Luftschiffkonstruktors Johann Schütte. Dieser gründete 1909 mit Karl Lanz in Mannheim-Rheinau den „Luftfahrzeugbau Schütte-Lanz“ und vermittelte Kruckenberg im selben Jahr eine Stelle als Leiter des dortigen Konstruktionsbüros. 1924 verließ Kruckenberg die aufgrund des Versailler Vertrages geschwächte Fa. Schütte-Lanz und gründete in Heidelberg im seinem Haus Unter der Schanz 1 die „Gesellschaft für Verkehrstechnik“. Er und seine Mitarbeiter entwarfen eine Art Hängeschneellbahn, aber auch ein Standschnellbahnfahrzeug mit Neigetechnik, beides ohne Realisierungsmöglichkeit. 1928 gewann er Unterstützer und konnte fortan die Versuchsstrecke Leinhausen nutzen sowie den „Schienenzeppelin“ mit Propellerantrieb bauen, ein revolutionäres Fahrzeug. Mit der 1931 zwischen Hamburg und Berlin erreichten Höchstgeschwindigkeit von 230 km/h hielt er 23 Jahre den Weltrekord. Eine weitere wegweisende Konstruktion, der dreiteilige Triebzug SVT 137 155 mit diesel-hydraulischem Antrieb stellte 1939 einen Geschwindigkeitsrekord von 215 km/h auf. 1943 begann Kruckenberg in Berlin kriegsbedingt an der Flugbombenfertigung und ab 1944 in Herzberg am Harz an Fernlenk Waffen gegen Bombengeschwader mitzuarbeiten. Auch nach dem Krieg setzte Kruckenberg sich für den Bau von Schnellbahnen ein. 1953 erhielt er das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Politisches Verhalten:

Kruckenberg versuchte nach 1933, die Unterstützung der Machthaber für seine Projekte zu gewinnen. So erläuterte er auch Hitler persönlich seine Schnellbahnpläne. Seit 1. Mai 1937 war er NSDAP-Mitglied; außerdem gehörte er der Deutschen Arbeitsfront, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und dem NS-Bund Deutscher Technik an. Kruckenbergs Entnazifizierung wurde zuerst in Herzberg / Landkreis Osterode bearbeitet. Aufgrund seines Umzugs nach Heidelberg in die amerikanische Besatzungszone wurde das Verfahren neu aufgenommen. Im neuen Meldebogen vermerkte er, dass er ab 1938 NSDAP-Mitglied gewesen sei, was im Widerspruch zu dem Antrags- und dem rückdatierten Aufnahmedatum steht (beide im Jahr 1937). Weitere Mitgliedschaften in NS-Organisationen verneinte er. Sein Anwalt lehnte unter Verweis auf die bereits

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

„rechtskräftig erfolgte“ „politische Bereinigung“ den Sühnebescheid in Höhe von 500 DM ab. In einem weiteren Schreiben verwies er auf das noch nicht abgeschlossene Verfahren in der britischen Zone. Das Verfahren in Heidelberg wurde als ruhend erklärt. Im Februar 1949 wurde der Spruch aus der britischen Zone übermittelt: Kruckenberg wurde als „entlastet (Kat. V)“ eingestuft, weil er kein Amt bekleidet habe und keine „aktivistische Betätigung im nationalsozialistischen System vorliege. Er habe den „Nationalsozialismus nicht unterstützt oder gefördert“, auch keinen Nutzen aus seiner Parteilugehörigkeit gezogen. Daraufhin wurde im Mai 1949 der Sühnebescheid in Heidelberg aufgehoben und das Verfahren eingestellt.

Einschätzung:

Da Kruckenberg sich laut Spruchkammerentscheidung nicht aktiv in NS-Organisationen beteiligte und auch keine zustimmenden Äußerungen zum Nationalsozialismus vorliegen, scheint seine Nähe zum Regime hauptsächlich bezweckt zu haben, an Aufträge zu gelangen. Dazu benötigte er das Wohlwollen der Machthaber. Da er bereits vor der NS-Machtübernahme Erfolge vorweisen konnte, ist von defensivem Opportunismus auszugehen, der dem Ziel diene, seine Arbeit auf technischem Gebiet fortführen zu können. Vergleicht man Kruckenbergs Erfolge vor und nach 1933, so sind sie in der NS-Zeit nicht größer als vorher, weshalb von einer besonderen Nutznießerschaft während der NS-Gewaltherrschaft nicht auszugehen ist.

Felix-Wankel-Straße (Rohrbach), 2003 im Zuge der Neubebauung des Geländes der ehemaligen Waggonfabrik Fuchs benannt nach

Felix Wankel, * 13. August 1902 in Lahr, † 9. Oktober 1988 in Heidelberg; Techniker, Erfinder, Konstrukteur, Kaufmann

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Infolge des Kriegstods des Vaters, eines Forstassessors, zog die Mutter 1915 mit ihrem Sohn von Lahr nach Heidelberg. Nach Abbruch des Gymnasiums begann Felix Wankel 1921 eine Buchhändlerausbildung und arbeitete bis 1926 in dem Beruf. Fasziniert war er jedoch von Technik, besonders wenn sie für Kriegsspiele nutzbar war. Mit einer technisch interessierten Gruppe, genannt „Scheinwerfersozis“, baute er von 1924 bis 1931 in einer Heidelberger Hinterhofwerkstatt zunächst starke Signal-Blinkapparate, aber auch Boote und Experimentierfahrzeuge. Unterstützt von seinem einflussreichen Freund Wilhelm Keppler konnte Wankel ab 1934 in der „Versuchsanstalt Lahr“ weiter technisch experimentieren. Ab 1936 konstruierte er dann in einem eigenen Forschungsinstitut in Lindau, bis Kriegsende gefördert vom Reichsluftfahrtministerium, unter anderem eine Drehschiebersteuerung für Flugmotoren und Verbrennungsmotoren für Torpedoantriebe, auch für die Waffen-SS. Ab 1951 konnte Wankel wieder ein Motoren-Institut in seinem Privathaus in Lindau aufbauen und ab 1953 mit der Firma NSU den Drehkolbenmotor entwickeln, der 1963 erstmals serienmäßig in Autos eingebaut wurde. Obwohl der Wankelmotor sich nicht durchsetzen konnte, gilt er bis heute als eine der spektakulärsten technischen Innovationen im Automobilbau der Nachkriegszeit. Wankel wurde vielfach geehrt, so unter anderem mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland, der Ehrendoktorwürde der Universität München und dem Professorentitel ehrenhalber.

Politisches Verhalten:

1921 trat Wankel in Heidelberg dem „Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund“ unter den antisemitischen Privatdozenten Arnold Ruge (1881-1945) bei. Daraus bildete sich auf Wankels Initiative die sogenannte „Blinkerabteilung“ (BLIAB), in der die ersten NSDAP-Parteizeichen getragen wurden. 1922 jubelte Wankel in einem Tagebucheintrag über den Mord an Außenminister Rathenau, den er „Rattensau“ nannte. Ab demselben Jahr führte Wankel die Wehrjugendgruppe „Heia Safari“ (HeSa). Aus den Gruppen entstand 1924 die „Großdeutsche Jugendwehr“ (GJW) und 1927 die Heidelberger Hitlerjugend (HJ). 1926 trat Wankel der NSDAP in Lahr bei, nachdem er der Partei bereits seit 1922 bis zu ihrem Verbot angehört hatte, und 1930 wurde er HJ-Gauleiter von Baden. 1932 war er Mitbegründer der „Lahrer Notgemeinschaft“, die Korruption in der NSDAP anprangerte und Gauleiter Wagners Führungsstil kritisierte. Daraufhin wurde

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Wankel auf Wagners Anweisung aller Ämter enthoben, aus der NSDAP ausgeschlossen und von März bis September 1933 inhaftiert. Die Freilassung geht wohl auf einflussreiche Freunde wie Wilhelm Keppler, Fabrikant und Wirtschaftsberater Hitlers, zurück. Der Aufnahmeantrag Wankels in die NSDAP-Ortsgruppe Lindau von 1937 wurde vermutlich auf Veranlassung Wagners 1938 abgelehnt. Trotzdem wurde Wankel 1940 zum SS-Obersturmbannführer und Reichsleitungsmitglied der SS ernannt, aber 1941 wieder ausgeschlossen, wohl erneut durch Wagner veranlasst. Wankels Entnazifizierungsverfahren wurde als „umfangreich“, „unklar“ und „schwierig“ angesehen und dauerte bis 1949, als er wegen „technizistischer Unmoral“ als „Minderbelasteter“ eingestuft wurde. Nach Einhaltung der festgelegten Bewährungsfrist und der Auflagen wurde ihm im Januar 1951 seine Einstufung als Mitläufer bestätigt.

Einschätzung:

Felix Wankel gehörte zu den frühesten NS-Anhängern in Baden, der erst in Heidelberg, dann als HJ-Gauleiter in Baden NS-Jugendgruppen aufbaute und früh eine antisemitische Einstellung zeigte. Das stellt „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ besonderen Ausmaßes dar. Wankels Parteiausschluss und Inhaftierung 1932/33 sind auf parteiinterne Machtkämpfe mit Gauleiter Wagner zurückzuführen, aber nicht auf eine Abwendung vom Nationalsozialismus insgesamt, wie von Wankel im Entnazifizierungsverfahren behauptet. Durch den bis zum Kriegsende staatlich geförderten Aufbau seines eigenen Forschungsinstituts, veranlasst durch einflussreiche Freunde in der NS-Hierarchie, war Wankel auch ein Nutznießer der NS-Herrschaft.

Konrad-Zuse-Straße (Rohrbach), 2003 im Zuge der Neubebauung des Geländes der ehemaligen Waggonfabrik Fuchs benannt nach

Konrad Zuse, * 22. Juni 1910 in Deutsch-Wilmersdorf (heute zu Berlin), † 18. Dezember 1995 in Hünfeld (Hessen); Ingenieur, Erfinder, Unternehmer

Berufsgruppe: Wirtschaft und Technik

Werdegang:

Zuse verbrachte seine Kindheit und Jugend im ostpreußischen Braunsberg und in Hoyerswerda in Sachsen, wo er 1927 sein Abitur ablegte. Schon als Jugendlicher wurde er für kleinere Erfindungen ausgezeichnet. Sein Studium absolvierte Zuse an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg. Erst studierte er Maschinenbau, wechselte dann zur Architektur, um schließlich beim Bauingenieurwesen zu bleiben. Nach seinem Abschluss 1935 arbeitete er bei der Henschel Flugzeug-Werke AG ein Jahr lang als Statiker, um dann – von Verwandten und Freunden finanziert – von 1936 bis 1938 die erste programmgesteuerte Rechenanlage („Z1“) und 1941 den ersten vollautomatischen und frei programmierbaren Computer („Z3“) zu entwickeln. Bei Kriegsende floh Zuse vor den Bomben und den feindlichen Truppen aus Berlin nach Bayern. 1949, inzwischen in Nordhessen wohnhaft, gründete er die „Zuse KG“, die nach einigen erfolgreichen Jahren aber Mitte der 1960er Jahre verkauft werden musste und 1967 an Siemens ging. Erst seit den 1970er Jahren wurden Zuses Verdienste um die Entwicklung der Computertechnologie weltweit anerkannt, so dass er fortan als Koryphäe galt. Er hielt Vorträge, schrieb Memoiren und widmete viel Zeit der Malerei.

Politisches Verhalten:

Zeitlebens gehörte Zuse keiner Partei oder politischen Organisation an. Während seiner Studienjahre in der späten Weimarer Republik war er Mitglied in der Studentenverbindung „AV Motiv“. In seiner Autobiographie gestand er zwar ein, dass die „Motiver“ politisch rechts eingestellt waren. Allerdings sei er nie fanatisch gewesen. In den ersten Jahren nach der NS-Machtübernahme habe er „sich nicht beugen“ und angeblich bei öffentlichen Anlässen Persiflagen auf die politischen Ereignisse oder hohe NS-Funktionäre aufführen wollen. Nur die Kommilitonen hätten ihn davon abbringen können. Auch auf den Druck der Machthaber, die jüdischen Mitglieder auszuschließen, habe Zuse mit Widerstand reagieren wollen, wenn ihn die Betroffenen selbst nicht davon abgehalten hätten. Andererseits hatte Zuse in einem Brief als Student an einen ehemaligen Lehrer geschrieben: „Wenn Sie es selber noch nicht gemerkt haben, so werden Sie vielleicht lernen, daß man von Reichstagswahlen, Parlamenten, politischen Parteien Deutschlands Rettung nicht erwarten darf.“ Bei der Henschel Flugzeug-Werke AG, wo er seit 1939 wieder arbeitete, berechnete Zuse Flügelprofile für Gleitbomben. Für seine

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

„unmittelbar der Waffenentwicklung dienende Tätigkeit“, so seine eigene Beschreibung, wurde er unabkömmlich gestellt. Auch das Nachfolgemodell der „Z3“, die „Z4“, war für die Machthaber von großem Interesse: Das Reichsluftfahrtministerium bestellte 1943 einen Rechner per Kriegsauftrag mit besonderer Dringlichkeit. Zuses Computer war außerdem von Rüstungsindustrie und NS-Institutionen wie der „Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt“ (DVL) mit über 250.000 Reichsmark finanziert worden. Zuses 1941 gegründete eigene Firma wurde 1944 als Wehrwirtschaftsbetrieb anerkannt. Die Spruchkammer Sonthofen im Allgäu, die wie üblich zunächst nur die formalen Belastungen einer Person durch Organisationszugehörigkeiten überprüfte, entschied im April 1947, dass Zuse vom „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ nicht betroffen sei.

Einschätzung:

Obwohl Zuse kein Parteimitglied war und er sich selbst als antitotalitärer, dem Nationalsozialismus kritisch gegenüber stehender Erfinder darstellte, gibt es Indizien dafür, dass er dem NS-Regime näher stand, als er glauben machen wollte. Gleichwohl reichen diese nicht aus, um von Aktivismus bei Zuse zu sprechen. Aufgrund der Tatsache, dass Zuse auch von Rüstungsindustrie und NS-Institutionen finanziert und vom Kriegsdienst freigestellt wurde, war er aber ein Nutznießer des NS-Systems und der nationalsozialistischen Kriegspolitik.

Fritz Frey-Straße (Handschuhsheim), 1973 benannt nach

Fritz (Friedrich) Frey * 2. Februar 1881 in Handschuhsheim, † 27. Februar 1962 in Heidelberg; Lehrer, Schullektor und Heimatforscher

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Nach Lehrerausbildung und Lehrtätigkeiten an verschiedenen Einsatzorten wurde Fritz Frey 1910 Hauptlehrer in Heidelberg und 1931 Rektor an der Volksschule in Handschuhsheim. Darüber hinaus war er in vielen Bereichen aktiv: Er unterrichtete am Lehrerseminar Heidelberg, an der Kinderpflegerinnen-Schule des Fröbelseminars Heidelberg, war sozialpädagogischer Beirat des Lehrlingsheims Heidelberg und gehörte dem Lehrerturnverein an. Weiterhin war er Erster Vorsitzender des Turnvereins Handschuhsheim, leitete die Sängerriege und den katholischen Kirchenchor Neuenheim, wo er auch Orgel spielte, war Gründer der Jugendherbergen in der Tiefburg und im „Handschuhsheimer Schlößchen“ sowie 1921 bis 1933 Herbergsleiter. Besonders interessiert war er an Heimatforschung und arbeitete in der Ortsgruppe der „Badischen Heimat“ mit. Viele Veröffentlichungen stammten von Frey. Er verfasste auch pädagogische Schriften und volkstümliche Heimatspiele zur „Erhaltung alten Brauchtums“. Im Oktober 1945 wurde Frey zum Leiter des Stadtschulamtes in Heidelberg, im Mai 1946 zum Bezirksschulrat ernannt. Für seine Verdienste erhielt Frey zahlreiche Ehrungen, darunter 1956 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Politisches Verhalten:

Fritz Frey wurde kein NSDAP-Mitglied, gehörte aber bereits ab 1933 dem NS-Lehrerbund an. 1935 trat er der NS-Volkswohlfahrt (NSV) und dem Reichsluftschutzbund (RLB) bei, zwei NS-Massenorganisationen. Weiterhin war er Mitglied beim NS-Reichsbund für Leibesübungen, allerdings schon seit 1906 bei den Vorgängerverbänden. Im Spruchkammerverfahren gab Frey an, dass das Möbelgeschäft seiner Frau 1943 stillgelegt worden sei, weil er nicht in die NSDAP eintrat. 1937 wurde Frey bei einem Schulbesuch für solide Wissensvermittlung gelobt; gleichzeitig wurde aber vermerkt, dass „über rassen- und erbbiologischen Fragen (...) noch intensive Schulung notwendig ist, damit das Ziel dieses neuen Unterrichts erreicht wird.“ Auch in der NS-Zeit engagierte Frey sich weiter im öffentlichen Leben. So wurde sein Heimatspiel „Diether von Handschuhsheim“ 1934 in der Tiefburg aufgeführt, worüber ein Rezensent schrieb, dass man sich dadurch „zu vermehrter und tiefwurzelnder Heimat- und Vaterlandsliebe in unserem heißgeliebten Dritten Reich“ neue Anregungen geben lassen solle. 1940 gab Frey eine „Heimatkunde von Heidelberg“ heraus, die von ihm gesammelte heimatkundliche Schüleraufsätze über das damalige System enthielt, wie „Der Kreisleiter“, „Kaserne“, „Feierstätte auf dem Heiligenberg“, „Menschen im Kraichgau“ und andere. Dabei wird

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

auch entgegen dem NS-Menschenbild die Heidelberger Taubstummenschule positiv erwähnt. Im Spruchkammerverfahren wurde Frey als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft; der Verdacht von NS-Propaganda im Heimatkundebuch von 1940 habe sich nicht erhärtet.

Einschätzung:

Im NS-Lehrerbund, dem Frey angehörte, wurden etwa neun Zehntel der Lehrer erfasst. Generell war der politische Anpassungsdruck in der Gruppe „Erziehung und Publizistik“ hoch, weil Lehrer als Multiplikatoren für das Regime benötigt wurden. Freys Mitgliedschaften in der NSV und dem RLB sind als Minimalzugeständnisse an das System anzusehen, ohne die ein Volksschullehrer kaum zwölf Jahre unter dem NS-Regime überstehen konnte. In den Schüleraufsätzen in Freys „Heimatkunde“ geht es mehr um Äußerlichkeiten, wie zum Beispiel, wo der NSDAP-Kreisleiter wohnte. Die positive Erwähnung der Taubstummenschule und der Frey bescheinigte „Schulungsbedarf“ über „rassen- und erbbiologische Fragen“ können als Hinweise auf eine nicht ganz systemkonforme Haltung gedeutet werden. Frey wurde bereits 1945 kommissarischer Leiter des Stadtschulamtes, während NS-Belastete üblicherweise erst später in entsprechende Positionen gelangten. Deshalb ist bei Frey kein offensiver Opportunismus oder „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ feststellbar, eher ein Mindestmaß an defensivem Opportunismus, um die eigene berufliche und gesellschaftliche Position auch unter der NS-Diktatur zu halten.

Gerhart-Hauptmann-Straße/Gerhart-Hauptmann-Platz (Neuenheim), 1928 bzw. 1956 benannt nach

Gerhart Hauptmann, * 15. November 1862 in Obersalzbrunn (Schlesien), † 6. Juni 1946 in Agnetendorf (Niederschlesien); deutscher Schriftsteller und Nobelpreisträger

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Gerhart Hauptmann wurde als viertes Kind eines Hotelier-Ehepaares geboren. Seine schulische Laufbahn verlief ebenso wie seine Berufsfindungsphase äußerst unstet. Eine landwirtschaftliche Lehre auf dem Gutshof eines Onkels brach er ebenso ab wie ein Bildhauerstudium an der Königlichen Kunst- und Gewerbeschule in Breslau, ein Zeichenstudium an der Königlichen Akademie in Dresden, ein Studium der Philosophie und Literaturgeschichte an der Universität Jena und ein Geschichtsstudium an der Universität Berlin. Eine der Ursachen für diese durch wenig Kontinuität geprägte Phase seines Lebens war ein schweres Lungenleiden, das ihn zwanzig Jahre lang behelligte und einige Male in akute Lebensgefahr brachte. Diese Jahre der Selbstfindung konnte er vor allem durch die Unterstützung seiner Verlobten (seit 1881) und ersten Ehefrau (seit 1885) Marie Thienemann finanzieren, der Tochter eines Großkaufmanns. Das 1889 veröffentlichte Drama „Vor Sonnenaufgang“ verhalf Hauptmann zum Durchbruch als Schriftsteller und machte ihn zum wichtigsten Vertreter des Naturalismus in Deutschland. Die Literatur blieb fortan sein Metier. Im Jahr 1892 folgte sein berühmtestes Drama „Die Weber“, das als sozialdemokratisches Revolutionsstück gedeutet wurde und einen Theaterskandal auslöste; nach der Berliner Uraufführung im Deutschen Theater kündigte Kaiser Wilhelm II. seine dortige Loge. Obwohl Hauptmann in allen literarischen Gattungen produktiv war, errang er die größten Erfolge mit seinen Dramen; zu den bis heute aufgeführten Stücken zählen etwa „Der Biberpelz“, „Die Ratten“ oder „Rose Bernd“. Die Aufführungsrechte – später auch die Filmrechte – ermöglichten Hauptmann ein vergleichsweise luxuriöses Leben mit mehreren Immobilien in Schlesien und auf der Insel Hiddensee, seinem bevorzugten Urlaubsdomizil. Im Jahr 1912 erhielt er den Nobelpreis für Literatur. Während der Weimarer Republik galt er als bedeutendster lebender deutscher Schriftsteller. Nach Kriegsende hätten die polnischen Besatzungsbehörden den im schlesischen Agnetendorf lebenden 83-Jährigen und seine zweite Frau Margarete Marschalk (Heirat 1904) am liebsten sofort ausgewiesen, was die sowjetische Militärverwaltung jedoch verhinderte. Am 6. Juni 1946 starb Hauptmann in Agnetendorf an den Folgen einer Bronchitis. Seinem Wunsch, in seiner schlesischen Heimat beerdigt zu werden, wurde von polnischer Seite eine Abfuhr erteilt, so dass er schließlich auf der Insel Hiddensee seine letzte Ruhe fand. Heute erinnert Polen mit mehreren Gedenkstätten in Schlesien an den bedeutenden Dramatiker, dessen Stücke von zeitloser Aktualität sind.

Politisches Verhalten:

In politischer Hinsicht trug Hauptmann chamäleonhafte Züge; als im Kaiserreich von der staatstragenden Elite ausgegrenzter Dichter unterschrieb er 1914 den chauvinistischen „Aufruf an die Kulturwelt“, während er am 16. November 1918 eine Solidaritätserklärung deutscher Intellektueller für die neue Republik unterzeichnete. Er würdigte Reichspräsident Friedrich Ebert, ließ sich aber im September 1932 auch mit dem reaktionären Reichskanzler Franz von Papen fotografieren. Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 war Hauptmann der prominenteste deutsche Künstler, der nicht emigrierte. Vielmehr suchte er die Nähe zur NS-Regierung, setzte seinen Namen am 16. März 1933 unter eine Loyalitätserklärung der Preußischen Akademie der Künste und stellte einen Aufnahmeantrag in die NSDAP, der allerdings abgelehnt wurde. Einerseits schmeichelte die Tatsache, dass Hauptmann im Deutschen Reich blieb, dem Regime, andererseits passten die meisten Werke des „Gewerkschafts-Goethe“ nicht zum Literaturverständnis der Nationalsozialisten. Den Antisemitismus verurteilte Hauptmann, allerdings nicht öffentlich.

Einschätzung:

Hauptmanns anbiederndes Verhalten während der NS-Zeit ist als defensiver Opportunismus zur Sicherung der eigenen gesellschaftlichen Position im NS-Staat zu werten. Dies hat aber dazu geführt, dass er den Rang des größten deutschen Schriftstellers des 20. Jahrhunderts an Thomas Mann abtreten musste. Als Nutznießer des NS-Regimes kann Hauptmann indes nicht angesehen werden, feierte er doch seine größten Erfolge bereits lange vor der NS-Machtübernahme.

Reinhard-Hoppe-Straße (Ziegelhausen), erbaut von 1933 bis 1937 im Gewann „Spelzenacker“. Sie hieß von 1933 bis 1945 „Robert-Wagner-Straße“ und von 1945 bis 1974 „Goethestraße“. 1974 wurde sie im Zuge der Eingemeindung Ziegelhausens nach Heidelberg benannt nach

Reinhard Hoppe * 28. April 1898 in Heidelberg, † 4. Januar 1974 in Ziegelhausen; Lehrer, Schulrektor und Heimatforscher

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Er war ab 1930/31 Lehrer an der Volksschule in Ziegelhausen und nach dem Zweiten Weltkrieg auch Schulrektor. Daneben betätigte er sich als Heimatforscher und veröffentlichte in den 1930er Jahren zunächst kleinere Beiträge zur Geschichte Ziegelhausens in Heidelberger Tageszeitungen. 1940 schrieb er das „Dorfbuch Ziegelhausen“, eine ausführliche Publikation zur Geschichte der Gemeinde, das er 1970 in einer erweiterten Ausgabe neu auflegte. Im selben Jahr wurde ihm das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Ziegelhausen verliehen.

Politisches Verhalten:

Vergleichsweise früh trat Hoppe im Dezember 1933 dem NS-Lehrerbund bei. Mit seiner Zugehörigkeit zur NS-Volkswohlfahrt (NSV) ab 1934 und dem Reichsluftschutzbund ab 1935 war er Teil zweier Massenorganisationen des NS-Staates. Ab 1936 war er im gleichgeschalteten Deutschen Roten Kreuz organisiert. 1937, nach Aufhebung der Aufnahmesperre, wurde Hoppe auf seinen Antrag Mitglied der NSDAP. Im Spruchkammerverfahren gab er an, 1939 wieder ausgetreten zu sein, was aber weder in der Zentral- noch in der Gaumitgliederkartei der NSDAP vermerkt ist. Innerhalb der NSDAP beziehungsweise NSV soll Hoppe als Kulturwalter beziehungsweise Pressewalter tätig gewesen sein, beides wohl auf lokaler Ebene. Im Spruchkammerverfahren legte Hoppe zu seiner Entlastung ein von einem ehemaligen belgischen Zwangsarbeiter unterzeichnetes Schreiben vor mit dem Inhalt, dass Hoppe Zwangsarbeitern mit Kleidung und Nahrung ausgeholfen, ihnen das Abhören von „Feindsendern“ gestattet und einen Norweger in seinem Haus versteckt habe. 1946 wurde Hoppe wieder zum Schuldienst zugelassen, und 1947 wurde das Spruchkammerverfahren im Zuge einer Amnestie eingestellt.

In Hoppes „Dorfbuch“ von 1940 finden sich einige Übernahmen der NS-Ideologie. So wird der „Aufbau und Ausbau des kulturellen Lebens“ in Deutschland nach der Machtübernahme Adolf Hitlers gelobt. Nach Hoppe solle das Dorfbuch „den Bewohnern einmal die Schicksale ihres Blutes und die Geschichte ihres Bodens vor Augen“ führen. Auch wird beschrieben, dass die Bewohner Ziegelhausens leicht für etwas Neues zu begeistern seien, so dass bereits 1925 eine Ortsgruppe der NSDAP entstanden sei. Im

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Kapitel über das „Volkstum“ gibt Hoppe redensartliche Wendungen der Bewohner Ziegelhausens wieder; hier hebt er unter anderem auf das Stereotyp einer „Judennase“ ab. In der Neuauflage 1970 finden sich diese Formulierungen nicht mehr, ebenso hieß das Kapitel „Das Werden des Nationalsozialismus“ nun „Der Zweite Weltkrieg“; hier stand nun weniger das parteipolitische Geschehen als vielmehr der Krieg im Mittelpunkt.

Einschätzung:

Der politische Anpassungsdruck und damit auch der Anteil der NSDAP-Parteimitglieder war in der Gruppe „Erziehung und Publizistik“ hoch, weil ein Volksschullehrer wie Hoppe ein wichtiger Multiplikator war. Im NS-Lehrerbund wurden etwa neun Zehntel der Lehrerschaft erfasst. Durch Hoppes Übernahme von Ämtern in den Parteiorganisationen auf lokaler Ebene ist ein angenommenes „Normalmaß“ an defensivem Opportunismus hin zu offensivem Opportunismus, der sich eine Position in der NS-Gesellschaft erarbeiten wollte, überschritten. Die Bezüge zur NS-Ideologie und die positiven Darstellungen des Nationalsozialismus in Hoppes Dorfbuch sind als „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ zu verstehen.

Es ist zu vermuten, dass Hoppe zu seiner Entlastung im Spruchkammerverfahren nicht nur wahrheitsgemäße Angaben machte, wie etwa seinen angeblichen Parteiaustritt 1939 oder das nicht überprüfbare Abhören von „Feindsendern“ durch Zwangsarbeiter im Hause Hoppe. Anhaltspunkte für ein ausgeprägtes Nutznießertum, das heißt den Erwerb von „persönlichen Vorteilen aus der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus“ lassen sich bei Hoppe nicht finden.

Karl-Kollnig-Platz (Handschuhsheim), 2006 benannt nach

Karl Kollnig * 18. Februar 1910 in Seckenheim bei Mannheim, † 9. September 2003 in Heidelberg, Soziologe, Pädagoge, Heimatforscher, Politikwissenschaftler

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Kollnig studierte von 1928 bis 1933 Geschichte, Französisch, Englisch und Philosophie an der Universität Heidelberg. Nach Promotion, Staatsexamen für den höheren Schuldienst sowie dem Assessorexamen war Kollnig als wissenschaftliche Hilfskraft am Volkskundeinstitut sowie am Historischen Seminar der Universität Heidelberg tätig, dann von 1937 bis 1939 als Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft am Elsass-Lothringen-Institut der Universität Frankfurt, bevor er von 1939 bis 1945 zum Kriegsdienst eingezogen war, zum Schluss als Oberleutnant. In der NS-Zeit veröffentlichte er volkskundliche Schriften unter anderem zu „Weistumsforschung am Oberrhein“ oder „Elsässischen Weistümern“. Von 1948 bis 1957 arbeitete Kollnig im Schuldienst am Heidelberger Bunsengymnasium und publizierte weiter zu volks- und landeskundlichen Themen. 1957 erhielt er einen Lehrauftrag an der späteren Pädagogischen Hochschule, „sein Lebenswerk“, deren Rektor er von 1965 bis 1971 war. Er erhielt zahlreiche Ehrungen, unter anderem die Verdienstmedaille in Gold des Landes Baden-Württemberg und die Richard-Benz-Medaille für Kunst und Wissenschaft der Stadt Heidelberg.

Politisches Verhalten:

Kollnig gab im Spruchkammerverfahren an, von 1934 bis 1939 Mitglied der SA (Sturmabteilung), zuletzt im Range eines Scharführers, „ohne je eine Schar geführt zu haben“, und von 1937 bis 1939 NSDAP-Mitglied gewesen zu sein. Seinen SA-Eintritt erklärte er damit, dass der Leiter der Oberrealschule Heidelberg, wo Kollnig seinen Vorbereitungsdienst ableistete, „als fanatischer Nationalsozialist bekannt“ gewesen sei und aktive Beteiligung in der Partei oder ihren Gliederungen von den Referendaren erwartet habe. Er habe im Sturmbannbüro „reine Schreiberdienste“ geleistet, was auch der Grund für seine rasche Beförderung gewesen sei. Mit seinem Umzug nach Frankfurt habe er sich dann dem SA-Dienst entziehen können. Seine NSDAP-Mitgliedschaft begründete Kollnig damit, dass seine frühere SA-Dienststelle ihn ohne sein Wissen zur Aufnahme in die Partei gemeldet habe. Er wollte davon erst am 15. Januar 1938 erfahren haben, als ihm die auf 1. Mai 1937 rückdatierte Mitgliedskarte zugestellt wurde. Auf der vorliegenden Mitgliedskarte ist das Antragsdatum 8. August 1937 vermerkt. Er habe es vorgezogen, offiziell als „politisch zuverlässig zu gelten“. Das angebliche Ende der Mitgliedschaften 1939 erklärte Kollnig mit seinem Eintritt in die Wehrmacht, wodurch seine Mitglied-

schaften geruht hätten. Er habe „einen formalen Austritt daher nicht mehr für notwendig“ gehalten. Auf Kollnigs NSDAP-Mitgliederkartei ist kein Austritt vermerkt. Als Beleg für seine innerliche Distanz zum Nationalsozialismus führte Kollnig einen Brief von 1937 an seine spätere Frau an, in dem er seine politische Überzeugung als „hellbraun“ bezeichnet. Während des Kriegsdienstes habe er „Feindsender“ abgehört und die Nachrichten „im Gespräch mit Offizieren und Mannschaften“ weitergegeben. Das Spruchkammerverfahren wurde auf Grundlage der Weihnachtsamnestie vom Februar 1947 eingestellt.

Einschätzung:

Kollnigs Mitgliedschaften in SA und NSDAP in Verbindung mit seinen fragwürdigen Erklärungen sowie seine Selbstbezeichnung als „hellbraun“ lassen eine Distanz zur NS-Ideologie nicht in dem von ihm später dargestellten Maß erkennen. Mit seinen zahlreichen volkskundlichen Veröffentlichungen auch über das Elsass bewegte er sich auf einem von der NS-Ideologie beeinflussten Gebiet. Die angebliche Weitergabe von Nachrichten aus „Feindsendern“ scheint vor dem Hintergrund seiner sonstigen Vorsicht, politisch als „zuverlässig“ zu gelten, zweifelhaft. Bei Kollnig ist von offensivem Opportunismus auszugehen, der den beruflichen Aufstieg durch Einbindung in den NS-Machtapparat absichern wollte. Wie ausgeprägt der „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort oder Tat“ war, lässt sich nicht abschließend klären, da das Ausmaß seiner aktiven Beteiligung in NS-Organisationen nicht mehr überprüfbar ist. Eindeutiges NS-Vokabular tauchte in seinen Veröffentlichungen vereinzelt auf, so beispielsweise „jüdische Kulturdekadenz“ in einer Schrift über Mannheim.

Margarete-Massias-Straße (Kirchheim), 1994 im Zuge der Umlegung „Kirchheim Am Dorf“ benannt nach

Margarete Günther-Massias (genannt: Margarete Massias) * 7. Januar 1905 in Breitenfenn/Oderberg, † 8. Januar 1984 in Heidelberg, Lehrerin, Schulleiterin, Lokalpolitikerin (FDP)

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Geboren als Tochter eines Försters in Brandenburg, wurde Margarete Massias nach dem Tod der Eltern von einer Schwägerin des Vaters adoptiert. Ab 1924 studierte sie in Heidelberg Mathematik und Naturwissenschaften und wurde 1928 promoviert. Dem Assessorexamen 1930 folgte bis 1938 eine Lehrtätigkeit im Landerziehungsheim Schloss Wieblingen, das von der späteren NS-Gegnerin Elisabeth von Thadden gegründet worden war. 1938 wechselte Massias nach Wiesloch, 1943 nach Schwetzingen an die Hebelschule, und 1953 wurde sie erste Oberstudiendirektorin in Heidelberg und leitete das Hölderlin-Gymnasium bis 1971.

Politisches Verhalten:

Zur Zeit der Weimarer Republik war Massias Mitglied unter anderem des Biologenverbandes und des naturwissenschaftlichen Förderungsvereins (beides nach eigener Angabe seit 1930). Letzterer, ein Berufsverband naturwissenschaftlicher Gymnasiallehrer, bekannte sich schon seit Mitte der 1920er Jahre zur „deutschen Wissenschaft“, beschwor den „germanisch-arischen Geist“ und trat im April 1933 für die „Ausbreitung des Rassegedankens im Volke“ und die „Befreiung des Volkskörpers von erblicher Minderheit“ ein. Der Biologenverband wurde im Jahre 1931 vom Botaniker und Universitätsprofessor Lehmann gegründet, der sich überzeugt zeigte, „daß eine Erneuerung der Kultur des deutschen Volkes nur auf dem Boden der biologischen Gegebenheiten möglich ist“ und mit seinem Verband eine „Deutsche Biologie“ anstrebte.

Nach der NS-Machtübernahme trat Margarete Massias vergleichsweise früh dem NS-Lehrerbund (NSLB) bei. Mit ihrer Zugehörigkeit zum Reichsluftschutzbund (RLB) und der NS-Volkswohlfahrt (NSV) ab 1934 war sie zudem Teil zweier Massenorganisationen des NS-Staates; in letzterer war sie als Blockhelferin beziehungsweise Blockwalterin tätig. 1938 engagierte sich Massias in der Hochschulgemeinschaft deutscher Frauen, die das Ziel hatte, die Verbindung zwischen jungen und älteren Wissenschaftlerinnen zu pflegen. 1941 trat sie der NSDAP bei. Ende 1942 wurde Massias angeblich ohne eigenes Bestreben als Gaureferentin für rassepolitische Arbeit im NSLB-Gau Baden gemeldet, aber letztlich nicht ernannt. Seit 1943 hielt sie für die NS-Frauenschaft Vorträge über „Vererbungslehre und Bevölkerungspolitik“. Von Juli 1945 bis April 1946 war Mas-

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Massias vom Schuldienst suspendiert. 1947 wurde sie im Spruchkammerverfahren als „Mitläuferin“ eingestuft, die „nicht mehr als nominell am Nationalsozialismus teilgenommen“ habe. Entlastend wirkte hier insbesondere ihre Lehrtätigkeit an der christlichen Schule der Widerständlerin von Thadden, die im Jahr 1944 hingerichtet wurde, nachdem sie im sogenannten Solf-Kreis, der Verfolgte und Untergetauchte unterstützte und eine Austauschplattform für NS-Gegner bot, aktiv geworden war. Allerdings standen die Schule und ihre Gründerin nicht schon zu Beginn der NS-Diktatur in scharfer Opposition zur nationalsozialistischen Ideologie und Politik.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat Massias in die FDP ein und war von 1965 bis 1984 Stadträtin in Heidelberg, seit 1980 als Fraktionsvorsitzende.

Einschätzung:

Die aktive Beteiligung von Massias in NS-Organisationen, ihre Vortragstätigkeit als rassepolitische Referentin und die Zugehörigkeit zu rechten naturwissenschaftlichen Vereinen schon seit 1930 war nicht „das unumgängliche Mindestmaß, ohne das ein junger Lehrer überhaupt keine Anstellung erhalten konnte“, wie sie sich selbst rechtfertigte. Die Tätigkeiten sind als „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ zu werten. Auch die Lehrtätigkeit im evangelischen Jugenderziehungsheim Wieblingen ist nicht per se entlastend. Massias schied 1938 dort aus, drei Jahre bevor die Schule geschlossen wurde, weil man keine „ausreichende Gewähr für eine nationalsozialistische Erziehung“ sah.

Albert-Saur-Straße (Kirchheim), 1980 im Neubaugebiet Kirchheim-West benannt nach

Albert Saur * 19. November 1896 in Kilsheim, † 3. Juni 1971 in Heidelberg; Lehrer, Schulrektor, Lokalpolitiker (CDU), Chorleiter, Organist

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Geboren als Sohn des Lehrers Albert Saur, leistete Albert junior Kriegsdienst im Ersten Weltkrieg in Telegraphen- und Fernsprechabteilungen, um danach ebenfalls die Lehrerlaufbahn einzuschlagen. Ab 1926 war er Lehrer an der Volksschule in Heidelberg-Kirchheim, ab 1958 bis zu seiner Pensionierung 1963 auch Rektor. Daneben war Saur im katholischen Milieu verhaftet: So war er langjähriger Organist und leitete ab 1923, auch über die NS-Zeit hinweg, den katholischen Kirchenchor Heidelberg-Kirchheim sowie ab 1927 auch den katholischen Männergesangsverein „Cäcilia“ Sandhausen. Während des Kriegsdienstes 1939 bis 1945 im Festungsnachrichtenwesen stieg er bis zum Hauptmann auf. In der Nachkriegszeit erwarb er sich durch sein Engagement in Kirchheim einen großen Bekanntheitsgrad.

Politisches Verhalten:

Saur war Mitglied des Zentrums, der Partei des politischen Katholizismus, von 1928 bis Juni 1933, als sie sich auf Druck der NS-Machthaber auflösen musste, und ab 1929 auch deren Erster Vorsitzender in Heidelberg-Kirchheim.

Unter der NS-Diktatur trat Saur verhältnismäßig früh, im November 1933, dem NS-Lehrerbund bei und zur gleichen Zeit auch der SA (Sturmabteilung). Im Spruchkammerverfahren betonte Saur, lediglich in der SA-Reserve gedient zu haben; da diese Abteilung wohl nur für Mitglieder ab 45 Jahren offenstand, hätte er tatsächlich vor 1941 aber aktiver SA-Mann sein müssen. Laut eigener Erklärung geschah sein Beitritt „unter schärfstem Druck, in Sorge um die Existenz meiner Familie“, außerdem habe er dort „schlecht und recht Dienst getan und bereits 1937 versucht, wieder auszutreten.“ Trotzdem wurde er im gleichen Jahr stellvertretender SA-Scharführer. Außerdem gab er an, 1938 aus der SA entlassen worden zu sein, was jedoch mangels Quellen nicht überprüfbar ist.

Ab 1934 gehörte Saur zwei NS-Massenorganisationen an, dem Reichsluftschutzbund (RLSB) und der NS-Volkswohlfahrt (NSV); in letzterer übte er ab 1938 ein Amt in deren Geschäftsführung (vermutlich in Heidelberg-Kirchheim) aus. Saur's Beitritt zur NSDAP erfolgte laut Mitgliedskarte unmittelbar nach Aufhebung der Mitgliedersperre am 1. Mai 1937. Bei der Entnazifizierung gab er an, erst 1938 automatisch von der SA in die NSDAP überschrieben worden und 1940 als Soldat wieder ausgetreten zu sein; sein

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Mitgliedsausweis in der NSDAP-Gaukartei vermerkt hingegen keinen Austritt. Außerdem erklärte er, dass er „stets Bespitzelungen und Bedrohungen“ im Schulkollegium ausgesetzt gewesen sei. Auch sei er im Juli 1933 durch einen Fragebogen als „politisch unzuverlässig“ von Entlassung bedroht gewesen. Er sei in die SA gegangen, „um wenigstens irgendwo mitzutun“. Die Spruchkammer folgte im Wesentlichen seiner Argumentation und stufte ihn 1947 als „Mitläufer“ ein. Den Schuldienst, der ihm 1945 zunächst verwehrt blieb, konnte er bereits im Mai 1946 wieder antreten. 1945 trat Saur der CDU bei und übernahm deren Vorsitz in Kirchheim bis 1964.

Einschätzung:

In der Gruppe „Erziehung und Publizistik“ herrschte ein erhöhter Anpassungsdruck, weil Volksschullehrer als wichtige Multiplikatoren benötigt wurden. Aufgrund der Vielzahl seiner Mitgliedschaften (in NSDAP, SA und anderen) ist bei Saur von Opportunismus auszugehen, der über das Mindestmaß hinausgeht, um die eigene berufliche und gesellschaftliche Position zu halten. Allerdings engagierte sich Saur in der Zentrums- partei bis 1933, wodurch er tatsächlich erhebliches Misstrauen seitens der NSDAP auf sich gezogen haben dürfte, und blieb auch in der NS-Zeit Organist und Leiter katholischer Chöre unter einem Pfarrer, der den Nationalsozialismus bekanntermaßen ablehnte. Da über die Mitgliedschaften hinaus keine Äußerungen zur Verbreitung der NS-Ideologie vorliegen, ist bei ihm kein „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort oder Tat“ erkennbar.

Rudolph-Stratz-Weg (Ziegelhausen), 1928 benannt nach

Rudolph Stratz, * 6. Dezember 1864 in Heidelberg, † 17. Oktober 1936 in Bernau am Chiemsee, Schriftsteller

Berufsgruppe: Erziehung und Publizistik

Werdegang:

Geboren wurde Stratz in Heidelberg als Sohn von kurz zuvor zugewanderten Schwarzmeerdeutschen. Nach vorzeitigem Abgang vom Gymnasium in Heidelberg konnte er - als „Ausländer“ ohne Reifezeugnis - in Leipzig, Berlin und Göttingen Nationalökonomie, Philosophie und vor allem Geschichte studieren, bevor er eine dreijährige militärische Laufbahn einschlug, die er als Reserveoffizier beendete. Nach der Fortsetzung des Studiums in Heidelberg strebte er mit einer zweibändigen Darstellung der „Revolutionen der Jahre 1848 und 1849 in Europa“ vergeblich eine Promotion an. Stratz schlug dann eine journalistische und schriftstellerische Laufbahn ein und ging nach Berlin, wo er im Feuilleton für die konservative Kreuzzeitung schrieb. Zeitgleich stieg Stratz als freier Schriftsteller vor allem mit seinen Romanen zu einem bedeutenden Unterhaltungsautor der wilhelminischen Zeit auf.

Politisches Verhalten:

Im Ersten Weltkrieg schlug Stratz als Kriegsberichterstatter stark nationalistische Töne an. In seinem Buch „Der Weltkrieg. Ein deutsches Volksbuch von dem Weltgeschehen 1914 bis 1918“ propagiert Stratz die typischen deutschnationalen Positionen: die Unschuld Deutschlands am Weltkrieg, die Dolchstoßlegende, die These vom Verrat durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Deutschland, die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie sowie ein extrem übersteigertes Nationalbewusstsein. So konstatierte er etwa: „Das alte Zarenreich bot seinen Fremdstämmigen immer nur barbarische Horizonte. Die jetzige Sowjetrepublik ist erst recht ein finsternes Stück Asien. Eine geistige und wirtschaftliche Belebung kann der Osthälfte Europas nur von dem großen tausendjährigen Kulturvolk im Herzen Europas, von Deutschland, kommen.“ Der 1933 erschienene Roman „Volk in Wehr“ von Stratz handelt von einem Paul Palzow, der sich freiwillig zur Fremdenlegion meldet. Über die Überfahrt auf dem Schiff über das Mittelmeer heißt es in dem Buch: „Die Abenteurer aus allen Herren Ländern, die da herumlagen, trugen noch ihr abgerissenes Zivil. In ebensolchen abgetragenen europäischen Kleidern hockte ringsumher schäbiges, gelbliches Mittelmeervolk. Solch abgerissene Menschenware sah man im Berliner Scheunenviertel ebenso.“ (Volk in Wehr, Verlag Scherl, Berlin 1933, erstes bis zehntes Tausend, Seite 163.) Das Berliner Scheunenviertel war das Viertel der aus Osteuropa zugewanderten Juden.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Im August 1933 trat Stratz dem Reichsverband deutscher Schriftsteller (RDS) bei, zwei Monate nach dessen Gründung und drei Monate, bevor die Mitgliedschaft für deutsche Schriftsteller Pflicht wurde. Auf dem „Fragebogen für Mitglieder“ des RDS gab er im August 1933 an, „im Besitz des vorläufigen Mitgliedsausweises [...] der NSDAP“ und Mitglied des nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) zu sein. Früher habe er keinen politischen Parteien angehört.

Einschätzung:

Die Kreuzzeitung, bei der Stratz mitarbeitete und die er selbst als „hochkonservativ“ bezeichnete, bezog oft gegen die Demokratie Position. Damit stellt sich Stratz schon vor 1933 als Antidemokrat dar. Hinzu kommen sein starker Nationalismus und die Behauptung einer kulturellen Überlegenheit des deutschen Volkes. Seine Positionen zeigen eine hohe Übereinstimmung mit der NS-Ideologie, weshalb sein Beitritt zur NSDAP und zu weiteren NS-Organisationen 1933 nur folgerichtige Schritte darstellen. Dies ist als Aktivismus zugunsten des Nationalsozialismus zu werten. Als Nutznießer des NS-Regimes ist er hingegen aufgrund seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr anzusehen, war er doch zum Zeitpunkt der NS-Machtübernahme bereits seit Jahrzehnten als Schriftsteller erfolgreich.

Furtwänglerstraße (Handschuhsheim), 1976 im Neubaugebiet „Langgewann“ benannt nach

Wilhelm Furtwängler, * 25. Januar 1886 in Berlin, † 30. November 1954 in Ebersteinburg bei Baden-Baden, Dirigent und Komponist

Berufsgruppe: Prominenz in Sport und Kultur

Werdegang:

Wilhelm Furtwängler, Sohn des Archäologen Adolf Furtwängler, verbrachte seine Jugend am Tegernsee und in München, besuchte dort das humanistische Gymnasium und erhielt ab 1899 Privatunterricht. Zusätzlich wurde er unter anderen von Joseph Rheinberger in musikalischen Fächern unterrichtet. 1905 trat er seine erste Stelle am Stadttheater Breslau an, ab 1908 folgten Engagements in Zürich, München, Straßburg und Lübeck. Von 1915 bis 1918 war er Erster Kapellmeister am Nationaltheater Mannheim, 1920 hatte er die Leitung der Museumskonzerte in Frankfurt/Main inne. Ab 1922 war Furtwängler sowohl für sechs Jahre Dirigent des Gewandhausorchesters Leipzig als auch bis 1945 Leiter der Berliner Philharmoniker. In dieser Zeit galt er bereits als „führender Kapellmeister Deutschlands“. Er setzte sich auch für zeitgenössische Komponisten ein, was ab 1933 nicht im Sinne der NS-Machthaber war. Gastspielreisen führten ihn in europäische Länder sowie nach Amerika. 1928 beendete er die Zusammenarbeit mit dem Gewandhausorchester in Leipzig zugunsten der Wiener Philharmoniker, blieb aber Leiter der Berliner Philharmoniker. 1933 wurde Furtwängler auch Direktor der Berliner Staatsoper.

Nach dem Krieg konnte Furtwängler ab 1947 als Gastdirigent wieder zahlreiche Konzerte im In- und Ausland dirigieren. 1952 übernahm er erneut die Leitung der Berliner Philharmoniker. Nach seinem Tod fand am 4. Dezember 1954 ein Staatsbegräbnis auf dem Bergfriedhof Heidelberg statt. Für seine Verdienste erhielt er unter anderem bereits 1927 die Ehrendoktorwürde der Universität Heidelberg, 1928 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Mannheim und 1952 das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik.

Politisches Verhalten:

Furtwängler war kein NSDAP-Mitglied, wurde jedoch 1933 Vizepräsident der Reichsmusikkammer. 1934 unterzeichnete er den „Aufruf der Kulturschaffenden“ zugunsten der Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamts in der Person Hitlers. Am 4. Dezember 1934 legte er als Protest gegen das Aufführungsverbot für Hindemiths Oper „Mathis der Maler“ sein Amt als Chefdirigent, als Direktor der Berliner Staatsoper und als Vizepräsident der Reichsmusikkammer nieder. 1935 kehrte er nur als Dirigent der Philharmonischen Konzerte zurück. Die folgenden Jahre waren für das

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Orchester eine Gratwanderung zwischen Erfüllung kulturpolitisch-ideologischer Vorgaben und Bewahrung künstlerischer Autonomie. Trotz der politischen Situation war Furtwängler im Ausland als Gastdirigent gefragt. 1936 erwog er, einen Ruf nach New York anzunehmen; nach einem erbitterten Pressekrieg und nach „Falschinformationen und Polemiken“ bezüglich Furtwänglers NS-Engagement nahm er davon Abstand. Schon 1934 soll er an Emigration gedacht haben; wohl auf Zureden von Max Reinhardt und Arnold Schönberg ließ er davon ab. 1938 dirigierte er die ersten von Goebbels finanzierten Salzburger Festspiele. 1939 übernahm er die Leitung der Wiener Philharmoniker. Zum „Anschluss Österreichs“ äußerte Furtwängler: „Die Notwendigkeit aber Wirklichkeit werden zu lassen, ist die unauslöschbare Tat Adolf Hitlers“. Im Entnazifizierungsverfahren berief er sich auf die Immunität der „reinen Musik“, er sei „innerhalb des gesamten deutschen Musiklebens derjenige gewesen, der weitaus am aktivsten und konsequentesten gegen die Nationalsozialisten aufgetreten ist“. Von 1945 bis 1947 erhielt er Berufsverbot für Deutschland aufgrund seiner Stellung als Vizepräsident der Reichsmusikkammer und weil er bis 1938 preußischer Staatsrat gewesen war.

Einschätzung:

Furtwänglers Rolle im nationalsozialistischen Regime ist nach wie vor umstritten. Kritiker werfen ihm vor, dass er nicht wie viele andere Künstler emigrierte und sich stattdessen von der NS-Propaganda als Aushängeschild „habe instrumentalisiert lassen“. „Persönliche Vorteile aus der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus“ gezogen zu haben, kann Furtwängler hingegen nicht attestiert werden, war er doch bereits lange vor 1933 allgemein anerkannter Spitzendirektor. Deshalb ging sein Opportunismus nur so weit, wie es nötig war, um seine Position zu halten, was man als defensiven Opportunismus bezeichnen kann. Unstrittig ist, dass sich Furtwängler für zahlreiche jüdische Künstler eingesetzt hat und bedrängte Kollegen vor dem Zugriff der Gestapo in seiner Wohnung versteckte. Die Kritik an seiner Person beruhte unter anderem auf seinen bald ungeschickten, bald beleidigten Selbstrechtfertigungen nach dem Krieg.

Harbigweg (Kirchheim), 1970 benannt nach

Rudolf Harbig, * 8. November 1913 in Dresden, † (vermutlich) 5. März 1944 in Olchowetz (Ukraine), Sportler, Olympia-Dritter 1936, Europameister 1938, siebenfacher Deutscher Meister und Weltrekordler

Berufsgruppe: Prominenz in Sport und Kultur

Werdegang:

Rudolf Harbig wuchs als Sohn eines Heizers und einer Wäscherin und Köchin auf. 1928 begann er eine Lehre als Stellmacher (Wagner) und begab sich danach auf Wanderschaft. Ohne Anstellung kehrte er nach Dresden zurück und bewarb sich 1932 erfolgreich bei der Reichswehr. 1935 verließ er die Reichswehr und fand zunächst eine Anstellung als Stellmacher bei einer Firma in Niedersedlitz und ab Februar 1936 als Gasableser bei den Dresdner Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerken.

Seit seiner Jugend betrieb Harbig Leichtathletik. 1930 gewann er bei einem Jugendwettkampf einen 3.000-Meter-Lauf. Sein Lauftalent wurde im Juni 1934 am Tag des „Unbekannten Sportmannes“, der der Sichtung von Talenten für die Olympischen Spiele 1936 diente, entdeckt. Unter Anleitung seines Trainers Woldemar Gerschler, damaliger Leiter der Dresdner Olympia-Trainingsgemeinschaft, verbesserten sich Harbigs Laufstil und Laufzeiten stetig. Trotzdem verliefen die Olympischen Spiele 1936 enttäuschend. Bis 1942 gewann er insgesamt siebenmal die Deutschen Meisterschaften über 800 beziehungsweise 400 Meter und zweimal die Europameisterschaften 1938. Im Juli 1939 unterbot er mit 1:46,6 Minuten den bisherigen Weltrekord über 800 Meter um 3 Sekunden. Weitere Weltrekorde über 400 Meter folgten am 12.8.1939 in Frankfurt/Main, über 1.000 Meter am 24.5.1941 in Dresden und über 4 x 800 Meter am 23.8.1941 in Braunschweig – obwohl er 1939 zur Wehrmacht eingezogen worden war. 1941/42 wurde Harbig an der Ostfront eingesetzt und nach mehreren Verwundungen im Sommer 1942 wieder für nationale und internationale Wettkämpfe freigestellt. Im Anschluss kämpfte er an der italienischen Front, dann an der Ostfront, bis sich 1944 seine Spur bei Kirowograd in der Ukraine verlor.

Politisches Verhalten:

1937 wurde Harbig NSDAP-Mitglied. Ob er aus Überzeugung oder Opportunismus beitrug, ist nicht herauszufinden. Er trat auch der an die SA angegliederten Dresdener Bergsteigertruppe bei, angeblich um sich dem extremen Druck der Partei zu entziehen. Seine Einziehung zur Wehrmacht 1939 wurde von der NS-Kriegspropaganda instrumentalisiert.

Sein sportlicher Ruhm und sein früher Tod ließen Harbig nach dem Zweiten Weltkrieg in Ost- wie Westdeutschland zur Kultfigur werden, befördert durch Veröffentlichungen

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

wie das Buch seiner Frau „Unvergessen Rudolf Harbig“ (1955). Sie stellte ihn als Opfer, bisweilen gar als aktiven Gegner der NS-Ideologie dar und stilisierte ihn als mahnendes Vorbild für Frieden und Völkerverständigung. In den Veröffentlichungen standen die sportlichen Leistungen im Vordergrund, seine politischen Verstrickungen sowie die seines Trainers blieben zumeist unerwähnt oder wurden marginalisiert. Der Deutsche Leichtathletik-Verband verleiht seit 1950 den „Rudolf-Harbig-Gedächtnispreis“ an einen „würdigen und verdienten Leichtathleten, der in Haltung und Leistung als Vorbild für die Jugend gelten kann“. In der DDR wurde 1951 die Illgen-Kampfbahn in Rudolf-Harbig-Stadion umbenannt und bis 1966 das Rudolf-Harbig-Sportfest veranstaltet. Viele Gebäude sowie Straßen sind nach ihm benannt.

Einschätzung:

Die Mitgliedschaften Harbigs in der NSDAP und der „Dresdener Bergsteigertruppe“ der SA verbunden mit der Unterstützung für das NS-Regime durch seinen Ruhm als Sportler sind als offensiver Opportunismus anzusehen. Denn einerseits war Harbig für die NS-Propaganda ein willkommenes Aushängeschild, andererseits profitierte er selbst zeitweilig durch die NS-Propaganda und -Förderung. Darüber hinaus ist eine tiefergehende Affinität zum NS-System nicht nachweisbar. Der Sporthistoriker Volker Kluge führt aus, dass Harbig sich wie viele andere Deutsche regimetreue und unterstützend verhalten habe. Kluge sieht in Harbig einen Sportsmann aus einfachen Verhältnissen, der willig dem folgte, was man von ihm erwartete.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Christian-Bitter-Straße (Rohrbach), 1978 zunächst „Bitterstraße“ benannt, 1984 den Vornamen hinzugefügt, benannt nach

Christian Bitter, * 30. Oktober 1878 in Rohrbach bei Heidelberg, † 24. Mai 1950 in Heidelberg, Bürgermeister von Rohrbach, Stadtrat, städtischer Amtsleiter

Berufsgruppe: sonstige regionale Biographien

Werdegang:

Bitter arbeitete zunächst als Eisenbahngelhilfe und Eisenbahnsekretär, bevor er 1913 zum Bürgermeister von Rohrbach gewählt wurde. Er übte das Amt bis zur Eingemeindung Rohrbachs nach Heidelberg 1927 aus. In seine Amtszeit fällt die Schaffung einer großen Obstbauanlage auf dem Boxberg sowie die Neugestaltung des Rohrbacher Friedhofs. Daneben wirkte Bitter aktiv in zahlreichen Vereinen, Verwaltungsräten und Gremien mit, beispielsweise im Volksverein, im landwirtschaftlichen Konsumverein, im Männergesangsverein, im evangelischen Kirchengemeinderat und der badischen evangelischen Landesynode. Von 1913 bis 1918 gehörte er als Mitglied der nationalliberalen Fraktion der Zweiten Kammer des badischen Landtags an. 1914 bis 1916 leistete er, unterbrochen durch eine längere Verwundungszeit, Kriegsdienst in Nordfrankreich.

Mit der Eingemeindung Rohrbachs 1927 wurde Bitter Mitglied des Heidelberger Stadtrats und Kommunalbeamter, unter anderem als Leiter des Kommunalamtes. Ende 1930 wurde er für den Evangelischen Volksdienst als Stadtratsmitglied wiedergewählt. 1933 verlor Bitter sein Stadtratsmandat, verblieb aber im städtischen Dienst. Im April 1941 wurde er Leiter des Rechtsamts und schied im Mai 1945 aus dem Dienst der Stadt Heidelberg aus.

Politisches Verhalten:

In seinem Meldebogen der Spruchkammerakte führt Bitter neun Mitgliedschaften in NS-Organisationen auf: unter anderem in der NSDAP ab 1.1.1940, in der SA-Reserve ab 1.5.1934 (als Scharführer und Oberscharführer), in der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) ab 1934, in der NS-Kriegsopferversorgung ab 1.10.1933 oder im Volksbund für das Deutschtum im Ausland von 1938 bis 1939.

Bitter sah sich im Spruchkammerverfahren als „Mitläufer“ und versuchte, auch mit Hilfe mehrerer Zeugenaussagen, sogenannter „Persilscheine“, dies umfassend zu belegen. Er habe der Bekennenden Kirche angehört und dadurch zum Ausdruck gebracht, dass er weltanschaulich nicht auf dem Boden der NSDAP stand. Durch die NSDAP sah er sich „drangsaliert“, seit 1929/30 habe er im Streit mit der Ortsgruppe gestanden, und im Jahr 1936 sei eine Rückstufung seiner Gehaltsgruppe erfolgt. Seine Parteiaufnahme sei zudem von der SA-Reserve vorgeschlagen worden und habe 1940 „Erfolg“ gehabt. Die Verzögerung sei durch Vorbehalte des Ortsgruppenleiters ihm gegenüber entstanden.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Seine Mitgliedschaft in der SA-Reserve erklärte Bitter damit, dass er im November 1933 in den Frontkämpferbund „Stahlhelm“ eingetreten sei, der am 1. Mai 1934 „automatisch“ in die SA-Reserve „überführt“ wurde.

Die angeführten Zeugenaussagen, unter anderem von zwei Pfarrern und dem Ortsausschuss des Allgemeinen Freien Gewerkschaftsbundes, bescheinigen ihm beispielsweise, „innerlich kein Nationalsozialist“ gewesen und als „gerechter und sozialer Mann“ bekannt zu sein. Der NSDAP-Eintritt Bitters 1940 wurde mit dessen Position als Leiter des Rechtsamtes begründet, die ohne Mitgliedschaft nicht möglich gewesen wäre; Bitter habe sich sowohl in der „Judenfrage“ als auch in seiner religiösen Einstellung „streng distanziert“. Seine Tochter sei missionarisch in China tätig, er selbst sei für Heidelberg-Rohrbach Mitglied des Bezirksvorstandes der kirchlich positiven Vereinigung und seit 1934 Mitglied der Bekenntniskirche gewesen. Die Spruchkammer stufte Bitter am 6. September 1946 als „Mitläufer“ ein; es wurde ein Sühnebetrag von 700.- Reichsmark festgesetzt.

Einschätzung:

Die Mitgliedschaften Bitters in zahlreichen NS-Organisationen bis hin zum NSDAP-Eintritt 1940 lassen mindestens einen deutlichen Opportunismus erkennen, und sein Amt als SA-Oberscharführer kann als „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ gewertet werden. Der angesichts Bitters leitender Position in der Stadtverwaltung späte Parteieintritt lässt aber vermuten, dass er einige Vorbehalte gegen die NS-Ideologie hatte. Seine Beförderung zum Rechtsamtsleiter im Alter von 62 Jahren mag auch durch erheblichen Personalmangel begründet gewesen sein. Gleichwohl war Bitter, der altersbedingt auch hätte ausscheiden können, damit Nutznießer des NS-Unrechtsstaates, in dem das Rechtsamt eine wichtige Stellung einnahm.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Hans-Eberle-Anlage (Pfaffengrund), Grünanlage südlich der Auferstehungskirche, 1999 auf Anregung des Ältestenkreises der Auferstehungsgemeinde benannt nach

Hans Eberle, *25. Januar 1905 in Mannheim, †11. März 1991 in Hockenheim; evangelischer Pfarrer im Pfaffengrund

Berufsgruppe: Sonstige regionale Biografien

Werdegang:

Hans Eberle wuchs in Mannheim auf. Nach dem Abitur und einem Studium zum Handelsschullehrer studierte er von 1931 bis 1937 an der Universität Heidelberg evangelische Theologie. 1939 wurde Eberle als Pfarrvikar Seelsorger der evangelischen Auferstehungsgemeinde Pfaffengrund und 1942 mit deren Selbständigkeit auch ihr erster Pfarrer. 1944/45 leistete er Kriegsdienst als Gefreiter der Infanterie auf dem Balkan und in Griechenland. Nach seiner Heimkehr 1945 bemühte sich Eberle als Pfarrer im Pfaffengrund um die Integration der Heimatvertriebenen und förderte die Arbeit des Evangelischen Hilfswerks und des Stoeckerwerks, das zunächst die Umschulung von Kriegsversehrten, später die Rehabilitation von Behinderten zum Ziel hatte. Mit seinem katholischen Kollegen im Pfaffengrund, Anton Klausmann, arbeitete Eberle eng zusammen. 1949/50 setzte er gegen manche Bedenken den lange geplanten Bau eines Kirchengebäudes im Pfaffengrund durch. 1964 zog Eberle mit seiner Familie nach Hockenheim, wo er auch den Ruhestand verbrachte und 1991 starb. „Der Bau der Auferstehungskirche war sein Lebenswerk und Mittelpunkt des Denkens und Fühlens“, heißt es im Nekrolog.

Politisches Verhalten:

Von 1934 bis 1937, während seines Theologiestudiums, gehörte Eberle der sogenannten Studenten-SA und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) an. Nach Abschluss des Studiums trat er aus beiden Organisationen aus. Von 1939 bis 1945 war er Mitglied der NS-Volkswohlfahrt und des NS-Luftschutzbundes.

Aus dem Jahr 1940 ist eine Auseinandersetzung zwischen Eberle als Pfarrvikar einerseits und der Hitlerjugend (HJ) sowie der NSDAP andererseits dokumentiert: Am 26. Juni 1940 beschwerte sich Eberle schriftlich über Störungen des Sonntagsgottesdienstes und der Abhaltung der Christenlehre durch lautes Singen der Hitlerjugend und durch Ausgabe von Sammelbüchsen vor den Fenstern des Gemeindesaals. Nachdem sich die Schwierigkeiten eher vermehrt als vermindert hatten, bat er am 2. Oktober 1940 auch den Polizeidirektor in Heidelberg schriftlich um Schutz gegen Störung des Gottesdienstes. Dies mündete in eine Auseinandersetzung mit NSDAP-Kreisleiter Seiler, bei der es um den Konflikt zwischen kirchlicher Jugendarbeit und der Hitlerjugend ging. Schließlich musste Seiler aber zugeben, dass die Gemeindejugend eine legale Einrichtung ist, so Eberle in einem weiteren Schreiben an das Landesjugendpfarramt.

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Am 25. Oktober 1946 reihte die Spruchkammer Heidelberg Eberle wegen seiner Zugehörigkeit zur Studenten-SA und zum NSDStB in die Gruppe der „Mitläufer“ ein und legte ihm 400 Reichsmark Geldsühne auf. Begründet wurde dies damit, dass „ältere Jahrgänge nicht dienstpflchtig waren“. Diesem Bescheid widersprach Eberle und beantragte Entlastung unter anderem mit der Begründung, dass er zur Mitgliedschaft in der SA gezwungen war, um Stipendien zu erhalten, ohne die er nicht hätte studieren können. Am 16. Dezember 1946 erließ die Kammer einen Spruch, wonach Eberle abermals als „Mitläufer“ bezeichnet wird und die Zahlung eines einmaligen Betrags von 100 Reichsmark zu leisten habe. Dagegen legte Eberle Berufung ein. Schließlich hob die Berufungskammer Karlsruhe Kammer VII am 31. Juli 1947 den Spruch auf und stufte Eberle als „nicht belastet“ ein.

Einschätzung

Hans Eberle betätigte sich in der NS-Zeit nicht politisch im engeren Sinne. Die Mitgliedschaft in der „Studenten-SA“ und im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund während seines Studiums brachte ihm dennoch Vorteile. So musste er keine Vorlesungsgelder zahlen. Daher kann man ihm ein Mindestmaß an Opportunismus gegenüber dem NS-Regime vorwerfen. Als Pfarrvikar im Pfaffengrund dagegen legte er sich im Kriegsjahr 1940 mit Hitlerjugend und Partei an, um die Freiheit der kirchlichen Jugendarbeit gegenüber dem Staat zu verteidigen.

Alfred-Jost-Straße (Kirchheim), 1980 im Neubaugebiet Kirchheim-West benannt nach

Alfred Jost, * 29. Januar 1898 in Kirchheim bei Heidelberg, † 1. Februar 1974 in Heidelberg; Landwirt, Lokalpolitiker (CDU)

Berufsgruppe: sonstige regionale Biographien

Werdegang:

Nach der Mittleren Reife meldete sich Alfred Jost 1914 freiwillig für den Kriegsdienst und wurde im Kriegsverlauf zum Offizier befördert. Danach arbeitete er erst auf dem elterlichen Hof, dann ging er bis 1924 an zwei Landwirtschaftsschulen und war anschließend als landwirtschaftlicher Sachbearbeiter beim Badischen Domänenamt in Freiburg tätig. 1936 übernahm er den elterlichen Hof in Heidelberg-Kirchheim, den er 1965 an seinen Sohn weitergab. Nach 1945 wurde er zusätzlich Vorsitzender des „Landesverbandes badischer Zuckerrübenpflanzer“ bis zu dessen Fusion mit dem württembergischen Verband und setzte sich für die Schaffung von Verladeanlagen auf Bahnhöfen in Baden ein. Außerdem engagierte er sich für kriegsbedingt Wohnungssuchende. Von 1949 bis 1968 war Jost Heidelberger Stadtrat für die Fraktion der CDU. 1968 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Politisches Verhalten:

Die Übernahme des elterlichen Hofes 1936, ein sogenannter „Erbhof“ nach dem Reichserbhofgesetz, bezeichnete Jost später als durch den Landesbauernführer erzwungen, weil Jost als einziger die nötigen persönlichen Voraussetzungen mitbrachte und der elterliche Hof die größte Fläche in der Gemeinde besaß. Damit ging auch die Pflichtmitgliedschaft im Reichsnährstand einher. Außerdem trat Jost in die Massenorganisation „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt“ (NSV) ein. Kurz danach wurde er Ortsbauernführer und Ortsfachberater für die Bauernschaft in Heidelberg-Kirchheim. Auch das Amt des Ortsbauernführers sei ihm vom Kreisbauernführer aufgezwungen worden. 1937 trat er in die NSDAP ein, da von der örtlichen Bauernschaft erwartet worden sei, zehn neue Mitglieder zu stellen, und weil er ein gutes persönliches Verhältnis zum damaligen Ortsgruppenleiter Eisinger gehabt habe. 1940 verschlechterte sich sein Verhältnis zu den Parteistellen, vor allem durch den neuen Ortsgruppenleiter Karl Fischer. Jost wurde unter anderem vorgeworfen, sich nicht an politischen Veranstaltungen zu beteiligen und die Vorschriften zur Behandlung von Zwangsarbeitern auf seinem Hof nicht durchgesetzt zu haben. Im selben Jahr wurde er als Ortsbauernführer und Ortsfachberater entlassen. Ausschlaggebend war offenbar Josts Weigerung gewesen, Wehrmachtssoldaten in einem Kirchheimer Gehöft unterzubringen, die er durch einen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche begründete. Kreisleiter Seiler bedauerte

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

ausdrücklich Josts Enthebung. Über Josts Lebenslauf in den späteren Kriegsjahren einschließlich seiner Tätigkeit als Kompanieführer einer Volksturmereinheit in den letzten Kriegswochen ist wenig bekannt.

Von der Spruchkammer wurde Jost zunächst 1947 aufgrund seines Streits mit Ortsgruppenleiter Fischer, der als „aktiver Widerstand“ ausgelegt wurde, als „Entlasteter“ eingestuft. Nach Berufung durch den Öffentlichen Kläger wurde 1948 dieser Spruch korrigiert und Jost nunmehr als „Mitläufer“ eingestuft, weil die Beschlagnahmung seiner Pferde für Kriegszwecke und sein Einzug zur Wehrmacht sofort bei Kriegsbeginn nicht ungewöhnlich waren. Nach 1945 setzte die amerikanische Besatzungsmacht Jost als „Ortsvorsteher“ von Kirchheim ein.

Einschätzung:

Jost war ab 1936 durch sein Amt als Ortsbauernführer aktiv in das NS-Herrschaftssystem eingebunden, so dass dies als „Aktivismus zur Stärkung des Nationalsozialismus durch Wort und Tat“ zu werten ist. Offenbar füllte er seine Posten aus, solange er mit den Parteistellen in gutem persönlichen Verhältnis stand. Der Bruch 1940 mit Ortsgruppenleiter Fischer und Josts Behandlung von Zwangsarbeitern deuten aber darauf hin, dass es sich bei ihm um keinen restlos systemtreuen NS-Anhänger handelte, sondern um einen Opportunisten, der sich eine gewisse Position in der NS-Gesellschaft erarbeiten wollte.

Ernst-Rehm-Straße, 1994 im Zuge der Umlegung „Kirchheim Am Dorf“ benannt nach

Ernst Rehm, * 17. September 1912 in Kirchheim bei Heidelberg, † 16. September 1983 in Heidelberg, Bankdirektor und Kommunalpolitiker

Berufsgruppe: sonstige regionale Biographien

Werdegang:

Nach dem Besuch der Volksschule und der Höheren Handelsschule begann Ernst Rehm mit 17 Jahren eine Banklehre beim Vorschußverein Kirchheim, wo er 1931 als Angestellter übernommen wurde und vier Jahre tätig war. Von 1935 bis 1937 absolvierte er den freiwilligen Wehrdienst bei einem Flakregiment in Fürth/Bayern. Danach arbeitete er bis 1939 bei der Volksbank Baden-Baden. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte Rehm in einem Flakscheinwerferregiment, zuletzt als Oberwachtmeister. Nach Kriegsende arbeitete er wieder bei seinem früheren Arbeitgeber, der jetzt Volksbank Kirchheim hieß, wurde schnell Vorstandsmitglied und Bankdirektor und blieb dies bis zum Renteneintritt. Daneben prägte er das Kirchheimer Vereinsleben durch seine vielfältige ehrenamtliche Tätigkeit, unter anderem als Mitbegründer und langjähriger 1. Vorsitzender des Stadtteilvereins Kirchheim sowie aktives Mitglied in zahlreichen Vereinen.

Politisches Verhalten:

Ernst Rehm gab 1946 auf seinem Meldebogen zur Entnazifizierung an, 1933 in die allgemeine SS eingetreten, jedoch noch zu Beginn des Jahres 1934 – nach 3 bis 4 Monaten Mitgliedschaft – freiwillig wieder ausgetreten zu sein. Er sei dabei als „unwürdig oder untauglich entlassen“ worden, „da ich [...] zu keinem Dienst mehr erschien und keinen Beitrag mehr zahlte“. 1935 trat Rehm der Deutschen Arbeitsfront (DAF) bei, und 1938 – nach eigenem Bekunden – der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Im Oktober 1938 sei er offiziell Anwärter auf eine Mitgliedschaft in der NSDAP geworden. Als solcher habe er Beiträge aber nur bis zum August 1939 gezahlt. Im selben Monat habe auch Rehms Mitgliedschaft in der NSV und im selben Jahr die Mitgliedschaft in der DAF geendet.

Im Zuge des Verfahrens fragte die Spruchkammer Heidelberg von verschiedensten Stellen weitere Informationen ab. Laut Mitteilung der amerikanischen Militärregierung sei Rehm zwischen November 1936 und August 1937 während seines freiwilligen Wehrdienstes „ohne sein Wissen“ im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite Francos eingesetzt worden. Im August 1947 stellte die Spruchkammer das Verfahren auf Grundlage der „Weihnachts-Amnestie“ vom Februar 1947 ein mit der Begründung, dass kein Anlass zum Verdacht bestehe, dass Rehm als Hauptschuldiger, Belasteter oder Minderbelasteter zu gelten habe. Laut vorliegender NSDAP-Mitgliedskarte im Bundesarchiv war Rehm bereits am 1. Juni 1931, also lange vor der NS-Machtübernahme, in die

[zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

NSDAP eingetreten. Wahrscheinlich im März 1932 war Rehms Mitgliedschaft für ungültig erklärt worden. Die Gründe sind nicht mehr zweifelsfrei zu klären. Rehms Wiedereintritt in die NSDAP datiert laut derselben Mitgliedskarte auf den 1. Mai 1937. Ein erneuter Austritt ist nicht vermerkt. Damit würde Rehm seit 1931 (mit einer mutmaßlich unfreiwilligen fünfjährigen Unterbrechung) bis zum Ende des Dritten Reichs der NSDAP angehört haben. Ob und inwieweit auch Rehms Angaben zu seinen übrigen Mitgliedschaften in NS-Organisationen über diese Meldebogenfälschung hinaus von der Realität abweichen, kann nicht mehr festgestellt und damit nicht ausgeschlossen werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Rehm Gründungsmitglied der Freien Wählergemeinschaft in Heidelberg und saß von 1959 bis 1974 für diese im Stadtrat, davon zeitweise als Fraktionsvorsitzender.

Einschätzung:

Der Eintritt Rehms in die NSDAP 1931, lange vor der NS-Machtübernahme – auch wenn die Mitgliedschaft annulliert und 5 Jahre unterbrochen wurde –, dazu die Mitgliedschaft in der SS 1933/34 lassen sich nicht mit Opportunismus begründen, sondern sind als Aktivismus zugunsten des Nationalsozialismus zu verstehen, wenn auch in vergleichsweise jungem Alter. Für den Erwerb von „persönlichen Vorteilen aus der Gewalt Herrschaft des Nationalsozialismus“ liegen keine Anhaltspunkte vor.